

Kriegsende, Revolution und Räterepublik, die Ermordung Kurt Eisners, der Bürgerkrieg um München und die Putschversuche gegen die junge Demokratie: 1918-1923 war Bayern ein Brennpunkt der deutschen Geschichte.

Die Ausstellung im Bayerischen Armeemuseum dokumentiert mit einer Fülle von Objekten, Fotografien und Zeugnissen die Geschichte der Gewalt in den Jahren nach dem Krieg. Dahinter steht die brennende Frage, wie nach dem verlorenen Krieg ein wirklicher Frieden nach außen und innen zu gewinnen war.

FRIEDENSBEGINN?  
BAYERN 1918-1923

THEISS  
wbg

wbg THEISS



FRIEDENS  
BEGINN?  
BAYERN 1918-1923

Friedensbeginn?  
Bayern 1918-1923

# Friedensbeginn? Bayern 1918-1923

Herausgegeben von Dieter Storz und Frank Wernitz

**wbg**THEISS

Kataloge des Bayerischen Armeemuseums  
Band 18

Herausgegeben von Ansgar Reiß

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über [www.dnb.de](http://www.dnb.de) abrufbar.

Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Bayerischen Armeemuseums und des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme.

wbgTHEISS ist ein Imprint der wbg.

© 2018 by Bayerisches Armeemuseum, Paradeplatz 4, 85049 Ingolstadt  
und wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft), Darmstadt

Die Herausgabe des Werkes wurde durch die Vereinsmitglieder der wbg ermöglicht.

Umschlag: Die Umschlagabbildung basiert auf einer Fotografie aus dem Jahr 1918,  
Inv.-Nr. 0517-2018.1 (siehe S. 224)  
Umschlaggestaltung: malyma.Werbung Neumarkt

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier  
Printed in Germany

Besuchen Sie uns im Internet: [www.armeemuseum.de](http://www.armeemuseum.de); [www.wbg-wissenverbindet.de](http://www.wbg-wissenverbindet.de)

ISBN 978-3-8062-3900-3

# Inhalt

Grußwort .....	9
Vorwort .....	10
Impressum .....	13
Dieter Storz/Daniel Hohrath: Geschichte und Tradition des bayerischen Heeres .....	15
Dieter Storz: Die bayerische Armee im Ersten Weltkrieg .....	37
Bernhard Grau: Revolution und Räterepublik – Vom Sturz der Monarchie bis zur Rückeroberung Münchens durch die „weißen“ Truppen .....	49
Niels Ungruhe: Revolutionäre Kadertruppe oder Söldner mit „ehrloser Gesinnung“? Zur Sozialgeschichte der „Roten Armee“ von München 1919 .....	63
Rüdiger Bergien: Gründungsgewalt und Sicherheitskonsens – Die Geburt der Weimarer Republik aus einer Politik der »eisernen Faust« .....	73
Peter Keller: Freikorps, Volkswehren, Sicherheitstruppen... Die Regierungstruppen von 1918/19 und die Entstehung des Freikorpsmythos .....	87
Frank Wernitz: Die „bayerische“ Reichswehr 1919-1920 Betrachtungen zu Uniform und Identität .....	101
Dieter Storz: Einwohnerwehr Bayern .....	117
Dieter Storz: Der Mord an den Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins St. Joseph am 8. Mai 1919 .....	133
Frank Henseleit: Der „Gefallene Soldat“ im Münchener Kriegerdenkmal .....	147

## Katalog

1: Bayerns Armee .....	167
2: Bayerisches Armeemuseum .....	179
3: Weltkrieg .....	189
4: Revolution? .....	209
5: Bürgerkrieg? .....	223
6: Vorläufige Reichswehr .....	239
7: Die Dinge spitzen sich zu .....	255
8: Kampf um München .....	273
9: Roter und weißer Terror .....	287
10: Das Freikorps Epp und der Aufbau der Reichswehr in Bayern .....	305
11: Der Frieden von Versailles und die endgültige Formation der Reichswehr .....	321
12: Eine neue Sicherheitsarchitektur für Bayern .....	339
13: Vom Kapp-Putsch zum Hitler-Putsch .....	355
14: Tradition nach dem Weltkrieg .....	383
15: Der „Gefallene Soldat“ im Hofgarten zu München .....	399

# Grußwort



1918 endete der Erste Weltkrieg. Bayern wurde ein Freistaat. Aber die Anfänge waren schwierig. Frieden herrschte im Innern nicht. Revolution, Räterepublik, Freikorps, Hyperinflation und Hitler-Putsch sind die historischen Stichworte für die folgenden Jahre. Die außenpolitischen und wirtschaftlichen Folgen des Versailler Friedensvertrages belasteten Deutschland. Eng damit verschränkt verlief das Ende der traditionsreichen bayerischen Armee, die Auflösung der gewaltigen Militärmaschinerie des Krieges, die Eingliederung der entlassenen Soldaten in das zivile Leben und die Bildung der Reichswehr als erste einheitliche deutsche Armee.

Das Bayerische Armeemuseum in Ingolstadt zeigt die dramatischen Vorgänge jener Jahre in einer großen Ausstellung. Viele der Ereignisse jener Zeit, aber auch die Erzählungen und Mythen, die damals entstanden sind, haben die weitere Geschichte unseres Landes geprägt. Umso wertvoller ist es, wenn das Armeemuseum mit gewohnter Fachkompetenz und Gründlichkeit einen museumspädagogisch gelungenen Einblick in jene Epoche gewährt. Es ermöglicht eine lehrreiche geistige Auseinandersetzung mit ihr und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum Jubiläumsjahr 2018.

Dr. Markus Söder  
Der Bayerische Ministerpräsident

# Vorwort

Vor 100 Jahren endete der Erste Weltkrieg. Die gewaltige Maschinerie des Tötens kam mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 zum Halten. Die Ereignisse überstürzten sich. Mit der Forderung nach Frieden verband sich die nach der Herrschaft des Volkes. Die große Demonstration gegen die Fortdauer des Krieges auf der Münchner Theresienwiese am 7. November 1918 mündete noch in der gleichen Nacht in der Ausrufung des Freistaates durch Kurt Eisner. Bayern setzte ein Fanal für das ganze Deutsche Reich. Schon vor dem Waffenstillstand fand also die alte politische Ordnung in Deutschland ein Ende. Die Monarchen nahmen Reißaus: Ludwig III. flüchtete sich aufs Land, schließlich nach Österreich. Aber nicht etwa Einigkeit war die Folge des Ruhens der Waffen, sondern sofort taten sich neue Gräben auf. Die Welt insgesamt teilte sich in Sieger und Verlierer. Und auf der Seite der Verlierer gab es begreiflicher Weise wenig zu feiern. Die überall grassierende Not ließ sich hier kaum übertünchen. Vor allem aber fühlten sich fast alle belogen und betrogen. Militärische Kreise sahen sich um den Sieg betrogen: die Politik und der Rückhalt an der Heimatfront schienen ihnen versagt zu haben. Die Anwälte des Friedens und des Umsturzes andererseits klagten das Militär und das politische Establishment an, sie hätten das Volk systematisch und wissentlich über die in Wahrheit schon längst aussichtslose Lage belogen. In Bayern nahmen die Auseinandersetzungen ungeahnt scharfe Formen an. Der Mord an Kurt Eisner am 21. Februar 1919 ließ die Situation endgültig eskalieren. Das von Karl Marx Anfang des Jahres 1848 beschworene „Gespenst des Kom-

munismus“ schien sich ausgerechnet in München zu materialisieren. Die fernen Erinnerungen an die Pariser Kommune des Jahres 1871 mögen eine Rolle gespielt haben, die Nachrichten vom bolschewistischen Umsturz in Russland taten ein übriges, jedenfalls provozierte der Umsturz in München eine Welle exzessiver, rechter Gewalt. Dass diese vom jungen Weimarer Staat disziplinarrechtlich und juristisch praktisch nicht verfolgt wurde, ist eine der großen Schattenlinien der deutschen Geschichte.

Die Ausstellung wählt als Leitfaden die Geschichte der bewaffneten Macht in Bayern. Die Fragen des politischen, gesellschaftlichen, geistigen und kulturellen Umbruchs sind mit dieser Geschichte verwoben und spiegeln sich in ihr. Die Erzählung beginnt mit dem sorgfältig gepflegten Stolz des alten Heeres auf die Siege in Frankreich 1870/71. Die fortbestehende bayerische Eigenstaatlichkeit drückte sich insbesondere in der Monarchie und im bayerischen Heer aus; ein Symbol dafür war das 1879 gegründete Armeemuseum. Wie eine Grenzscheide zum modernen Europa wirken demgegenüber die Bilder aus dem Großen Krieg. Danach war kaum mehr etwas wie vorher. Mit dem Heer und der Monarchie zerbrachen die Macht, die politische Ordnung und die föderale Gliederung des Reiches. Die neuen Regierungen versuchten im Bündnis mit der alten Heeresleitung den Schutz des Reiches zu organisieren und Ordnung und Stabilität zu schaffen. Dabei gerieten sie in einen doppelten Konflikt. Zum einen waren die regulären Truppen in Auflösung begriffen, so dass mit angeworbenen Soldaten ein bunter Strauß irregulärer Verbände aufgestellt wurde, deren Ausbildung, Disziplin,

Zuverlässigkeit und Lenkbarkeit höchst zweifelhaft waren. Zum anderen waren weder die Heeresleitung noch erst recht die einzelnen Verbände angesichts eines sich verschärfenden politischen Konflikts neutral. Eine solche Neutralität hätte ja einen gefestigten Staat schon vorausgesetzt. Beides zusammengenommen führte zu den angesprochenen Exzessen der Gewalt und zu Vorstellungen und Versuchen, der Gesellschaft durch Gewalt eine Ordnung aufzuzwingen. Die alte föderale Gliederung spielte dabei immer weniger eine Rolle. Seit 1919 wurde eine neue, einheitliche „Reichswehr“ gegründet und allmählich ausgebaut, die sich zumindest äußerlich der entstehenden Republik unterordnete. Gleichzeitig entwickelten sich wilde Triebe einer rechts-nationalistischen Gewaltbereitschaft, die den Umsturz hin zu einem wie auch immer gearteten autokratischen, nationalen Regime planten und versuchten.

Die Ausstellung endet mit Zeugnissen der Erinnerung an den Krieg. Auch sie blieb umstritten: Auch in der Trauer um das unermessliche Leid, das der Krieg verursacht hatte, gab es keine Einigkeit. Und doch war sie nicht einfach Teil der heftigen, oft blutigen Auseinandersetzungen, sondern stand ihnen auch gegenüber. Nach Jahrzehnten im Verborgenen kann die beinahe vergessene, originale Skulptur des toten Soldaten vom Münchner Hofgarten im letzten Raum der Ausstellung wieder betrachtet werden.

Die Frage, wie Krieg beendet und Frieden nicht nur nach außen, sondern auch im Inneren einer Gesellschaft hergestellt werden kann, ist heute so aktuell wie je. Viele der laufenden Kriege, etwa im Jemen, in Syrien oder in der östlichen Ukraine sind

gekennzeichnet durch eine Konfusion von innerem Krieg und äußerer Einflussnahme. Und der Versuch, die für eine innere Befriedung wesentliche Klärung von Schuldfragen durch einen internationalen Strafgerichtshof gewissermaßen zu neutralisieren, tritt auf der Stelle.

Die Ausstellung „Friedensbeginn?“ stellt sich der bayerischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1923, als der brodelnde Bürgerkrieg mit der Niederschlagung des Hitlerputsches einen Höhepunkt und ein nur vorläufiges Ende fand. So bekannt die großen Linien der Geschichte sind, so erschütternd ist es oft, diese im Detail zu verfolgen. Dank der konzentrierten Arbeit des Kurators Dieter Storz und des Mitarbeiters Frank Wernitz, der ihn nachhaltig unterstützte, ist es gelungen, eine Fülle neuer und wiederentdeckter Objekte und Bilder zu dieser Geschichte hinzuzufügen. Ausstellung und Katalog zeigen Bayern als einen Brennpunkt deutscher Geschichte und tragen zu einer dichten Erinnerung an die Geburtsstunde des modernen Europa nach dem Ersten Weltkrieg bei.

Ansgar Reiß  
Museumsdirektor

Ingolstadt, im September 2018

# Ausstellung Katalog

## Veranstalter

Bayerisches Armeemuseum

## Gesamtleitung

Dr. Ansgar Reiß

## Idee und Grundkonzept

Dr. Dieter Storz, Dr. Frank Wernitz,  
Dr. Ansgar Reiß

## Kuratoren

Dr. Dieter Storz, Dr. Frank Wernitz

## Wissenschaftliche Mitarbeit

Dr. Ansgar Reiß, Dr. Tobias Schönauer,  
Daniel Hohrath M.A., Dr. Frank Wernitz

## Plakat

malyma.Werbung Neumarkt

## Werkstätten und Depots

Leitung: Heinz Weininger  
Tobias Baur, Matthias Gabler M.A.,  
Roland Hopp, Klaudia Hutter, Kornelia  
Koch, Rudolf Pemsl, Anja Pilz, Franz  
Prummer, Hans-Peter Roth, Melita  
Schlottenhofer, Jakob Schwaiger

## Haustechnik

Konrad Mayer, Christina Thurn

## Leihgeber

Rudolf Ritter von Waechter  
Dr. Frank Wernitz

Kataloge des Bayerischen

Armeemuseums Bd. 18

herausgegeben von Ansgar Reiß

© 2018

Bayerisches Armeemuseum, Ingolstadt  
und wbg (Wissenschaftliche Buchgesell-  
schaft), Darmstadt

## Herausgeber

Dieter Storz und Frank Wernitz

## Redaktionsleitung

Dr. Tobias Schönauer

## Redaktion und Gestaltung

Dr. Tobias Schönauer, Dr. Dieter Storz,  
Dr. Frank Wernitz, Daniel Hohrath M.A.

## Katalogtexte

Dr. Dieter Storz, Dr. Frank Wernitz

## Umschlaggestaltung

malyma.Werbung Neumarkt

## Satz

Dr. Tobias Schönauer

## Fotos

Christian Stoye (Bay. Armeemuseum)  
Andreas Schmidt (S. 168 f., 170, 186, 200,  
202, 211, 214, 227, 235, 244-248, 250 f., 269,  
276, 310, 317, 329, 332, 333-335, 338, 340,  
343, 345 f., 348-353, 358 f., 371, 375, 381,  
387, 395)

## Druck und Verarbeitung

wbg (Wissenschaftliche Buchgesellschaft),  
Darmstadt



Dieter Storz/Daniel Hohrath

## Geschichte und Tradition des bayerischen Heeres



Als die königlich bayerische Armee zu bestehen aufhörte, bedeutete dies für ihre Angehörigen, jedenfalls für Berufssoldaten und Offiziere, mehr als die Auflösung einer normalen staatlichen Institution oder den Verlust ihres Arbeitgebers. Das bayerische Heer blickte auf eine Geschichte von fast zweieinhalb Jahrhunderten zurück, in denen es als zentrales Machtinstrument der Wittelsbacher Dynastie eine entscheidende Funktion für die Entstehung des modernen Staates „Bayern“ ausgeübt hatte. Dieser Staat hatte am Ende einer langen Kriegsepoche im Jahre 1815 seine dauerhafte Gestalt erhalten; er war, wie die meisten europäischen Staaten, das keineswegs zwangsläufige Ergebnis einer langen Folge politischer Verwicklungen, die oftmals weit über den Handlungsrahmen seiner Herrscher hinausreichten, zahlreicher dynastischer Zufälle und riskanter Entscheidungen.

Die Rolle der Armee als der bewaffneten Macht, die heute gelegentlich unterschätzt wird, stand nicht nur für die Angehörigen des Militärs damals außer Frage. Die Geschichte dieses Heeres als Ganzes und vor allem seiner Regimenter, aus denen es entstanden war, war im 19. Jahrhundert als Tradition verankert worden und prägte seine Identität. Die Hinwendung zur Geschichte als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung und Sinnstiftung zugleich war eine der grundlegenden geistigen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts.

Das galt auch, und vielleicht in besonderem Maße, für das Militär. In der Traditionsbildung der bayerischen Armee spielte das Jahr 1682 eine zentrale Rolle, denn in diesem Jahr datierte man den Beginn einer nie mehr abgerissenen Geschichte des „Bayerischen Heeres“. Es war allgemeine Praxis, wie in der Genealogie einer Familie vom ältesten Ahnen auszugehen und seine Blutlinie zu verfolgen, also von dem frühesten fassbaren Datum auszugehen, an dem Regimenter errichtet und danach nicht mehr vollständig aufgelöst wurden bzw. sich gewissermaßen fortpflanzten. Diese Regimenter bildeten den Nukleus eines „stehenden Heeres“, auf dessen institutionelle Kontinuität sich die Tradition beziehen konnte.

Dies war im Detail manchmal eine recht bemühte Konstruktion, denn gerade in der an Krisen reichen bayerischen Geschichte des 17. und 18. Jahrhunderts schwankten die Truppenstärken enorm, wurden laufend Einheiten umbenannt, zusammengelegt oder als Grundstock in neuerrichtete Truppenteile überführt. Außerdem war das Königreich Bayern in seinen 1815 festgelegten Grenzen ein viel größerer Staat als das alte Kurfürstentum. Es bestand zum guten Teil aus Territorien mit einer eigenen Geschichte, und dementsprechend galt das auch für die Armee, in der die Regimenter des Kurpfälzischen Heeres, aber auch das Militär vieler kleinerer und kleinster Staaten des Alten Rei-

ches aufgegangen waren, von den Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth über die Reichsstadt Nürnberg bis zum Fürstbistum Würzburg. Von all diesen „Vorgängereinheiten“ tragfähige Traditionslinien in die königlich Bayerische Armee zu ziehen, war nicht immer einfach.

Die Geschichte der bayerischen Armee als Institution im 17. Jahrhundert beginnen zu lassen, war aber trotzdem ein in sich schlüssiger Ansatz, denn ein absoluter Anfangspunkt für bayerische Militärgeschichte wird sich nicht finden lassen. Die Anwendung organisierter militärischer Gewalt auf dem Gebiet des heutigen Bayern lässt sich bereits in der Antike nachweisen, aber da gab es noch kein Bayern, und auch von dem mittelalterlichen Kriegswesen der feudalen Aufgebote in Süddeutschland ergeben sich keine Kontinuitäten, auch wenn es natürlich künstlerische und historisch-literarische Projektionen des „bayerischen Kriegsmannes in früheren Zeiten“ gab.

Erst das Kriegswesen der Frühen Neuzeit gab eine Grundlage für eine kontinuierliche Entwicklungslinie, paradoxerweise, weil es „jenseits des Staates“ entstand und auf frei angeworbene Söldner und damit auf ein von anderen Bindungen unabhängiges, zeitlich bestimmtes Vertragsverhältnis gegründet war. Der Söldner leistete seinen Dienst nicht aufgrund einer persönlichen Verpflichtung, sondern gegen Bezahlung. Soldaten wurden in Kompanien und Regimentern zusammengeschlossen, die von privaten Kriegsunternehmern aufgestellt und an fürstliche Kriegsherren vermietet wurden. Söldnerheere waren teuer, und so wurden Truppen zumeist nur für einige Kriegsmonate angeworben und danach wieder aufgelöst. Dann stellten die Söldner oft ein Problem für die öffentliche Sicherheit dar, denn sie lebten vom Krieg. Was sich aber durchsetzte, war zum einen das Prinzip der eindeutigen Bindung an den Kriegsherrn: Solange ein Kriegsherr

zahlen konnte (was natürlich oft ein Problem war), standen ihm diese Truppen uneingeschränkt zur Verfügung, gegen innere wie äußere Gegner. Das war das Entscheidende. Zum anderen die Organisationsform: Die im 17. Jahrhundert entwickelten Kompanien und Regimenter und die Ranghierarchien von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten sind bis heute die strukturierenden Einheiten der Armeen weltweit.

### Der Dreißigjährige Krieg

Als wesentlicher Schritt auf dem Weg zu einem militärisch handlungsfähigen „Staat Bayern“ ließ sich die lange Regierungszeit des wohl tatkräftigsten und erfolgreichsten bayerischen Fürsten verstehen: Herzog Maximilian I. trat 1597 an die Spitze des Herzogtums Bayern und regierte es bis 1651. Maximilian hatte von seinem Vater eine finanziell angeschlagene Herrschaft übernommen, die er in wenigen Jahren in ein Musterterritorium mit wohlgefüllten Kassen verwandelte. Sein zeittypisches Projekt der Landesdefension, also eines Landesverteidigungswesens, das sich nicht auf Söldner, sondern auf die Verpflichtung der Untertanen zum Kriegsdienst stützte, konnte er nicht verwirklichen, denn es erwies sich als unmöglich, auf diese Weise ein militärisch schlagkräftiges Heer aufzubauen. Aber er schuf eine außergewöhnlich gute Verwaltung und verfügte damit über reichlich Geld zum Unterhalt zuverlässiger Söldnertruppen.

In den großen Verwerfungen des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648) gelang es Maximilian, zu einem der wichtigsten kriegerischen Akteure zu werden. Er konnte sein Herrschaftsgebiet deutlich vergrößern. Als Führer der katholischen Liga unterstützte er den Kaiser und gewann dafür die Kurwürde seines geachteten pfälzischen Vetters, womit sich

Bayern in die erste Reihe der deutschen Fürstenstaaten vorschob. Auch wenn die Pfälzer Wittelsbacher im Frieden von 1648 mit einer neuen achten Kurwürde entschädigt wurden, war der Kurfürst von Bayern nunmehr der ranghöchste weltliche Kurfürst im Heiligen Römischen Reich.

Der Dreißigjährige Krieg brachte durch seine schiere Dauer für Kurbayern auch schon eine erste Annäherung an ein stehendes, also nicht nur für einen Feldzug angeworbenes Heer. Auf der Höhe dieses Krieges, 1630/31, zählte das bayerische Heer 22.000 Fußsoldaten, mehr als 3.000 Kavalleristen und 86 Geschütze. Obwohl der Kurfürst von Bayern einer der politischen Gewinner des verheerenden Krieges war, erzwang Geldmangel nach dem Friedensschluss die Auflösung des gesamten kurbayerischen Heeres bis auf wenige hundert Mann. Nur einige Leibgarden und die Stadtwachen von München und Ingolstadt blieben bestehen.

Das Kurfürstentum Bayern war nun einer der mittelgroßen Staaten im Flickenteppich des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“, dabei mit einem vergleichsweise geschlossenen Territorium. Gleichwohl umfasste es nur etwa die Hälfte der Fläche des heutigen Freistaats und noch weniger des Königreichs von 1816-1918. Den Rest nahmen zahlreiche unabhängige „Reichsstände“ ein, Territorialstaaten wie die geistlichen Fürstentümer Kempten, Passau, Bamberg und Würzburg, die Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth, Reichsstädte wie Augsburg Nürnberg mit eigenem großem Territorium und noch viele kleinere Herrschaften. Dass sie alle einmal zu „Bayern“ kommen sollten, war keineswegs absehbar. Für die protestantischen Bürger von Reichsstädten und fürstlichen Territorien namentlich in Franken und Schwaben war eine Annäherung

an das aggressiv gegenreformatorische Kurbayern geradezu undenkbar.

Nach dem Westfälischen Frieden von 1648 kam es zu keinem derartig zerstörerischen und unkontrollierbar weiterwütenden Krieg mehr, doch friedlich waren die folgenden Jahrzehnte nicht. Europa wurde dauerhaft erschüttert von dem großen Machtkampf zwischen den französischen Königen aus dem Hause Bourbon und den Habsburgern, deren eine Linie die Könige von Spanien stellte, während die andere mit Österreich und Böhmen über einen mitteleuropäischen Länderkomplex herrschte, der dem Hause Habsburg zugleich die Kaiserwürde des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation sicherte. Zu dieser Rivalität kam die Expansion des Osmanischen Reiches, das im Mittelmeerraum und vor allem in Südosteuropa vorrückte.

Das Kurfürstentum Bayern sah sich schon von seiner geographischen Lage her zwischen dem französischen und dem österreichischen Machtbereich eingeklemt. Diese Lage sollte bis 1815 die bayerische Außen- und Militärpolitik bestimmen. Ein Staatswesen mittlerer Größe mit einer ehrgeizigen alten Dynastie wie den Wittelsbachern in Kurbayern musste Stärke zeigen und auch militärisch mitspielen können, wollte es nicht unter die Räder kommen.

Ab den sechziger Jahren, unter Kurfürst Ferdinand Maria (1651-1679), kam es wieder zum Aufbau eines größeren kurbayerischen Heeres. Bayerische Truppen kämpften zur Unterstützung des Kaisers in vier verlustreichen Feldzügen von 1661 bis 1664 in Ungarn und Siebenbürgen gegen die Osmanen, und 1669 wurde ein bayerisches Regiment von der Republik Venedig bei der Verteidigung Candias auf der Insel Kreta gegen die Türken eingesetzt. Nach einer Abrüstungsphase beteiligten sich kurbayerische Regimenter 1672 bis 1674 als Hilfstruppen für das Kurfürstentum

Köln (der Kurfürst und Erzbischof war ein Vetter des bayerischen Kurfürsten, Maximilian Heinrich von Bayern) am Angriffskrieg Frankreichs gegen die Republik der Vereinigten Niederlande. Ein Regiment wurde zur Unterstützung für den Herzog von Savoyen in den Kampf gegen die Republik Genua geschickt. Die meisten dieser Einsätze geschahen gegen die Zahlung von Hilfgeldern, den sogenannten Subsidien, die es erleichterten oder erst ermöglichten, ein Heer zu unterhalten. Dies war gerade für kleinere und mittlere Reichsstände bis in die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts hinein nicht ungewöhnlich. Eine klare Linie zwischen der politisch begründeten militärischen Unterstützung von Bündnispartnern und dem später als „Soldatenhandel“ verurteilten Vermieten der eigenen Soldaten an fremde Mächte lässt sich kaum ziehen. So konnte ein Fürst offiziell politisch neutral sein und trotzdem „Hilfstruppen“ für den Einsatz im Dienste einer Großmacht zur Verfügung stellen. Die Vorteile für die Fürsten lagen auf der Hand: Sie konnten ein größeres Heer aufstellen, als sie alleine finanzieren konnten, demonstrierten so ihren Rang und ihre Stärke nach innen und außen und waren für die großen Mächte attraktive Verbündete, was ihre politischen Spielräume vergrößerte.

### 1682 – Max Emanuel „gründet“ die bayerische Armee

Ferdinand Marias Politik war erfolgreich darin, dem eigenen Territorium den Frieden zu sichern, um die ungeheuren Schäden des Dreißigjährigen Krieges auszugleichen. Trotz großer Finanzprobleme behielt das Heer eine Stärke von etwa 15.000 Mann. Nach seinem Tode wurde die kurbayerische Armee erneut radikal verkleinert, die Regimenter zugunsten einiger kleinerer Einheiten aufgelöst. Nachdem sein Nachfolger Max Emanuel

(1679-1726) 1680 volljährig geworden war und die Herrschaft angetreten hatte, änderte sich das. Max Emanuel wollte große Politik machen und seine Stellung im Reich und in Europa erhöhen. Dafür wagte er jeden Einsatz und höchstes Risiko. Am Beginn dieser neuen Phase stand eine große Heerschau, das „Lager von Schwabing“ im Jahr 1682. Bei dieser manöverartigen Versammlung wurde die neu aufgestellte Armee in sieben Infanterie- und vier Reiterregimenter formiert.

Je zwei der damals errichteten kurbayerischen Infanterie- und Kavallerie-Regimenter blieben bis zum Ende des Ersten Weltkrieges bestehen. Zumindest war es mit den Mitteln der Geschichtsschreibung möglich, eine solche genealogische Linie zu ziehen. Das Jahr 1682 galt somit der Armee im Rückblick als das Geburtsjahr, mit dem die eigentliche Geschichte des bayerischen Heeres begann. Freilich sollten in den nächsten hundertdreißig Jahren noch einige schwere Krisen folgen, in denen der Fortbestand des bayerischen Staates mehrmals in Frage stand und auch seine bewaffnete Macht zu einem Torso schrumpfte. Erst nach der Mitte des 19. Jahrhunderts sollten jene historistischen Konstruktionen sich durchsetzen, die den Regimentern ihre über Jahrhunderte gewachsene Identität verliehen.

Die neue Armee Max Emanuels rückte 1683 erstmals ins Feld, und zwar an der Seite Österreichs gegen die Osmanen. Das tat sie fortan jährlich, wobei die Eroberung Belgrads 1688 den Höhepunkt dieses als besonders ruhmreich erinnerten Teils der bayerischen Kriegsgeschichte bildete. Hierzu trug besonders bei, dass Max Emanuel selbst als begabter und persönlich überaus tapferer Feldherr an der Spitze seiner Truppen auftrat; sein Beinamen „blauer König“ soll ihm von den Türken gegeben worden sein. Auch im Dauerkonflikt mit Frankreich hielt sich Max Emanuel an der Seite des Kaisers:

Im Neunjährigen Krieg (1688-1697 auch als „Pfälzischer Erbfolgekrieg“ bekannt) kämpften bayerische Truppen gegen die französische Armee Ludwigs XIV. am Rhein, in Oberitalien, Flandern und sogar in Katalonien.

Nach nur drei Friedensjahren brach der Spanische Erbfolgekrieg aus. Da es mit der spanischen Thronfolge um das Erbe des Spanischen Weltreichs ging, waren alle Mächte Europas auf diesen Krieg vorbereitet. Der Habsburger Kaiser verbündete sich mit den „Seemächten“, den Vereinigten Niederlanden und England, um einen Machtzuwachs der französischen Bourbonen zu verhindern.

Max Emanuel aber wechselte die Seiten, da ihm das komplizierte Netz dynastischer Erbansprüche große Chancen zu eröffnen schien: Auf der Seite Frankreichs hoffte er, eine souveräne Königskrone zu erringen und damit wie der Kurfürst von Sachsen (König von Polen 1698) und der Kurfürst von Brandenburg (König in Preußen 1701) einen weiteren Aufstieg für das Haus Wittelsbach zu erreichen. 1701 begannen neue Rüstungen, und im nächsten Jahr stand die Armee wieder kriegsfertig da. Max Emanuels Kriegspolitik scheiterte schnell und katastrophal: 56.000 Bayern und Franzosen unterlagen am 13. August 1704 bei Höchstädt einer etwas kleineren Streitmacht der Verbündeten, die vom Herzog von Marlborough und dem Prinzen Eugen geführt wurden. Das Territorium Kurbayerns wurde von den Österreichern besetzt und ausgebeutet, alle dort verbliebenen kurbayerischen Truppenteile wurden aufgelöst. Gegen Max Emanuel (und seinen ebenfalls auf die französische Seite getretenen Bruder Joseph Clemens als Kurfürsten von Köln) wurde die Reichsacht verhängt. Die bayerische Kurwürde wurde auf die Kurpfalz zurückübertragen. Max Emanuel zog sich mit dem Rest seiner Truppen in die Spanischen Niederlande (das heutige

Belgien) zurück, in denen der Krieg weiterging. Diese übriggebliebenen kurbayerischen Regimenter waren an zahlreichen Schlachten und Belagerungen beteiligt, konnten dabei aber natürlich keine bestimmende Rolle spielen. Derweil kämpften kurpfälzische Regimenter, die ja später die zweite Säule der bayerischen Heerestradition bilden sollten, in diesem Krieg auf der gegnerischen Seite: Sie standen im Dienst von Kaiser und Seemächten, ebenso wie etwa Würzburger und Bayreuther Regimenter und die Kreis-Kontingente der kleineren fränkischen und schwäbischen Reichsstände.

Max Emanuels Hoffnung, aus der spanischen Erbmasse mit einer Königskrone und den Niederlanden entschädigt zu werden, blieb unerfüllt. In den Friedensverhandlungen 1714 konnte immerhin der Vorkriegszustand erreicht werden, so dass Max Emanuel wieder in seine Kurwürde eingesetzt wurde und sein altes bayerisches Territorium, das er so gerne gegen die habsburgischen Niederlande eingetauscht hätte, zurückbekam.

1715 in seine bayerischen Stammlande heimgekehrt, waren keine politischen Abenteuer mehr möglich. Die Türkenkriege gingen indessen weiter, und Max Emanuel entsandte 1717 und 1718 wieder Hilfskorps auf diesen Kriegsschauplatz. Das geschah weniger aus neuer Treue zum Haus Habsburg, sondern weil ihn der gegen die Osmanen erklärte Reichskrieg sonst 172.700 Gulden gekostet hätte, die er nicht hatte. So löste er seine Schulden eben durch ein Truppenkontingent ab. Nach dessen Rückkehr kam es zu einer erheblichen Herabsetzung der Heeresstärke, die schon mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates nicht zu vermeiden war. Die Armee zählte beim Tod des Kurfürsten zwar fünf Infanterie- und vier Kavallerieregimenter, aber nur noch etwas mehr als 4.000 Mann, war also eher als Kadertruppe anzusprechen, die im Kriegsfall erst durch um-

fangreiche Werbungen auf Kriegsstärke gebracht werden musste.

Einen wichtigen politischen Erfolg konnte Max Emanuel gegen Ende seiner Regierungszeit aber noch verbuchen: Die Wittelsbacher Hausunion von 1724. Schon 1329 hatte sich das Haus Wittelsbach in mehrere Linien geteilt, die teilweise miteinander konkurrierten. Die Hausunion verband nun alle katholischen weltlichen und geistlichen Fürstentümer unter den Wittelsbachern. Zu diesem Zeitpunkt waren dies nicht nur Kurbayern und die Kurpfalz und der Erbprinz von Pfalz-Sulzbach. Viele wittelsbachische Prinzen beider Linien regierten als gewählte Fürstbischöfe geistliche Territorien, darunter die Kurfürstentümer Köln (unter Max Emanuels Sohn Clemens August) und Trier. Vier der Vertragsschließenden waren also Kurfürsten, was das Gewicht der Dynastie im Reich und bei der nächsten Kaiserwahl erhöhte. Für den Kriegsfall wurde die Aufstellung eines Heeres von 30.000 Mann beschlossen. Damit war im Reich ein neuer und nicht unerheblicher Machtfaktor entstanden.

### Karl Albrecht – letzter Anlauf zur Großmacht

Hintergrund dieses Bündnisses war der wittelsbachische Traum von der Kaiserkrone, denn der gegenwärtige Kaiser aus dem Hause Habsburg, Karl VI., besaß keinen männlichen Nachkommen. Zur Durchsetzung eines solchen Anspruchs, zu dem sich das Haus Wittelsbach als eine den Habsburgern gleichrangige Dynastie seit jeher berechtigt sah, bedurfte es aber nicht nur der nötigen Zahl von Kurstimmen, sondern auch finanzieller und militärischer Macht. An beidem fehlte es dem durch die Politik Max Emanuels verarmten Kurbayern. Seinem Nachfolger hinterließ der „blaue Kurfürst“ ein unordentlich verwaltetes Land, 20 Millionen

Gulden Schulden, aber auch seinen starken Ehrgeiz.

Zu Lebzeiten Karls VI. handelte Karl Albrecht offiziell kaisertreu. Seine ständigen Geldverlegenheiten veranlassten den Kurfürsten dazu, dem Kaiser 1738 für den Türkenkrieg ein Hilfskorps von 8.000 Mann, also den Kern seiner Armee, zur Verfügung zu stellen. Dafür zahlte ihm der Kaiser 36 Gulden pro Mann. 1739 folgten diesen als Verstärkung bzw. zur Ergänzung von Verlusten weitere 3.500. Weniger als ein Drittel von ihnen kehrten im Sommer 1740 in die Heimat zurück. Die meisten hatten auf dem Kriegsschauplatz den Tod durch die Pest und sonstige Seuchen gefunden.

Karl Albrecht strebte nun nicht nur nach der Kaiserkrone, sondern auch nach der Herrschaft über die habsburgischen Erblande, auf die er namens seiner Ehefrau, einer Tochter von Karls älterem Bruder und Vorgänger Kaiser Josephs I. Anspruch erhob (Das gleiche tat übrigens der Kurfürst von Sachsen, der ihre Schwester geheiratet hatte). Demgegenüber hatte Karl VI. seine Tochter Maria Theresia zur Erbin eingesetzt und dies diplomatisch abzusichern gesucht. Nach dem Tod Karls VI. erwiesen sich die mit viel Diplomatie und Geld errungenen Garantien freilich als wertlos: Der daraus entstandene Österreichische Erbfolgekrieg war von 1740 bis 1748 der nächste schwere Konflikt in Europa. Das Geschehen war allerdings reichlich kompliziert und verwirrend, so dass hier nur von dem Kurbayern betreffenden Teil zu reden ist. Als der ersehnte Erbfall durch den Tod Kaiser Karls VI. im Oktober 1740 eintrat, fehlte Bayern jedenfalls das, was es in solcher Lage zur Durchsetzung seiner Ansprüche am dringendsten gebraucht hätte: eine starke Armee. Eine Allianz mit Frankreich und Preußen musste den Ausgleich schaffen.

Der Einfall des Preußenkönigs nach Schlessien band seit dem Winter 1740 einen

großen Teil der militärischen Ressourcen Österreichs. Immerhin brachte Bayern schon wieder 8.000 Mann regulärer Truppen auf die Beine. Durch die Besetzung Passaus, eines selbständigen Fürstbistums, begann Karl Albrecht im Sommer 1741 mit einer französisch-bayerischen Armee den Krieg. Rasch wurden große Teile Österreichs und Böhmens besetzt. Am 25. Januar 1742 erreichte Karl Albrecht sein stolzes Ziel: Die Kurfürsten wählten ihn in Frankfurt am Main als Karl VII. zum Kaiser des Heiligen Römischen Reiches. Zwei Tage später aber zogen die Österreicher in München ein, was ihnen gelang, weil sich Preußen vorübergehend aus dem Krieg zurückgezogen hatte. Karl VII. war jetzt ein Herrscher ohne Land. Die Kämpfe zogen sich mit wechselndem Glück noch über Jahre hin. Die bayerische Armee war viel zu schwach, um eine bestimmende Rolle zu spielen. Wichtiger waren die Truppen der Franzosen, vor allem aber das wiederholte Eingreifen Preußens. Fast auf den Tag genau drei Jahre nach seiner Kaiserkrönung starb Karl VII. Für seinen Sohn Max III. Joseph (1745-1777) konnte es nur noch darum gehen, diesen Krieg abzuwickeln und seine Herrschaft zu retten. Er verzichtete auf alle Ansprüche auf österreichisches Gebiet und erkannte die Erbrechte Maria Theresias, der Tochter Karls VI., an. Dafür erhielt er Bayern zurück. Wie schon 1714, glückte nochmals die Wiederherstellung des Status Quo und damit des Kurfürstentums Bayern.

### Ohne machtpolitische Ambitionen: Max III. Joseph

Die Wittelsbacher mussten nun jede Hoffnung aufgeben, jemals unter die europäischen Großmächte aufzurücken. Bayern war und blieb ein Mittelstaat, und zwar ein in seiner Bedeutung stark geminderter. Dies war Folge der abenteuerlichen Außenpolitik Max Emanuels

und Karl Albrechts, die noch dazu die Staatsfinanzen zerrüttet hatte. Um überhaupt noch Truppen unterhalten zu können, musste sie der Kurfürst verleihen. Von 1746 bis 1748 kämpfte ein ca. 5.000 Mann starkes Hilfskorps für Österreich in den Niederlanden gegen Frankreich.

Max III. Joseph war eine der seltenen Persönlichkeiten der Geschichte, die Schulden nicht machten, sondern zurückzahlten. Das sichert ihm bis heute freundliche Urteile bayerischer Historiker. Die Armee aber litt unter den unvermeidlichen Sparmaßnahmen besonders. Auch äußerlich kam das Militär herunter. In Ingolstadt konnte ein Teil der Offiziere und Mannschaften nicht mehr auf Wache ziehen, weil es an Schuhwerk fehlte. Um die Pensionslast nicht zu vermehren, wurden gebrechliche Offiziere jahrelang im aktiven Stand belassen. 1747 verschied ein Rittmeister von Mercy nach siebenjähriger (!) Dienstzeit. Landstreicher und Verbrecher, sofern sie noch nicht der Scharfrichter berührt hatte, wurden zwangsweise in die Armee gesteckt. So erhielt man gewiss billige, aber sicher keine guten Soldaten. Für das Ansehen der Truppen bedeuteten sie eine Belastung.

An dem nächsten großen europäischen Konflikt, dem Siebenjährigen Krieg (1756-1763), in dem sich erstmals Österreich mit seinem bisherigen „Erbfeind“ Frankreich gegen Preußen verbündet hatte, beteiligte sich Kurbayern, das schon aus geografischen Gründen keine andere Chance hatte, mit Truppen auf deren Seite, ohne sich aber politisch dem Bündnis anzuschließen. Das militärische Engagement blieb aber alles in allem zurückhaltend.

Nachdem der Kurfürst 1757 und 1758 noch ein bayerisches Hilfskorps von 6.800 Mann in französischem Sold ins Feld gestellt hatte, dessen Regimente 1757 an der spektakulären Niederlage der österreichischen Armee in der Schlacht von Leuthen beteiligt waren, stieg er 1759 aus. Das

„Auxiliarkorps“ hatte insgesamt Verluste von 4.936 Mann erlitten, hauptsächlich durch Krankheiten und Desertion, aber nur 96 nachweislich im Kampf Gefallene. Gewonnen hatte man nichts. Ansonsten beschränkte Kurbayern sich auf die Erfüllung seiner reichsrechtlichen Verpflichtungen, indem nur die erforderlichen Soldaten zu einem Kreisregiment gestellt wurden. Das erleichterte später die Anbahnung guter Beziehungen zu Preußen. Von den Kriegseignissen betroffen waren die alten kurbayerischen Gebiete praktisch nicht.

Max III. verstarb 1777 kinderlos. Dies war schon länger absehbar, und der Kurfürst hatte die Erbfolge durch den anderen Hauptzweig des Hauses Wittelsbach vorbereitet. Bayern fiel so an den Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz. Seit der 1329 erfolgten Aufteilung waren beide Länder wieder vereint, wenn auch räumlich getrennt. Karl Theodor brachte in die Verbindung auch noch die am Niederrhein gelegenen Herzogtümer Jülich und Berg mit ein, so dass das Land jetzt aus drei Gebietskomplexen bestand.

Indessen spielte der Kaiser in Wien, Joseph II., jetzt das Spiel, welches Karl Albrecht 1741 versucht hatte: Er erhob umfangreiche Erbansprüche auf bayerisches Gebiet. Bei Karl Theodor, der persönlich keine Beziehung zu den bayerischen Landen im Südosten verspürte, fand er gegen die Zusage territorialer Kompensationen an anderer Stelle und finanzieller Unterstützung ein offenes Ohr. Eine solche Kräftigung Österreichs wollte aber Preußen nicht dulden. Im Bayerischen Erbfolgekrieg 1778/79 rückten Preußen und Sachsen gegen Österreich ins Feld und manövrierten gegeneinander in Böhmen, ohne dass es zu größeren Gefechten oder gar Schlachten kam. Sein Beinamen „Kartoffelkrieg“ zeigt schon, dass man allem mit Versorgungsproblemen kämpfte. Obwohl es in diesem Krieg

wahrlich um die Zukunft Bayerns ging, waren weder kurbayerische noch kurpfälzische Truppen beteiligt. Als Ergebnis blieb das kurbayerische Territorium unter Wittelsbacher Herrschaft erhalten, man gab aber Joseph II. die Gelegenheit, sein Gesicht zu wahren, und so brachte er mit dem Innviertel ein schönes Stück Altbayern an Österreich.

Nachdem ihm der Tausch Bayerns gegen Vorderösterreich (südliche Teile des heutigen Baden-Württemberg) verwehrt war, hoffte Karl Theodor noch auf einen Ländertausch gegen die österreichischen Niederlande (Belgien), und damit sogar ein eigenes mittel- und niederrheinisches Königreich Burgund, doch verhinderte die preußische Politik eine solche Machtverschiebung 1785 auf diplomatischem Wege.

### Größer, aber nicht stärker: Kurpfalz-Bayern

Die kurpfälzischen und kurbayerischen Truppen wurden 1778 organisatorisch zur „Kurpfalz-Bayerischen Armee“ zusammengeschlossen, wobei die pfälzische Seite etwa 12.000, die bayerische 8.000 Mann einbrachte. Auch wenn diese Heeresgröße schon weit unter den früher von Kurbayern und der Kurpfalz je für sich auf die Beine gestellten Truppen lag, waren dies aber nur nominelle Stärken, denn durch zahlreiche Beurlaubungen brachten die Truppen nur einen Bruchteil davon zusammen, so dass eine effektive Ausbildung unmöglich war, obwohl man ein „stehendes“ Heer hatte. Obwohl der nunmehr entstandene pfalz-bayerische Kurstaat immerhin den drittgrößten Länderkomplex des Reiches darstellte, bildete sich das nicht in militärischer Potenz ab. Es herrschte eine gewiss nicht unberechtigte Skepsis darüber, was mit den pfälzisch-bayerischen Mitteln überhaupt zu leisten sei. So beschied damals

ein bayerischer Minister einen Obersten, der Reformen anmahnte: „Was braucht der Kurfürst Soldaten? Zum Ernst sind sie doch zu wenig und zum Spaß zu viel, wir werden keinen Krieg anfangen.“<sup>1</sup> Die Kriege des 18. Jahrhunderts hatten gezeigt, dass kleinere und auch mittlere deutsche Staaten nur noch als Anhängsel der Großmächte Österreich und Preußen agieren konnten, deren Armeen mit jeweils über 200.000 Mann mindestens die zehnfache Stärke aufwiesen.

Gleichwohl bemühte man sich auch in Pfalz-Bayern um eine zeitgemäße Reform der Armee, wie dies zu jener Zeit auch in vielen anderen kleineren und größeren Staaten diskutiert und betrieben wurde. Die bayerische Variante dieser Reformversuche im Zeichen der „militärwissenschaftlichen Aufklärung“ verbindet sich mit dem Namen von Sir Benjamin Thompson, Grafen von Rumford (1753-1814). Eine schillernde und hochbegabte Persönlichkeit, war Thompson in Massachusetts als Sohn eines Farmers geboren worden, kämpfte während des amerikanischen Unabhängigkeitskrieges in verschiedenen militärischen Verwendungen auf Seiten der Engländer und verließ Amerika nach dem Ende des Krieges. In München gewann er das Vertrauen Karl Theodors und wurde mit der Reorganisation des Militärwesens beauftragt.

Geleitet vom Geist der Aufklärung, war er bestrebt, die inneren Strukturen der Armee auf eine moderne Grundlage zu stellen und sie auf neue Weise in ein den ganzen Staat umfassendes Reformprogramm zu integrieren. Eine bessere Behandlung der Soldaten stand dabei im Mittelpunkt: Soldaten sollten sich verheiraten und in den Garnisonen sesshaft werden, Schulen für Soldatenkinder sollten eingerichtet werden; dafür sollte die Armee nicht mehr zur Verwahrung von Landstreichern und Verbrechern dienen (was den Widerstand

der Landstände hervorrief, verloren sie damit doch eine bequeme Möglichkeit, solche Leute loszuwerden). Als typischer Vertreter der rationalistischen Aufklärung war Rumford gleichzeitig auf allen möglichen Gebieten reformerisch tätig, wobei die Armee allerdings eine zentrale Rolle als staatliche Musterinstitution spielen sollte: Neben der Gründung einer Militärakademie für Offiziere und andere künftige Staatsdiener kümmerte er sich um Ausrüstung, Bewaffnung und Ernährungsfragen. Das Hauptproblem war nur, dass die neue Armee nicht mehr Geld kosten durfte als die alte und somit der Sparzwang alles dominierte: Vieles war mehr gut gemeint als gut verwirklicht, so kamen die neu entworfenen Uniformen bei den Soldaten gar nicht gut an, die deren knappen Schnitt, ihre Schmucklosigkeit und nicht zuletzt die an die Österreicher erinnernde weiße Grundfarbe ablehnten. An einem der Hauptübel des alten Systems, den niedrigen Präsenzstärken der Truppen, konnte er nichts ändern.

Während in Pfalz-Bayern und in anderen Territorien zwar ambitioniert, aber auf gleichzeitig schwerfällige und oft unpopuläre Weise herumreformiert wurde, traten mit der französischen Revolution im größten Staat des Kontinents radikale Veränderungen ein, die in wenigen Jahren das alte Europa völlig durcheinander wirbeln sollten. Mit begrenzten Anpassungen auf der Grundlage des alten Systems war fortan ganz buchstäblich kein Staat mehr zu machen.

### Die Französische Revolution, Napoleon und ein neues Bayern

Das revolutionäre Frankreich entwickelte eine neuartige ideologische und militärische Dynamik, die sowohl die Gesellschaftsordnung der alten Monarchien als auch das Mächtegleichgewicht in Europa in Frage stellte. Die neue Kriegführung, zu

der die französischen Heere in der Lage waren, beruhte auf einem neuen Soldatenbild, bei dem die Dienstpflicht auf der Gleichheit aller Staatsbürger beruhte. Das hob nicht nur das soziale Ansehen der Armee, sondern erlaubte dem Staat zugleich einen viel weiter gehenden Zugriff auf die Ressource Mensch, als sie im alten System je möglich gewesen wäre. Die Heere der französischen Republik waren also nicht nur besser motiviert, sondern auch zahlenmäßig stärker als die Heere alter Art. Soldaten konnten leichter und schneller ersetzt werden; die Kriegführung wurde aggressiver und blutiger.

Eine führende Rolle beim Kampf gegen diese aggressive Großmacht spielte wieder einmal Österreich, und wieder entschied Bayerns Lage zwischen den beiden großen Antagonisten über das Schicksal des Wittelsbacherstaates. Pfalzbayern konnte sich zunächst neutral halten; als Frankreich aber 1792 Österreich und Preußen den Krieg erklärte und schnell überraschende militärische Erfolge erzielte und französische Truppen weit ins Gebiet des Reiches eindringen, war es damit bald vorbei. 1793 erreichte der Kaiser die Erklärung des Reichskrieges gegen Frankreich, und Kurpfalzbayern musste seinen Beitrag zum Reichsheer mobilisieren. Der Versuch, sich trotzdem halbwegs herauszuhalten, führte nur dazu, dass die vom Krieg betroffenen pfälzischen Lande von den Österreichern ebenso rücksichtslos behandelt wurden wie von den Franzosen. Nach einigen Kriegsjahren zeichnete sich seit 1797 ein dauernder Verlust der linksrheinischen Gebiete ab, was für den gerade erst vor zwanzig Jahren vergrößerten Kurstaat schwere Einbußen bedeutete.

Als Karl Theodor 1799 kinderlos starb, erbte nochmals eine Nebenlinie: Pfalz-Zweibrücken. Die Lage, in der Max IV. Joseph den pfalzbayerischen Länderkomplex übernahm, war äußerst schwierig.

Die linksrheinische Pfalz hielten die Franzosen besetzt, das altbayerische Gebiet die „verbündeten“ Österreicher, und die versuchten, die Nachfolge Max Josephs zu hintertreiben. Die 15.000 Mann zählende bayerische Armee war unter die viel größere österreichische Streitmacht aufgeteilt und nicht handlungsfähig. Unter diesen Umständen hatte Bayern gar keine andere Wahl als die, im Krieg gegen Frankreich zu verbleiben, zumal sich das Kriegsglück gelegentlich auch den Österreichern günstig zeigte. Zusammen mit diesen erlitten die bayerischen Truppen jedoch am 3. Dezember 1800 bei Hohenlinden östlich von München eine entscheidende Niederlage, die den Ausgang des Krieges entschied.

Jetzt wurden die Karten neu gemischt. Im Frieden von Lunéville vom 9. Februar 1801 erzwang Frankreich von Kaiser und Reich die Anerkennung des Rheins als französischer Ostgrenze. Es begann eine Zeit großer Umwälzungen. Die deutschen Fürsten, die links des Rheins Gebiete verloren hatten, sollten rechts des Rheins entschädigt werden. Als Umverteilungsmasse standen die kirchlichen Territorien und die Reichsstädte zur Verfügung. Bei dieser ersten großen Flurbereinigung verlor Pfalzbayern linksrheinisch etwa 10.000 km<sup>2</sup> und 600.000 Menschen, gewann dafür aber rechtsrheinisch 14.000 km<sup>2</sup> und 850.000 Menschen hinzu.

Damit aber begann zugleich die Annäherung Bayerns an Frankreich, das mehr und mehr zum bestimmenden Faktor in Deutschland wurde. Der neue Kurfürst musste Entscheidungen von größter Tragweite treffen. Österreich und Russland rüsteten 1805 zu einem neuen Krieg gegen Frankreich, und beide Seiten wollten das strategisch wichtige Bayern auf ihre Seite ziehen. Der wichtigste Berater des Kurfürsten, Graf Montgelas, setzte das französische Bündnis durch und legte damit die bayerische Außenpolitik auf Jahre

hinaus fest. Das hieß nun aber auch, dass Bayern Frankreichs Kriege mitmachen musste. Seinen Feldzug gegen Österreich beschloss Napoleon im Dezember 1805 mit dem glänzenden Sieg von Austerlitz.

Bayern hatte sich an diesem Feldzug mit annähernd 30.000 Mann beteiligt. Zu den politischen Folgen des Krieges gehörten weitere umwälzende Veränderungen in Deutschland. Bayern vermochte seinen Besitz abzurunden und zu vergrößern. Auf Kosten Österreichs erhielt es Tirol, musste dafür aber das 1803 gewonnene ehemalige Fürstbistum Würzburg wieder abgeben, das an einen Habsburger ging.

Am 1. Januar 1806 erfolgte die Ausrufung Bayerns zum Königreich. Aus dem Kurfürsten Max IV. Joseph wurde König Max I. Für Bayern war die Krone nicht nur ein schönes, neues Attribut des Fürsten, sondern auch ein Symbol des neuen Bayern, eine wichtige Klammer für den noch unfertigen Staat. Die Zone neu zugeschnittener deutscher Staaten schloss Napoleon 1806 im Rheinbund zusammen. Auch Bayern gehörte diesem Bündnis an und musste sich verpflichten, im Kriegsfall ein Kontingent von 30.000 Soldaten zu stellen. Im gleichen Jahr wurde in der Armee die weiß-blaue Kokarde als Nationalabzeichen eingeführt und der Max-Josephs-Orden als höchste Tapferkeitsauszeichnung für Offiziere gestiftet. Im Herbst 1806 musste die neue Armee abermals ausmarschieren. Preußen, das 1805 noch in stolzer Neutralität verharrt hatte, forderte Napoleon heraus und erlitt eine katastrophale Niederlage. Bayerische Truppen gelangten bis nach Schlesien.

Bayerns territoriale Vergrößerung ging weiter, indem es die zuletzt unter preußischer Herrschaft gestandenen Gebiete von Ansbach und Bayreuth übernahm. Das Königreich hatte nach wenigen Jahren eine große Masse neuer Einwohner gewonnen, meist Franken und Schwaben. Sie besaßen vielfach eine eigene, lange

und stolze Geschichte und waren nicht begeistert, Bayern werden zu müssen. Unter den Neubayern befanden sich auch viele Protestanten, so dass der Staat seinen überkommenen geschlossen-katholischen Charakter aufgeben musste, um nicht so gleich wieder durch innere Konflikte auseinanderzubrechen. Die Vergrößerung des Landes war also ohne einen Umbau seiner inneren Strukturen nicht zu haben.

Auch die Armee veränderte sich in diesen wenigen Jahren grundlegend. Die Truppen der neu hinzugekommenen Länder wurden nicht entlassen, sondern in die bayerische Armee integriert. Dadurch leistete sie auch einen wichtigen Beitrag zur inneren Einigung des Landes. 1805 wurde das sogenannte Kanton-Reglement erlassen, also eine Wehrpflicht eingeführt. Das Gesetz kannte noch zahlreiche Ausnahmen für die privilegierten Volksteile, so dass nur etwa die Hälfte der formal Dienstpflichtigen tatsächlich eingezogen wurde. Neu aber war, dass die Ausländerwerbung aufhörte und ein bayerisches Nationalheer entstand. Die Notwendigkeit, dem werdenden Mittelstaat Bayern die zu seiner Behauptung notwendige Machtbasis zu verschaffen, hatte diesen Schritt, dem das französische Vorbild zugrunde lag, erzwungen.

Dienstpflichtige, die nicht in den Linientruppen dienten, wurden einer Nationalgarde zugewiesen, die in mehrere Klassen unterteilt war. Die Konstitution des Jahres 1808, also die neue Verfassung für das Königreich, bestimmte, dass das Heer fortan „durch den Weg der allgemeinen Militär-Konskription ergänzt“ werden sollte. Durch das Konskriptionsgesetz des Jahres 1812 wurde diese Bestimmung tatsächliches Recht. Es gab immer noch zahlreiche Gründe für die Befreiung von der Dienstpflicht. Die Dienstpflichtigen mussten lösen, wobei nur die mit den niedrigen Nummern tatsächlich in die Regimenter eingestellt wurden. Die mit den höheren

Nummern kamen zur Reserve. Und es gab das Recht der Stellvertretung. Wohlhabende konnten sich freikaufen, indem sie einen „Einstesher“ bezahlten. Der Militärdienst traf also weiterhin nur die wirtschaftlich Schwachen. Dieses System blieb bis 1868 in Kraft und wurde zunehmend als anstößig empfunden.

In diesen Jahren entstand auch eine staatliche bayerische Rüstungsindustrie. 1801 wurde in Amberg die Gewehrfabrik gegründet und 1806/7 in Augsburg das Gieß- und Bohrhaus zur Erzeugung von Geschützrohren.

Napoleons Herrschaft über Europa war weiterhin nicht ungefährdet: Österreich wagte 1809 den Entscheidungskampf mit Napoleon, den es, ein Novum in seiner Geschichte, als nationalen Befreiungskampf führte. Die Tiroler, provoziert von einer unsensiblen bayerischen Verwaltung, vor allem aber von dem Zwang, in der bayerischen Armee dienen zu müssen, erhoben sich und verjagten die Besatzer. Nachdem das bayerische Heer mit französischer Hilfe die in Bayern eingefallenen regulären österreichischen Truppen wieder zurückgedrängt hatte und die Franzosen den Österreichern nachsetzten, wandte sich die bayerische Armee nach Tirol. Dort gelang es nur unter größten Anstrengungen und mit Hilfe französischer und italienischer Truppen, den Aufstand niederzuwerfen. Bayern hatte in diesem Jahr mehr als 60.000 Mann aufgeboten.

Napoleon schien nun der Herr Europas zu sein. Zwei Kräfte aber widersetzten sich seinem Willen: In Spanien tobte ein von britischen Truppen unterstützter Aufstand, und Russland war nicht bereit, sich in das System der Kontinental Sperre einzufügen, das die europäischen Häfen dem englischen Handel verschließen sollte. Um den Willen des Zaren zu brechen, marschierte Napoleon 1812 mit einer für damalige Verhältnisse ungeheuren Armee von 500.000 Mann in Russland ein. Etwa

ein Drittel waren Nationalfranzosen, den Rest stellten die „Verbündeten“ des beherrschten Europa, darunter auch 27.500 Bayern, denen später noch etwa 5.000 Mann an Verstärkungen nachgeschickt wurden. Dieses riesige Heer, das seinen Namen Grande Armée zurecht trug, ging in den Weiten Russlands an Hunger und Krankheiten zugrunde. Vielleicht einer von zehn Bayern hat sein Heimatland wiedergesehen.

1813 war der Russlandfeldzug zu Ende, nicht aber der Krieg. Preußen sagte sich von Frankreich los und verbündete sich mit Russland. Napoleon stampfte ein neues Heer aus dem Boden und richtete entsprechende Aufforderungen an Bayern. An der Notwendigkeit erneut zu rüsten, führte allerdings kein Weg vorbei. Die beherrschende Frage des Sommers 1813 war in München die, wie sich das Land orientieren sollte. Es konnte Frankreich treu bleiben, aber auch zu der sich bildenden russisch-preußisch-österreichischen Koalition übertreten. Wichtig war Bayern für beide Seiten. Bei einem Anschluss an die unterliegende Partei mussten die Folgen allerdings drastisch sein.

Nach langem Zögern paktierte Bayern am 8. Oktober mit Österreich, das dem kleineren Partner Entschädigungen für etwaige Gebietsabtretungen zusagte, denn dass Österreich Bayern im Besitz von Tirol lassen würde, war ausgeschlossen. Glücklicherweise erwies sich der Tag des Seitenwechsels, weil er noch vor der Völkerschlacht von Leipzig (16.-19. Oktober 1813) erfolgte, welche Napoleons Stellung in Deutschland unhaltbar machen sollte. Wäre Bayern (wie Sachsen) zu diesem Zeitpunkt noch im französischen Bündnis gewesen, hätte dies gravierende Folgen für seine Position gegenüber den siegreichen Alliierten gehabt. Bayerns Feldarmee zählte zu diesem Zeitpunkt schon wieder 28.000 Mann. Die Nationalgarde bildete

ein wichtiges Reservoir zum Wiederaufbau des Heeres.

Ende Oktober 1813 versuchten bei Hanau bayerische und österreichische Truppen unter dem Befehl des bayerischen Generals Wrede, den sich zurückziehenden Franzosen noch den Weg zu verlegen, wurden aber geschlagen. Politisch war die Schlacht aber ein Erfolg, denn Bayern hatte seinen Willen gezeigt, ernsthaft auf der Seite seiner neuen Verbündeten mitzutun. Auch an den Kämpfen des Jahres 1814 nahmen bayerische Truppen teil und spielten in den Schlachten von Brienne und Arcis-sur-Aube sogar eine entscheidende Rolle. 1815, als Napoleon aus Elba zurückgekehrt war, zogen gar 57.000 Bayern nach Frankreich, kamen aber nicht mehr zum Einsatz, weil die Schlacht von Waterloo bereits über das Schicksal des Korsen entschieden hatte.

Die Verluste der bayerischen Armee zwischen 1789 und 1814/15 sind nie in ihrer Gesamtheit festgestellt worden. Sie waren jedenfalls weit höher als die 30.000, die allein der Russlandfeldzug verschlungen hatte. Es wurden die Kriege jener Jahre aber nicht zur Erhöhung und Vergrößerung Bayerns geführt, sondern weil dem Staat, wenn er erhalten bleiben wollte, aufgrund seiner prekären geographischen Lage in jenem allgemeinen europäischen Krieg gar keine andere Wahl blieb als die, selbst zu rüsten und zu kämpfen.

Am Ende der Epoche stand nochmals ein großer Länderschacher. Bayern verlor natürlich Tirol, bekam dafür aber Würzburg zurück, das es schon von 1803 bis 1805 besessen hatte. Auch die pfälzischen Besitzungen links des Rheins wurden fortan wieder von München aus regiert, weshalb man seitdem von einem links- und einem rechtsrheinischen Bayern sprach. Max I. hätte sich natürlich eine territoriale Verbindung zwischen beiden Landesteilen gewünscht, konnte sich damit aber nicht durchsetzen. Um Bayern die Zustimmung

zu dieser Regelung zu erleichtern, erhielt es von Österreich eine jährliche „Kontiguitätsentschädigung“ von 100.000 Gulden, die bis zum Ende der Monarchie gezahlt wurde!

Immerhin stand das rechtsrheinische Bayern nach den Kriegen als kompakter, geschlossener Körper da, und das Herrscherhaus durfte sich mit der Königskrone schmücken. Als Mittelstaat hatte sich das Königreich Bayern konsolidiert. Eine scheinbar paradoxe, aber sicher erfreuliche Folge dieser Kriegsperiode war es, dass der bayerisch-österreichische Konflikt, nachdem er noch einmal mächtig aufgeflammt war, damit auch definitiv an sein Ende gelangte. Fortan respektierten beide Seiten die damals festgelegten Grenzen und entwickelten im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts ein freundschaftliches Verhältnis. Als der Wiener Hof 1917 München besuchte, geriet der Oberbürgermeister der bayerischen Haupt- und Residenzstadt geradezu ins Schwärmen: „Bayern und Österreich, ein Stamm, ein Blut, ein Herz.“ Wer hätte das 1809 für möglich gehalten?

## Bayern im Deutschen Bund

Die Anstrengungen der Kriegsjahre hatten die bayerischen Staatsfinanzen vollkommen zerrüttet, so dass es zu drastischen Sparmaßnahmen keine Alternative gab. Nachdem die Armee der mit Abstand wichtigste Ausgabenposten war, musste sie davon auch in erster Linie betroffen sein. Von 1815 bis 1818 wurden überhaupt keine Rekruten eingezogen. Der organisatorische Rahmen der Armee wurde verkleinert und die Präsenzstärke drastisch herabgesetzt. Sehr viel Geld floss allerdings in den 1828 begonnenen Wiederaufbau der im Jahr 1800 von den Franzosen geschleiften Landesfestung Ingolstadt, die sich zur größten Baustelle Bayerns entwickelte. Die enormen Summen, die dort

verbaut wurden, fehlten natürlich der Feldarmee.

Als Ersatz für das 1806 endgültig untergegangene Heilige Römische Reich wurde 1815 der Deutsche Bund geschaffen. Er bildete ein System kollektiver Sicherheit, das nur der Verteidigung dienen sollte. Die Mitglieder verpflichteten sich, ein Heer von einem Prozent ihrer Bevölkerungszahl im Frieden marsch- und schlagfertig zu erhalten. 1855 wurde diese Quote um ein Sechstel erhöht. Im Kriegsfall hätte der Bund ein Heer von zehn Armeekorps formiert. Die bayerische Armee hätte darin das Korps mit der Nummer VII gebildet. In Zahlen konnte das so aussehen: 1857 hatte Bayern ca. 4,6 Millionen Einwohner. Der Deutsche Bund verlangte also ein Kontingent von 46.000 Mann. Tatsächlich betrug die Stärke rund 73.000 Mann. Die Großmächte Österreich und Preußen übertrafen die Vorgaben des Bundes bei weitem, und auch Bayern rüstete, um seiner politischen Geltung willen, stärker, als es verlangt war. Jedenfalls auf dem Papier. Von diesen 73.000 Mann waren nämlich ca. 43.000 Mann „beurlaubt“, was dem Staat viel Geld für Unterkunft und Verpflegung sparte. Das Konskriptionsgesetz sah eine aktive Dienstzeit von sechs Jahren vor, die aber nicht wirklich durchgedient wurde. Nach einer mehrmonatigen Grundausbildung wurden die Männer beurlaubt und rückten innerhalb dieser sechs Jahre alljährlich zu einer Übung wieder ein. Die Nettodienstzeit eines Infanteristen mochte etwa eineinhalb Jahre betragen haben. Nach außen hin beanspruchte man indes, mit Reserven usw. ein Heer von ca. 185.000 Mann aufbieten zu können. Mit der Wirklichkeit hatte das nichts zu tun. Als 1866 der Krieg ausbrach, plante man, eine mobile Armee von 59.000 Mann ins Feld zu stellen, erreichte aber nicht einmal diese Zahl.

In dem halben Jahrhundert nach 1815 sah die Armee nur wenig ernsthafte Einsätze.

Nach dem siegreichen Unabhängigkeitskrieg Griechenlands gegen das Osmanische Reich erhielt der neue Staat Otto, einen Sohn des bayerischen Königs Ludwig I., zum König. Otto reiste 1832 mit 3.600 bayerischen Soldaten in sein neues Reich, denen mehrere tausend geworbene Freiwillige folgen sollten. Die Revolution des Jahres 1848 und die Konflikte der Folgezeit forderten weniger die Kampfkraft der Armee heraus als ihren inneren Zusammenhalt.

Ernst wurde es dagegen 1866, als Bayern in den Konflikt zwischen Österreich und Preußen hineingezogen wurde. Die bayerische Armee trat als VII. Bundes-Armeekorps auf. Der Versuch, die westdeutschen Verbündeten – Hannoveraner, Württemberger, Badener, Hessen-Darmstädter und Hessen-Kasseler – zu sammeln, misslang. In mehreren Gefechten in Nordbayern unterlagen die Süddeutschen den Preußen, die in jeder Hinsicht eine enorme Überlegenheit zeigten. Es waren nicht nur verlorene Gefechte. Vielmehr hatten die Militäreinrichtungen des Südens, die sich recht ähnlich waren, ihre vollkommene Unzulänglichkeit erwiesen.

Entscheidend für den Kriegsausgang waren natürlich die Kämpfe in Böhmen, die in der Schlacht von Königgrätz gipfelten und den preußischen Sieg besiegelten. Der Deutsche Bund wurde aufgelöst, wodurch Bayern seine sicherheitspolitische Einbindung verlor. „Schutz- und Trutzbündnisse“ der süddeutschen Staaten mit Preußen schlossen die Lücke und ließen bereits die Verbindung zu einem deutschen Nationalstaat ahnen. Um überhaupt bündnisfähig zu werden, mussten die süddeutschen Armeen grundlegend reformiert und modernisiert werden. Auch wenn in der politischen Öffentlichkeit Süddeutschlands große Sympathien für das Schweizer Milizmodell herrschten, führte doch kein Weg daran vorbei, sich am preußischen System zu orientieren. Ein wichtiger Schritt auf

diesem Weg war in Bayern die Einführung der allgemeinen Dienstpflicht mit dreijähriger Präsenzzeit und ohne Stellvertretung im Jahr 1868. Die von Preußen angebotene Unterstützung durch Militärberater lehnte man in München aber konsequent ab. Von der Leistungsfähigkeit der preußischen Militäreinrichtungen war man zwar vollkommen überzeugt, wollte diese aber in eigener Regie umsetzen, um Herr im eigenen Haus zu bleiben.

### Die bayerische Armee im Kaiserreich

In der bayerischen Öffentlichkeit waren Preußen und das, wofür es stand, insbesondere der Militarismus, höchst unpopulär. Der Krieg mit Frankreich schuf eine neue Lage. Durch die französische Kriegserklärung trat der Bündnisfall ein. Bayern beteiligte sich an diesem Krieg mit zwei Armeekorps, die nach preußischem Vorbild aus den vier bayerischen Divisionen gebildet worden waren. Der Sieg über Frankreich machte den Weg zur Bildung eines deutschen Nationalstaats nicht bloß frei, sondern ließ für Bayern einen anderen Weg gar nicht mehr offen. Die Modalitäten des Zusammenschlusses wurden in einem „Bündnisvertrag“ geregelt, den Bayern und Preußen am 23. November 1870 in Versailles schlossen. Der entscheidende Passus lautete:

„Das Bayerische Heer bildet einen in sich geschlossenen Bestandteil des Deutschen Bundesheeres mit selbständiger Verwaltung unter der Militärhoheit Seiner Majestät des Königs von Bayern, im Kriege – und zwar mit Beginn der Mobilisierung – unter dem Befehle des Bundesfeldherrn. In Bezug auf Organisation, Formation, Ausbildung und Gebühren, dann hinsichtlich der Mobilmachung wird Bayern volle Übereinstimmung mit den für das Bundesheer bestehenden Normen herstellen.“<sup>2</sup>

Die besonderen Rechte, die sich Bayern 1870 gesichert hat, fasst man unter dem Begriff der „Reservatrechte“ zusammen. Von diesen Rechten war die in diesen Sätzen formulierte Militärhoheit des bayerischen Königs im Frieden das wichtigste. Der bayerische Militäreid begrenzte die Gehorsamspflicht bayerischer Soldaten gegenüber dem deutschen Kaiser ausdrücklich auf den Kriegsfall.

Es war nicht nationaler Enthusiasmus, der Bayern ins Reich eintreten ließ, sondern Einsicht ins Unvermeidliche. Als zweitgrößter Bundesstaat beanspruchte das Land im neuen Reich gewisse Sonderrechte, und Bismarck war klug genug, diesen Wünschen entgegenzukommen.

Die anderen Bundesstaaten regelten ihr Militärverhältnis zu Preußen in Form sogenannter Militärkonventionen. Das war der übliche Weg, stand aber protokollarisch nicht ganz auf der Höhe des bayerischen Bündnisvertrages. Alle drei kleineren Königreiche – Bayern, Sachsen und Württemberg – besaßen weiterhin formal eine eigene Armee mit eigener Verwaltung und eigenem Kriegsministerium, aber nur der bayerische König besaß die „Militärhoheit im Frieden“. Der sächsische und württembergische Militäreid verpflichtete die Soldaten bereits im Frieden zum Gehorsam gegenüber dem Kaiser. Ein „Reichskriegsministerium“ gab es nicht. Diese Aufgabe nahm stellvertretend das preußische Kriegsministerium wahr.

Auf die Ernennung bayerischer Offiziere hatte der Kaiser keinerlei Einfluss. Das war ausschließlich Angelegenheit des bayerischen Königs und blieb auch im Krieg so. Auch nach 1870 kam es zu keinem Offiziersaustausch zwischen der bayerischen Armee und der preußischen. Bei der sächsischen und württembergischen Armee waren solche gelegentlichen Kommandierungen zur Dienstleistung üblich. Einige bayerische Offiziere wurden im Großen Generalstab in Berlin verwendet, und

Artilleristen besuchten die Artillerieschulen im preußischen Jüterbog, weil Bayern keine eigenen Artillerieschulen unterhielt. Preußische Offiziere taten nie Dienst in bayerischen Militäreinrichtungen. Noch am Vorabend des Weltkriegs galt die bayerische Armee deshalb vielfach als „terra incognita für den Preußen“.<sup>3</sup>

Nach Gliederung, Ausrüstung und Ausbildung waren jedoch alle deutschen Truppenteile völlig gleich. Die preußischen Vorschriften galten auch in Bayern, wurden aber in München gedruckt. Während preußische Vorschriften mit dem Genehmigungsvermerk des Königs versehen waren, war dies im bayerischen Fall der Kriegsminister, der sich dabei auf die „Allerhöchste Entschließung“ seines Königs bzw. des Prinzregenten berief. In Bayern war der Kriegsminister Vorgesetzter aller Soldaten, also auch der Kommandierenden Generale der Armeekorps und des Generalstabs, während diese in Preußen unmittelbar dem König unterstanden. Das waren Verfassungsunterschiede, die auch nach der Gründung des Reichs Geltung behielten. Es gehört zu den schönen Seiten dieses Reichs, dass es solche gewachsenen historischen Unterschiede ertrug und nicht einplanierte. Das galt natürlich nicht nur für die Armee.

Während sächsische und württembergische Truppenteile mit den preußischen durchgezählt wurden, so dass sie eine Doppelbezeichnung führten – z.B. Grenadier-Regiment Königin Olga (1. Württembergisches) Nr. 119 –, hatten die bayerischen Truppen eine eigene, in jeder Waffengattung mit „1“ beginnende Nummerierung. Diese Nummern gab es in der Armee dann doppelt, und man musste zur Unterscheidung das Kontingent hinzufügen. Das „KB 5. Infanterieregiment“ war also eine königlich-bayerische Einheit. Im Frieden war das unproblematisch, es sorgte aber im Feldpostverkehr während des Krieges immer wieder für Probleme, denn

die Sendungen mussten an die Truppenteile adressiert werden. Feldpostnummern gab es noch keine.

Nach dem Reichsmilitärgesetz vom 2. Mai 1874 war der Militärpflichtige „in dem Aushebungsbezirke, in welchem er seinen dauernden Aufenthaltsort oder, in Ermangelung eines solchen, seinen festen Wohnsitz hat, gestellungspflichtig“.<sup>4</sup> Wehrpflichtige wurden dort erfasst, wo sie wohnten. Männer, die außerhalb ihres Bundesstaats Arbeit gefunden hatten, wurden also in die Armee eingezogen, in deren Bereich sie wohnten. So konnten Bayern in die sächsische oder preußische Armee geraten. Das betraf vor allem Söhne der ärmeren Gegenden des Landes, die dort kaum berufliche Perspektiven hatten. Bis 1893 betrug die aktive Dienstzeit drei Jahre und wurde dann bei den Fußtruppen auf zwei Jahre verkürzt. Bei den berittenen Truppen – Kavallerie und reitende Feldartillerie – blieb es bei drei Jahren.

Außerdem gab es das Privileg des „Einjährig-freiwilligen Dienstes“. Das war eine preußische Erfindung aus dem Jahr 1814, die sich nach 1866 nicht nur in Deutschland, sondern auch international verbreitete: „Junge Leute aus den gebildeten Ständen, die sich selbst kleiden und bewaffnen können, sollen die Erlaubnis bekommen, sich in die Jäger- und Schützenkorps aufnehmen zu lassen. Nach einer einjährigen Dienstzeit können sie zur Fortsetzung ihres Berufs, auf ihr Verlangen, beurlaubt werden.“<sup>5</sup> Dieses preußische Gesetz unterwarf jedermann der Militärpflicht, also auch das wohlhabende und gebildete Bürgertum, dem die Vorstellung widerwärtig war, seine Kinder der rohen Welt der Armee auszuliefern. Das Privileg des Einjährig-freiwilligen Dienstes sollte diese Klasse mit der allgemeinen Wehrpflicht versöhnen. Zu dieser Bestimmung entstand im Lauf der Zeit ein detailliertes Verordnungswerk. „Gebildet“ waren junge Leute, die eine Schulbildung erreicht

hatten, die der mittleren Reife entsprach. Sie konnten sich den Truppenteil, bei dem sie dienen wollten, selbst aussuchen. Die Beschränkung auf Jäger und Schützen aus dem Jahr 1814 war der besonderen Situation dieses Jahres geschuldet. Während ihrer Dienstzeit sollten die „Einjährigen“ außerhalb der gewöhnlichen Truppenunterkünfte wohnen, mussten diese Unterbringung aber ebenso wie ihre Verpflegung und Bekleidung selbst bezahlen. Berittenen stellte der Staat ein königliches Dienstpferd zur Verfügung, für dessen Benutzung sie ebenfalls bezahlen mussten. Der „Berechtigungsschein“ zum Einjährig-freiwilligen Dienst, den die Schulen ausstellten, wurde für das Bürgertum des Kaiserreichs und darin natürlich auch für das des Königreichs Bayern zu einem wichtigen Dokument der sozialen Geltung. Für den, der militärischen Ehrgeiz besaß, führte der Weg von der einjährigen Dienstzeit über weitere Übungen zum Reserveoffizier, einer wichtigen sozialen Figur jener Zeit, die nicht nur in der Armee, sondern auch in der bürgerlichen Gesellschaft eine wichtige Rolle spielte. In jener Zeit der großen, personalintensiven Massenheere, die im Mobilmachungsfall auf ein Mehrfaches vergrößert wurden, hatte die Armee einen enormen Bedarf an mobilisierbaren Führungskräften. Durch die Einjährig-Freiwilligen schuf er sich diese Personalreserve zu geringen Kosten.

Volksschullehrer bzw. die Familien, aus denen sie hervorgingen, waren im allgemeinen wenig bemittelt und konnten sich die Selbstversorgung während eines Dienstjahres nicht leisten. Weil dieser Personenkreis aber staatstragend war, dies schon aufgrund seiner wirtschaftlichen Abhängigkeit, kamen sie in den Genuss einer abgeschwächten Form dieser Vergünstigung: Auch ihre Dienstzeit wurde auf ein Jahr verkürzt, wobei der Staat für ihren Unterhalt aufkam. In der Wahl ihres Truppenteils waren sie nicht frei, sondern

wurden der Infanterie zugewiesen. Eine weitere Qualifikation konnte dann zum Reserve-Unteroffizier führen.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg stieg das Ansehen der Armee in der deutschen Gesellschaft enorm an. Davon profitierten vor allem die Offiziere, und das nicht nur in Preußen, sondern auch in Bayern. Der hervorgehobene Status, den Offiziere in Preußen seit dem 18. Jahrhundert genossen, war auch für ihre bayerischen Kollegen attraktiv, wie man überhaupt sagen muss, dass sich die Mentalität der bayerischen Armee weniger an ihrer eigenen Vergangenheit als vielmehr am preußischen Modell orientierte. Man würde einer Illusion aufsitzen, nähme man an, dass der Militarismus in Bayern sozusagen eine gemütliche Form besessen habe.

Der Anspruch, mit der zweitgrößten Armee eine „geschlossene und selbständige Streitmacht“ zu stellen, hatte buchstäblich seinen Preis. So unterhielt Bayern einen eigenen Generalstab, für den eigentlich keine militärische Notwendigkeit vorlag, da die militärischen Planungsarbeiten im Großen Generalstab in Berlin geleistet wurden. Auch der moderne Ausbau der „Landesfestung“ Ingolstadt in den 1870er Jahren war kaum sicherheitspolitisch notwendig, diente aber dem Prestige des Landes.

Alle deutschen Armeen mit eigener Militärverwaltung waren in der Beschaffung ihres Militärmaterials unabhängig, wenn auch nicht in der Modellauswahl. Bayern allerdings hatte sich im Vertrag vom November 1870 hinsichtlich „der Bewaffnung und Ausrüstung sowie der Gradabzeichen [...] die Herstellung der vollen Übereinstimmung mit dem Bundesheere“ vorbehalten.<sup>6</sup> Dieser Vorbehalt hatte seinen Grund vor allem im Werdergewehr, das damals in der bayerischen Armee gerade eingeführt wurde und beträchtlich leistungsfähiger war als das damals bereits veraltete preußische Zündnadelgewehr.

Seit 1876 beschaffte aber auch Bayern das inzwischen im übrigen Reich eingeführte Gewehr M/71. Seine Anfertigung erfolgte aber in der staatseigenen Gewehrfabrik Amberg. Überhaupt erzeugte dieser Betrieb bis 1918 fast alle bayerischen Militärgehewe, zwar in vorzüglicher Qualität, aber zu höheren Preisen als die preußischen „Institute“, wie man die Militärbetriebe nannte. 49,93 Mark kostete ein in der Amberg gefertigtes Gewehr 98 im Jahr 1912. Ein in Spandau produziertes war 6,39 Mark billiger. Amberg produzierte damals nur 50 Gewehre am Tag, die Gewehrfabrik Spandau, ebenfalls ein Staatsbetrieb, aber 165, was zu niedrigeren Stückkosten führte. Die Amberger Fertigung war die Untergrenze dessen, was den Betrieb einer eigenen Gewehrfabrik noch möglich machte. Sachsen und Württemberg mussten bereits darauf verzichten, was in Sachsen schmerzlich empfunden wurde. In Württemberg sorgte die vornehmlich für den Export arbeitende Waffenfabrik Mauser für einen emotionalen Ausgleich. Das war zwar ein Privatunternehmen, aber eben ein genuin schwäbisches. Revolver, später Pistolen und Maschinengewehre bezog Bayern aus dem „Ausland“, also von preußischen Staats- und Privatbetrieben, weil der relativ geringe bayerische Bedarf keine wirtschaftliche Selbstanfertigung mehr zuließ.

Dem preußischen Gesandten in München, dem Grafen Monts, war das bayerisch-würtelsbachische Sonderbewusstsein ein Dorn im Auge. Er hoffte, dass die Geldverlegenheiten dazu führen würden, die bayerische Armee näher an die preußische heranzuführen:

„Bayern ist jetzt da, wohin es finanziell mit seiner militärischen Absonderung kommen musste, d.h. die für alle Partikular-einrichtungen, Generalstab, Kriegsakademie, Equitation, Adjutantur p.p., nötigen Gelder belasten die für die Kopfzahl aus der Reichskasse gewährten Summen der-

art, dass ein Auslangen trotz aller bisher geübten kleinen Kniffe, namentlich der Massenbeurlaubungen nicht mehr möglich ist.“<sup>7</sup>

Die neuen technischen Waffengattungen ließen sich nicht ohne weiteres auf Achtelbasis in der bayerischen Armee einführen. Max Graf Montgelas, von 1906 bis 1908 Kommandeur des Infanterie-Leibregiments, spottete deshalb: „Wenn Preußen ein Luftschiff einführt, so führt Bayern bald danach gewiß ein Sechstel-Luftschiff ein.“<sup>8</sup> Bis 1914, soweit es möglich war, sogar bis 1918, versuchte die bayerische Staats- und Armeeführung allerdings, den 1870 erlangten Status zu erhalten und zu befestigen, auch wenn das Geld kostete.

## Tradition

Nachdem die neue bayerische Armee am Anfang des 19. Jahrhunderts nach französischem Vorbild organisiert worden war und die Regimenter im Geiste des Rationalismus unabhängig von ihrem Alter durchnummeriert wurden, kam um die Mitte des Jahrhunderts ein Umschwung: Tradition und Geschichte wurden als wesentliche Elemente einer „Regimentskultur“ empfunden, um eine eigene Identität und einen darauf basierenden Korpsgeist zu entwickeln.

In dieser Zeit wurden sich die Europäer ihrer Geschichtlichkeit auf neue Weise bewusst. Die Vorstellung des Historismus, dass die Gegenwart der vorläufige Endpunkt einer langen und letztlich zielgerichteten Entwicklung aus einer Vergangenheit heraus sei, die identitätsstiftend und verpflichtend wirkte, prägte das Bewusstsein der Menschen. Eine blühende historische Forschung, eine literarische und künstlerische Produktion von Bildern einer großen Vergangenheit, die Sammlung und Bewahrung ihrer Zeugnisse wurden zum verbreiteten Motiv. Die Gründung vieler Museen und nicht zuletzt des Bay-

erischen Armeemuseums steht dafür, die Entwicklung einer methodisch-kritischen Geschichtsschreibung, aber auch eine weitverbreitete Bereitschaft, Traditionen nicht nur zu finden, sondern sie notfalls auch neu zu erfinden („Invention of Tradition“). Man suchte nach den alten Sagen und Liedern des „Volkes“, rekonstruierte bäuerliche Trachten und baute Ritterburgen nach.

Mit dem Historismus wurde es auch für die Offiziere der Armee zum Bedürfnis, sich einer, natürlich möglichst ruhmvollen, historischen Identität zu versichern. So wurden die zwischenzeitlich vergessenen historischen Wurzeln mit großem Eifer gesucht und (re)konstruiert. Auch wenn die abenteuerliche Politik des Kurfürsten Max Emanuel Bayern in eine große Krise gestürzt hatte, konnte die Armee ihn trotzdem als positive Figur feiern, da er sie nicht nur 1682 begründet, sondern als einer von wenigen regierenden Fürsten auch einen Ruf als Feldherr gewonnen hatte.

Angesichts der wenig spektakulären Auftritte im 18. Jahrhundert musste der Schwerpunkt aber bei der jüngeren Vergangenheit liegen, in der die neue Armee ja auch entstanden war. Die größte und längste Kriegsperiode der neueren bayerischen Geschichte war mit der Dynamik verflochten, die von der französischen Revolution ausgelöst worden war. Bayern hatte diese Feldzüge erstmals mit einer nationalen, fast nur aus Landeskindern bestehenden Armee durchgefochten. Diese Armee hatte einen beachtlichen Umfang und befand sich durchaus auf der Höhe ihrer Zeit.

Nach der Gründung des Deutschen Reiches 1871 ließ sie sich allerdings nur bedingt in die Traditionslinie einordnen, die der Bismarck'sche Reichspatriotismus erzeugte, hatte Bayern doch zwischen 1805 und 1813 als Alliiertes Frankreichs gekämpft, des „Erbfeindes“, gegen den

Deutschland seine nationale Einigung militärisch hatte erstreiten müssen. Durch den Seitenwechsel des Jahres 1813 war Bayern immerhin noch in der Phase des Krieges auf die Siegerseite getreten, die sich als nationaler Befreiungskampf darstellen ließ. Auf dem Karolinenplatz in München ließ König Ludwig I. einen Obelisk errichten, der an die 30.000 bayerischen Soldaten erinnern sollte, die aus Napoleons Russlandfeldzug nicht zurückgekehrt waren. Die Inschrift stellte diese Tragödie in einen Zusammenhang, der weniger der Situation der Jahre 1812/13 entsprach als vielmehr den Bedürfnissen des Jahres 1833, in dem das Denkmal vollendet worden war: „Auch sie starben für des Vaterlandes Befreyung“.

Im Krieg des Jahres 1866 hatte Bayern nationalpolitisch wieder auf der falschen Seite gestanden, jedenfalls vom Standpunkt des Kaiserreichs aus gesehen. Zudem war die bayerische Armee nicht bloß in allen Gefechten unterlegen, sondern hatte sich überhaupt in schlechter Verfassung gezeigt. All das wurde aber überstrahlt von dem siegreichen Feldzug gegen Frankreich 1870/71, in dem zum ersten Mal überhaupt Soldaten aller deutschen Stämme vereint gekämpft hatten. Dass Österreich zu diesem Deutschland nicht mehr gehörte und dass diese Trennung ebenfalls eine Folge der Kriege Bismarcks war, trat nun ganz in den Hintergrund. Der Enthusiasmus für dieses neue Deutsche Reich war gewiss nicht in allen Teilen dieses Reiches gleich groß, und auch in Bayern selbst gab es da Unterschiede zwischen der Pfalz und den protestantischen Gebieten Frankens auf der einen Seite und dem katholischen, zurückhaltenderen Altbayern. Insgesamt aber besaß die Idee des geeinten Deutschland eine enorme Prägekräft, so dass es von nahezu allen Deutschen als natürliches und sinnvolles Gehäuse ihres politischen, kulturellen und eben nationalen Daseins empfunden wurde. Davon profi-

tierte vor allem die Armee – eigentlich waren es ja verschiedene Armeen –, die es in blutigen Schlachten erkämpft hatte.

Das Traditionsgefühl der Militärs entfaltete sich auf drei Ebenen: Die oberste, abstrakteste, war die des gesamten deutschen Reichsheeres, das zwar preußisch geformt war, aber viele verschiedene Wurzeln besaß. Konkreter war schon die Geschichte der Kontingente, aus denen sich dieses Heer zusammensetzte, also der preußischen, bayerischen, sächsischen, württembergischen Armee. Am greifbarsten, intensiv gepflegt wurde aber die Tradition der Truppenkörper, aus denen sich diese Armeen zusammensetzten, also der Regimenter. Die Geschichte der ältesten Infanterie- und Kavallerieregimenter ließ sich bis ins 17. Jahrhundert zurückverfolgen und steigerte das Selbstbewusstsein dieser Formationen. „Ehrentage“ – meist waren das Schlachten, in denen die Einheiten hohe Verluste erlitten hatten – spielten im Jahreskalender eine wichtige Rolle. Runde Geburtstage wurden aufwendig gefeiert. Man bildete Soldatengruppen, die Uniformen aus wichtigen Abschnitten der Regimentsgeschichte trugen. Mehrere bayerische Regimenter waren während der napoleonischen Kriege errichtet worden. Sie konnten in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg ihr hundertjähriges Bestehen feiern.

Nach vereinzelt veröffentlichten Veröffentlichungen zur Historie bayerischer Truppenteile in der ersten Jahrhunderthälfte kam es in den 1880er Jahren zu einem regelrechten Geschichts-Boom: Jedes Regiment wollte seine eigene „Geschichte“ in Buchform haben. In vielen Fällen erschienen mehrbändige Arbeiten, die über die Vergangenheit und die Taten der Einheit und ihrer „Stammtruppen“ seit ihrer Errichtung Auskunft gaben. Diese „Regimentsgeschichten“ bildeten eine eigene Gattung militärgeschichtlichen Schrifttums. Verfasser waren in der Regel Offiziere der jeweili-

gen Einheit. Sie waren in der Regel keine ausgebildeten Historiker, schufen aber äußerst detaillierte, materialreiche Darstellungen, denen heute für manche militärgeschichtliche, heereskundliche und personengeschichtliche Fragen Quellencharakter zukommt. Besonders breiten Raum beanspruchte naturgemäß die Teilnahme am Feldzug gegen Frankreich 1870/71, aber auch die ältere Geschichte wurde teilweise sehr ausführlich behandelt. In dem relativ kurzen Zeitraum bis 1914 erschienen oft mehrere Auflagen, Neufassungen und Ergänzungsbände für die jeweils jüngste Zeit, in denen auch das Friedensdasein der Einheiten mit dem Gang des Ausbildungsjahres, Manövern, Festen, Veränderungen in Bewaffnung und Ausrüstung sowie Personalveränderungen geschildert wurden. Manche Einheiten veröffentlichten neben der großen, offiziellen Darstellung ihrer Geschichte noch eine volkstümliche Kurzfassung, die sich an Unteroffiziere und Mannschaftssoldaten richtete. Auch wenn die tatsächliche Breiten- und Tiefenwirkung dieser reichhaltigen Geschichtskultur unter den Angehörigen der Regimenter schwer zu beurteilen ist, so war diese Traditionspflege doch auf jeden Fall präsent und wirkmächtig.

#### Literatur

Geschichte des Bayerischen Heeres, hrsg. vom Bayerischen Kriegsarchiv, 8 Bde., München 1901-1933.

Friedrich Münich, Geschichte und Entwicklung der bayerischen Armee seit zwei Jahrhunderten, München 1864 [Ndr. Osnabrück 1984].

Rainer Braun u.a., Bayern und seine Armee. Eine Ausstellung des Bayerischen Hauptstaatsarchivs aus den Beständen des Kriegsarchivs, München 1987.

Achim Fuchs, Einführung in die Geschichte der Bayerischen Armee, München 2014.

- 
- 1 Oskar Bezzel, Geschichte des Kurpfälzbayerischen Heeres von 1778 bis 1802, München 1930 (= Geschichte des Bayerischen Heeres Bd. 5), S. 15.
  - 2 Auszugsweise abgedruckt in: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1, Anlagen, Berlin 1930, S. 8 f.; Gesamttext des „Vertrages, betreffend den Beitritt Bayerns zur Verfassung des Deutschen Bundes“ im Reichsgesetzblatt 1871, S. 9-26.
  - 3 Franz von Lenski, Lern- und Lehrjahre in Front und Generalstab, Berlin 1939, S. 4.
  - 4 § 12, in: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, Anlagen, Berlin 1930, S. 14.
  - 5 Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 3. September 1814, in: Eugen von Frauenholz, Das Heerwesen des XIX. Jahrhunderts, München 1941 (= Entwicklungsgeschichte des deutschen Heerwesens. Unter Mitwirkung von Walter Elze und Paul Schmitthenner hrsg. von Eugen von Frauenholz, Bd. 5), S. 181 f.
  - 6 Wie Anm. 2.
  - 7 Brief vom 1.12.1898 an Friedrich von Holstein, in: Karl Friedrich Nowak, Friedrich Thimme (Hrsg.), Erinnerungen und Gedanken des Botschafters Anton Graf Monts, Berlin 1932, S. 379.
  - 8 Wie Anm. 4, S. 275.

Dieter Storz

## Die bayerische Armee im Ersten Weltkrieg



Der Krieg von 1866 hatte gezeigt, dass allein Preußen über eine Heeresorganisation verfügte, die modernen Ansprüchen genügte. Nach ihrer Niederlage leiteten die süddeutschen Staaten militärische Reformen ein, die am preußischen Modell orientiert waren. Den Krieg von 1870 führten sie gewissermaßen in einem Übergangsstadium von der alten zur neuen Form. Die Leistungsfähigkeit der bayerischen Truppen stand jener der preußischen Verbände zwar noch merklich nach, lag aber bereits auf einem deutlich höheren Niveau als 1866. Nach 1870 wurde die bayerische Armee vollkommen den preußischen Normen angeglichen.

### Die Bayerische Armee als Teil des Reichsheeres

Was die Größenverhältnisse angeht, war die bayerische Armee nach der preußischen die größte im Reich. Von den 25 Friedenskorps, welche die deutsche Armee 1914 umfasste, waren drei bayerisch, zwei waren sächsisch, eines württembergisch. Damit machte die bayerische Armee ca. ein Achtel des deutschen Reichsheeres aus, womit sie eine gewisse kritische Größe erreichte. Karl Deuringer, ehemaliger bayerischer Major im Generalstab und nach dem Weltkrieg Staatsoberarchivar im Bayerischen Kriegsarchiv, beschrieb die „Friedensgestalt“ der Armee bei Kriegsausbruch so:

„Die Bayerische Armee verfügte [...] über alle Waffengattungen, Befehlsbehörden,

Verbände und Einrichtungen, deren eine geschlossene und selbständige Streitmacht bedarf. Sie bildete etwa den achten Teil des Deutschen Heeres und konnte den Anspruch erheben, in dessen Rahmen als das Kriegswerkzeug des zweitgrößten Bundestaates eine entsprechende Rolle zu spielen.“<sup>1</sup>

Der „Bundesfeldherr“, also der preußische König und (seit 1871) deutsche Kaiser, hatte sich im Bündnisvertrag mit Bayern das Recht ausbedungen, „sich durch Inspektionen von der Übereinstimmung in Organisation, Formation und Ausbildung sowie von der Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit des Bayerischen Kontingents Überzeugung zu verschaffen“.<sup>2</sup> Solche Inspektionen waren für das ganze Reichsheer vorgesehen. Jeweils mehrere Armeekorpsbezirke waren zu einer Armeinspektion zusammengefasst, an deren Spitze ein Generalinspekteur stand. Für Bayern war die IV. Armeinspektion zuständig. Zum ersten Inspekteur wurde der preußische Kronprinz Friedrich Wilhelm bestimmt, was Preußen scheinheilig als besonderes Zugeständnis an Bayern ausgab, da dieser wohl angenehmer sei als irgendein General. Dass ein Preuße über die Ausbildung der bayerischen Armee wachte, war in München allerdings grundsätzlich unerwünscht, zumal die Einteilung der Inspektion, die außer den bayerischen Armeekorps auch noch das württembergische und zwei preußische Armeekorps umfasste, dazu geeignet war, den Charakter der bayerischen Armee als

„geschlossenen Bestandteil des Deutschen Bundesheeres“, wie es im Bündnisvertrag hieß, auszuhöhlen. 1892 gelang es, die IV. Armeeinspektion in bayerische Hand zu bekommen. Neuer Generalinspekteur wurde Prinz Leopold, ein Sohn des Prinzregenten Luitpold. Leopold bekleidete damals den Rang eines Generals der Kavallerie. Der Sitz der Inspektion wurde von Berlin nach München verlegt. Sie blieb aber eine preußische Dienststelle. Dem bayerischen General war ein preußischer Stabsoffizier an die Seite gestellt. Das war der einzige preußische Offizier, der in Bayern Dienst tat, aber nicht in der bayerischen Armee! 1913 löste Prinz Rupprecht, der bayerische Kronprinz, seinen Onkel Leopold als Generalinspekteur der IV. Armeeinspektion ab.

### Kriegsbeginn 1914: Schlacht in Lothringen

Die Inspektoren galten inzwischen als designierte Armee-Oberbefehlshaber für den Kriegsfall. Dieser Fall trat 1914 ein. Die Mobilisierungsorder für das bayerische Heer trug die Unterschrift des bayerischen Königs. Er war aber nicht frei, sie zu verweigern, denn der Bündnisvertrag verlangte von ihm, die Kriegsbereitschaft des bayerischen Heeres „auf Veranlassung des Bundesfeldherrn“ anzuordnen.<sup>3</sup> Damit begann auch die Verpflichtung der bayerischen Truppen, „den Befehlen des Bundesfeldherrn unbedingt Folge zu leisten.“<sup>4</sup> Fortan unterstand die bayerische Armee, soweit sie im Feld stand, den Befehlen der Obersten Heeresleitung (OHL), also dem auf Kriegsfuß gestellten preußischen Großen Generalstab. Die Friedensollstärke der bayerischen Armee belief sich zuletzt auf 3.375 Offiziere, 289 Ärzte, 102 Tierärzte, 1.015 obere und mittlere Beamte, 560 untere Beamte, 11.830 Unteroffiziere, 71.295 Mannschaftssoldaten – ohne Einjährig-Freiwillige – und

16.918 Dienstpferde. 86.500 Mann waren also Soldaten im eigentlichen Sinn.<sup>5</sup> Das mobilgemachte Feldheer war dann fast 300.000 Mann stark und verfügte über rund 82.000 Pferde. Das „Besatzungsheer“, das sich vor allem aus den Ersatztruppen zusammensetzte, die ebenfalls bei der Mobilmachung gebildet wurden und in den Heimatgarnisonen verblieben, zählte ca. 116.000 Mann.<sup>6</sup>

Nach der Mobilmachung befanden sich auch in Bayern selbst also mehr Soldaten als im Frieden! Dieser Dualismus von Feldheer und Besatzungsheer blieb bis zum Kriegsende bestehen. Die Ersatztruppen nahmen neu eingezogene militärpflichtige Männer, Rekruten und genesene und genesende Verwundete auf, die mehr oder weniger rasch zum Ausgleich von Verlusten an die Front geschickt worden. Der Personalbedarf der bayerischen Armee wurde in Bayern eingezogen. Das konnte also auch Angehörige anderer deutscher Staaten betreffen, die dort lebten. Umgekehrt gerieten außerhalb ihres Landes wohnhafte Bayern in preußische, württembergische und sächsische Truppenteile. Die weit überwiegende Masse der Soldaten der bayerischen Armee waren allerdings gebürtige Bayern. 1905 betrug die Bevölkerung Bayerns mit der Pfalz 6,9 Millionen Menschen.

Der deutsche Kriegsplan sah bekanntlich vor, den Krieg mit einer buchstäblich umfassenden Westoffensive zu beginnen. Ein starker rechter Flügel sollte über Belgien in Nordfrankreich eindringen, das französische Heer überflügeln und schlagen. Natürlich musste dabei auch der Südschnitt der Front, wo das Deutsche Reich und Frankreich im Elsass und in Lothringen eine gemeinsame Grenze besaßen, gesichert werden. Bei der Mobilmachung und dem anschließenden Aufmarsch kam alles auf Geschwindigkeit an. Die in Süddeutschland dislozierte bayerische Armee kam somit für einen Einsatz am rechten

Flügel nicht in Frage, denn dazu hätte man sie quer durch Deutschland transportieren müssen. Die Bayern marschierten also im Süden auf.

Insgesamt formierte Deutschland damals acht Armeen. Die 8. Armee stand in Ostpreußen, während die anderen die Westfront bildeten, von Norden nach Süden von 1 bis 7 durchnummeriert. Das bayerische Heer war in der 6. Armee zusammengefasst. Die August- und Septemberkämpfe des Jahres 1914 nehmen in der bayerischen Militärgeschichte insofern einen besonderen Platz ein, als hier die bayerische Armee zum letzten Mal als geschlossener Körper zum Einsatz kam. Oberbefehlshaber der 6. Armee war der bayerische Kronprinz Rupprecht im Rang eines Generalobersten der Infanterie.

Im deutschen Führungssystem gehörte zu jedem höheren Kommando auch ein Generalstab mit einem Chef des Generalstabs an der Spitze, kurz als „Chef“ bezeichnet. Der „Chef“ einer Armee war also nicht deren Oberbefehlshaber, sondern dessen wichtigster Berater, der für Führungsentschlüsse mitverantwortlich war. Das monarchische System in Deutschland verlangte, dass nach Möglichkeit Angehörige der regierenden Häuser hohe Kommandoposten erhielten. Da sie diese Position eher ihrem dynastischen Rang als ihren militärischen Kenntnissen zu verdanken hatten, kam diesen „Chefs“ eine besondere Bedeutung zu. Im Fall des bayerischen Kronprinzen muss man allerdings sagen, dass er nicht nur Thronfolger, sondern auch ein kompetenter Soldat mit sicherem Urteilsvermögen war und keineswegs bloß eine repräsentative Figur des monarchischen Prinzips.

Sein „Chef“ wurde der Generalmajor Konrad Krafft von Dellmensingen, der Friedenschef des bayerischen Generalstabs. Diese Lösung der Chef-Frage bei einem bayerischen Armee-Oberkommando (AOK) erscheint logisch, war es aber nicht.

Die Preußen wollten dem bayerischen Oberbefehlshaber ursprünglich einen preußischen General als Chef des Stabes begeben. Der dafür vorgesehene General stand aber dem preußischen Kronprinzen Wilhelm nahe, der an die Spitze der 5. Armee gestellt wurde. Krafft hatte ursprünglich sein Stabschef werden sollen, aber Wilhelm reklamierte den preußischen General für sich, so dass Krafft für Rupprecht frei wurde.

Die 6. Armee war besonders stark ausgestattet. Sie umfasste nahezu alle bayerischen Truppenkörper und zusätzlich noch das preußische XXI. Armeekorps, das bereits im Frieden in Lothringen stationiert war. Den Raum bis zur Schweizer Grenze nahm die 7. Armee ein. Um die Einheitlichkeit der Operationen in den Reichslanden zu sichern, unterstellte man ihr Oberkommando der 6. Armee. Oberbefehlshaber dieser 7. Armee war der preußische General Josias von Heeringen, von 1909 bis 1913 preußischer Kriegsminister. Die Zusammenarbeit der beiden Armeeoberkommandos erwies sich als schwierig, weil sich der Preuze von einem Bayern nichts sagen lassen wollte.

Der rechte deutsche Heeresflügel hatte einen klaren Auftrag: angreifen und den Krieg gewinnen. Weniger klar war die Aufmarschanweisung für den Südflügel. Er sollte zumindest dafür sorgen, dass die Franzosen dort keine Truppen abziehen und nach Norden werfen konnten, wo die Entscheidung erstrebt wurde. Aber wie war das zu erreichen? Verlockend war natürlich der Gedanke, die Franzosen, die sich mit dem Verlust Elsass-Lothringens nie abgefunden hatten, zu einer Offensive zu ermutigen und sie in einen „Sack“ hineinlaufen zu lassen, um dann konzentrisch über die Eindringlinge herzufallen und sie zu vernichten. Auf diese französische Offensive richteten sich also die Hoffnungen der Deutschen, und eine solche Angriffsbewegung schien sich auch abzuzeichnen,

woraufhin sich die Deutschen zurückzogen, um ihren Feind in den „Sack“ zu locken. Diese Gefahr sah natürlich auch die französische Heeresleitung. Der französischen Offensive fehlte jedenfalls der Nachdruck, und so kamen auf deutscher Seite Befürchtungen auf, es handle sich nur um einen Scheinangriff mit schwachen Kräften, vor dem man unnötigerweise davonlaufe.

Alle Vorkriegsarmeen und auch die deutsche waren dazu erzogen, Gefechtsentscheidungen angriffsweise herbeizuführen. Anders ging es ja nicht: In der passiven Verteidigung, gar im Rückzug schlägt man seinen Gegner nicht. Das Festhalten starker französischer Kräfte in Lothringen war so jedenfalls nicht zu gewährleisten. Dafür musste man sie „fesseln“, also unter Druck setzen. Das ging nur durch den Angriff. Rupprecht und Krafft entschlossen sich also zur Offensive und setzten diesen Wunsch gegen den Willen der Obersten Heeresleitung (OHL) durch, die in Koblenz saß, ihren Willen aber nicht als Befehl ausdrückte. Diese Zurückhaltung hing auch damit zusammen, dass die OHL einen Armeebefehlshaber, der zugleich Thronfolger des zweitgrößten Bundesstaates war, delikater behandelte als einen gewöhnlichen General. Umgekehrt steigerte Rupprechts dynastische Position auch sein Selbstbewusstsein gegenüber der „preußischen“ OHL.

Dieser deutsche Gegenstoß wurde mit größter Wucht geführt und überraschte die Franzosen vollkommen, die sich ihrerseits zurückzogen. Damit hatte man allerdings nur einen „ordinären“ Sieg errungen, aber nichts entschieden. Zur neuerlichen Überraschung der Deutschen verstärkte sich der französische Widerstand binnen weniger Tage und stellte die deutsche Seite vor ein schwieriges Problem: den Durchbruch durch eine fortlaufende Stellungsfrente, auch wenn diese noch nicht annähernd

so intensiv ausgebaut war wie in späteren Kriegsjahren.

Was den Sommerschlachten in Lothringen ihren besonderen Charakter gab und wodurch sie sich fundamental von sonstigen Kämpfen im ersten Kriegsjahr unterschieden, war die ungeheure Wucht des Artillerieeinsatzes, insbesondere auch der schweren Kaliber. Das lag an den großen Festungen in diesem Grenzraum: auf deutscher Seite Metz-Diedenhofen, Straßburg und der bayerische „Brückenkopf“ Germersheim, auf französischer Seite Toul-Nancy und Epinal. Moderne Panzerforts umgaben diese Festungen. Entscheidend aber war, dass in diesen weitläufigen befestigten Zonen gewaltige Mengen von schwerer Artillerie und Munition aufgestapelt waren. Diese waren zwar nicht für den Feldeinsatz vorgesehen, ihr Einsatz war aber möglich und die Wege in die Feldschlacht hinaus waren relativ kurz. Eine Entwicklung, die sich an den übrigen Fronten über mehrere Monate hinzog, vollzog sich in Lothringen in wenigen Wochen: vom Bewegungskrieg über den Stellungskrieg zur Materialschlacht.

Wie sehr die deutsche Offensive die französische Seite in eine Krise stürzte, wurde auf deutscher Seite nicht erkannt. Dort blickte man auf die Stärke des französischen Widerstands, die enormen eigenen Verluste und das Schwenden der Munitionsvorräte. Das Stagnieren der Offensive führte zu einem Konflikt zwischen der Obersten Heeresleitung und dem AOK 6: Bei der OHL verstand man nicht, warum die Bayern trotz der enormen Munitionsmengen, die ihre Artillerie verschoss, nicht vorankamen, und man misstrauete ihren militärischen Fähigkeiten. Beim AOK 6 wiederum beklagte man sich, dass die OHL die Schwierigkeit der Situation in Lothringen nicht begreife. Auf dem Höhepunkt der Krise ging es diesen beiden Konfliktparteien bloß noch darum, wer die Verantwortung für den Abbruch der

Offensive und damit deren Scheitern trage. Zwischen dem AOK 6 und der OHL, die inzwischen in Luxemburg saß, wurde nun der schwarze Peter hin und her geschoben. Schließlich waren es Krafft und Rupprecht, die zu dem Entschluss fanden, den Angriff einzustellen.

Die Kämpfe hatten fast drei Wochen gedauert und enorme Verluste gefordert. Ihre genaue Höhe ist nie ermittelt worden. Aufgrund von Stichproben hat man angenommen, dass die Infanterie, also die Waffengattung, die der feindlichen Waffenwirkung am stärksten ausgesetzt war, etwa 60 % ihres Bestandes eingebüßt hat. Quantitativ konnte man sie noch rasch ausgleichen, weil das „Menschenmaterial“ noch reichlich zur Verfügung stand.

Vor dem Krieg war man in der deutschen Armee auf die Führungsleistung des Generalstabs besonders stolz und glaubte sich darin unerreichbar. Gerade da hatte die Lothringer Operation aber schwere Mängel offenbart. Die OHL und das AOK 6 hatten nie zu einer klaren Sprache gefunden. Das hing auch mit dem Kontingentscharakter der Armee zusammen. Der Generaloberst Kronprinz Rupprecht war nicht nur militärisch, sondern auch politisch eine starke Figur. Das Misstrauen zwischen Preußen und Bayern, scheinbar längst überwunden im Bismarckschen Reichspatriotismus, flammte sofort wieder auf, als die Dinge nicht nach Plan liefen. Der bayerische Militärbevollmächtigte bei der OHL, Generalmajor Karl Wenninger, musste erleben, wie der Misserfolg der Bayern in Lothringen für das Scheitern an der Marne verantwortlich gemacht wurde. Erbittert notierte er in sein Tagebuch, dass die Personen bei der OHL, welche den Feldzug faktisch geleitet hätten, ein Preuße, ein Sachse und ein Württemberger gewesen seien.

Mit dem Abbruch der „Schlacht in Lothringen und in den Vogesen“, wie sie im bayerischen Generalstabswerk genannt

wurde, endete der letzte Einsatz der bayerischen Armee, in der sie als geschlossener operativer Körper eingesetzt worden war. Für das bloße Halten der Front standen nun viel zu starke Kräfte im Elsass und in Lothringen, wo die Franzosen ihrerseits alle Angriffsabsichten aufgegeben hatten: Sie brauchten jetzt jeden Mann, um die Deutschen in Nordfrankreich aufzuhalten und nach Möglichkeit wieder aus dem Land zu vertreiben. Und dies galt umgekehrt für die deutsche Seite: Von den vier bayerischen Korps blieben nur das III. Armeekorps sowie die Landwehrverbände in Lothringen. Der Raum von Noyon bis zur Küste, ca. 150 Kilometer, war noch frei von Freund und Feind. Dorthin wurden die im Süden frei gewordenen und frisch „aufgefüllten“ bayerischen Korps verlegt. Das AOK 6 installierte sich zunächst in St. Quentin und dann in Cambrai und kontrollierte den sich rasch nach Norden ausdehnenden rechten Flügel des deutschen Heeres. In St. Quentin wurde es vom AOK 2 abgelöst, einem preußischen AOK. Das I. und II. bayerische Armeekorps lagen in seinem Abschnitt.

Im Bereich des AOK 6 befand sich als einziger bayerischer Großverband nur noch das I. bayerische Reservekorps. Dafür unterstanden ihm auch sächsische Truppen, das württembergische XIII. Armeekorps, das badische XIV. Armeekorps und zwei preußische Armeekorps, eins davon das Gardekorps, also der preußische Eliteverband schlechthin. Das in Lothringen zurückgelassene III. bayerische Armeekorps gehörte zur Armee-Abteilung Strantz, einer preußischen Befehlsstelle. Die Unterstellungsverhältnisse hatten sich also völlig von den Kontingentgrenzen gelöst. Die Korps wurden nach Verfügbarkeit als operativ gleichwertige Bestandteile in die immer länger werdende Front eingebaut. Im Oktober tauchte rechts von der 6. Armee eine neu gebildete 4. Armee auf, welche die Lücke bis zur Küste schloss. Damit

hatte die Westfront jene Gestalt gewonnen, die sich bis 1918 nur wenig ändern sollte.

## Heeresausbau

Im Sommer 1914 stellte Bayern insgesamt 11 Divisionen ins Feld, zu denen noch vier „gemischte Landwehrbrigaden“ kamen, die man sich als Kleindivisionen mit relativ geringer Kampfkraft vorstellen kann. Das Deutsche Reich hatte sein Heer vor 1914 längst nicht so stark ausgebaut, wie es nach seiner wirtschaftlichen und demographischen Stärke möglich gewesen wäre, was nach dem Krieg natürlich heftig kritisiert wurde. 1913, im letzten Vorkriegsjahr, waren in Bayern nur 62,1 % des Jahrgangs eingezogen worden, während es in Frankreich 80 % gewesen waren.<sup>7</sup> In Bayern wie im ganzen Deutschen Reich stand also noch ein großes Reservoir an „Menschenmaterial“ für die Kriegsführung zur Verfügung. Ein großer Teil floss über die Ersatztruppenteile der Front zu. Darüber hinaus machte sich die Militärverwaltung energisch daran, das Heer zu vergrößern. Gleich bei Kriegsausbruch begann die Aufstellung von vier zusätzlichen Reservekorps über den ursprünglich vorgesehenen Mobilmachungsumfang hinaus. Ihre acht Divisionen entstanden improvisiert, ohne dass man auf planmäßig vorbereitete Bekleidungs- und Waffenorräte zurückgreifen konnte. Eine dieser acht Divisionen war eine bayerische, und mit einem ihrer vier Regimenter – dem bayerischen Reserve-Infanterieregiment 16 – rückte der junge Adolf Hitler als Kriegsfreiwilliger ins Feld. Das waren fast reine Rekrutenformationen, die fürchterliche Verluste erlitten. Dass es sich bei diesen Einheiten überwiegend um Freiwillige, insbesondere um die akademische Jugend Deutschlands gehandelt habe, ist eine Legende.

Insgesamt stellte Bayern bis Anfang 1917 15 zusätzliche Divisionen auf, darunter

das „Deutsche Alpenkorps“. Diese Einheit wurde vom bayerischen Kriegsministerium aufgestellt, enthielt aber auch nicht-bayerische Formationen, darunter mehrere preußische Jägerbataillone. Überhaupt wurden die meisten dieser Divisionen aus bereits bestehenden Truppen gebildet. Diese Vermehrung der operativen Körper gelang, weil man die neuen Infanteriedivisionen seit dem Frühjahr 1915 nicht mehr wie bisher aus vier, sondern drei Infanterieregimentern bildete. Die Regimenter für die neuen Divisionen gewann man also durch Verkleinerung der bereits bestehenden Divisionen. Komplette aus neu errichteten Regimentern bestanden nur die 1916 aufgestellte 12. und die zu Beginn des Jahres 1917 formierte 15. bayerische Infanteriedivision. Auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung, im Jahr 1917, standen 25 bayerische Divisionen an der Front. Im letzten Kriegsjahr war das Land allerdings nicht mehr in der Lage, alle diese Divisionen mit „Ersatz“ zum Ausgleich der ungeheuren Verluste zu versorgen. Deshalb wurden im letzten Kriegsjahr vier Divisionen aufgelöst.

Der Heeresausbau beschränkte sich natürlich nicht auf die Schaffung neuer Großformationen, sondern erstreckte sich auch auf zahlreiche kleinere Truppenkörper, die in die größeren integriert wurden oder als Armee- und Heerestruppen eingesetzt wurden. Das deutsche Heer insgesamt und somit auch die bayerische Armee besaßen schon bei Kriegsbeginn eine ungewöhnlich starke schwere Artillerie, die den Bedürfnissen des Stellungen- und Materialkriegs entsprechend, weiter ausgebaut wurde. Das galt auch für technische Truppen wie Pioniere, Nachrichten- und Kraftfahrformationen und natürlich für die Fliegertruppe, die auf ein Vielfaches ihrer Stärke bei Kriegsbeginn anwuchs und einen ganz anderen, modernen Charakter annahm. 1912 zählte diese „Truppe“ ganze 14 Mann, bei Kriegsende waren es 16.000!

Zur Verfügung der OHL entstanden acht „Bombengeschwader der Obersten Heeresleitung“, die im strategischen Luftkrieg zum Einsatz kamen und von denen eines – „BOGOHL 8“ – bayerisch war.

Die bayerischen Divisionen verblieben zunächst im Bereich ihrer Korps. Im Lauf des Jahres 1916 wurde es aber üblich, die Divisionen nach „Verbrauch“ auszuwechseln und sie den Korps unabhängig von der Kontingenzzugehörigkeit zuzuweisen. Aus den Befehlsstellen der Korps – den „Generalkommandos“ – wurden Kampfgruppenleitungen, die nach ihrem Einsatzraum benannt wurden. Als „Gruppe Vimy“ firmierten 1917 und 1918 abwechselnd mehrere bayerische Generalkommandos.

Es würde weit über den Rahmen dieses kurzen Abrisses hinausführen, wollte man auch nur einen ungefähren Überblick geben, wo bayerische Truppen während des Ersten Weltkrieges eingesetzt waren. Man findet sie an allen Fronten dieses Krieges. Sogar im Irak und an der Kaukasusfront ist eine bayerische Batterie schwerer Feldhaubitzen aufgetreten.

Äußerlich erkannte man bayerische Soldaten an der Löwenprägung ihrer Uniformknöpfe. 1915 wurden in Preußen neue Uniformjacken und Mäntel eingeführt. Sie besaßen, wie dort üblich, Knöpfe mit aufgeprägten Kronen. Bayern übernahm diese Kleidungsstücke, und zwar mit diesen Kronenknöpfen. Der bayerische König wollte aber, dass seine Soldaten weiterhin ein Uniformattribut besaßen, das sie äußerlich von den übrigen deutschen Kontingenten unterschied. Deshalb wurde 1916 eine umlaufende Kragenborte mit weißblauem Rautenmuster eingeführt. 1917 zwang der Mangel an Spinnstoffen dazu, diese Borte zu verkürzen. Sie wurde fortan nur noch auf die vordere Kragenkante aufgenäht.

## Bayerische Heerführer und Offiziere

Wir wollen hier einige bayerische Soldaten des Weltkriegs vorstellen, die damals über die Grenzen ihrer Armee hinaus bekannt wurden oder eine ungewöhnliche Rolle während des Krieges spielten. Von den Generälen unterhalb der Obersten Heeresleitung wurde damals in den Zeitungen keiner häufiger genannt als der bayerische Kronprinz. Sein AOK 6 blieb in Nordfrankreich. Soviel Entscheidungsfreiheit wie in Lothringen hatte Rupprecht, dessen Armee hier einfach einen bestimmten Abschnitt in einer langen Front einnahm, nicht mehr. Man könnte die Aufgabe eines solchen Armee-Oberkommandos als „Frontverwaltung“ oder, in heißen Phasen, als „Großkampfmanagement“ bezeichnen. Alle Armeen der OHL unmittelbar zu unterstellen, war unzumutbar, denn diese war nicht in der Lage, den langen Fronten überall und stets die notwendige Aufmerksamkeit zu widmen. Deshalb kam es zur Zusammenfassung mehrerer Armeen in „Heeresgruppen“, die sich zwischen die Armee-Oberkommandos und die OHL schoben. Im August 1916 wurde Rupprecht zum bayerischen Feldmarschall ernannt und kurz darauf an die Spitze der neuen „Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht von Bayern“ gestellt, die den rechten Flügel der deutschen Westfront befehligte. In ihren Abschnitt fiel die „Schlacht an der Somme“. Dort tobten die Flandernschlachten des Jahres 1917, und auch an den Frühjahrsoffensiven des Jahres 1918 war Rupprechts Heeresgruppe beteiligt. Rupprecht wurde zu einem der bekanntesten Heerführer des Weltkrieges. Wie er seinem Vater schrieb, wäre es ihm indes lieber gewesen, wenn er an der Spitze der 6. Armee verblieben wäre und in dieser wieder alle bayerischen Truppen vereint worden wären. Sein sorgfältig geführtes Kriegstagebuch wurde 1929 veröf-

fentlicht und ist eine wichtige Quelle zur Geschichte des Ersten Weltkrieges.<sup>8</sup> Im April 1915 wurde Rupprechts Onkel Leopold, den er 1913 als Armee-Inspektor abgelöst hatte, reaktiviert und als Oberbefehlshaber an die Spitze der 9. Armee an der Ostfront gestellt. Im August 1916 wurde er zum preußischen [!] Feldmarschall ernannt. In diesem Monat löste der bisherige Oberbefehlshaber Ost, Paul von Hindenburg, Erich von Falkenhayn als Chef der OHL ab, und an seine Stelle als OB Ost trat Leopold von Bayern. Damit hatten zwei Wittelsbacher herausragende Kommandoposten des Weltkriegs inne, und beide waren, im Unterschied zum preußischen Kronprinzen, der seit 1915 eine Heeresgruppe an der Westfront führte, kompetente Militärs, die ihrer Stellung auch fachlich gewachsen waren. Das bayerische Königshaus war insofern besser aufgestellt als die Berliner Hohenzollern. Rupprechts erster Chef des Stabes, der General Krafft von Dellmensingen, brachte es als Kommandeur des Alpenkorps zu einer gewissen Prominenz. Im September 1917 wurde er zum „Chef“ des neu aufgestellten Armee-Oberkommandos 14 ernannt. Diese Armee war ein gemischter deutsch/österreichisch-ungarischer Verband mit der Aufgabe, die italienische Armee am Isonzo anzugreifen. Diese Offensive, die 12. Isonzoschlacht, entwickelte sich zu einem der größten operativen Erfolge des Krieges, und Krafft hatte daran bestimmenden Anteil. Friedrich Krefß von Kressenstein war ein bayerischer Feldartillerie-Offizier mit Generalstabsausbildung. 1914 ging er, als bayerischer Major, zur deutschen Militärmission im Osmanischen Reich, wo er den Rang eines osmanischen Oberstleutnants erhielt. 1915 und 1916 führte er zwei türkische Vorstöße durch die Sinaiwüste zum Suezkanal, die ihr Ziel, die Sperrung des Kanals, allerdings nicht erreichten. Die Engländer gingen nun selbst zum Angriff

über. 1917 und 1918 leitete Krefß die türkische Verteidigung in Palästina. 1938 veröffentlichte er ein Buch über seine Tätigkeit im osmanischen Heer.<sup>9</sup> Krefß trat nach dem Krieg in die Reichswehr ein und führte von 1924 bis 1927 die 7. (bayerische) Division der Reichswehr. Während des Hitlerputsches stand er auf der Seite der Reichswehrführung gegen die Putschisten. Eine der abenteuerlichsten Episoden des ganzen Krieges war die Afghanistanexpedition der Jahre 1915/16. Der bayerische Oberleutnant Oskar von Niedermayer leitete sie zusammen mit dem preußischen Diplomaten Werner Otto von Hentig. Ziel der Expedition war es, die Afghanen zum Aufstand gegen die Engländer anzustacheln. Die Expedition erreichte Kabul und hielt sich dort mehrere Monate auf, durchaus zur Beunruhigung der Engländer und Russen. Als klar wurde, dass Afghanistan seine Politik der Neutralität nicht verlassen würde, löste sich die Expedition auf. Niedermayer gelang es, auf dem Landweg wieder türkisches Gebiet zu erreichen. Seine Erlebnisse publizierte er 1925.<sup>10</sup> Nach dem Krieg trat Niedermayer in die Reichswehr ein und beteiligte sich an der geheimen militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

## Literatur

Nach dem Ersten Weltkrieg beschrieben viele Kriegsteilnehmer den Krieg bzw. ihre eigenen Erlebnisse in romanhafter Form, darunter auch ehemalige Angehörige der bayerischen Armee. Der Münchner Schriftsteller Alexander Moritz Frey machte den Weltkrieg als Sanitätssoldat im bayerischen Reserve-Infanterieregiment 16 mit, also jener Einheit, der auch Adolf Hitler angehörte. Im Unterschied zu seinem Regimentskameraden entwickelte sich Frey aber zum Pazifisten. Sein Buch „Die Pflasterkästen. Ein Feldsanitätsroman“ erschien 1929, also im selben

Jahr wie Remarques „Im Westen nichts Neues“.<sup>11</sup> Im Unterschied zu Remarques Werk ist Freys Text autobiografisch. Frey war Sanitäter beim Stab des Regiments, also dort, wo auch Hitler als Meldegänger eingesetzt war. Es fällt auf, dass er diesen 1929 bereits prominenten Kriegskameraden nie erwähnt, obwohl er ihm häufig begegnet sein muss. Hitlers Versuche, Frey für seine Bewegung zu gewinnen, lehnte dieser ab. 1933 rettete sich Frey ins österreichische Exil, 1938 dann in die Schweiz. Der Kaufmann Wilhelm Michael Schneider stammte aus einer pfälzischen Kleinindustriellenfamilie. Er wurde im Oktober 1914 eingezogen. Schneider machte den Krieg bis zum Ende als Infanterist mit und brachte es bis zum Leutnant der Reserve. Seine Kriegserlebnisse publizierte er 1929 in romanhafter Form unter dem Titel „Infanterist Perhobstler“. Als Autor verwendete er ein Pseudonym, das er aus seinen Vornamen gebildet hatte. Seine Beschreibungen waren aber so genau, dass die tatsächliche Identität des Verfassers rasch bekannt wurde. Schneider ist der einzige Autor solcher Bücher, der sich explizit auf die bayerische Armee bezog, wie aus dem Untertitel hervorgeht: „Mit bayerischen Divisionen im Weltkrieg“.<sup>12</sup> Nach der Lektüre wird der Leser nicht die Empfindung haben, dass die Verhältnisse in der bayerischen Armee freundlicher waren als etwa in der preußischen. Gerade das, was nach 1918 „innere Heeresmißstände“ genannt wurde, spielt in Schneiders Buch eine wichtige Rolle. Nach 1933 entsprach ein solcher Text natürlich nicht mehr den neu etablierten Standards politischer Korrektheit. 1934 publizierte der Verlag daher eine entschärfte Version, die vor den neuen Herren aber auch nicht bestehen konnte. In der „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums“ aus dem Jahr 1939 findet sich auch Schneiders Kriegsbuch, und zwar in allen Ausgaben. Nachdem die Liste stets die letzte Ausgabe auf-

führt, war das ironischerweise gerade die, mit der sich Schneider an die gewandelten Verhältnisse anzupassen versucht hatte. Von ganz anderer Art war der Nürnberger Hans Zöberlein, ein gelernter Maurer, der sich nach dem Krieg zum Architekten weiterbildete. Er hatte es im Krieg bei der Infanterie bis zum Vizefeldwebel gebracht und wurde mit der Goldenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet, dem höchsten bayerischen Orden für Unteroffiziere und Mannschaften. Nach dem Krieg schloss er sich der NSDAP an. 1931 schilderte er seine Kriegserlebnisse in einem Buch mit dem Titel „Der Glaube an Deutschland“.<sup>13</sup> Das Buch muss als Gegendarstellung zu Remarques „Im Westen nichts Neues“ verstanden werden. Es erschien im Franz-Eher-Verlag und erreichte hohe Auflagen. Antiquarisch ist es noch häufig und zu niedrigen Preisen zu finden. 1934 wurde das Buch unter dem Titel „Stoßtrupp 1917“ verfilmt. Nach 1933 machte Zöberlein eine gewisse Karriere im Kulturbetrieb und brachte es bis 1943 zum SA-Brigadeführer. Als Leiter eines Werwolfkommandos war er im April 1945 für die Ermordung mehrerer Penzberger Bürger verantwortlich, die sich an einer Widerstandsaktion beteiligt hatten. Eine besondere Literaturgattung bilden Truppengeschichten. In der Regel sind es Darstellungen, die sich auf ein Regiment beziehen. Ihre erste Blütezeit hatten diese Bücher nach dem Krieg von 1870/71, als diese Einheiten noch bestanden. Ganz anders stellte sich die Lage nach dem Ende des Weltkriegs dar. Jetzt waren die Einheiten selbst verschwunden, doch lebten noch viele Männer, die in ihnen den Krieg mitgemacht hatten. Viele von ihnen, insbesondere die Offiziere, empfanden ein Bedürfnis, ihre Taten und Leiden zu dokumentieren und für die Nachwelt festzuhalten. Es kam jetzt zu einer zweiten und natürlich letzten Welle von Regimentsgeschichten, die sich fast ausschließlich mit

dem Weltkrieg beschäftigten. Nur wenige Einheiten blieben unbeschrieben.

### Ein Fazit

Zu Beginn des Jahres 1918 zählte das bayerische Feldheer – also ohne das Besatzungsheer – 550.000 Mann. Das waren 8 % der bayerischen Bevölkerung. Man hat geschätzt, dass während des ganzen Krieges 15-20 % der Bevölkerung, Frauen, Kinder, Greise und Untaugliche mitgerechnet, durch das Feldheer gegangen sind. In den früheren Kriegen Bayerns waren es maximal 3 % gewesen. Etwa 200.000 bayerische Soldaten haben im Ersten Weltkrieg den Tod gefunden.

Die Novemberrevolution des Jahres 1918 hatte der Monarchie ein Ende gemacht, während die Armee weiter bestand, auch wenn die aus dem Feld zurückgekehrten Truppen sich weitgehend auflösten. In den Kasernen verblieben noch matte Reste des mächtigen Kriegsheeres, die keinen Gefechtswert mehr hatten. Gesicherte Unterkunft und Verpflegung waren die Hauptmotive für diese in der Regel schlecht disziplinierten Soldaten, weiterhin die Uniform zu tragen. Versuche der bayerischen Regierung, auch in der Militärstruktur der Republik ein bayerisches Heer zu verankern, scheiterten. Die Weimarer Verfassung hielt nicht viel vom Föderalismus. Am 20. August 1919 wurde die bayerische Armee von Reichskanzler Friedrich Ebert und Reichswehrminister Gustav Noske in München förmlich und offiziell ins Reich übernommen, wenn es auch noch einige Jahre dauerte, bis man sich in Bayern in diese neuen Verhältnisse wirklich hineingefunden hatte.

Der Aktennachlass der bayerischen Armee hat sich in der Abteilung IV des Bayerischen Hauptstaatsarchivs, dem sogenannten Kriegsarchiv, erhalten. Die Akten der preußischen Armee, die in Potsdam lagerten, sind dagegen im April 1945

durch einen alliierten Luftangriff zusammen mit dieser Stadt vernichtet worden. Daher stützen sich viele Untersuchungen zum Ersten Weltkrieg auf bayerische Dokumente. Die bayerische Armee fand und findet daher in weit höherem Maß, als es ihrem Anteil an der Alten Armee entspräche, die Aufmerksamkeit der Historiker.

### Literatur

Die Bayern im Großen Kriege 1914-1918. Auf Grund der Kriegsakten dargestellt. Herausgegeben vom Bayerischen Kriegsarchiv, München 1923.

Das Bayernbuch vom Weltkriege 1914-1918, bearb. von Konrad Krafft von Dellmensingen und Friedrichfranz Feeser, 2 Bde., Stuttgart 1930.

Hermann Cron, Geschichte des Deutschen Heeres im Weltkriege 1914-1918, Berlin 1937.

- 
- 1 Karl Deuringer, Die Schlacht in Lothringen und in den Vogesen. Die Feuertaufe der Bayerischen Armee, hrsg. vom Bayerischen Kriegsarchiv, Bd. 1, München 1929, S. 29.
  - 2 Abschnitt III, § 5, Abs. III des Bündnisvertrags vom 23.11.1870, in: Der Weltkrieg 1914 bis 1918, bearbeitet im Reichsarchiv. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft, Bd. 1, Anlagen, Berlin 1930, S. 9.
  - 3 Ebd.
  - 4 Ebd., Abs. IV.
  - 5 Deuringer, Schlacht (wie Anm. 1), S. 3.
  - 6 Ebd., S. 30 f.
  - 7 Ebd., S. 6 f.
  - 8 Kronprinz Rupprecht von Bayern. Mein Kriegstagebuch, hrsg. von Eugen von Frauenholz, 3 Bde., Berlin, München 1929
  - 9 Friedrich Kreß von Kressenstein, Mit den Türken zum Suezkanal, Berlin 1938.
  - 10 Oskar von Niedermayer, Unter der Glutsonne Irans. Kriegserlebnisse der deutschen Expedition nach Persien und Afganistan, Dachau 1925.
  - 11 Alexander Moritz Frey, Die Pflasterkästen. Ein Feldsanitätsroman, Berlin 1929.
  - 12 Wilhelm Michael Schneider, Infantrist Perhobstler. Mit bayerischen Divisionen im Weltkrieg. Neu herausgegeben, mit Anmerkungen, Bilddokumenten und einem Nachwort von Dieter Storz, Wien

2014 (= Veröffentlichungen des Bayerischen Armeemuseums, Bd. 14).

13 Hans Zöberlein, Der Glaube an Deutschland. Ein Kriegserleben von Verdun bis zum Umsturz, München 1931.

Bernhard Grau

# Revolution und Räterepublik

## Vom Sturz der Monarchie bis zur Rückeroberung Münchens durch die „weißen“ Truppen

### Die Revolution in München und ihre Ursachen

Für den 7. November 1918 hatten Mehrheitssozialdemokratie (MSPD), Unabhängige Sozialdemokratie (USPD) und Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Antikriegskundgebung auf der Münchner Theresienwiese aufgerufen.<sup>1</sup> Schätzungsweise 50.000 Teilnehmer folgten diesem Appell und demonstrierten für eine sofortige Beendigung der kriegsrischen Auseinandersetzungen. Diese Hoffnung hegten allerdings nicht nur die Anhänger der organisierten Arbeiterschaft, sondern auch große Teile der ausgebrannten und durch die absehbare Niederlage desillusionierten Bevölkerung.<sup>2</sup> Doch selbst einen Monat nach Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen schien ein Ende des Krieges nicht in Sicht. Ja, es bestand die Gefahr, dass nach der Kapitulation des Habsburgerreichs eine neue Front an den bayerischen Außengrenzen entstehen würde.<sup>3</sup>

Diese Ausgangslage nutzten Kurt Eisner, der führende Kopf der Münchner USPD, und seine engsten Mitstreiter für ihre revolutionäre Aktion.<sup>4</sup> Nach Ende der Kundgebung zogen sie nicht – wie vereinbart – mit den übrigen Teilnehmern durch

die Stadt zum Friedensengel, sondern verließen die Theresienwiese nordwärts, wo sich Kasernen der in München stationierten Truppen befanden. Innerhalb kürzester Zeit gelang es den Revolutionären, die Soldaten auf ihre Seite zu ziehen, im Mathäser-Bierpalast einen Arbeiter- und einen Soldatenrat zu konstituieren und im Bayerischen Landtag in der Prannerstraße die konstituierende Sitzung des Provisorischen Nationalrats abzuhalten. Von hier aus proklamierte Eisner in den Nachtstunden vom 7. auf den 8. November das Ende der Monarchie und die Errichtung des „Freistaats Bayern“. Alle Versuche, zuverlässige Militäreinheiten von außen nach München zu führen, um dem Umsturz ein Ende zu bereiten, scheiterten. Damit war die konstitutionelle Monarchie in Bayern, die im Mai 1918 einhundert Jahre alt geworden war, endgültig Geschichte. In den Folgetagen entstanden in nahezu allen größeren Städten des Landes Arbeiter- und Soldatenräte. Mit etwas Verzögerung wurden – als bayerische Besonderheit – in den ländlichen Gebieten Bauernräte gebildet.<sup>5</sup>

Für die breite Öffentlichkeit kamen diese Ereignisse unerwartet; unvorbereitet kamen sie aber nicht. Der bei Kriegsbeginn ausgerufenen „Burgfriede“ war längst



brüchig geworden. Mit zunehmender Kriegsdauer hatten sich die Kritiker der deutschen Kriegs-, insbesondere aber der deutschen Kriegszielpolitik im Reichstag immer deutlicher zu Wort gemeldet. Auch außerhalb des Parlaments hatten sich Teile der organisierten Arbeiterbewegung, bürgerliche Pazifisten sowie Anarchisten zu einer Antikriegsbewegung formiert, auch wenn diese wegen der restriktiven Bestimmungen des Kriegszustandsrechts öffentlich nur wenig wahrgenommen wurde.<sup>6</sup> Kurt Eisner, der sich bei Kriegsausbruch in der Annahme, es handle sich um einen russischen Angriffskrieg, noch für die Bewilligung der Kriegskredite ausgesprochen hatte, hatte sich spätestens im Frühjahr 1915 zum militanten Kriegsgegner gewandelt. Sein Aufklärungsfeldzug wurde nicht nur von der amtlichen Zensur behindert, sondern auch durch den Widerstand des bayerischen SPD-Vorstands, der bis zum Ende des Krieges eisern an der Burgfriedenspolitik festhielt.<sup>7</sup>

Folge dieser Entwicklung war auch die Spaltung der Sozialdemokratie und die Gründung einer Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) im Frühjahr 1917. Ihr schloss sich in Bayern auch Kurt Eisner an, der aufgrund seiner Beziehungen zu den bürgerlichen Pazifisten – aber auch zu den Anarchisten – mehr und mehr zur Integrationsfigur der Münchner Antikriegsbewegung wurde. Der von der USPD initiierte Januarstreik des Jahres 1918 machte dann erstmals auch in Bayern deutlich, dass die Kriegsgegner inzwischen eine Massenbasis gewonnen hatten.<sup>8</sup> Durch die rigorose Verhaftung der Münchner Streikführer war es den Ordnungskräften allerdings noch einmal gelungen, die Oppositionsbewegung in die Schranken zu weisen und ihre Aktionsfähigkeit rigoros zu beschneiden. Dass ausgerechnet Bayern in der Revolution des Jahres 1918 eine führende Rolle zukam, hatte in erster Linie mit dem krank-

heitsbedingten Rückzug des langjährigen bayerischen SPD-Vorsitzenden Georg von Vollmar zu tun. Die dadurch erforderlich gewordenen Reichstags-Nachwahlen hatten zur Folge, dass Eisner, der von seiner Partei als Kandidat für die Nachwahl zum Deutschen Reichstag aufgestellt worden war, aus der Haft entlassen wurde und seine Agitation für die Beendigung des Krieges und die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft fortsetzen konnte. Der Wahlkampf verschaffte ihm dabei bevorzugte Auftrittsmöglichkeiten und eine verstärkte Aufmerksamkeit. So setzte die revolutionäre Entwicklung in München bereits zu einem Zeitpunkt ein, als von der Meuterei der Nordseeflotte noch nichts zu spüren war. Schon vor Bekanntwerden der Matrosenunruhen erfuhr Eisners Bewegung so einen immer größeren Zulauf, und ihre Zielsetzungen radikalisierten sich rasch.<sup>9</sup>

Die Revolution des Jahres 1918 war damit ein Produkt der Niederlage des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg. Sie zielte darauf ab, einen baldigen Friedensschluss herbeizuführen und das sinnlos gewordene Sterben an den Fronten zu beenden. Mit der Revolution verband sich aber auch die Hoffnung auf eine rasche Verbesserung der katastrophalen Versorgungslage und auf eine Rückkehr zur Normalität. Der Autoritätsverfall der Monarchie resultierte dabei nicht zuletzt aus der Tatsache, dass der Kaiser und die Landesfürsten in ihrer Eigenschaft als Oberbefehlshaber zumindest formal die Verantwortung für den Krieg und die Niederlage trugen. Dass die Beseitigung der Monarchie und die Demokratisierung von Staat und Gesellschaft vielen Zeitgenossen unvermeidlich erschienen, hatte aber auch damit zu tun, dass der amerikanische Präsident, Woodrow Wilson, in seinen außenpolitischen Noten angekündigt hatte, mit Vertretern des alten Systems keine Friedensverhandlungen führen zu wollen.

Eisners revolutionäre Aktion zielte allerdings nicht nur auf die Beendigung des Krieges, den Sturz der Monarchie und die Etablierung einer demokratischen Staatsordnung. Seine ersten Aufrufe und Erklärungen lassen vielmehr klar erkennen, dass es ihm zugleich darum ging, die deutsche Bevölkerung über die wahren Ursachen des Krieges aufzuklären und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Damit hoffte er zugleich, die alliierten Kriegsgegner von der Ernsthaftigkeit des demokratischen Neuanfangs zu überzeugen und sie dazu zu bewegen, dem Deutschen Reich erträgliche Friedensbedingungen zu gewähren. Da er als Hauptschuldige den deutschen Kaiser und die Regierungsstellen in Berlin, allen voran das Auswärtige Amt ausgemacht hatte, ging damit der Anspruch einher, eine eigenständige Außenpolitik zu betreiben, ja damit zum Nutzen ganz Deutschlands voranzugehen.

### Die Bildung der Regierung Eisner und die Neukonstituierung der politischen Parteien

Mit der Revolution hatte die Antikriegsbewegung ihr vorrangiges Ziel, die Beendigung des Krieges, erreicht. Auch die von Eisner schon im Januar 1918 geforderte Demokratisierung von Staat und Gesellschaft war eingeleitet worden. Damit gewannen die divergierenden Auffassungen unter den Kriegsgegnern wieder an Gewicht. Eisner war sich dieser Problematik bewusst und erkannte, dass er seinen auf die Revolution gestützten Herrschafts- und Gestaltungsanspruch ohne die Unterstützung der MSPD nur schwer realisieren konnte. Umgekehrt musste die MSPD-Führung daran interessiert sein, sich an der neuen Regierung zu beteiligen, wollte sie nicht riskieren, ihren Einfluss auf die Ausgestaltung des demokratischen Neubeginns zu verlieren. Ungeachtet der

kriegsbedingten Zerwürfnisse kam es so zur Bildung einer gemeinsamen Regierung aus MSPD und USPD, an der allerdings deutlich zu erkennen war, welche Kompromisse sie beiden Seiten abverlangte.<sup>10</sup>

Die MSPD musste akzeptieren, dass Kurt Eisner für sich das Amt des Außenministers und die Stellung des Ministerratsvorsitzenden reklamierte. Außerdem konnte Eisner durchsetzen, dass mit Hans Unterleitner, dem Minister für soziale Fürsorge, ein weiterer Unabhängiger in den Ministerrat einzog. Nicht verhindern konnte er hingegen, dass mit Erhard Auer einer seiner erbittertsten Gegenspieler aus der Zeit von Januarstreik und Revolution das in der Umbruchsphase besonders bedeutsame Innenministerium übernahm.<sup>11</sup> Mit Johannes Hoffmann (Kultus), Albert Roßhaupter (militärische Angelegenheiten) und Johannes Timm (Justiz) stammten drei weitere Minister aus den Reihen der Mehrheitssozialdemokratie. Der neuen Regierung gehörte mit Heinrich von Frauendorfer, dem Verkehrsminister, auch ein Linksliberaler an. Professor Edgar Jaffé, den Finanzminister, wird man hingegen als parteilosen Fachminister ansehen müssen, auch wenn er im Januar 1919 für die USPD zum bayerischen Landtag kandidierte. Im Kabinett besaß die MSPD damit ein klares Übergewicht. Durch Einbeziehung der Liberalen sollte der demokratische Neuanfang auf eine möglichst breite Grundlage gestellt werden.

Die Regierungsbildung blieb aber nicht das einzige Ereignis, das die politischen Kräfteverhältnisse auf eine neue Grundlage stellte. Auch das bürgerliche Lager meldete sich nun rasch wieder zu Wort.<sup>12</sup> Schon am 12. November wurde in Regensburg in bewusster Abkehr vom Zentrum die Bayerische Volkspartei (BVP) als politische Vertretung der katholischen Bevölkerung gegründet. Die Linksliberalen (DVP/DDP) folgten am 17. November.

Eine Woche später konstituierte sich die Bayerische Mittelpartei, die sich 1920 der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) anschließen sollte. Gänzlich neu formierte sich die äußerste Linke. Sie besaß zunächst vor allem in dem in der Revolutionsnacht gebildeten Revolutionären Arbeiterrat einen Referenzpunkt, ehe sich an der Jahreswende von 1918 auf 1919 der Spartakusbund und andere linke Gruppierungen zur Kommunistischen Partei (KPD) zusammenschlossen.<sup>13</sup> Unmittelbare Folge dieser Neuformierung der politischen Parteien war eine rasch zunehmende Polarisierung der politischen Auseinandersetzungen, in deren Folge die neue Regierung sowohl von rechts als auch von links unter Druck gesetzt wurde.

### Staats- und verfassungsrechtliche Weichenstellungen

Der Regierung Eisner gelang es in kurzer Zeit, wichtige Weichenstellungen vorzunehmen und Bayern in eine parlamentarische Demokratie nach westlichem Vorbild zu verwandeln.<sup>14</sup> Errungenschaften der Revolution waren das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Verhältniswahlrecht, das erstmals auch die Frauen mit einschloss. Der auf diese Weise gewählte Landtag bestand nur noch aus einer Kammer, kannte also kein ständisch verfasstes Gegenstück nach der Art der Kammer der Reichsräte mehr. Verwirklicht wurde ferner die Trennung von Staat und Kirche, was unter anderem die Beseitigung der kirchlichen Schulaufsicht zur Folge hatte. Weitere wichtige Errungenschaften der Revolution waren die Meinungs- und die Pressefreiheit, die Koalitionsfreiheit und der Acht-Stundentag, alles Anliegen, die die organisierte Arbeiterbewegung seit langem verfochten hatte. Überraschenderweise erteilten Mehrheitssozialdemokratie und Unabhängige der Vergesellschaftung von Produktionsmit-

teln und einer „Diktatur der Arbeiterklasse“ von Anfang an eine klare Absage. Wie im Reich und in den anderen deutschen Ländern begnügten sich die beiden sozialdemokratischen Parteien also im Wesentlichen mit der Verwirklichung einer liberaldemokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung. Mit einer solchen Politik hatten die meisten Zeitgenossen, die die Sozialdemokratie nur aus der Berichterstattung der konservativen Medien kannten, nicht gerechnet. Dies trug sicher dazu bei, dass die neue Regierung zunächst viel Zustimmung erntete.

Insgesamt belegen die Ergebnisse der Regierungsarbeit eine große programmatische Nähe der beiden an der Regierung beteiligten sozialdemokratischen Parteien. Entgegen der Auffassung vieler Anhänger waren mit dem Ende des Krieges die Gegensätze zwischen den beiden Lagern aber nicht beendet und auch die persönlichen Gegensätze der führenden Parteivertreter nicht ausgeräumt worden. Dies zeigte sich nicht nur am Streit um den Termin für die Landtagswahlen, sondern mehr noch an den Debatten über die Zukunft der Räte.

### Die Verschärfung der politischen Auseinandersetzungen und die Zukunft der Räte

Die Festlegung des Zeitpunkts für die Landtagswahlen wurde zum ersten echten Belastungstest der neuen Regierung. Während Eisner für einen späten Wahltermin eintrat, plädierten die Mehrheitssozialdemokraten für den frühestmöglichen Zeitpunkt. Auch in der Presse wurde diese Frage heiß diskutiert und meist zugunsten eines raschen Wahlgangs beantwortet. Mit Unterstützung Heinrich von Frauendorfers konnte sich im Kabinett letztlich die Mehrheitssozialdemokratie durchsetzen, so dass der Wahltermin auf den 12. Januar 1919 festgelegt wurde, exakt eine Woche

vor den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung.

Streit gab es auch um die Stellung und Zukunft der Räte.<sup>15</sup> Dabei hatte Eisner zur Beruhigung seiner Koalitionspartner mehrfach erklärt, dass er die Räte keineswegs als Parlamentsersatz verstand. Auch beabsichtigte er nicht, den Räten exekutive Befugnisse oder Aufsichtsrechte gegenüber den staatlichen Behörden zu übertragen. Ebensowenig zog er allerdings den vollständigen Verzicht auf die Räte in Erwägung. Angesichts des fehlenden Rückhalts an einer fest etablierten Parteiorganisation stellten die Räte für Eisner den eigentlichen politischen Rückhalt dar, den ganz aufzugeben seine eigene Position erheblich geschwächt hätte. Die Negativerfahrungen, die er in den Kriegsjahren mit der SPD und ihren Funktionären gesammelt hatte, bestärkten ihn ebenfalls darin, die Arbeiterräte als Gegengewicht gegen den übermächtigen Partei- und Gewerkschaftsapparat zu betrachten. Darüber hinaus sah Eisner in den Räten Orte der Meinungsbildung, Schulen der Demokratie und Pflanzstätten für die Rekrutierung des politischen Nachwuchses.

Eisners sehr spezielle Rätevorstellungen stießen nicht nur bei der MSPD, sondern auch in der Öffentlichkeit auf wenig Verständnis. In der medialen Auseinandersetzung wurden die Räte vielmehr mit den russischen Sowjets gleichgesetzt und als Instanzen einer proletarischen Diktatur angesehen. Den antirevolutionären Kräften fiel es daher leicht, die Angst vor bolschewistischen Experimenten zu nutzen, um die Regierung unter Druck zu setzen und die Auseinandersetzung um die Räte auf den Gegensatz ‚Räte oder Parlament‘ zuzuspitzen. Selbst von Kabinettsmitgliedern wurde Eisner Bolschewismus vorgeworfen und unterstellt, er verstehe die Räte als Gegengewicht zum Landtag. Speziell für die bürgerlichen Parteien eignete

sich dieses Thema auch als Argument im Kampf um die bayerische Wählerschaft.

### Die Wahlen zur bayerischen Nationalversammlung

Am 12. Januar 1919 entschieden die Wähler über die Zusammensetzung des neuen bayerischen Landtags. Diese Wahl wurde allgemein als entscheidende Weichenstellung für die Zukunft von Staat und Verfassung in Bayern verstanden. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die politischen Auseinandersetzungen im Vorfeld erheblich zunahmten. Auch die revolutionäre Linke machte nun verstärkt mobil, obwohl die KPD selbst die Wahl zur bayerischen Nationalversammlung boykottiert hatte. Ihr Fokus lag auf der Fortsetzung des revolutionären Prozesses. Da sie dafür in den von der Mehrheitssozialdemokratie dominierten Räten wenig Rückhalt fand, blieb ihr nur der Druck der Straße. Als Hebel boten sich ihr dabei die durch die Demobilisierung zusätzlich angefachten sozialen Missstände, öffentlich erkennbar an den Anfang Januar einsetzenden Demonstrationen der Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen.<sup>16</sup>

Der Ernst der Lage wurde deutlich, als eine Arbeitslosendemonstration am 7. Januar in einer Schießerei endete, die drei Tote und acht Verletzte forderte, und die republikanische Schutztruppe in der Nacht vom 10. auf den 11. Januar bewaffnet gegen Linksozialisten vorging. Die Eskalation der Gewalt veranlasste die Regierung Eisner, die Verhaftung einer Reihe führender Linksradikaler wie Erich Mühsam, Josef Sontheimer und Max Levien anzuordnen, eine Maßnahme, die sie wegen des Drucks der Straße aber sogleich wieder rückgängig machen musste.

In dieser aufgeheizten Stimmung fanden die Landtagswahlen statt.<sup>17</sup> Sie endeten mit einem Sieg der Bayerischen Volkspartei, die 35 Prozent der Stimmen gewann

und damit an die Vorkriegsergebnisse des bayerischen Zentrums anknüpfen konnte. Die Mehrheitssozialdemokratie blieb mit 33 Prozent der Stimmen knapp dahinter, doch lag ihr Ergebnis deutlich über den Resultaten, die die Vorkriegssozialdemokratie erzielt hatte. Eisners USPD erhielt dagegen landesweit nur 2,5 Prozent der Stimmen beziehungsweise drei Abgeordnetenmandate. Aus dem revolutionären Erfolg konnte die Partei also kein Kapital schlagen. Die Tatsache, dass sie in München etwa doppelt so viele Prozentpunkte erreichte wie auf Landesebene, machte immerhin offenkundig, dass die Revolution ein haupt- bzw. großstädtisches Phänomen war und offenbarte damit einen deutlichen Stadt-Land-Gegensatz. Zusammen erreichten die beiden sozialdemokratischen Parteien bei einer herausragend hohen Wahlbeteiligung von 86,3 Prozent mehr als ein Drittel aller abgegebenen Stimmen. Mit DDP (14,0 Prozent der Stimmen) und Bauernbund (9,1 Prozent) kamen die Parteien des demokratischen Neuanfangs in Bayern sogar auf eine absolute Stimmenmehrheit.

Dennoch stellte der Ausgang der Wahlen die Legitimation der revolutionären Regierung und ihre Handlungsoptionen massiv in Frage und weckte Erwartungen auf eine baldige Einberufung des Landtags und die Bildung einer neuen Regierung. Wenn dennoch mit einer längeren Übergangsphase zu rechnen war, lag dies vor allem an der Pfalz. Da die Wahlvorbereitungen dort von der französischen Besatzungsmacht behindert worden waren, konnte in diesem Regierungsbezirk erst am 2. Februar gewählt werden. So wurde der Termin für die konstituierende Sitzung des bayerischen Landtags schließlich auf den 21. Februar festgelegt.<sup>18</sup>

## Das Verhältnis zwischen Reich und Ländern

In die Phase zwischen der Wahl und dem Zusammentritt des Landtags fiel die Bekanntgabe des Entwurfs für die neue Reichsverfassung, die der liberale Verfassungsrechtler Hugo Preuß ausgearbeitet hatte und die stark unitarische Züge trug. In Bayern stieß der Verfassungsentwurf daher auf einhellige Ablehnung. Zur Wahrung der Eigenständigkeit der Länder suchte die bayerische Regierung den Schulterschluss mit Baden, Württemberg, Hessen und Sachsen.<sup>19</sup> Zur Überraschung der Öffentlichkeit vertrat Eisner in diesen Verhandlungen einen besonders radikalen Standpunkt. Nach seiner Auffassung war das Deutsche Reich in der Revolution ersatzlos untergegangen. Ihm schwebte daher der Abschluss eines neuen Staatsvertrags zur Errichtung der „Vereinigten Staaten von Deutschland“ unter Einschluss Deutsch-Österreichs vor. Dem Reich sollten dabei nur diejenigen Kompetenzen übertragen werden, die zwingend gemeinsam zu erledigen waren.

Die bayerische Mehrheitssozialdemokratie lehnte einen zentralistischen Staatsaufbau zwar ebenfalls ab, plädierte im Gegensatz zu Eisner aber dafür, das bestehende Verhältnis von Reich und Ländern fortzuschreiben. Ähnlich sahen das die Regierungen der übrigen süddeutschen Länder. In der Öffentlichkeit wurden Eisner sogar separatistische Absichten unterstellt. So wurde letztlich eine Verhandlungslösung mit der Regierung der Volksbeauftragten in Berlin gesucht. Dabei gelang es zumindest, den Verfassungsentwurf zu entschärfen und zu verhindern, dass die Länder zu reinen Selbstverwaltungskörperschaften herabsanken.

## Die Kriegsschuldfrage

Trotz seiner isolierten Stellung im Kabinett hielt Eisner an seinen politischen Überzeugungen fest. Dies galt insbesondere für seine Bemühungen um eine Aufarbeitung der wahren Kriegsursachen und um die Aussöhnung mit Deutschlands Kriegsgegnern.<sup>20</sup> Schon Ende November 1918 hatte er Dokumente aus den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin veröffentlicht, um seine Auffassung zu untermauern, dass das Deutsche Reich die Verantwortung für den Kriegsausbruch trage. Auf diese Weise hoffte er, die Weltöffentlichkeit davon zu überzeugen, dass in Deutschland, speziell aber in Bayern ein echter Bruch mit dem System der Vergangenheit erfolgt war. Davon versprach er sich einen Neustart der diplomatischen Beziehungen und erträglichere Friedensbedingungen. Seine Aktivitäten richteten sich allerdings auch nach innen, war es für einen glaubhaften demokratischen Neuanfang aus seiner Sicht doch unverzichtbar, die Deutschen über die wahren Ursachen des Ersten Weltkriegs aufzuklären. In dieser Absicht ließ sich Eisner nicht einmal durch die Berichterstattung der Medien bremsen, die ihm Nestbeschmutzung und Vaterlandsverrat vorwarfen. Deutlich wurde dies Anfang Februar 1919, als er zum Internationalen Sozialistenkongress in Bern fuhr, um seine Sicht der Kriegsschuldfrage auch auf internationaler Bühne zu propagieren. Politisch hat ihm sein Auftritt in Bern ohne Zweifel erheblich geschadet. Die deutsche Presse reagierte erneut verständnislos, wenn nicht sogar offen feindselig. An der Universität München kursierten Flugblätter, die kaum verklausuliert zum Mord an Eisner aufriefen. In kürzester Zeit entstand so eine Pogromstimmung, die die seit Januar spürbare Gewaltbereitschaft weiter anheizte.

## Die Ermordung Kurt Eisners und die Schüsse im Landtagsgebäude

Der Mord an Eisner am 21. Februar 1919 durch Anton Graf Arco auf Valley war die tragische Konsequenz der aufgeheizten politischen Atmosphäre.<sup>21</sup> Die Tat ereignete sich ausgerechnet am Tag der konstituierenden Sitzung des bayerischen Landtags, die mit dem Rücktritt der Regierung Eisner den Übergang zu einer regulären Parlamentsherrschaft markieren sollte. Stattdessen führte der Anschlag zu einer weiteren Verschärfung der politischen Lage. Rasch kursierten Verschwörungstheorien über die Hintermänner der Tat. Sie veranlassten den Schankkellner Alois Lindner, Mitglied der USPD und des Revolutionären Arbeiterrates, bewaffnet in die laufende Sitzung im Bayerischen Landtag einzudringen, um dort den Führer der Mehrheitssozialdemokraten, Erhard Auer, zu töten, den er für den Mord verantwortlich machte. Bei der von ihm ausgelösten Schießerei kamen auch der Pasinger BVP-Abgeordnete Heinrich Osel und Major Paul von Jahreis, ein Referent des Staatsministeriums für militärische Angelegenheiten, ums Leben.

Der offene, politisch motivierte Mord war in der Münchner Revolution etwas Neues und hievte die revolutionäre Entwicklung auf ein neues Niveau. Die Landtagssitzung endete abrupt, ohne Wahl einer neuen Regierung und ohne Termin für eine Folgesitzung. Ohne ihren Ministerpräsidenten und Außenminister sowie ohne den Innenminister war die bestehende Regierung nur noch ein Torso und kaum noch handlungsfähig, zumal auch der Militärminister, Albert Roßhaupter, aus Angst vor weiteren Attentaten untertauchte.<sup>22</sup> USPD und Gewerkschaften nahmen den Mord an Eisner hingegen zum Anlass, den Generalstreik auszurufen, um so für den Erhalt der revolutionären Errungenschaften zu demonstrieren.

## Parlamentarische Demokratie oder Räteherrschaft?

Der Mord an Eisner und der Anschlag auf Auer hinterließen ein machtpolitisches Vakuum, das umgehend von den Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräten ausgefüllt wurde.<sup>23</sup> Noch am 21. Februar bildeten sich ein Zentralrat und ein Aktionsausschuss, die dafür sorgten, dass der Kongress der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte, der sich am 20. Februar aufgelöst hatte, für den 25. Februar erneut einberufen wurde. Weitere Sofortmaßnahmen waren die Ausrufung des Belagerungszustandes, die Verhängung der Vorzensur über die bürgerliche Presse und die Verhaftung von Geiseln. Der wieder einberufene Rätekongress übernahm dagegen die Rolle des zersprengten Landtags.<sup>24</sup> Die von ihm initiierte Neukonstituierung des Aktionsausschusses und des Zentralrats führte einen spürbaren Linksrutsch herbei. Während die MSPD sichtlich an Einfluss verlor, gewann die USPD an Gewicht. Der Einfluss der KPD und des Revolutionären Arbeiterrates blieb allerdings begrenzt, so dass eine Rückkehr zu geordneten politischen Verhältnissen nach wie vor im Bereich des Möglichen lag.

Dass im Rätekongress die gemäßigten Kräfte weiterhin die Mehrheit besaßen, wurde nicht nur dadurch deutlich, dass die vom Revolutionären Arbeiterrat beantragte Ausrufung der sozialistischen Räterepublik mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Als die vom Kongress angestoßene Bildung einer neuen Regierung am Widerstand der MSPD zu scheitern drohte, vertagte sich der Kongress sogar auf unbestimmte Zeit und machte so den Weg für eine neuerliche Sitzung des bayerischen Landtags frei. Sie fand am 17. und 18. März 1919 statt, bestimmte eine neue Regierung unter dem Mehrheitssozialdemokraten Johannes Hoffmann und stattete sie mit weitreichenden Vollmach-

ten aus. Hoffmann selbst übernahm dabei nicht nur das Amt des Ministerpräsidenten und das des Außenministers, sondern behielt auch das Kultusministerium bei. Außerdem besetzte die MSPD das Innen- (Martin Segitz), das Justiz- (Fritz Endres), und das Militärministerium (Ernst Schnepfenhorst). Heinrich von Frauendorfer blieb Verkehrs-, Hans Unterleitner Sozialminister. Das neu eingerichtete Landwirtschaftsministerium ging an den Bauernbündler Martin Steiner, Handel, Industrie und Gewerbe an Josef Simon von der USPD. Finanzminister wurde der parteilose Beamte Karl Neumeier.<sup>24</sup>

Die Bildung der Regierung Hoffmann vermochte das Machtvakuum allerdings nicht zu beseitigen, da die Räte ihren Anspruch auf Mitbestimmung nicht aufgaben. Auch erwies sich die neue Regierung ohne Rückendeckung durch den Landtag als wenig durchsetzungsstark. Das führte zu einem unproduktiven Nebeneinander von Regierung und Räten, das bis Anfang April andauerte. Der latente Gegensatz wandelte sich in offene Konfrontation, als Hoffmann am 3. April 1919 die neuerliche Einberufung des Landtags ankündigte. Dieser Vorstoß alarmierte die Räte und setzte eine fatale Entwicklung in Gang, die am 7. April in die Ausrufung der Räterepublik in München einmündete.<sup>26</sup>

## Die Räterepublik der Unabhängigen und Anarchisten

An der Sitzung im Wittelsbacherpalais, auf der die Ausrufung der Räterepublik beschlossen wurde, nahmen neben dem Zentralratsvorsitzenden Ernst Niekisch unter anderem auch die Münchner Anarchisten Gustav Landauer und Erich Mühsam sowie Ernst Toller von der USPD teil.<sup>27</sup> Die USPD war dabei die einzige Partei, die die Räterepublik vorbehaltlos befürwortete. Unterstützt wurde sie außerdem vom linken Flügel des Bayerischen Bauernbunds.

Die Mehrheitssozialdemokratie hingegen hatte – auch auf Anraten aus Berlin – eine Beteiligung abgelehnt und beschlossen, die Regierung Hoffmann zu unterstützen. Dies hinderte zwar einzelne Parteimitglieder nicht daran, sich der Räterepublik anzuschließen, schmälerte deren politische Basis aber ganz erheblich. Dass die Räterepublik von Anfang an auf schwachen Beinen stand, hatte auch damit zu tun, dass die Kommunisten eine Mitwirkung wegen fehlender politischer Klarheit und begrenzten Erfolgsaussichten ebenfalls ablehnten.

So kamen die am 7. April eingesetzten Volkskommissare überwiegend aus den Reihen der USPD (5) und des Bauernbunds (3). Volkskommissar für das Äußere wurde Franz Lipp, Volkskommissar für das Innere Fritz Soldmann. Der USPD gehörten außerdem August Hagemeister (Volkswohlfahrt), Gustav Paulikum (Verkehr) sowie Arnold Wadler (Wohnungswesen) an. Der Bauernbund übernahm dagegen die Justiz (Konrad Kübler), die Landwirtschaft (Martin Steiner) und das Ernährungswesen (Johann Wutzlhofer). Die Volksaufklärung ging an Gustav Landauer, die Verantwortung für das Finanzwesen an den Begründer der Freiwirtschaftslehre Silvio Gesell. Die Sozialisierung wurde dem Leiter des Zentralwirtschaftsamtes, dem parteilosen österreichischen Nationalökonom Otto Neurath anvertraut.

Der Zentralrat der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte und die von ihm eingesetzten Volkskommissare nahmen für sich in Anspruch, ganz Bayern zu repräsentieren. Von diesem Anspruch war die „Baierische Räterepublik“ allerdings weit entfernt. Zwar schlossen sich in den nächsten Tagen eine ganze Reihe bayerischer Großstädte der Räterepublik an, doch erwiesen sich diese Räterepubliken meist als schwach und kurzlebig. Letztlich beschränkte sich der Einfluss der Münchner Volkskommis-

sare daher auf Südbayern und hier vor allem auf München und Augsburg sowie deren näheres Einzugsgebiet.

Die Minister der Regierung Hoffmann und die Abgeordneten der Nationalversammlung hatten die Landeshauptstadt verlassen und in Bamberg Zuflucht gesucht. Von dort aus suchte die Regierung die „Befreiung“ Münchens zu organisieren, zunächst indem sie über der Landeshauptstadt Flugblätter abwerfen ließ, um den Herrschaftsanspruch der Räterepublik zu bestreiten. Gleichzeitig wurde die Bevölkerung zur Bildung von Freiwilligenverbänden aufgerufen. Die Bemühungen um eine innerbayerische Lösung des Konflikts verfehlten aber ihre Wirkung, da der Versuch der Republikanischen Schutztruppe, am 13. April die Münchner Räteherrschaft von innen zu stürzen, kläglich scheiterte.<sup>28</sup> Zwar gelang es, eine Reihe führender Räterepublikaner, darunter Erich Mühsam, Fritz Soldmann und Arnold Wadler zu verhaften und aus der Stadt zu schaffen, einige Volkskommissare wie Gustav Landauer und Ernst Toller konnten sich dem Zugriff aber entziehen. Auch hatten die Putschisten offenbar nicht damit gerechnet, dass es zu Protesten und zu bewaffnetem Widerstand kommen würde und dass die Kommunisten ihre bis dahin gewährte Zurückhaltung aufgeben würden. Die von ihnen kurzfristig aufgegebenen Arbeiterwehren zwangen die Republikanische Schutztruppe, sich in den Münchner Hauptbahnhof zurückzuziehen und schließlich sogar per Bahn aus München zu fliehen.

## Die zweite Räterepublik

Mit dem „Palmsonntagsputsch“ fand die Räteherrschaft der Unabhängigen und Anarchisten ihr Ende, da nunmehr die Kommunisten das Heft des Handelns an sich rissen und die Herrschaft des Zentralrats beendeten. Die starken Männer

hießen nun Eugen Leviné, Max Levien und Willi Budich. Erste Maßnahmen der Kommunisten waren die Ausrufung des Generalstreiks, der neun Tage andauerte, sowie die Inhaftierung von Mitgliedern der gegenrevolutionären Thule-Gesellschaft. Die Kommunisten begannen auch sofort mit dem Aufbau einer Roten Armee, deren Truppenstärke auf etwa 10.000 Mann geschätzt wird.<sup>29</sup> Sie war schon zwei Tage nach dem Putsch, am 15. April, in der Lage, die auf die Stadt vorrückenden Regierungstruppen bei Schleißheim und Dachau zurückzuwerfen. Zu einer eindrucksvollen Demonstration der Stärke und des Selbstbehauptungswillens wurde die große Truppenschau, die die Rote Armee am 22. April in München abhielt.<sup>30</sup> Auf der Gegenseite war die Initiative inzwischen ganz auf das Reich übergegangen, das nunmehr Militäreinheiten im Umfang von schätzungsweise 20.000 Soldaten gegen die Räterepubliken in Augsburg und München in Marsch setzte.<sup>31</sup> Neben den regulären Reichswehreinheiten handelte es sich dabei vor allem um Freiwilligenverbände wie das Freikorps Epp, das Freikorps Werdenfels, die Marinebrigade Ehrhardt und das Freikorps Oberland, die sich nicht zuletzt durch ihren unverhohlenen zur Schau getragenen Antibolschewismus auszeichneten.<sup>32</sup>

Während Augsburg bereits in den Tagen vom 20. bis 22. April gewaltsam eingenommen wurde, schloss sich der Belagerungsring um München erst in den letzten Apriltagen. Die Einschnürung hatte zur Folge, dass die Macht nunmehr fast vollständig auf die Rote Armee unter Führung Rudolf Egelhofers überging und der militärischen Verteidigung alles andere untergeordnet wurde. Die Kämpfe begannen am 30. April, dauerten bis zum 2. Mai und nahmen bürgerkriegsartige Züge an. Gegen die Rote Armee, die punktuell erbitterten Widerstand leistete, gingen die „weißen“ Regierungstruppen mit überle-

gener militärischer Technik und unglaublicher Brutalität vor. Als Vorwand diente ihnen dabei die Erschießung von Geiseln im Münchner Luitpoldgymnasium, die Rudolf Egelhofer nach dem Bekanntwerden erster Greuelnachrichten angeordnet hatte.<sup>33</sup> Die weißen Truppen reagierten auf diese Tat mit Gegenterror, der nicht nur Angehörige der Roten Armee traf, sondern viele Sympathisanten und Unbeteiligte das Leben kostete.

Die gewaltsame Befreiung Münchens hinterließ eine tief gespaltene Stadtgesellschaft. Die von der BVP tolerierte Minderheitsregierung unter Johannes Hoffmann hatte nicht nur im Bürgertum, sondern mehr noch auf der Linken, die über den Ereignissen endgültig in einander feindlich gegenüberstehende Lager zerbrach, massiv an Zustimmung eingebüßt. Ihr haftete zudem das Odium an, Reichswehreinheiten nach Bayern gebracht und gegen die eigene Bevölkerung aufgebieten zu haben. Zwar wurde mit Oberst Franz Ritter von Epp ein bayerischer Offizier zum Befreier Münchens stilisiert, der Einsatz der Reichswehr stellte aber eine schwere Kränkung des bayerischen Selbstverständnisses dar.<sup>34</sup>

1 Zur Revolution in Bayern insgesamt siehe etwa Allan Mitchell, *Revolution in Bayern 1918/19*, München 1967; Wolfgang Zorn, *Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert. Von der Monarchie zum Bundesland*, München 1986, S. 145-209; Martin H. Geyer, *Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne: München 1914-1924* (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 128), Göttingen 1998; Ralf Höllerer, *Der Anfang, der ein Ende war. Die Revolution in Bayern 1918/19*, Berlin 1999; Heinz Hürten, *Revolution und Zeit der Republik*, in: Alois Schmid (Hrsg.), *Handbuch der Bayerischen Geschichte*, Bd. IV/1, München 2003, S. 439-470; Bernhard Grau, *Revolution, 1918/1919*, publiziert am 09.05.2008; in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <[tion\\_1918/1919> \(17.6.2018\); Michael Appel, \*Die letzte Nacht der Monarchie. Wie die Revolution und Räterepublik in München Adolf Hitler hervorbrachten\*, München 2018.](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Revolu-</a></p>
</div>
<div data-bbox=)

2 Siehe hierzu etwa Eberhard Kolb/Dirk Schumann, *Die Weimarer Republik* (= Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 16), München 2013, S. 2-5.

3 Siehe etwa Zorn (wie Anm. 1), S. 120-122.

4 Zu Kurt Eisner siehe Freya Eisner, Kurt Eisner: *Die Politik des libertären Sozialismus*, Frankfurt a.M. 1979; Bernhard Grau, *Kurt Eisner 1867-1919. Eine Biographie*, München 2001 (Neuaufgabe 2017); Albert Earle Gurganus, *Kurt Eisner. A modern Life*, Rochester/New York 2018.

5 Zu Entstehung und Entwicklung der zentralen Rätegremien siehe Georg Köglmeier, *Die zentralen Rätegremien in Bayern 1918/19. Legitimation – Organisation – Funktion* (= Schriftenreihe zur bayerischen Landesgeschichte, Bd. 135), München 2001. Zur Entwicklung der Räte außerhalb Münchens siehe Martin Müller-Aenis, *Sozialdemokratie und Rätebewegung in der Provinz. Schwaben und Mittelfranken in der bayerischen Revolution 1918-1919*, München 1986.

6 Siehe dazu etwa Susanne Müller, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg* (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 53), Düsseldorf 1974; Wolfgang Kruse, *Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedenschlusses 1914/15*, Essen 1993; Gerhard Hirschfeld/Gerd Krumeich, *Deutschland im Ersten Weltkrieg*, Frankfurt a.M. 2013, S. 219-242; Michael Epkenhans, *Der Erste Weltkrieg*, Paderborn 2015, S. 138-147.

7 Zur Entstehung einer Antikriegsbewegung in Bayern siehe etwa: Karl-Ludwig Ay, *Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges* (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 1), Berlin 1968; Bernhard Grau, *Studien zur Entstehung der Linken. Die Münchner USP zwischen 1917 und 1920*, masch. Magisterarbeit, München 1989, S. 17-72; Grau, Eisner (wie Anm. 4), S. 296-342.

8 Zum Januarstreik in Bayern siehe Werner Boldt, *Der Januarstreik 1918 in Bayern mit besonderer Berücksichtigung Nürnbergs*, in: *Jahrbuch für fränkische Landesforschung*, Bd. 25 (1965), S. 5-42; Bernhard Grau, *Der Januarstreik 1918 in München*, in: Georg Jenal (Hrsg.), *Gegenwart in Vergangenheit. Beiträge zur Kultur und Geschichte der Neueren und Neuesten Zeit. Festgabe für Friedrich Prinz zum 65. Geburtstag*, München 1993, S. 277-300; Günther Gerstenberg, *Der kurze Traum vom Frieden. Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Umsturzes in München 1918 mit einem Exkurs über die Gießener Jahre von Sarah*

Sonja Rabinowitz von Cornelia Naumann, *Lich/Hessen* 2018.

9 Zur Entstehung der Revolution in Bayern siehe Bernhard Grau, *Revolution in Bayern. Kurt Eisner und das Ende der Monarchie in Bayern*, in: Günther Kronenbitter/Markus Pöhlmann (Ko-ord.), *Bayern und der Erste Weltkrieg*, o.O. [München], o.J. [2017], S. 202-216.

10 Zur Regierungsbildung siehe Franz J. Bauer, *Einleitung*, in: Ders. (Bearb.), *Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente* (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 10), Düsseldorf 1987, S. IX-LXXXV, hier S. XX-XXIX.

11 Zu Erhard Auer und der Rolle der bayerischen Mehrheitssozialdemokratie siehe Markus Schmalzl, *Erhard Auer. Wegbereiter der parlamentarischen Demokratie in Bayern* (= Münchener Historische Studien, Abteilung Bayerische Geschichte, Bd. XX), Kallmünz/OPf. 2013.

12 Wolfgang Ehberger, *Bayerns Weg zur parlamentarischen Demokratie. Die Entstehung der Bamberger Verfassung vom 14. August 1919* (= Schriften zur bayerischen Verfassungs- und Sozialgeschichte, Bd. XXIX), München 2013, S. 64-77; Winfried Becker, *Bayerische Volkspartei (BVP), 1918-1933*, publiziert am 11.04.2016, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische Volkspartei \(BVP\), 1918-1933](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Volkspartei_(BVP),_1918-1933)> (17.6.2018). Petrus Müller, *Deutsche Demokratische Partei in Bayern (DDP), 1918-1930*, publiziert am 08.01.2007, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche Demokratische Partei in Bayern \(DDP\), 1918-1930](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Deutsche_Demokratische_Partei_in_Bayern_(DDP),_1918-1930)> (17.6.2018). Elina Kiskinen, *Bayerische Mittelpartei (BMP) - Deutschnationale Volkspartei (DNVP), 1918-1932/33*, publiziert am 28.08.2006, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische Mittelpartei \(BMP\) - Deutschnationale Volkspartei \(DNVP\), 1918-1932/33](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Bayerische_Mittelpartei_(BMP)_-Deutschnationale_Volkspartei_(DNVP),_1918-1932/33)> (17.6.2018).

13 Zur KPD siehe Hartmut Mehringer, *Die KPD in Bayern 1919-1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand*, in: Martin Broszat/Hartmut Mehringer (Hrsg.), *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. V, *Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand*, München 1983, S. 1-286, hier S. 5-12; Friedbert Mühlendorfer, *Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), 1919-1933/1945-1956*, publiziert am 11.07.2007, in: *Historisches Lexikon Bayerns*, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kommunistische Partei Deutschlands \(KPD\), 1919-1933/1945-1956](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Kommunistische_Partei_Deutschlands_(KPD),_1919-1933/1945-1956)> (17.6.2018).

14 Zur Entstehung und zum Inhalt der Verfassung von 1919 siehe Werner Wagenhöfer/Robert Zink (Hrsg.), *Räterepublik oder parlamentarische*

Demokratie. Die Bamberger Verfassung 1919, Bamberg 1999; Ehberger (wie Anm. 12); Christian Georg Ruf, Die Bayerische Verfassung vom 14. August 1919 (= Schriften zum Landesverfassungsrecht, Bd. 4), Münster 2014.

15 Zur Diskussion um die Räte siehe Bernhard Grau, Die halbe Macht den Räten? Kurt Eisners staatsrechtliche Vorstellungen, in: Wagenhöfer/Zink (wie Anm. 14), S. 87-113; Köglmeier (wie Anm. 5), S. 72-84; Ehberger (wie Anm. 12), S. 52-77.

16 Zorn (wie Anm. 1), S. 164f.; Bauer (wie Anm. 10), S. 258f. (auch Anm. 3 und 4) sowie S. 281-283 (auch Anm. 1); Rudolf Herz/Dirk Halbrod, Revolution und Fotografie. München 1918/19, Berlin 1988, S. 100-102.

17 Zu den Wahlen in Bayern im Januar 1918 siehe Grau, Studien (wie Anm. 7), S. 86-101.

18 Siehe das Ministerratsprotokoll vom 21. Januar 1919, abgedruckt bei Bauer (wie Anm. 10), S. 322-327, hier S. 326.

19 Siehe Bauer (wie Anm. 10), S. 339-344. Siehe ferner Wolfgang Benz, Süddeutschland in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919-1923, Berlin 1970 (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd. 4), S. 51-113; Grau (wie Anm. 4), S. 405-421.

20 Siehe insbesondere Pius Durr (Hrsg.), Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch, München/Berlin (2. Aufl.) 1924; Gerhard A. Ritter (Hrsg.), Die II. Internationale 1918/1919. Protokolle Memoranden, Berichte und Korrespondenzen, Bd. I, Berlin/Bonn 1980; Grau (wie Anm. 4), S. 385-405.

21 Zur Ermordung Eisners siehe Ulrike Claudia Hofmann, Politische Morde (Weimarer Republik), publiziert am 11.05.2006, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Politische Morde \(Weimarer Republik\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Politische_Morde_(Weimarer_Republik))> (17.6.2018).

22 Wolfgang Ehberger/Johannes Merz (Bearb.), Das Kabinett Hoffmann I. 17. März - 31. Mai 1919 (= Die Protokolle des bayerischen Ministerrats 1919 - 1945), München 2010, S. 10\*.

23 Zur zweiten Revolution in Bayern siehe Köglmeier (wie Anm. 5), S. 288-315; Markus Schmalzl, Zweite Revolution, 1919, publiziert am 08.06.2009, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Zweite Revolution, 1919](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Zweite_Revolution,_1919)> (17.6.2018).

24 Stenographischer Bericht über die Verhandlungen des Kongresses der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte vom 25. Februar bis 8. März, München 1919.

25 Zur Regierungsbildung siehe Diethard Hennig, Johannes Hoffmann, Sozialdemokrat und Bayerischer Ministerpräsident. Biographie, München/London/New York/Paris 1990 (= Schriften-

reihe der Georg-von-Vollmar-Akademie, Bd. 3), S. 195-217; Ehberger/Merz (wie Anm. 22), S. 6\*-21\*.

26 Zur Ausrufung der Räterepublik siehe etwa Höllerer (wie Anm. 1), S. 180-192.

27 Zur ersten Räterepublik siehe insbesondere: Michael Seligmann, Aufstand der Räte. Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919, 2 Bde., Grafenau 1989.

28 Zum so genannten Palmsonntagsputsch siehe Ebd., S. 509-534; Florian Sepp, Palmsonntagsputsch, 13. April 1919, publiziert am 11.05.2006, in: Historisches Lexikon Bayerns, URL: <[http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Palmsonntagsputsch, 13.April 1919](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Palmsonntagsputsch,_13.April_1919)> (17.6.2018).

29 Walter Roos, Die Rote Armee der bayerischen Räterepublik in München 1919, Heidelberg 1998.

30 Zur Truppenschau vom 22. April 1919 siehe Herz/Halbrod (wie Anm. 16), S. 135-146.

31 Zur Niederschlagung der Räterepublik siehe ebd., S. 155-182.

32 Siehe etwa Peter Keller, „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr“. Die deutsche Armee 1918-1921 (=Krieg in der Geschichte, Bd. 82), Paderborn 2014, S. 125-136.

33 Zur Geiselerchießung siehe ebd., S. 183-192.

34 Zu Franz Xaver Epp siehe ebd., S. 231-236; Katja Maria Wächter, Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946), Frankfurt a.M. 1999; Bernhard Grau, Steigbügelhalter des NS-Staates – Franz Xaver Ritter von Epp und die Zeit des ‚Dritten Reiches‘, in: Marita Krauss (Hrsg.), Rechte Karrieren in München. Von der Weimarer Zeit bis in die Nachkriegsjahre, München 2010, S. 29-51.

Niels Ungruhe

## Revolutionäre Kadertruppe oder Söldner mit „ehrloser Gesinnung“? Zur Sozialgeschichte der „Roten Armee“ von München 1919

Der Begriff „Rote Armee“ weckt zahlreiche Assoziationen, wie zum Beispiel die einer Arbeiter- und Bauernarmee oder einer „sowjetrussischen“ Erfindung; er weist auf Bürgerkrieg, Revolution, Gewalt, Klassenkampf, politische Ideologie oder Kommunismus.

Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass diese pauschalen Begriffe unzureichend sind, um ein genaues Bild zu zeichnen. In der reichhaltigen geschichtswissenschaftlichen Forschung über die Zeit der Münchener Räterepublik 1919 spielt das wichtige Thema der Münchener „Roten Armee“ bisher meist eine untergeordnete Rolle.

Häufig wurde in der Forschung eine andere, stärker politische Perspektive auf die Ereignisse gewählt, bei der die Ereignisse von April bis Mai 1919 aus der Sichtweise politischer und intellektueller Führungspersonen betrachtet werden.<sup>1</sup>

Die Anführer der Räterepublik konnten ihre Ziele nicht auf dem Weg von Reformen erreichen. Um in Bayern an die Macht zu gelangen, setzten sie auf eine starke bewaffnete Basis und revolutionäre Gewalt. Nach dem Vorbild der Bolschewiki riefen sie eine sogenannte „Rote Armee“ bzw. „Rote Garde“ ins Leben. Mit diesen Trup-

pen sollten die neue politische Ordnung durchgesetzt und mögliche konterrevolutionäre Angriffe abgewehrt werden.

Bei der Betrachtung der Radikalisierungsphase der Münchener Räterepublik ab dem 14. April 1919 wird dabei schnell klar, wie wichtig die Bedeutung von militärischem „Know-How“ war. Von den höheren Funktionären der Räterepublik verfügten lediglich Ernst Toller, Erich Wollenberg, Rudolf Egelhofer, Gustav Klingelhöfer sowie Max Levien über militärische Erfahrungen. Umso wichtiger war es, für die Durchsetzung und Stützung der revolutionären Bestrebungen weiteres kriegserfahrenes und mit der Beherrschung des militärischen „Handwerkszeugs“ vertrautes Personal zu gewinnen, das auch ideologisch verlässlich sein sollte. Wie sich herausstellen sollte, war das schwierig.

Gerade dieser militärischen „Mikroebene“ im München des Jahres 1919 wurde in der Forschung häufig zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Mikroperspektiven können helfen, den wenig konkreten Begriff „Rote Armee“ näher zu beleuchten und ihm ein individuelles Gesicht zu geben. Mit den Fragen, wer die Mitglieder der „Roten Armee“ waren und warum sie



gekämpft haben, können aufschlussreiche Erkenntnisse zu den Trägern dieser paramilitärischen Gruppe erlangt werden.

## Die Quellenlage

Eine sozialgeschichtliche Untersuchung der Münchner „Roten Armee“ steht vor einer schwierigen Quellenlage. Viele Publikationen zu diesem Thema sind erst in großem zeitlichem Abstand entstanden. Manche Darstellungen haben Romancharakter oder eine offensichtliche politische Tendenz. Unter den bekannten Autoren vertraten etwa Georg Escherich und Josef Hofmiller politisch konservative bis reaktionäre Meinungen, bieten kontextualisiert aber wichtige Einblicke als Zeitzeugen.<sup>2</sup>

Auch bedeutende Quelleneditionen legen ihr Augenmerk vornehmlich auf politische Vorgänge. Dort abgedruckte zeitgenössische Flugblätter, Plakate oder politische Erlasse stellen zwar durchaus wichtige Zeitdokumente dar, sind aber unzureichend, um Gewaltsituationen oder Sozialstrukturen zu verstehen.<sup>3</sup> Flugblätter und Plakate wurden außerdem so inflationär gedruckt, dass sie von vielen Zeitgenossen kaum noch ernst genommen wurden. Aussagen konnten sich dabei widersprechen oder wurden bereits nach sehr kurzer Zeit durch neue Bekanntmachungen ersetzt. Besonders zum Ende der Räterepublik zweifelten Zeitgenossen immer stärker an der Wirkkraft dieser Veröffentlichungen. Schriftliche Selbstzeugnisse von Angehörigen der „Roten Armee“ sind schon deshalb rar, weil diese Männer in der Regel keinen bürgerlichen Bildungshintergrund besaßen. Viele jugendliche „Rotarmisten“ hatten nur eine sehr geringe Schulbildung. Im Gegensatz zu einem langen Konflikt an entfernten Fronten wie dem Ersten Weltkrieg entstand keine Feldpost, und es wurde nur wenig fotografiert.<sup>4</sup> Auch andere schriftliche Quellen, Tagebücher oder Erlebnisberichte von Rotarmisten oder

Personen, die gegenüber der Räterepublik positiv bis neutral eingestellt waren, stehen kaum zur Verfügung.<sup>5</sup> Schließlich existierte die „Rote Armee“ nur kurze Zeit. Zwischen Aufbau und Zerfall der roten Truppen lagen gerade einmal drei bis vier Wochen. Trotz großer Bemühungen, eine professionelle Verwaltung für die „Rote Armee“ aufzubauen, reichte die Zeit dafür nicht aus. Eine nur rudimentär funktionierende Militärverwaltung erzeugte bei unklaren Zuständigkeiten nur geringe Mengen der für Armeen typischen Akten. Ohne einen funktionierenden bürokratischen Apparat war die Verwaltung der „Roten Armee“ zur Improvisation gezwungen.

Außerdem wird Geschichte bekanntlich in erster Linie von Siegern geschrieben. Bei der „Roten Armee“ handelt es sich um eine unterlegene und letztlich vollständig besiegte paramilitärische Gruppierung. Viele Unterlagen wurden aus Angst vor Strafverfolgung, politischer Repression oder Racheakten vernichtet oder versteckt. Unmittelbar nach der Niederschlagung der Aufstandsbewegung wurden viele Rotarmisten sowie Unbeteiligte Opfer von Misshandlungen und Morden durch die in München einmarschierenden Freikorps und Regierungstruppen.<sup>6</sup>

## Gerichtliche Strafprozessakten

Eine gute Möglichkeit bei der sozialgeschichtlichen Quellensuche bieten Strafprozessakten. Die in diesem Beitrag zusammengetragenen Merkmale der „Roten Armee“ beruhen zum großen Teil auf einem zufälligen Querschnitt mit 100 Aktennummern.

Dabei handelt es sich um die Akten der Standgerichte und außerordentlichen Gerichte aus dem Jahr 1919, die im Staatsarchiv München zu finden sind.<sup>7</sup> Diese Aktensammlungen enthalten meistens die nach damaliger Strafprozessordnung not-

wendigen Dokumente, wie z.B. Zeugenaussagen, Beweismittel, Verhörprotokolle, Verhandlungsprotokolle und Urteilsbegründungen. Wegen der erheblichen Anzahl der 1919 beteiligten Personen kam es jedoch auch vor, dass Sammelprozesse geführt wurden. Das bedeutet, dass es bei unter einer Aktennummer gesammelten juristischen Vorgängen manchmal um mehrere Beschuldigte ging bzw. Sammelurteile vorliegen können.

Die genauen Umstände und Abläufe der Prozesse und der tatsächliche Umgang mit den Beschuldigten können heute nicht mehr nachvollzogen werden. Klar ist, dass solche Prozesse nicht nach den heute zu erwartenden rechtsstaatlichen Prinzipien abliefen. Außerdem sagen Beschuldigte vor Gericht schon aus Gründen des Selbstschutzes nicht immer die Wahrheit. Dennoch erhielt jeder Beschuldigte der „Roten Armee“ die Möglichkeit, Stellung zu beziehen.

Die Untersuchungen geschahen kurz nach den Ereignissen, sodass die Quellen in der Regel aus der Zeit von Mai bis Juli 1919 stammen. Die Gerichtsbarkeit lag dabei nicht bei Angehörigen der Armee, sondern bei ausgebildeten Juristen. Auch wenn sicherlich bürgerlich-konservative Ressentiments der Richter zu beachten sind, wäre es falsch, die Prozesse lediglich als formalisierte Rechtfertigungen anzusehen, um vorab feststehende Urteile zu begründen.

## Die Rahmenbedingungen und der Verlauf

In Bayern brachen nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 innerhalb der politischen Linken heftige Konflikte über die Gestaltung des neuen „Freistaats“ Bayern aus. Den weit links stehenden Gruppierungen wie der KPD und Teilen der USPD gingen die Umwälzungen der Novemberrevolution nicht weit genug. In dem, was sie als handlungsof-

fene Zeit ansahen, gaben sie ideologisch dem revolutionären Umbruch den Vorzug vor parlamentarischen Wahlen. Besonders in München herrschte daher für heimkehrende Soldaten und die Bevölkerung gleichermaßen eine politisch äußerst unübersichtliche Lage. Vor allem wurde die chaotische Situation nach dem Zusammenbruch zentraler Strukturen des ehemaligen Obrigkeitsstaates zunehmend als Bedrohung für die öffentliche Sicherheit wahrgenommen.

In diesem Machtvakuum versuchten sehr bald viele Gruppen, lokale Ordnungsstrukturen zu etablieren. Neben dem in München am 8. November 1918 eingerichteten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat bildeten sich Betriebsräte und unter den Truppen der Münchener Garnison autonome Kasernenräte. Selbst als am 17. März 1919 der neue Bayerische Landtag Johannes Hoffmann zum Ministerpräsidenten wählte, blieben die Soldatenräte als wichtige Kasernenvorstände bestehen. Der de facto existierende Dualismus zwischen Räten und Parlament gipfelte am 7. April 1919 in der Ausrufung der Räterepublik in Augsburg und München und dem Beschluss zur Neuschaffung einer offiziellen „Roten Armee“. Die Aufstellung dieser Armee ging jedoch zunächst nur schleppend voran. Eine ernstzunehmende Armee bildete sich erst nach dem Palmsonntagsputsch am 13. April. Der gescheiterte Putschversuch der „Republikanischen Schutztruppe“ führte zu weiterer politischer Radikalisierung. Viele Männer, besonders aus dem Münchner Arbeitermilieu und der Soldatenschaft, traten nunmehr der „Roten Garde“ oder „Roten Armee“ bei.

Die Unterscheidung zwischen diesen beiden bewaffneten Gruppierungen fiel bereits Zeitgenossen häufig schwer. Daher wurden die Begriffe oft synonym verwendet und die Grenzen zwischen beiden Gruppen erscheinen fließend. Das Prin-

zip einer „Roten Garde“ hatte seinen Ursprung in der russischen Revolution 1917. Die „Rote Garde“ sollte als Polizeieinheit im Inneren verwendet werden und als paramilitärisches Reservekontingent für Kampfhandlungen zur Verfügung stehen. Während der ab dem 13. April beginnenden Phase der relativen militärischen Stärke der „Roten Armee“ konnte man sich zunächst erfolgreich gegen anrückende Freikorpsseinheiten behaupten und Münchens agrarisches Umland kontrollieren, um die Versorgung mit Lebensmitteln zu gewährleisten.

Bereits gegen Ende April verschärfte sich mit dem Fall des kommunistisch kontrollierten Augsburg jedoch die Situation für die rätereublikanischen Truppen und ihre politische Führung. Die ab dem 27. April unternommenen Verhandlungsversuche wurden von der Reichswehr und der Regierung Hoffmann konsequent abgelehnt. Am 30. April begannen die Kämpfe um die bayerische Landeshauptstadt, und sie endeten am 3. Mai mit der vollständigen Auflösung der „Roten Armee“.<sup>8</sup>

### Wer waren die Kämpfer der „Roten Armee“?

Die „Rote Armee“ sollte eine politische Truppe werden. Ganz im Sinne des Marxismus sollte eine sendungsbewusste, proletarische Klassenarmee aufgestellt werden. Soweit jedenfalls die zeitgenössische Theorie, denn eine solche revolutionäre Streitmacht sollte Wunschdenken bleiben. Bei genauerer sozialgeschichtlicher Betrachtung der Rotarmisten kommt vielmehr ein komplexes Bild zum Vorschein.

### Die Münchener Garnison

Ein erheblicher Teil der „Roten Armee“ bzw. „Roten Garde“ waren Soldaten aus der Münchener Garnison. Sie waren we-

gen ihrer militärischen Erfahrungen besonders umworben. Der Oberbefehlshaber der „Roten Armee“, Rudolf Egelhofer, hatte den Ersten Weltkrieg als Marineinfanterist mitgemacht. In den Quellen wird er oft als kompromissloser, gewaltbereiter Hardliner beschrieben.<sup>9</sup> Zuverlässige Zahlenangaben zur „Roten Armee“ fehlen. Der Chef des Generalstabs der „Roten Armee“, Erich Wollenberg, schätzte den prozentualen Anteil der ehemaligen Soldaten des Heeres und der Marine an der „Roten Armee“ auf 90 Prozent.<sup>10</sup> Da Rotarmisten aber auch aus unterschiedlichen zivilen Milieus rekrutiert wurden, sind gegenüber diesem hohen Anteil an Militärpersonal Zweifel angebracht. Bei der hier vorgenommenen empirischen Untersuchung polizeilicher Protokolle und Gerichtsakten war der Anteil von Beschuldigten, die über militärische Erfahrungen verfügten, sei es als Wehrpflichtige oder als Berufssoldaten, allerdings tatsächlich besonders hoch.

Die Gesamtstärke der „Roten Armee“ ist noch schwerer abzuschätzen. Das historische Lexikon Bayerns erwähnt zeitgenössische Schätzungen von bis zu 60.000 Angehörigen dieser Truppe, hält aber Zahlen von 9.000 bis 10.000 Mann eher für realistisch.<sup>11</sup> Aufgrund der allgegenwärtigen Improvisation wurden allerdings nicht alle Kleingruppen, die sich „Rote Garde“ oder „Rotarmisten“ nannten, zentral erfasst und geführt.

Insbesondere fehlte es an militärisch qualifiziertem Führungspersonal. Die Unteroffiziere der alten Armee stammten meist nicht aus typisch proletarischen Verhältnissen und hatten keine ausgeprägte politische Affinität zur Arbeiterbewegung. Aus der Sicht der KPD-Kader eigneten sie sich daher nicht für den Aufbau einer als Klassenarmee geplanten Volkswehr wie der „Roten Armee“.<sup>12</sup> In München wurden nach dem Ersten Weltkrieg aber häufig solche erfahrenen Soldaten als Kasernen-

räte gewählt, wenn sie das Vertrauen der Mannschaften besaßen. Es war sehr erwünscht, sie für die Sache der „Roten Armee“ zu gewinnen.

Da Befehle der neuen Räteregierung nicht immer in gewohntem soldatischem Gehorsam ausgeführt wurden und die Soldaten unsicher waren, wer denn nun die politische Autorität in legitimer Weise besaß, war häufig eine mühselige und individuelle Überzeugungsarbeit durch politische Agitatoren der Räteherrschaft nötig. Im Hinblick auf ehemalige Offiziere sah es hingegen ganz anders aus. In der Novemberrevolution kulminierte oft ein lange zuvor gegen sie angestauter Hass, denn sie galten als die Repräsentanten der alten Ordnung. Ihnen schlug tiefes Misstrauen entgegen, weshalb sie bei Beginn der Räterepublik bereits aus den Kasernen vertrieben worden waren oder sich selbst abgesetzt hatten. Die Antipathien gegenüber Offizieren wurden durch politische Agitatoren gezielt genutzt, um Soldaten für die „Rote Armee“ zu gewinnen. Wenn Offiziere auf den Straßen Münchens als ehemalige Vorgesetzte erkannt wurden, kam es mitunter zu Anfeindungen oder Angriffen durch Rotarmisten, wie die Gerichtsakten belegen.

Doch auch hier gab es Sonderfälle. So waren einige sehr junge Reserveoffiziere, vornehmlich Leutnants, in den Reihen der „Roten Armee“ zu finden. Ihrem Ausbildungsgang entsprechend brachten sie andere militärische Kenntnisse und Fähigkeiten mit als Mannschaften und Unteroffiziere. Vereinzelt zeigten sie Interesse an marxistischer Theorie. Der deutsche Vorkriegsmilitarismus hatte sie nicht mehr geprägt. Ein prominentes Beispiel hierfür war Erich Wollenberg. Er hatte es im Krieg bei der Infanterie zum Leutnant der Reserve gebracht, war mehrfach verwundet und ausgezeichnet worden. Der „Roten Armee“ diente er als Infanterieführer. Anders als in der russischen Revolution

wurden in Bayern die Offiziere der ehemaligen bayerischen Armee, die der „Roten Armee“ beitraten, nicht unter strenge ideologische Aufsicht von politischen Kommissaren gestellt.

### Arbeiter, Arbeitslose und ausländische Kämpfer

Da, wie wir gesehen haben, ein großer Teil der „Roten Armee“ sich aus Soldaten der Münchner Garnison zusammensetzte, darf man ihre zeitgenössische Wahrnehmung als einer Arbeiterwehr anzweifeln. Die Rolle von Arbeitern muss jedenfalls differenziert betrachtet werden.

Die Ausgangslage für eine rein proletarische „Rote Armee“, wie sie sich z.B. Leviné vorstellte, schien dabei eigentlich günstig. Der Erste Weltkrieg hatte eine große Anzahl von Industriearbeitern mobilisiert, um den Bedarf an industriell hergestellten Rüstungsgütern zu decken. München war zwar keine Stadt der Schwerindustrie, dennoch gab es einige bedeutsame Großunternehmen, wie die Firmen J.A. Maffei oder Krauß. Im Norden war während des Krieges die Pulver- und Munitionsfabrik Dachau errichtet worden, in der bei Kriegsende 6.000 Arbeiter beschäftigt gewesen sein sollen.<sup>13</sup> Durch den Wegfall der Rüstungsaufträge kam es zu Massenentlassungen. Viele Arbeitslose fanden daher ihren Weg in die „Rote Armee“. Unter den Arbeitern Münchens herrschte zwar ein allgemeiner Enthusiasmus und Widerstandswille, zur bewaffneten Auseinandersetzung mit Regierungstruppen waren jedoch nur wenige bereit. Ihre Zahl wird auf lediglich 1.000 bis 2.000 Personen geschätzt.<sup>14</sup>

Darüber hinaus legen die Akten der Hochverratsprozesse nahe, dass die Arbeiterwehren mitunter eigene Kontingente parallel zur „Roten Armee“ stellten. Selbst die unterschiedlichen zeitgenössischen Aussagen wirken unsicher und verwirrt,

wenn es um eine Beschreibung oder Bezeichnung der Gruppen bewaffneter Kämpfer im April 1919 geht. Fest steht, dass Arbeiterwehren deutlich vor der „Roten Armee“ gegründet wurden, um lokal bewaffnete Ordnungsfunktionen wahrzunehmen.

Neben Soldaten und Arbeitern muss noch auf eine weitere Gruppe hingewiesen werden, die besonders die zeitgenössische Wahrnehmung der Truppe beeinflusste. Die Rede ist von russischen Kriegsgefangenen, die als Kämpfer rekrutiert wurden. Auf die Zeitgenossen wirkten sie stark polarisierend. Auch wenn es sich allem Anschein nach um eine kleine Gruppe handelte, spielten sie trotzdem eine besondere Rolle als Projektionsfläche für eine ganze Reihe von Ängsten, Klischees und Ressentiments, wie sie bei den Gegnern der „Roten Armee“ bestanden.

### Mikroperspektiven in zwei Beispielskategorien – Beruf und Alter

Nachdem zuvor auf die Soldaten und Arbeiter Münchens als große Rekrutierungsmilieus der „Roten Armee“ eingegangen wurde, soll an dieser Stelle exemplarisch und individuell mit Mikrodaten gearbeitet werden. Selbstverständlich lassen sich die Kategorien beliebig erweitern, z.B. wenn man die Rolle von Frauen oder von Religion in der Roten Armee untersuchen möchte.

### Die Berufe

Wie zu erwarten, tauchen viele klassische Arbeiterberufe auf. Auffällig ist jedoch, dass sich auch viele Personen aus klassisch kleinbürgerlichen Milieus der „Roten Armee“ angeschlossen hatten: Schreiner, Käser, Bäcker, Bäckergehilfe, Gärtner, Messungsgehilfe, Buchdrucker, Möbelschreiner, Modellschreiner, Sattler, Schumacher, Malermeister, Kaufmann,

Laborant, Bahnbeamter, Friseur, Metzgergehilfe, Schneidermeister, Schneider, Hoteldiener oder Zigarrengeschäftsinhaber. Das Handwerk war also stark vertreten. Auch Angestellten oder Selbstständigen kommt eine bedeutende Rolle zu. In den Verhörprotokollen finden sich gelegentlich Studenten sowie ab und zu Berufe mit höherer Ausbildung wie z.B. Ingenieur. Die Berufsstruktur der „Roten Armee“ verweist also auf soziale Verschiebungen im Mittelstand, was in der älteren Forschung schon angeklungen ist.<sup>15</sup> Bereits während des Ersten Weltkrieges setzte eine Verarmung und Proletarisierung des unteren Mittelstandes ein. Das führte zu Radikalisierungstendenzen und erhöhte den Zulauf von Männern aus nicht klassisch proletarischen Milieus als Kämpfer oder Unterstützer zur „Roten Armee“.

### Das Alter

Bei rund der Hälfte der untersuchten Fälle lag das Alter der Beschuldigten zwischen 19 und 23 Jahren. Ein Viertel der Personen war zwischen 17 und 18 und ein Viertel zwischen 34 und 59 Jahre alt. Viele, die sich als ehemalige Soldaten freiwillig meldeten, waren Anfang 20. Auch in den Führungspositionen war eine junge Besetzung typisch. Der Leiter des Funk- und Fernsprechwesens war 23 Jahre alt, der Leiter des Kraftfahrzeugwesens 23 und Tollers Adjutant 26. Insgesamt ergibt sich ein extrem junges Durchschnittsalter.

Auch in zahlreichen anderen Quellen wird die Jugendlichkeit thematisiert. Der politisch eher rechts stehende Gymnasiallehrer und Schriftsteller Josef Hofmiller schrieb in seinem Tagebuch von „tyrannischen grünen Jungen“ und von einem von „Soldaten, Matrosen, jungen Burschen und leichten Frauenzimmern“ dominierten Stadtbild. Weiter heißt es, die mit Handgranaten bewaffneten, „stolz stehenden

Posten“ hätten ihn an die Straßenjungen erinnert, wenn sie Indianer spielten.<sup>16</sup> Eng in Verbindung mit der Jugendlichkeit steht der Familienstatus. Hier gab die überwiegende Mehrheit zu Protokoll, ledig zu sein. In ihrer ungebundenen Lage und in der Mehrzahl der Fälle ohne Kinder, hatten sie keine Familie zu versorgen, was ihre Risikobereitschaft wohl erhöhte.

### Welche Gründe und Motivation für den bewaffneten Kampf gab es?

Warum wurde bei diesen Bedingungen freiwillig auf scheinbar verlorenem Posten für eine Räterepublik gekämpft, lautet die legitime Frage.

Schnell wird anhand zahlreicher Aussagen in den Strafprozessakten deutlich, dass Politik und Ideologie die Bereitschaft, in der „Roten Armee“ zu kämpfen, nur teilweise erklären.

Der Hauptgrund für viele Männer, in die „Rote Armee“ einzutreten, war wohl die Sicherung des Lebensunterhalts in einer wirtschaftlichen, sozialen und politischen Krisensituation. Lebensmittelknappheit, Kohlemangel und Teuerung bestimmten den Alltag, und die Räteregierung räumte der „Roten Armee“ klar die Priorität in der Versorgung Münchens ein. Viele Betriebe hatten ihre Arbeiter entlassen und zugleich suchten viele Kriegsheimkehrer nach Beschäftigung, was eine erhebliche Angst vor sozialem Abstieg in unterschiedlichen Teilen der Bevölkerung hervorrief.

Anhand der Prozessakten wird deutlich, dass eine große Mehrheit der Rotarmisten ihre Armee als Arbeitgeber sah und sich aus finanziellen Gründen in ihre Dienste stellte.

Heinrich Hillmayr sprach sogar von „Landsknechtstum“.<sup>17</sup> Dieser Begriff erweckt allerdings andere Vorstellungen von militärischer Professionalität, als sie bei den Angehörigen der „Roten Armee“

vorhanden war. Fest steht, dass sie die Möglichkeit hatten, schnell und unkompliziert an Geld zu kommen. Josef Hofmiller schrieb in sein Tagebuch, bei der „Roten Armee“ sei es normal gewesen, möglichst viel Geld für Untätigkeit einzustecken. Von den Soldaten der Münchener Garnison hatte er allerdings ein noch schlechteres Bild. Er schrieb: „Wenn ihnen die Monarchie drei Mark mehr gibt, stellen sie sich geschlossen hinter die Monarchie.“<sup>18</sup>

Die Zahlstellen der „Roten Armee“ waren dabei lokal und dezentral organisiert. Die Lohnungsgelder wurden bereits nach wenigen Tagen Dienst pro Regiment oder Bataillon ausgezahlt. Das belegen unterschiedliche und stark improvisierte Besoldungslisten, die sich in den Akten finden. Aus ihnen geht auch hervor, dass bei Bedarf Unterkunft und Kleidung gestellt oder in Geld abgelöst wurden. Ein typisches Gehalt kann so ausgesehen haben: Sechs Mark täglicher Verdienst, eine optionale Treueprämie von einer Mark, ein Zuschlag für Unterkunft und Verpflegung von fünf Mark und ein sogenannter „Teuerungszuschlag“ von zwei Mark und fünfzig, um steigenden Preisen entgegenzuwirken. Repräsentativ waren solche Tarife aber nicht, da die Bezahlung nicht einheitlich gehandhabt wurde und kurzfristige Änderungen vorkamen. Die Buchführung war wenig gewissenhaft. Man muss zusätzlich mit undokumentierten Auszahlungen rechnen. Jedenfalls war dem Unterschleif Tür und Tor geöffnet. In den Quellen finden sich unterschiedliche Tarife. Außerdem konnten bei Kampfeinsätzen mit besonders hohem Risiko sogenannte „Sturmprämien“ von ungefähr 150 Mark gezahlt werden. Oft findet man handschriftliche Quittungen über die Auszahlung namhafter Summen ohne hinreichende Begründung. Dabei konnte es vorkommen, dass selbst sechsstelligen Beträge mit pauschalen Begründungen, wie „Kosten des Zentralrats“, „Propagandazwe-

cke“ oder als „zur freien Verfügung des Aktionsausschusses“ gelistet wurden.<sup>19</sup> Um die Werbung anzukurbeln, wurde die Besoldung bisweilen für zehn Tage im Voraus ausgezahlt. Die gerichtlichen Untersuchungen und die Urteilsbegründungen bestätigten die Bedeutung, die das Geld für viele ehemalige Rotarmisten hatte. Auch viele Kriminelle benutzten die „Rote Armee“, um an Geld zu kommen. Dazu kam die Möglichkeit, sich durch Diebstahl zu bereichern. Vor Gericht wurden die häufig erfolgten Plünderungen natürlich nie zugegeben, denn sie wurden als Zeichen für eine sogenannte „ehrlose Gesinnung“ der beschuldigten Rotarmisten gewertet. Diese sehr subjektive Kategorie der Gesinnungsmerkmale diente als Begründung dafür, das Strafmaß erheblich zu erhöhen. Neben Plünderung wurden zusätzlich Praktiken wie Geiselnahme, die Misshandlung von Gefangenen, Sabotage, Mord oder Anstiftung zu Gewalt als Beleg für eine gesellschaftsgefährdende „ehrlose Gesinnung“ gewertet. Abseits der materiellen Motive gab es aber auch ideelle. So herrschte in der Münchener Arbeiterschaft die Furcht vor exzessiver Gewaltanwendung durch „weiße“, preußische Truppen. Das Engagement in der „Roten Armee“ signalisierte insofern die Bereitschaft, sich an der kollektiven Notwehr des Münchner Proletariats zu beteiligen. Ein wichtiger individueller Grund für den Eintritt in die „Rote Armee“, gerade für junge Menschen, war auch der Statusgewinn. Als Angehörigen der bewaffneten Macht wuchs ihnen persönliche Macht zu. Der Übergang zu dem, was Hillmayr als „jugendliches Rowdytum“ bezeichnet hat,<sup>20</sup> war dabei sicher fließend. In den Prozessakten finden sich auch Belege, dass einige Männer Freude an einem aufregenden Leben fanden. Gruppenzwang oder Gruppenzugehörigkeitsgefühle spielten ebenfalls eine Rolle.

Ehemaligen Soldaten mit bitteren Erinnerungen an ihre Dienstzeit in der alten Armee mit ihrer Klassenstruktur bot die „Rote Armee“ eine Möglichkeit, den Spieß umzudrehen. Die Propaganda der „Roten Armee“ verstärkte gezielt die Ressentiments gegen das Offizierskorps und bestritt die Erzählung von einer erhabenen Frontgemeinschaft zwischen Offizieren und Mannschaftssoldaten in den Schützengräben des Ersten Weltkrieges.

### Ein Fazit

Pauschale Antworten auf die zu Beginn gestellte Frage, ob es sich bei der „Roten Armee“ um eine revolutionäre Kadertruppe oder Söldner mit „ehrloser Gesinnung“ handelte, sind kaum möglich. Fest steht vielmehr, dass es sich um eine kurzlebige und stark improvisierte paramilitärische Gruppierung handelte.

Die „Rote Armee“ in München erweist sich somit als komplexes historisches Gebilde mit vielen unterschiedlichen, auch widersprüchlichen Facetten, was zu weiteren Fragen führt: Kann man überhaupt von einer „Armee“ sprechen? Wie sahen Gewalt- und Kampfpraktiken aus? Wie ist die Münchener „Rote Armee“ im nationalen Vergleich mit anderen ähnlichen Gruppen zu sehen, etwa im Ruhrgebiet oder in Thüringen?

Es waren wohl weniger nachhaltige politische Überzeugungen als vielmehr soziale und wirtschaftliche Gründe, welche zum Eintritt in die „Rote Armee“ führten. Die „Rote Armee“ setzte sich vor allem aus jungen Soldaten der Münchner Garnison sowie jungen Leuten aus dem Arbeiter- und Kleinbürgermilieu zusammen. Prägende Erfahrungen waren der Krieg, die wirtschaftliche und soziale Krise der unmittelbaren Nachkriegszeit und die damit verknüpften Ängste und Zukunftserwartungen.

### Literatur

Richard Grunberger, *Red Rising in Bavaria*, London 1973.

Walter Roos, *Die Rote Armee der bayerischen Räterepublik in München 1919: Gab es diese Armee wirklich? ... und wie war deren Stärke?*, Heidelberg 1998.

Simon Schaupp, *Der kurze Frühling der Räterepublik: Ein Tagebuch der bayerischen Revolution*, Münster 2017.

Michael Seligmann, *Aufstand der Räte: Die erste bayerische Räterepublik vom 7. April 1919*, Grafenau 1989.

Volker Weidemann, *Träumer: Als die Dichter die Macht übernahmen*, Köln 2017.

1 Vgl. Michaela Karl, *Die Münchener Räterepublik: Portraits einer Revolution*, Düsseldorf 2008; Simon Schaupp, *Der kurze Frühling der Räterepublik: Ein Tagebuch der bayerischen Revolution*, Münster 2017; Ralf Höller, *Das Wintermärchen: Schriftsteller erzählen die Bayerische Revolution und die Münchner Räterepublik 1918/1919*, Berlin 2017.

2 Vgl. Josef Hofmiller, *Revolutionstagebuch 1918/1919: Aus den Tagen der Münchener Revolution*, Leipzig 1938; Georg Escherich, *Der Kommunismus in München: Auf Grund amtlichen bisher unveröffentlichten Materials bearbeitet von einem in der Eisnerzeit an höherer Stelle tätigen Manne*, Bd. 1-7, München 1921; Max Gerstl, *Die Münchener Räte-Republik*, München 1919; Victor Klemperer, *Man möchte immer weinen und lachen in einem: Revolutionstagebuch 1919*, Berlin 2015.

3 Vgl. Gerhard Schmolze und Eberhard Kolb (Hrsg.), *Revolution und Räterepublik in München 1918/19 in Augenzeugenberichten*, Düsseldorf 1969; Tankred Dorst (Hrsg.), *Die Münchener Räterepublik: Zeugnisse und Kommentar*, Frankfurt a. M. 1967.

4 Rudolf Herz, Dirk Halfbrodt, *Revolution und Fotografie. München 1918/19*, Berlin 1988.

5 Vgl. Erich Wollenberg, *Als Rotarmist vor München: Reportage aus der Münchener Räterepublik*, Berlin 1929; Paul Frölich, *Die Bayerische Räterepublik: Tatsachen und Kritik*, Leipzig 1920; Michael Smilg-Benario, *Drei Wochen Münchener Räterepublik*, Berlin 1919.

6 Vgl. Heinrich Hillmayr, *Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918: Ursachen, Erscheinungsformen und Folgen der Gewalttätigkeiten im Verlauf der revolutionären Ereignisse nach dem Ende des Ersten Weltkrieges*, München 1974.

7 Diese waren bereits Gegenstand ausführlicher wissenschaftlicher Untersuchung in meiner Magisterarbeit. Einsehbar im Bayerischen Armeemuseum Ingolstadt, unter der Signatur: 0451-2018. Zitierweise der Akten: Staatsarchiv München, (zitiert StAM) Bestand Staatsanwaltschaft München I, Signaturen: StAM, Nr.

8 Für weitere Informationen zum Kontext vgl. Allan Mitchell, *Revolution in Bayern 1918/1919: Die Eisner-Regierung und die Räterepublik*, München 1967; Karl Ludwig Ay, *Volksstimmung und Volksmeinung als Voraussetzung der Münchener Revolution 1918*, in: Karl Bosl (Hrsg.), *Bayern im Umbruch*, München 1969, S. 345-381.

9 Vgl. Hillmayr, *Terror* (wie Anm. 6), S. 112. Ebenso Gerstl, *Münchener Räterepublik* (wie Anm. 2), S. 119. Ebenso vgl. StAM, 2040, Vernehmungsprotokoll vom 23.5.1919.

10 Vgl. Heinrich Hillmayr, *Rätezeit und „Rote Armee“ in Dachau*, in: *Amperland* 5 (1969), S.74-80, 90-95, hier S. 79.

11 Historisches Lexikon Bayerns Online: [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rote\\_Armee,\\_1919](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Rote_Armee,_1919). Ebenso Karl, *Räterepublik* (wie Anm. 1), S. 235.

12 Zum zeitgenössischen Konzept der „Volkswehr“ vgl. Karl Grünberg, *Die sozialistische Volkswehr*, Berlin 1919.

13 Vgl. Paul Hoser, *Dachau in der Münchener Revolution und Räterepublik von 1919/1918*, in: *Amperland* 41 (2005), S.147-171, hier S. 148 f.

14 Vgl. Hillmayr, *Terror* (wie Anm. 6), S. 50 f.

15 Vgl. Ay, *Volksstimmung* (wie Anm. 8), S. 363.

16 Hofmiller, *Revolutionstagebuch* (wie Anm. 2), S. 196f.

17 Vgl. Hillmayr, *Rätezeit* (wie Anm. 10), S. 79.

18 Hofmiller, *Revolutionstagebuch* (wie Anm. 2), S. 204.

19 Vgl. StAM, 2151.

20 Vgl. Hillmayr, *Rätezeit* (wie Anm. 10), S. 79.

Rüdiger Bergien

## Gründungsgewalt und Sicherheitskonsens Die Geburt der Weimarer Republik aus einer Politik der »eisernen Faust«



Man hätte glauben können, sie hätten doch gesiegt: Als am 10. Dezember 1918 etwa 7.000 deutsche Soldaten durch die Mitte Berlins paradierten, glichen diese allem, aber nicht den Verlierern des Ersten Weltkriegs. Fotografien zeigen die Soldaten mit heiteren Mienen, singend, sichtbar auf den Beifall und die Hochrufe der zehntausenden Zuschauer reagierend, die ihren Weg durch das Brandenburger Tor und entlang des Boulevards Unter den Linden säumten. Ein vielfach abgedrucktes Foto dieses Einmarschs zeigt den Vorsitzenden des Rats der Volksbeauftragten, Friedrich Ebert, der auf einer Tribüne auf dem Pariser Platz stehend den Hut vor den Soldaten zieht. In gewisser Weise korrespondiert dieses Foto mit der Ansprache, die Ebert zu Beginn des Einmarsches gehalten hatte, vor allem mit ihrem zentralen Satz: „Kein Feind hat Euch überwunden.“<sup>1</sup> Dieser Satz und das Bild des den Hut vor den Soldaten ziehenden Ebert illustrieren aus der Sicht eines Teils der historischen Forschung eine der zentralen Belastungen der jungen Weimarer Republik: Die zu große Nähe zwischen der Revolutionsregierung unter Ebert und dem Militär.<sup>2</sup> Anstatt eine republikanische Militär- und Sicherheitspolitik zu formulieren, hätten sich Ebert und Genossen ohne Not auf die

alten militärischen Eliten gestützt.<sup>3</sup> Die Bestrebungen der Arbeiter- und Soldatenräte, mit dem Militarismus zu brechen, seien von den Führern der Mehrheitssozialdemokratie nicht nur ignoriert worden. Ebert und Genossen hätten jene linken Protestbewegungen, die an den Zielen der Revolution festhalten wollten, auch noch durch rechtsradikale Freikorps niederschließen lassen und so die Revolution „verraten“.<sup>4</sup>

Offen scheint allenfalls, ob sich die Mehrheitssozialdemokraten von den Militärs aufgrund eigener Schwäche bzw. Naivität überspielen ließen. Eine alternative Deutung hat kürzlich der Historiker Mark Jones in einer vielbeachteten Arbeit vorgeschlagen. Diesem zufolge hätten Ebert und Genossen die „Gründungsgewalt“ der Weimarer Republik aktiv angestrebt, um auf nationaler und internationaler Ebene politische Handlungsfähigkeit zu demonstrieren.<sup>5</sup> Folgt man Jones' Deutung, dass es sich bei der Sicherheitspolitik der jungen Republik in erster Linie um symbolische „Gewaltpolitik“ gehandelt habe, dann wird man womöglich auch seine noch weitergehende Behauptung plausibel finden: Dass Deutschland bereits 1918/19 auf den Kurs eingeschwenkt sei, „der später in die Horror-Exzesse des

Dritten Reichs und des Zweiten Weltkriegs mündete“.<sup>6</sup> In den letzten Jahrzehnten hatte sich ein differenzierteres Bild von der Weimarer Republik entwickelt, das etwa auf ihre sozialpolitischen Leistungen und ihre Rolle als kulturelles Experimentierfeld abhob.<sup>7</sup> Demgegenüber reduzieren Deutungen wie die von Jones die erste deutsche Demokratie wieder auf jenen Platz in der deutschen Geschichte, den sie im Grunde seit 1933 innehatte: auf den eines „failed state“, eines bloßen Übergangs zwischen „Kaiser und Führer“. Im Folgenden werden Ebert und seine wichtigsten Mitstreiter von der MSPD, Philipp Scheidemann und Gustav Noske, jedoch weder als „schwache“ Akteure noch als frühe Wegbereiter der Gewaltpolitik der 1930er Jahre dargestellt. Zwar kooperierten die Führer der Mehrheitssozialdemokratie vom 9. November an sehr weitgehend mit dem Militär und fanden mit diesem zu einem erstaunlich tragfähigen Sicherheitskonsens zusammen. Aber sie verfolgten hierbei jedoch eine eigene Agenda: Die Etablierung einer republikanischen Ordnung, welche aus ihrer Sicht einen starken Staat zur Voraussetzung hatte.

Dass aus ihrer Kooperation mit dem Militär eine „Politik der eisernen Faust“ wurde, war hingegen nicht von vornherein ausgemacht. Diese Entwicklung war Ergebnis der dynamischen politischen Entwicklung und einer sich polarisierenden öffentlichen Kommunikation, welche durch Angst- und Mobilisierungsgerüchte befeuert wurde. Doch auch unter dem immensen Handlungs- und Entscheidungsdruck des Winters 1918/19 vertraten die Mehrheitssozialdemokraten den Anspruch eines Primats der Politik über das Militär, was bei genauerem Hinsehen auch durch die Szene des seinen Hut vor den Frontsoldaten ziehenden Friedrich Ebert illustriert wird: Tatsächlich hatte die Oberste Heeresleitung (OHL) unter

Paul von Hindenburg mit der „Rückkehr der Fronttruppen“ nach Berlin den Plan verknüpft, die Hauptstadt militärisch zu besetzen und „die Ordnung wiederherzustellen“. Stattdessen zogen an diesem 10. Dezember, durch Arbeiterabordnungen begleitet, in der Reichshauptstadt erstmals Truppen an einem republikanischen Staatsoberhaupt vorbei – ein Bild, dessen Symbolgehalt zumindest den Militärs seinerzeit klar vor Augen stand. Sie hatten Ebert nur widerwillig Truppen für diesen Zweck zur Verfügung gestellt.<sup>8</sup>

### Furcht vor „russischen Verhältnissen“

Am Vormittag des 9. November 1918 begleitete Oberstleutnant Ernst van den Bergh den preußischen Kriegsminister Heinrich Scheüch in das Berliner Reichskanzlerpalais. Dort wurde er Zeuge chaotischer Szenen: Im „Telefonzimmer“, so van den Bergh, war „große Aufregung“, auf mehreren Leitungen gleichzeitig wurde mit dem „Großen Hauptquartier“ im belgischen Spa telefoniert, wo die kaiserliche Entourage nicht glauben wollte, dass Berliner Garnisonstruppen Befehle verweigerten.<sup>9</sup> Kriegsminister Scheüch, „durch alles nun doch recht nervös geworden“, wollte persönlich mit Spa telefonieren, konnte sich aber „bei dem allgemeinen Lärm [im Telefonzimmer] nicht verständigen“ – er versuchte es dennoch, bis er zu den Verhandlungen des bisherigen Reichskanzlers, Prinz Max von Baden, mit dem neuen Regierungschef, Friedrich Ebert, gerufen wurde. Hier sagte er Ebert spontan zu, vorläufig im Amt bleiben zu wollen, womit er der Revolutionsregierung einstweilen das Überleben sicherte, da ihr mit dem Kriegsminister nun auch die gesamte Militärbürokratie zur Verfügung stand. Dies verweist auf einen wichtigen Aspekt des revolutionären Geschehens: Viele Entscheidungen fielen situativ,

unter einem als solchen wahrgenommenen Handlungsdruck, bei einem Mangel an Informationen und einer Überflutung durch Gerüchte.

Gerüchte waren in Deutschland im November 1918 – wie in vielen analogen Umsturzsituationen – das tragende kommunikative Ferment der revolutionären Veränderungen. Ohne einen Blick auf die kursierenden Gerüchte lassen sich viele Entscheidungen der Akteure schwer erklären. So erfuhr van den Bergh im weiteren Verlauf des 9. November etwa von einem Marsch von 30.000 Arbeitern aus den Berliner Vorstädten Richtung Stadtmitte (der nie stattfand), von dem Widerstand des Kaisers gegen eine Abdankung, von revolutionären Unruhen auch in Frankreich.<sup>10</sup> Zu den Gerüchten kam eine „verkehrte Welt“<sup>11</sup> auf den Straßen und im öffentlichen Raum: Am Spätnachmittag beobachtete der Diplomat Harry Graf Kessler, wie auf der Berliner Magistrale „Unter den Linden“ „fortwährend [...] Dutzende, ratternde rotbeflaggte Last Autos [sic] dicht mit Bewaffneten besetzt, vorüber[efegten]; ziellos, wie es schien, aus bloßer Freude an der Bewegung hin- und herrasend“.<sup>12</sup> Bei einem Besuch im Reichstag stellte Oberstleutnant van den Bergh einige Tage später fest, dass dort „bis zu 500 zusammengelaufene Soldaten“ „biwakierten“, von „der Restauration [des Reichstags] gut gepflegt“, die sich die Zeit damit vertrieben, in kleinen Trupps hinauszuziehen, scheinbar willkürlich Straßen zu sperren und in die Luft zu schießen.<sup>13</sup> Zumindest anfänglich trugen derartige Aktivitäten auch karnevaleske Züge – wie jede Revolution immer auch von der Inszenierung einer „verkehrten“, einer Gegen-Welt lebt, die auf die Verspottung der alten Ordnung zielt.<sup>14</sup> Tatsächlich war für viele Deutsche die Revolution in den ersten Wochen genau das: etwas Außergewöhnliches, Unterhaltsames. Über die Menschaufläufe, die während der be-

reits am 7. November ausgebrochenen Revolution in Bayern die Straßen und Plätze Münchens füllten, schrieb eine Zeitzeugin, dass es „fast wie ein Faschingsrummel [wirkte], ohne Ernst dahinter“.<sup>15</sup> Oberstleutnant van den Bergh schrieb zwei Wochen später über seine Frau und seinen Sohn, dass „Grete und Erhard [...] heute mit in die Stadt [fuhren.] Sie wollten doch auch etwas von der Revolution sehen.“<sup>16</sup> Doch war die öffentliche Kommunikation zunehmend durch Angstgerüchte geprägt, in deren Zentrum der Sozialist Karl Liebknecht stand. In völliger Überschätzung seines Einflusses überschlug sich die bürgerliche Presse mit Schreckensmeldungen: Liebknecht verfüge bereits über eine Geheimmiliz, werde aus „Russland“ bezahlt, er werde „russische Verhältnisse“ nach Deutschland bringen und ein bolschewistisches Regime errichten.<sup>17</sup> „Unter Liebknechts Fahne“, so notierte sich ein anderer Offizier Ende November 1918, sammle sich „ein übles Gesindel von Verbrechern und Fahnenflüchtigen“<sup>18</sup>, und selbst der Leipziger Romanist Victor Klemperer notierte Anfang Dezember, dass das Chaos überall zunehme und dass es „wahrscheinlich [sei], dass wir in kurzem Bürgerkrieg und alle möglichen Gräueltaten hier wie in ganz Deutschland haben werden“.<sup>19</sup>

In dem Maße, indem Angst- und Mobilisierungsgerüchte kombiniert wurden, setzte in der politischen Sprache – auf Plakaten, in Presseartikeln, öffentlichen Reden – jene Entmenschlichung des Gegners ein, die der Gewalt vorausgeht:<sup>20</sup> Die Spartakisten wurden zu Feinden und Schädlingen, umgekehrt der Berliner Stadtkommandant Otto Wels (MSPD) und Friedrich Ebert zu „Bluthunden“. Aus den karnevalesken Schießereien der ersten Revolutionstage wurden immer häufiger blutige Zwischenfälle – so wie am 6. Dezember in Berlin-Mitte, als Regierungssoldaten an der Kreuzung Chausseestraße-Invali-

denstraße ohne ersichtlichen Grund das Feuer eröffneten und nach zwei Minuten zwölf Unbeteiligte tot am Boden lagen. Gerüchte über einen nun unmittelbar bevorstehenden Putsch Liebknachts liefen um, am 6. Dezember notierte der im Reichsmarineamt in Berlin Dienst tuende Marineoffizier Bogislav von Selchow, dass „heute Nacht [...] ein Spartakusputsch gegen die Offiziere beabsichtigt“ sei, und am nächsten Tag überlegte er mit Kameraden, „was zu tun sei, wenn die Spartakisten wie in [St.] Petersburg die Offiziere einzeln aus den Wohnungen holen.“<sup>21</sup> Am Abend des 7. Dezember trafen Oberstleutnant van den Bergh und seine Frau Vorbereitungen, um nach einem Umsturz durch Liebknecht schnell aus Berlin flüchten zu können<sup>22</sup> – während Friedrich Ebert in der Reichskanzlei angeblich bereits im November eine Reihe von Leitern hatte anbringen lassen, die ihm im Ernstfall die Flucht über die Dächer hätten ermöglichen sollen.<sup>23</sup>

Man kann davon ausgehen, dass Ebert und seine MSPD-Genossen im Dezember 1918 das Scheitern des republikanischen Experiments unmittelbar vor Augen hatten. Dies galt umso mehr, als ihr Verhältnis zu den der USPD angehörenden Volksbeauftragten zerrüttet war und sie immer wieder den Druck von „der Straße“ zu spüren bekamen – etwa am 8. Dezember, als Liebknecht-Anhänger versuchten, den Rat der Volksbeauftragten zu verhaften. Hinzu kam, dass alle Akteure am Ende ihrer Kräfte waren, zählten ihre Arbeitstage doch 18 Stunden und mehr.<sup>24</sup> Vor diesem Hintergrund ist es wenig erstaunlich, dass Ebert und Scheidemann die Rekonstruktion von Staatlichkeit zur Prämisse für den Aufbau der Republik machten. Erstaunlich ist vielmehr, dass sie trotz allem dazu ansetzten, ein republikanisches Militär aufzubauen: So nahm der Rat der Volksbeauftragten am 6. Dezember ein „Gesetz zur Bildung einer freiwilligen Volkswehr“

an, das in der Turbulenz der folgenden Wochen freilich nicht zum Tragen kam und vom preußischen Kriegsministerium wohl auch dilatorisch behandelt wurde.<sup>25</sup> Doch unabhängig von diesen Plänen lag Mitte Dezember auf der Hand, dass ein starker Staat kurzfristig nur in Kooperation mit den alten militärischen Eliten zu schaffen war. Spätestens an diesem Punkt wird die Geschichte der „deutschen Revolution“ 1918/19 zur Geschichte ihrer staatlichen Einhegung.<sup>26</sup>

### Krieg nach dem Krieg

Die Voraussetzung dafür, die Republik auf der Basis eines starken Staates zu etablieren, war freilich, dass die militärischen Eliten überhaupt bereit waren, mit Sozialdemokraten zusammenzuarbeiten. Angesichts der mentalen und habituellen Dispositionen des preußisch-deutschen Offizierskorps war dies keine Selbstverständlichkeit. Selbst der bald als „Vernunftrepublikaner“ geltende Oberst Walter Reinhardt brach in Tränen aus, als ihn die Nachricht von der Abdankung des Kaisers erreichte, und noch im Rahmen seiner Ernennung zum preußischen Kriegsminister am 28. Dezember 1918 erklärte Reinhardt den Volksbeauftragten, dass er ein überzeugter Monarchist sei.<sup>27</sup> Entscheidend dafür, dass dennoch nahezu alle Truppenführer auf ihren Posten blieben und viele Generale und Generalstabsoffiziere in den Dienst der jungen Republik traten, war ein Erlass des OHL-Chefs Paul von Hindenburg vom 10. November 1918: In diesem hielt er alle Offiziere an, „ihre mit Recht bestehenden Gewissensbedenken“ zurückzustellen und „ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr“.<sup>28</sup> In einem Kontrast zu der ihm später von der nationalistischen Rechten zugetragenen Rolle als Gralshüter von Monarchie und Nation verfolgte von Hindenburg einen durchaus pragma-

tischen Kurs gegenüber der Regierung der Volksbeauftragten. Er stützte sich hierbei auf den Rat des Generalquartiermeisters der OHL, Wilhelm Groener; zudem war selbst ihm klar, dass die Machtstellung des Militärs und damit seine persönliche Macht nun von den MSPD-Volksbeauftragten abhing. Am 20. November 1918 forderte beispielsweise in einer Kabinettsitzung der USPD-Volksbeauftragte Emil Barth Hindenburgs Entlassung, scheiterte allerdings an Eberts Widerstand.<sup>29</sup>

Die bisherige Forschung zur Rolle des Militärs in der Revolution 1918/19 hat betont, wie schnell die militärische Elite aus einem Schockzustand wieder in die Rolle eines politischen Akteurs gewechselt sei und eine Gegenrevolution und die Wiedererlangung einer Großmachtstellung angestrebt habe. Zutreffend ist, dass viele Offiziere Ebert nur für das kleinere Übel hielten – man müsse ihn stützen, schrieb etwa Wilhelm Groener seiner Frau am 17. November 1918, „damit der Karren nicht noch weiter nach links rutscht“.<sup>30</sup> Analog notierte sich Oberst Walter Reinhardt, dass „wir“ die MSPD „unterstützen müssen“, da diese die einzige Kraft sei, die noch für Ordnung stehe.<sup>31</sup> Doch das Bild, dass die Militärs vom Zeitpunkt der Niederlage an einen „großen Plan“ verfolgt hätten, der über die noch gar nicht bestehende Weimarer Republik hinaus führen und in die Kriegspolitik der 1930er Jahre münden sollte, unterschlägt, dass auch Hindenburg, Groener und Reinhardt im November und Dezember 1918 sozusagen „auf Sicht fahren“ mussten. Sie hatten es mit einer rapiden Revolutionierung von Teilen der Armee sowie mit der Aufgabe zu tun, das Westheer binnen 15 Tagen hinter die deutschen Grenzen zurückziehen zu müssen. Hinzu kam, dass einige der führenden MSPD-Männer durchaus Respekt bei den Militärs genossen: Auf Hindenburg etwa machte der spätere Reichswehrminister Gustav Noske „einen

wirklich guten Eindruck, direkt ganz soldatisch“<sup>32</sup> während Ebert verbreitet als „anständig“ galt und selbst von dem nationalistischen Seeoffizier von Selchow als „ruhig und würdig“ geschildert wird (freilich in einem Kontrast zu den von Selchow verhassten USPD-Volksbeauftragten).<sup>33</sup> Auch derartige Wahrnehmungen und Eindrücke waren Faktoren des Weimarer Sicherheitskonsenses. Hinzu kam ein weiterer Aspekt: Die Militärs betrachteten den letzten Krieg zwar als verloren, aber nicht als beendet. In den Worten Wilhelm Groeners, geäußert in einer Besprechung von Generalen und Generalstabsoffizieren am 26. Dezember 1918 in Berlin: „Es ist meine innere Überzeugung, dass wir in einem Jahr noch oder wieder im Krieg stehen“.<sup>34</sup>

Noch war kein Friedensvertrag abgeschlossen worden, eine Wiederaufnahme der Kampfhandlungen theoretisch jederzeit möglich. Eine ganze Reihe von Offizieren vertraten die Idee, dass man bereits durch die Drohung mit einem „Endkampf“ – der Bereitschaft, vormarschierenden alliierten Armeen auch im Reichsinnern noch erbitterten Widerstand entgegenzusetzen – die Verhandlungen über einen Friedensvertrag positiv würde beeinflussen können. Freilich gab es eine Schnittfläche zwischen dem Ziel der MSPD-Spitze, die Republik auf einen starken Staat zu stützen und der Erwartung eines Nachkriegs-Krieges: Diese lag in dem Erfordernis, einsatzfähige Truppen zu mobilisieren. Hier gelang es der OHL, aber mehr noch regionalen und lokalen Befehlshabern, die schwindsüchtige Alte Armee mit Hilfe von Freiwilligenformationen in ein Übergangsheer umzuwandeln,<sup>35</sup> das zu einer Lebensversicherung der MSPD-Regierung wurde. Die Formationen dieses Übergangsheeres waren in aller Regel rechtsstehend, wenn nicht rechtsradikal. Sie wurden aber nicht oder zumindest nicht vorwiegend mittels antispartakistischer Feindbilder als Bür-

gerkriegstruppen mobilisiert, sondern auch und vor allem mit Blick auf die Gefahren, die aus der Expansion des jungen polnischen Nationalstaats erwachsen. In mehrfacher Hinsicht war die militärische Eskalation, zu der es mit dem polnischen Aufstand in der Provinz Posen am 26. Dezember 1918 kam, das Ferment des Sicherheitskonsenses zwischen der MSPD-Spitze und den Militärs. Die expansiven Bestrebungen der polnischen Seite waren bereits seit November 1918 augenscheinlich gewesen. Dennoch hatten die Regierenden in Berlin ebenso wie die OHL einstweilen Zurückhaltung zum Gebot der Stunde erklärt – um die polnische Seite nicht zu provozieren und den Alliierten keinen Grund für ein Eingreifen zu geben. Doch der Aufstand in Posen, „der die deutschen Positionen beiseite fegte, als hätten sie nie bestanden“<sup>36</sup>, machte auf einen Schlag den gesamten deutschen Osten zu einer militärischen Unsicherheitszone. Anfang Januar 1919 erklärten es die Landräte in den gemischtsprachigen Gebieten Oberschlesiens zu einer Frage von Tagen, bis „polnische Banden“ auch bei ihnen einfallen würden.<sup>37</sup> Erneut beförderten Angstgerüchte – diesmal über plündernde und deutsche Güter in Brand steckende polnische „Insurgenten“ – politische, militärische und gesellschaftliche Prozesse: Im preußischen Osten warben selbst die Volks- und Soldatenräte mit antislawischen Stereotypen um Freiwillige für den Grenzschutz („die Polen“, so hieß es etwa in einem Aufruf des Breslauer Volksrats, steckten nun wieder „in fanatischer Machtgier ihre Finger nach reichsdeutschen Landen aus“<sup>38</sup>). Und am 7. Januar 1919 erließ der Berliner Rat der Volksbeauftragten einen neuen Aufruf zur Aufstellung von Freiwilligenverbänden für den Grenzschutz. Wenn die OHL trotz der immer noch verbreiteten Antikriegsstimmung im Mai 1919 etwa 500.000 Mann unter Waffen hatte, un-

ter diesen etwa 240.000 Mann im Grenzschutz,<sup>39</sup> dann war dies vor allem ein Ergebnis dieser Mobilisierung gegen Polen. Aus Sicht des Militärs aber war ein anderer Aspekt vielleicht noch wichtiger: Die OHL war Dank des im Winter und Frühjahr 1919 geführten Grenzschutzkriegs gegen Polen – der partisanenkriegsähnliche Züge trug, zuweilen aber in intensive Kämpfe ausartete – wieder eine militärische Kommandobehörde, die diesen Namen verdiente: Noch im Dezember 1918 schien ihr angesichts des sich selbst auflösenden Heeres die Existenzberechtigung abhanden zu kommen. Dank der Lage im Osten und eines antipolnischen Wehrkonsenses jedoch konnte sie wieder Verbände aufstellen und Operationen planen.<sup>40</sup> Der erwartete Nachkriegs-Krieg schien eingetreten – und musste im März/April 1919 doch noch einmal auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Die bereits auf Hochtouren laufenden Vorbereitungen für eine Zangenoperation, in deren Verlauf zwei deutsche Armeen von Bromberg-Thorn bzw. Oberschlesien aus Posen zurückerobert werden sollten, wurden abgebrochen, als Grenzschutz-Einheiten Richtung München in Marsch gesetzt werden mussten.<sup>41</sup> Der Primat der Politik über das Militär zeigte sich auch hier: Die Pläne der Militärs, über „kleine Kriege“ etwa gegen Polen oder, ab Mai 1919, im Baltikum, die strategische Lage des Reiches zu verbessern, scheiterten auch daran, dass die MSPD-Volksbeauftragten der Niederschlagung von Aufständen und Putschen im Innern durchgängig höheres Gewicht beimaßen.

### „Gründungsmassaker“

Der Übergang der MSPD-Volksbeauftragten von einer eher zurückhaltenden zu einer handgreiflichen Politik der inneren Sicherheit hatte sich während der Weihnachtstage 1918 vollzogen.<sup>42</sup> Am 23.

und 24. Dezember waren – wie bereits am 8. Dezember – revolutionäre Matrosen in die Reichskanzlei eingedrungen, um den Rat der Volksbeauftragten zu inhaftieren, was freilich fehlschlug. Erfolgreich hingegen war ein weiterer Angriff auf die Berliner Stadtkommandantur, wo der Stadtkommandant Otto Wels diesmal gekidnappt und in das von Matrosen besetzte Stadtschloss gebracht werden konnte. Ebert erteilte General Arnold Lequis die Anordnung, mit der Gardedivision – die am 10. Dezember an Ebert vorbei durch das Brandenburger Tor marschiert war – gegen die Meuterer vorzugehen. So begann der Heiligabend in Berlin „mit einem Artilleriegefecht am Schloss“, wo die Regierungstruppen versuchten, „die Matrosen aus Schloss und Marstall“ herauszuschießen.<sup>43</sup> Ein anschließender Sturmangriff scheiterte indes, so dass die Matrosen das Feld behaupteten – für die Regierung Ebert ein worst-case-Szenario, in den Worten Harry Graf Kesslers: „So schimpflich ist kaum je eine Regierung schwach gewesen.“<sup>44</sup> Am 29. Dezember 1918 traten die Unabhängigen Sozialdemokraten aus dem Rat der Volksbeauftragten aus und wurden durch zwei weitere Mehrheitssozialdemokraten ersetzt, einer von diesen war Gustav Noske als „Volksbeauftragter für Heer und Marine“.<sup>45</sup> Einige Tage später, am 4. Januar 1919, entließ der preußische Innenminister den der USPD-angehörigen Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn. Die Antwort der radikalen Linken waren Massendemonstrationen, die Besetzung des „Vorwärts“-Verlagsgebäudes und schließlich der Aufruf zum Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann durch die Spitze der gerade gegründeten KPD um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die MSPD-Spitze erteilte in dieser Situation Gustav Noske das Mandat, alle Mittel einzusetzen und „endlich“ Schluss zu machen „mit diesem Terror der Straße“.

Dass Noske dieses Mandat umsetzte und den „Aufstand“ – der eher improvisiert als geplant ausbrach – niederschlagen ließ, verstärkte den Rückhalt, den die MSPD-Spitze im bürgerlichen und selbst im konservativen Lager besaß, erheblich. „Die Regierung wird wirklich energisch“, schrieb der nationalistische Fregattenkapitän von Selchow am 10. Januar 1919 in sein Tagebuch. Endlich fänden sich auch „wieder Truppen, die kämpfen und nicht bloß plündern wollen“.<sup>46</sup> Doch dieses „energische Vorgehen“, das von Selchow und seine Kameraden in Hochstimmung versetzte und das zumindest nicht verhinderte, dass die MSPD in den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 ihr bestes Ergebnis in der Geschichte der Weimarer Republik erzielte, hatte eine Schattenseite, die in der historischen Forschung lange eher beiläufig zur Kenntnis genommen worden ist:<sup>47</sup> Die Politik der „eisernen Faust“ führte punktuell zu extremer Gewalt. Die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs durch Soldaten der zu den „Regierungstruppen“<sup>48</sup> zählenden Garde-Kavallerie-Schützen-Division<sup>49</sup> ist hier nur die Spitze des Eisbergs. Weniger bekannt, aber nicht untypisch für die Art und Weise, wie einige der eingesetzten Einheiten „Ordnung schafften“, ist die Ermordung der Parlamentäre der Besetzer des „Vorwärts“-Gebäudes am 11. Januar: Nach Augenzeugen-Berichten waren die unbewaffneten sieben Männer, die über die Kapitulation verhandeln wollten, von Regierungssoldaten in die Garde-Dragonerkaserne getrieben und nach Misshandlungen und unter Beschimpfungen wie „Russenschweine“ niedergeschossen worden.<sup>50</sup> Sechs Wochen später, während der im Vergleich zum „Januaraufstand“ noch erheblich blutigeren „Märzkämpfe“ in Berlin, führte besonders der von Gustav Noske erlassene „Schießbefehl“ zu Eskala-

tionen der Gewalt: Diesem Befehl zufolge war jede mit der Waffe in der Hand gegen die Regierungstruppen kämpfende Person „sofort zu erschießen“, was als Freibrief für willkürliche Exekutionen genutzt wurde und mindestens 177 Menschen das Leben kostete.<sup>51</sup> Fragwürdig erscheint indes, Ebert, Scheidemann und Noske zu unterstellen, sie hätten die Eskalation der Gewalt nicht nur hingenommen, sondern geradezu angestrebt.<sup>52</sup>

Es steht außer Frage, dass die Regierung mit ihrer Politik der „eisernen Faust“ die Ermöglichungsräume für derartige Exzesse schuf. Ebenso unstrittig ist, dass die Befehlshaber vor Ort die Weisungen der politischen und militärischen Führung oftmals verschärften. Zudem teilten die eingesetzten Soldaten antisemitische und antikommunistische Feindbilder, von denen ausgehend die lokal begrenzten Aufstände als existenzielle Bedrohungen wirken konnten. Doch all dies sind vorgelegte Faktoren, die die situativen Dynamiken, die in den „Gewaltträumen“<sup>53</sup> des punktuellen Bürgerkriegs handlungsleitend sein konnten, nur zum Teil erklären. Denn festzuhalten ist auch, dass es im Zuge der Kämpfe in Berlin und im Ruhrgebiet zwischen Januar und März nicht zu einem Flächenbrand totaler Gewalt kam. So schwer jedes einzelne Opfer wiegt: Die Gewaltorgien des russischen Bürgerkriegs hatten eine andere Dimension als die Vorgänge in Berlin, an der Ruhr und schließlich in München.

Tatsächlich agierten die von der Regierung eingesetzten Einheiten sehr unterschiedlich, so dass wiederum situativen Faktoren wie Gerüchten – etwa Meldungen über angebliche Gräueltaten der anderen Seite, aber auch Angst und Stress – eine wichtige Rolle beigemessen werden muss. Fest steht freilich auch: In den monatelangen Aufstandsbekämpfungen profilierten sich besonders in den Freikorps und anderen Freiwilligenformationen Akteure, die sich

in der Terminologie der soziologischen Gewaltforschung als „violent few“ bezeichnen lassen, als Gewalttäter, die ihre Kameraden anstachelten und mitrissen. In Kombination mit einer gewissen Gewöhnung an die Bürgerkriegsgewalt und vor dem Hintergrund anhaltender Gerüchte über den bolschewistischen Terror ist es wenig erstaunlich, dass die Niederschlagung der Räterepublik in München Anfang Mai 1919 zu einer Art Fanal der staatlichen Einhegung der Revolution wurde.

### Räterepublik

In Bayern hatten noch im Januar 1919 alle Zeichen in Richtung eines friedlichen Übergangs zu einer gemäßigten parlamentarischen Republik gestanden: Die ersten Wahlen hatten hier am 12. Januar einen deutlichen Sieg für die konservative Bayerische Volkspartei sowie die MSPD gebracht, die jeweils über 30 Prozent der Stimmen erhielten. Die USPD, die Partei des Ministerpräsidenten Kurt Eisner, wurde demgegenüber mit 2,5 Prozent marginalisiert. Doch am 21. Februar wurde Eisner von einem jungen Studenten und Leutnant, Anton Graf von Arco auf Valley, erschossen. Der Ministerpräsident war auf dem Weg zur konstituierenden Sitzung des neuen Landtags gewesen, wo er seinen Rücktritt hatte einreichen wollen. Victor Klemperer, der nun an der Ludwig-Maximilians-Universität lehrte, erinnert sich, dass unmittelbar nach dem Mord die Universität geschlossen wurde, dass das „Aussehen der Stadt [...] schnell bedrohlicher“ wurde, als überall „Lastautomobile auftauchten, überflattert mit roten Fahnen und gestopft voll mit stehenden Soldaten.“ Zudem seien Flugblätter aufgetaucht, die „zur Unterdrückung der bürgerlichen Presse“ und zum Generalstreik aufforderten.<sup>54</sup> Nicht minder bedenklich schien es ihm freilich, dass in seinem universitären Umfeld „nicht wenige Studenten und Pro-

fessoren den Mörder Arco zum patriotischen Helden stilisierten“.<sup>55</sup>

In den folgenden Wochen konkurrierten die Münchner Räte mit dem gewählten Landtag um das Recht, eine Regierung bilden zu können. Am 17. März wählten die Landtagsabgeordneten Johannes Hoffmann, MSPD, zum Ministerpräsidenten und verabschiedeten eine Notverfassung. Doch im Zuge weiterer politischer Radikalisierung, begünstigt durch Lebensmittelknappheit, Arbeitslosigkeit und unter dem Eindruck des Siegs der „Gegenrevolution“ in anderen Teilen des Reichs, proklamierten in der Nacht vom 6. auf den 7. April 1919 USPD-Vertreter eine erste Räterepublik. Auf diese folgte, auch unter dem äußeren Druck – die nach Bamberg ausgewichene Regierung Hoffmann hatte München die Lebensmittelzufuhr gesperrt und die Reichsregierung um Hilfe gebeten – am 13. April eine zweite, nun durch die KPD geführte, ungleich radikalere Räteregierung. Diese versetzte, so Klaus Mann im Rückblick, das Bürgertum durch „Revolutionstribunale“ und Hausdurchsuchungen in „hysterische Panik“. Eines musste man aber dieser KPD-Räteregierung, so Victor Klemperer am 17. April, „bewundernd zugestehen: sie gibt der Stadt ein überaus kriegerisches Gepräge. Überall spazierten bewaffnete Zivilisten, Matrosen, Infanteristen durcheinander [...] im Gürtel trägt man drei, vier langgestielte Handgranaten, um den Arm breite rote Binden. Es sieht mehr wildwestlich als münchenerisch aus [...]“.<sup>56</sup>

Freilich vollzog sich unter dieser bellizistischen Schauseite der Räterepublik ein rapider Zerfallsprozess: Garnisonstruppen wie das 2. Infanterie-Regiment, in dem zu diesem Zeitpunkt auch der Gefreite Adolf Hitler diente, beantworteten die Aufforderung der Kommunisten, in die Rote Armee einzutreten, mit einer Streikdrohung.<sup>57</sup> Informanten der auf München vorrückenden Regierungstruppen be-

zeichneten die Stimmungen in der Räteregierung als verzweifelt: „Plünderungen [...] in den Bauerndörfern der Umgegend mehr[t]en sich“<sup>58</sup> und am 27. April trat die kommunistische Räteregierung wieder zurück. Die roten Garden aber waren entschlossen, einen „Endkampf“ für die Räterepublik zu führen.

Dass das Maß der Gewalt in den Ende April einsetzenden Kämpfen zwischen „Roten“ und „Weißen“ – den Regierungstruppen und Freikorps – noch einmal eskalierte, lag einerseits zweifellos in der Verantwortung der Regierenden: Noske und der bayerische Ministerpräsident Hoffmann wollten den Aufstand so schnell wie möglich beenden, wohlwissend, dass jeder Tag, an dem in einer deutschen Großstadt Rote Garden das Bürgertum terrorisierten und „Revolutionstribunale“ tagten, ihre eigene Position schwächten. Entscheidenden Anteil hatten aber wiederum die situativen Eskalationsmechanismen: Am 30. April ermordeten Angehörige der Roten Garden zehn bürgerliche Geiseln, die einige Tage zuvor als Mitglieder der Thule-Gesellschaft verhaftet worden waren<sup>59</sup> – möglicherweise in Reaktion auf Meldungen über standrechtliche Erschießungen von „Spartakisten“, die Regierungstruppen während des Vormarschs auf München vorgenommen hatten. Die Meldung über diesen „Geiselmord“ – unter den Erschossenen war auch eine Frau gewesen, die Gräfin Heila von Westarp – und Berichte, dass die „Roten“ bis zu 2.000 weitere Geiseln in ihren Händen hatten,<sup>60</sup> dienten den Regierungstruppen als Freibriefe für ihre überbordende Gewalt.

Der Widerstand der „Roten Armee“ war Anfang Mai gebrochen, doch die Jagd nach den Anhängern der Räteregierung ging noch tagelang weiter. Während der „rote Terror“, wie später selbst die Polizeidirektion München zugestand, vor allem eine Drohgebärde gewesen war,<sup>61</sup> erschossen die „Weißen“ mehrere Hun-

dert Menschen, wobei die Ermordung von 21 Mitgliedern eines Katholischen Gesellenvereins am 6. Mai zum Symbol einer entfesselten Soldateska wurde. Mit der Räteregierung hatten die Gesellen nichts zu tun gehabt. Sie waren aufgrund falscher Beschuldigungen in die Hände siegestrunkenener Freikorps-Angehöriger geraten, die ihre Opfer auch noch öffentlich gedemütigt und misshandelt hatten, bevor es zu den Erschießungen im Prinz-Georg-Palais kam. Bezeichnenderweise erhob sich erst jetzt öffentlicher Protest gegen die Gewalt der „Befreier“, denen bis dahin, so Victor Klemperer am 2. Mai 1919, „neun Zehntel von München [...] zujubelte“ („und dieses Zujubeln ist keine Zeitungsphrase [...] ich kann es nach hundert Beobachtungen beschwören“).<sup>62</sup> Doch ungeachtet dessen trugen die vornehmlich auf den Gerüchten von einem „roten Terror“ fußenden Traumatisierungen des Münchner Bürgertums wesentlich dazu bei, dass Bayern in den folgenden Jahren die rechtskonservative „Ordnungszelle“ der Weimarer Republik wurde. Zugleich wurden Bayern und München zu einem der Ausgangspunkte jenes rechtsradikalen Terrors, der die Weimarer Republik in den frühen 1920er Jahren noch einmal an den Rand ihrer Existenz brachte.<sup>63</sup>

## Fazit

Anfang Mai 1919 war die Serie von Aufständen und Putschen, die in der Literatur als „deutsche Revolution von 1918/19“ bezeichnet wird, beendet. Die Schockwellen der extremen Gewaltanwendung sollten die Republik bis zu ihrem Ende außerordentlich belasten – durch den Aufstieg eines radikalnationalistischen Terrorismus etwa in Gestalt der „Organisation Consul“, vor allem aber dadurch, dass Teile der Arbeiterschaft dieser Republik dauerhaft entfremdet blieben. Für die politischen Akteure war dies zu diesem

Zeitpunkt nicht oder nicht in vollem Umfang absehbar. Aus Sicht von Ebert, Scheidemann und Noske hatte ihre Politik der „eisernen Faust“ der Republik überhaupt erst eine Chance gegeben, und es ist in der Tat nicht leicht zu sehen, wie eine Alternative zu ihrer handgreiflichen Politik der inneren Sicherheit hätte aussehen können. Dies gilt umso mehr, als sich die Mehrheitssozialdemokraten keine Sorgen über das Militär machen mussten, dessen Führung in einer im November 1918 kaum zu erwartenden Loyalität ihre Befehle ausgeführt und von eigenen Putsch- und Umsturzplänen (die unter nationalistischen und monarchistischen Offizieren zuhauf kursierten) Abstand genommen hatte. Tatsächlich musste auch die Bilanz der militärischen Führung nach sechs Monaten Unterstellung unter eine republikanische Regierung, gemessen an der katastrophalen Ausgangslage, positiv ausfallen: Die eigene Kommandogewalt war unbestritten und man verfügte über mehrere hunderttausend Mann mehr oder minder einsatzfähiger Truppen: In einer Besprechung mit Noske im Juni 1919 prahlte der damalige Chef des Generalstabs des Oberkommandos Nord, Wilhelm Heye, dass man „das ganze polnische Heer zu Mus [sic] schlagen könnte“.<sup>64</sup>

Im Juni 1919 wurde den Militärs dann freilich klargemacht, dass ihre Hoffnungen, nach der Niederlage im „großen“ Krieg durch „kleine“ Kriege gegen Polen oder gar durch die Drohung mit einem „Endkampf“ die Lage des Reichs verbessern zu können, Illusionen gewesen waren. Als der alliierte Entwurf für den Friedensvertrag übergeben war und die Frage nur noch „annehmen oder ablehnen“ lautete,<sup>65</sup> entwickelten einzelne Befehlshaber wie General Walther von Lüttwitz (der im darauffolgenden März zum Putschisten gegen die Reichsregierung werden sollte) zwar radikale Pläne, die von einer „leveé en masse“ bis zur Gründung eines vom

Reich abgetrennten „Oststaats“ reichten.<sup>66</sup> Doch in einer Besprechung der Befehlshaber mit Gustav Noske am 19. Juni traf General Wilhelm Groener den Punkt, der davor warnte, sich „falsche Hoffnungen“ zu machen, „wie wir sie uns im ganzen Kriege gemacht haben“.<sup>67</sup> Im Falle einer Wiederaufnahme der Kampfhandlungen würden die Alliierten binnen weniger Wochen an der Elbe stehen. Groener, Hindenburg und weitere Spitzenmilitärs empfahlen letztlich die Annahme des als überaus hart und als nationale Schmach empfundenen Friedensvertrags, während andere Spitzenoffiziere „der Republik“ die Unterzeichnung des „Schmachvertrags“ nie verziehen. Zumindest für Teile der militärischen Elite hatte damit auch der „Sicherheitskonsens“ des Winters 1918/19 auf einer Illusion beruht – der Illusion, über die Kooperation mit der MSPD die totale Niederlage irgendwie abwenden oder mildern zu können. Doch diese Illusion eröffnete der ersten deutschen Demokratie, der Weimarer Republik, überhaupt erst eine Chance. Dass diese ein gutes Jahrzehnt später verspielt werden sollte, lag nicht in der Verantwortung derjenigen, die diesen Konsens getragen hatten.

## Literatur

Ewald Frie: 100 Jahre 1918/19: Offene Zukünfte, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 15 (2018), URL: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2018/id=5561>, Druckausgabe: S. 98-114.

Alexander Gallus (Hg.), Die vergessene Revolution von 1918/19, Göttingen 2010.

Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017.

Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert: 1871–1925; Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn: Dietz 2006.

Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

1 Walter Mühlhausen, Friedrich Ebert: 1871–1925; Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, S. 136; Mark Jones, Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik, Berlin 2017, S. 111 f.

2 Zur Historiographie: Mühlhausen, Friedrich Ebert (wie Anm. 1), S. 153.

3 Siehe bes. Susanne Miller, Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920, Düsseldorf 1978; Wolfram Wette, Gustav Noske. Eine politische Biographie, Düsseldorf 1987.

4 Sebastian Haffner, Die verrätene Revolution. Deutschland 1918/1919, Bern u.a. 1969.

5 Jones, Am Anfang (wie Anm. 1).

6 Ebd., S. 10.

7 Siehe besonders Peter Fritzsche, Did Weimar Fail?, in: The Journal of Modern History, 68 (1996), S. 629–656.

8 Michael Geyer, Zwischen Krieg und Nachkrieg. Die deutsche Revolution 1918/19 im Zeichen blockierter Transnationalität, in: Die vergessene Revolution, hrsg. von Alexander Gallus, Göttingen 2010, S. 202.

9 Wolfram Wette (Hrsg.), Aus den Geburtsstunden der Weimarer Republik. Das Tagebuch des Obersten Ernst van den Bergh, Düsseldorf 1991 (= Quellen zur Militärgeschichte, 1), S. 38.

10 Harry Kessler, Das Tagebuch 1880–1937, Bd. 6: 1916–1918, hrsg. von Günter Riederer unter Mitarb. von Christoph Hilse, Stuttgart 2006, S. 624.

11 Martin H. Geyer, Verkehrte Welt. Revolution, Inflation und Moderne, München 1914–1924, Göt-

tingen 1998 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 128).

12 Kessler, Das Tagebuch (wie Anm. 10), S. 625.

13 Wette, Aus den Geburtsstunden (wie Anm. 9), S. 43.

14 Padraic Kenney, *Carnival of Revolution. Central Europe 1989*, Princeton, NJ 2002.

15 Rahel Straus, *Wir lebten in Deutschland. Erinnerungen einer deutschen Jüdin, 1880–1933*, Stuttgart 1961, S. 223 f.

16 Wette (Hrsg.), *Aus den Geburtsstunden*, S. 41.

17 Jones, *Am Anfang* (wie Anm. 1), S. 86–94.

18 Heinz Hürten/Georg Meyer (Hrsg.), *Adjutant im Preußischen Kriegsministerium Juni 1918 bis Oktober 1919. Aufzeichnungen des Hauptmanns Gustav Böhm*, Stuttgart 1977 (= Beiträge zur Militär- und Kriegsgeschichte, 19), S. 84.

19 Zit. n. Jones, *Am Anfang* (wie Anm. 1), S. 90 f.

20 Jörg Baberowski, *Einleitung. Ermöglichungsräume exzessiver Gewalt*, in: *Gewalträume. Soziale Ordnungen im Ausnahmezustand*, hrsg. von Jörg Baberowski/Gabriele Metzler, Frankfurt a.M. 2012, S. 15.

21 Michael Epkenhans, „Wir als deutsches Volk sind doch nicht klein zu kriegen ...“. Aus den Tagebüchern des Fregattenkapitäns Bogislav von Selchow, 1918/19, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 55 (1996), S. 203.

22 Wette, *Aus den Geburtsstunden* (wie Anm. 9), S. 54 f.

23 Mühlhausen, *Friedrich Ebert* (wie Anm. 2), S. 159.

24 Ebd., S. 157.

25 Wette, *Gustav Noske* (wie Anm. 3), S. 268 f.

26 Geyer, *Zwischen Krieg und Nachkrieg* (wie Anm. 8), S. 195.

27 William Mulligan, *The Creation of the Modern German Army. General Walther Reinhardt and the Weimar Republic, 1914–1930*, New York, NY 2005 (= *Monographs in German history*, 12), S. 35.

28 Zit. n. Wolfram Pyta, *Hindenburg. Herrschaft zwischen Hohenzollern und Hitler*, München 2009, S. 384.

29 Ebd., S. 966, Anm. 20.

30 Zit. n. Mühlhausen, *Friedrich Ebert* (wie Anm. 2), S. 131.

31 Mulligan, *The Creation* (wie Anm. 27), S. 36.

32 Pyta, *Hindenburg* (wie Anm. 28), S. 387.

33 Epkenhans, *Wir als deutsches Volk* (wie Anm. 21), S. 209.

34 Zit. n. Geyer, *Zwischen Krieg und Nachkrieg* (wie Anm. 8), S. 199, dessen Deutung ich hier auch im Weiteren folge.

35 Diesen Umbauprozess beschreibt grundlegend Peter Keller, „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr“. *Die deutsche Armee 1918–1921*, Paderborn 2014 (= *Krieg in der Geschichte*, 82).

36 Hagen Schulze, *Der Oststaat-Plan*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 18 (1970), S. 129.

37 Alfred von Baerensprung (Landratsamt in Kreuzburg) an Regierung in Breslau, betr. Der Landrat in Kreuzburg an den Regierungspräsidenten in Breslau, betr. Sicherung des Kreises gegen einen Einfall von Posen, abschriftl. an das Generalkommando VI. A.K. in Breslau, 4.1.1919, AP Wroclaw, Zentraler Volksrat in Breslau, 1918–1920, Nr. 12, Bl. 113–116, hier Bl. 114.

38 Rüdiger Bergien, *Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933*, München 2012 (= *Ordnungssysteme*, 35).

39 Schulze, *Der Oststaat-Plan* (wie Anm. 36), S. 129.

40 Hier folge ich Keller, *Die Wehrmacht* (wie Anm. 35).

41 Schulze, *Der Oststaat-Plan* (wie Anm. 36), S. 136.

42 Zum Folgenden siehe Jones, *Am Anfang war Gewalt* (wie Anm. 1), S. 118–123.

43 Kessler, *Das Tagebuch* (wie Anm. 6), S. 704.

44 Ebd., S. 709.

45 Pyta, *Hindenburg* (wie Anm. 28).

46 Epkenhans, *Wir als deutsches Volk* (wie Anm. 21), S. 223.

47 So der zutreffende Ausgangspunkt von Jones, *Am Anfang war Gewalt* (wie Anm. 1).

48 In der Verwendung des Begriffs „Regierungstruppen“ als Oberbegriff für die Vielzahl der regulären und Freiwilligen-Verbände, die dem Kommando der MSPD-Regierung unterstanden, folge ich Keller, *Die Wehrmacht* (wie Anm. 35).

49 Klaus Gietinger, *Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere*, Hamburg 2009.

50 Ebd., S. 194.

51 Jones, *Am Anfang* (wie Anm. 1), S. 254.

52 So das zentrale Argument von ebd.; ähnlich Gietinger, *Der Konterrevolutionär* (wie Anm. 49); differenzierter: Wette, *Gustav Noske* (wie Anm. 3).

53 Vgl. Jörg Baberowski, *Räume der Gewalt*, Frankfurt a.M. 2015; siehe auch Michael Wildt, *Timothy Snyder Bloodlands*, in: *Kritika*, 14 (2013), 1, S. 205 f.

54 Victor Klemperer, *Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919*, Bonn 2016 (= *Bundeszentrale für Politische Bildung: Schriftenreihe*, 1590), S. 84.

55 Wolfram Wette, *Die deutsche Revolution von 1918/19. Ein historischer Essay*, in: Klemperer, *Man möchte immer weinen* (wie Anm. 54), S. 209.

56 Klemperer, *Man möchte immer weinen* (wie Anm. 54), S. 121.

57 Othmar Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918–1920*, Paderborn 2013, S. 53.

58 Ebd., S. 51.

59 Jones, *Am Anfang war Gewalt* (wie Anm. 1); S. 299–307.

60 Plöckinger, *Unter Soldaten und Agitatoren* (wie Anm. 57), S. 61.

61 Ebd., S. 68.

62 Klemperer, *Man möchte immer weinen* (wie Anm. 54), S. 168.

63 Bruno Thoß, *Der Ludendorff-Kreis 1919–1923. München als Zentrum der mitteleuropäischen Gegenrevolution zwischen Revolution u. Hitler-Putsch*, München 1978 (= *Miscellanea Bavarica Monacensia*, 78).

64 Wette, *Aus den Geburtsstunden* (wie Anm. 9), S. 98.

65 Siehe hierzu: Horst Mühleisen, *Annehmen oder ablehnen? Das Kabinett Scheidemann, die Oberste Heeresleitung und der Vertrag von Versailles im Juni 1919*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 35 (1987), S. 419–481.

66 Schulze, *Der Oststaat-Plan* (wie Anm. 36).

67 Wette, *Aus den Geburtsstunden* (wie Anm. 9), S. 99.

Peter Keller

## Freikorps, Volkswehren, Sicherheitstruppen... Die Regierungstruppen von 1918/19 und die Entstehung des Freikorpsmythos\*

Wer kennt heute noch Cordt von Brandis? Mehr als hundert Jahre nach der Schlacht von Verdun ist der Name des „Stürmers vom Douaumont“ vermutlich nicht einmal mehr jedem Militärhistoriker ein Begriff. In Schulbüchern jedenfalls ist von Brandis nichts mehr zu lesen, Lexika führen ihn nicht als Stichwort, und die Stammtische, an denen noch über Brandis gesprochen wird, dürften an einer Hand abzuzählen sein. Kurzum: Der Ruhm des „Stürmers vom Douaumont“ ist verblasst, er selber in Vergessenheit geraten.

Brandis' ehemaligem Bestseller „Baltikum“<sup>1</sup> geht es kaum anders. Die Handlung des autobiographischen Romans ist schnell skizziert: Man schreibt den November 1918, der Weltkrieg ist verloren, der Kaiser gestürzt, und die über die Westfront verteilten deutschen Truppen räumen ihre Stellungen, um sich auf den Weg in die Heimat zu machen. In der endlosen Kolonne, die sich gen Rhein bewegt, befindet sich auch das Bataillon des Hauptmanns von Brandis, der das Geschehen aus der Ich-Perspektive schildert. Ein Blatt nimmt er dabei nicht vor den Mund: Schon auf den ersten Seiten gibt er unumwunden zu erkennen, dass er drei Dinge ganz besonders hasst: die Sozialdemokratie, die von ihr verursachte Revolution und natürlich

auch die Angehörigen der Rätebewegung, die immer mehr Soldaten mit ihrem umstürzlerischen Gedankengut anzustecken versuchen.

Entsprechend konfliktreich gestaltet sich der Rückmarsch. Mehrfach gerät Brandis mit seinem Bataillons-Soldatenrat aneinander. Doch auch in der Heimat reißen die Probleme nicht ab. Als die Frontsoldaten nach wochenlangem Fußmarsch endlich in ihrem Neuruppiner Friedensstandort eintreffen, müssen sie erschreckt feststellen, dass dort die liederlichsten Sitten Einzug gehalten haben: Überall wimmelt es von arbeitsscheuen, großsprecherischen Soldatenräten, und verwahrloste Ersatztruppen lungern in heruntergekommenen Quartieren herum.

Disziplin, Gehorsam, Pflichterfüllung und ähnliche militärische Tugenden scheinen im revolutionären Deutschland also keinen Platz mehr zu haben. Umso leichter fällt es Brandis' Männern, der Armee den Rücken zu kehren. Kaum haben sie ihre Entlassungspapiere erhalten, zerstreut sich das Bataillon also in alle Winde. Ihr Hauptmann bleibt allein zurück; schließlich kann er als Berufssoldat nicht einfach den Dienst quittieren. Aber natürlich widert auch ihn das Kasernenleben an. Als ihm eines Tages zu Ohren kommt, dass



die OHL Freiwillige sucht, die bereit sind, in das Baltikum zu gehen, um dort gegen die russischen Bolschewiki zu kämpfen, weiß er darum sofort, was er zu tun hat: eine Truppe aufstellen, mit der er gegen den Kommunismus kämpfen kann.

Um zu vermeiden, dass sein neuer Verband von denselben Krankheiten angesteckt wird, an denen die eigentliche Armee in seinen Augen zur Genüge leidet, steht für Brandis fest, dass die Neugründung nur außerhalb des regulären Heeres, in Form eines Freikorps erfolgen kann. Diese Entscheidung hat jedoch zur Folge, dass Brandis sich bald darauf Missgunst und Widerständen von zwei ganz unterschiedlichen Seiten ausgesetzt sieht: Die Rätebeauftragten versuchen, die Aufstellung des Freikorps zu hintertreiben, weil sie in ihr eine konterrevolutionäre Eingreiftruppe wittern. Die Kommandobehörden wiederum sperren sich gegen Brandis' Pläne, weil diese sich nicht mit den hergebrachten militärischen Ordnungsvorstellungen in Einklang bringen lassen. Der Hauptmann lässt sich davon allerdings nicht schrecken. Im festen Vertrauen auf seinen Ruhm als „Stürmer vom Douaumont“ beginnt er auf eigene Faust für die neue Truppe zu werben. Hauptadressaten sind die ehemaligen Soldaten seines Bataillons. Und der Erfolg gibt Brandis Recht: Aufgrund seines Namens gelingt es ihm innerhalb weniger Wochen so viele seiner alten Untergebenen zusammenzutrommeln, dass er über ein voll einsatzfähiges Freikorps verfügt, mit dem er gen Osten aufbrechen kann.

Soweit die ersten Kapitel der „Baltikumer“. Wie gesagt: Gemeinsam mit Brandis ist auch sein literarisches Werk in Vergessenheit geraten. Umso auffälliger also, dass die Handlung des Romans merkwürdig vertraut klingt: Ein offensichtlich stockreaktionärer Frontoffizier kehrt nach dem verlorenen Weltkrieg in die Heimat zurück, fühlt sich dort von der Revoluti-

on angeekelt, sehnt sich nach der altvertrauten militärischen Geborgenheit und stellt kurz darauf im Alleingang ein auf einer obskuren Mischung aus Kameraderie und Kadavergehorsam beruhendes Freikorps auf, um gegen den Kommunismus zu kämpfen: Hat man das alles nicht schon einmal irgendwo gehört? Erstaunlich wäre es jedenfalls nicht. Schließlich deckt sich der gerade geschilderte Plot mit fast allen Klischees, die bis heute über die Truppen des Nachkriegs von 1918/19 im Umlauf sind.

Entsprechen Stereotype wie diese aber tatsächlich der Wahrheit? War die Art und Weise, wie Brandis' Truppe sich zusammenfand, wirklich so repräsentativ, wie man im ersten Augenblick meinen möchte? Oder handelt es sich bei Geschichten wie diesen nicht doch eher um einen modernen Mythos? Auf den folgenden Seiten wird darzulegen sein, dass Entstehung und Entwicklung, überhaupt die gesamte Geschichte der Freikorps, für die passenderweise der später noch zu erläuternde Begriff „Regierungsgruppen“ verwendet werden sollte, deutlich komplexer war, als simple Romane wie die „Baltikumer“ glauben machen wollen.

## I. Die Krise der alten Armee und die Entstehung der Regierungsgruppen

Die alte Armee des Kaiserreichs war eine Einrichtung mit vielen Aufgaben: Sie war nicht nur für den Schutz der Reichsgrenzen und die Durchsetzung außenpolitischer Interessen verantwortlich, sondern bildete, zumindest auf dem Papier, auch den Eckpfeiler der inneren Sicherheitsarchitektur. Immer dann, wenn die nur schwach ausgebaute, überwiegend noch kommunal organisierte Polizei nicht mehr in der Lage schien, vermeintlichen oder tatsächlichen Bedrohungen wie Massendemonstrationen, Arbeiterrevolten oder anderen inneren Unruhen Herr zu werden, konnten

die zivilen Behörden den Einsatz des Militärs anfordern, um nötigenfalls bewaffnet gegen die aufsässige Bevölkerung vorzugehen.

In der historischen Forschung besteht heute weitgehend Konsens darüber, dass die zweite der gerade genannten beiden Grundfunktionen in ihrer Bedeutung weit hinter die erste zurückfiel. Anders als vor allem in der Geschichtsschreibung der 1970er Jahre verschiedentlich gemutmaßt wurde,<sup>2</sup> war das Militär nicht vorrangig für den Einsatz im Innern oder gar für den Bürgerkrieg aufgestellt und ausgerüstet worden. Je weiter die Integration der Arbeiterschaft in den wilhelminischen Nationalstaat voranschritt, desto stärker wurde im reformorientierten Flügel der Sozialdemokratie sogar das Bestreben deutlich, sich konstruktiv in die Wehrpolitik einzubringen.<sup>3</sup> Auch die Bedeutung des staatlichen Gewaltmonopols oder, fast mehr noch, das Recht zur Landesverteidigung galten am Vorabend des Ersten Weltkriegs bis weit in die Arbeiterschaft als konsensfähig.<sup>4</sup>

All das sollte im Hinterkopf behalten werden, wenn nun ein Blick auf die Umstände geworfen wird, die zur Entstehung der sogenannten Freikorps von 1918/19 führten. Die grobe Rahmenhandlung ist weithin bekannt: Am Ende des verlorenen Ersten Weltkriegs hatte der kleine Funke der Kie-ler Matrosenmeuterei einen politischen Flächenbrand entfacht, dem die scheinbar so festgefügte monarchische Ordnung nichts mehr entgegenzusetzen hatte. Deutschland war Republik geworden. Doch Ruhe und Frieden waren damit nicht eingekehrt. In Stadt und Land herrschte vielmehr ein großes Gefühl der Unsicherheit. Armut und Hunger waren nach vier entbehrungsreichen Kriegsjahren groß, die soziale Stimmung angespannt. Groß schien die Gefahr, dass radikale politische Agitatoren die Gunst der Stunde nutzen könnten, um die vermeintlich unvollkom-

mene deutsche Revolution nach russischem Vorbild weiterzutreiben. Während der Umwälzung waren aus militärischen Depots außerdem vielfach Waffen entwendet worden, die nun unkontrolliert durch unbefugte, auch kriminelle Hände zirkulierten. Die Furcht vor Marodeuren griff um sich. Gebietsstreitigkeiten mit den neuentstandenen Nachbarstaaten Polen und der Tschechoslowakei schienen schlussendlich die territoriale Integrität der preußischen Ostprovinzen zu bedrohen.

Die Polizei war kaum in der Lage, diese Sicherheitslücke zu schließen. Hier wirkte nach, dass ihr Ausbau im Kaiserreich stets vernachlässigt worden war. Für den Einsatz im Grenzschutz oder andere primär militärische Aufgaben kam sie ohnehin nicht in Frage. Andererseits lag auf der Hand, dass sich die dringend benötigten Schutzorgane in der notwendigen Zahl und Geschwindigkeit nicht einfach aus dem Nichts erschaffen ließen. Hierzu musste zwingend auf die vorhandene, gut eingespielte und immer noch verhältnismäßig leistungsfähige militärische Infrastruktur zurückgegriffen werden.

Schon in den ersten Revolutionstagen – und nicht selten sogar schon vor dem Abschluss des berühmt-berüchtigten „Ebert-Groener-Paktes“ vom 10. November 1918 – kam es in vielen Teilen Deutschlands daher zur Fühlungnahme von lokalen politischen Entscheidungsträgern und militärischen Befehlsbehörden. Denn so unterschiedlich beide Seiten sonst auch sein mochten, so einig waren sie sich doch darin, dass nun alle Differenzen hinter dem Ziel der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit zurückzustehen hätten. Eine gewisse Bekanntheit hat in diesem Zusammenhang das Beispiel des Stuttgarter Stadtkommandanten Christof von Ebbinghaus erlangt, der der württembergischen Revolutionsregierung um Ministerpräsident Wilhelm Blos bereits am

9. November seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit versichert hatte. Ebbinghaus hatte sein Angebot damit begründet, dass er sich unbeschadet seiner persönlichen Überzeugungen für verpflichtet halte, seine Kräfte auch weiterhin in den Dienst von „Ruhe und Ordnung“ zu stellen.<sup>5</sup>

Schutzversprechen wie das von Ebbinghaus reichten allein aber nicht aus. Sie mussten im Ernstfall auch mit Leben erfüllt werden können. Doch hieran haperte es. Die Umwälzung hatte zumal im Heimatgebiet stark an der Einsatzfähigkeit der Truppe genagt. Viele kriegsmüde Wehrpflichtige hatten die Wirren der Revolutionstage genutzt, um sich selbst aus der Armee zu entlassen. Bei nicht wenigen anderen Soldaten bestand kaum mehr Bereitschaft, noch militärischen Dienst zu tun und etwaigen Einsatzbefehlen Folge zu leisten. Die Militärs standen also vor einem Dilemma: Sie hatten eine Schutzzusage abgegeben, faktisch fehlte es ihnen aber an der Möglichkeit, für diese auch einzustehen. Die Lösung lag indessen auf der Hand: Wenn die vorhandenen Truppen in ihrer bisherigen Form nicht mehr in der Lage waren, den Aufgaben nachzukommen, für die sie vorgesehen waren, dann mussten sie umorganisiert und gegebenenfalls durch Freiwillige ergänzt werden.

Die ersten Truppen, die später unter dem Oberbegriff „Freikorps“ zusammengefasst werden sollten, entstanden genau auf diese Art und Weise. Besonders gut ist dies für einige in den deutschen Ostgebieten gelegene Garnisonsstädte dokumentiert. Schon in den ersten Tagen nach dem 9. November 1918 wurden in Städten wie Beuthen, Graudenz, Kattowitz oder Lauban erste provisorische Grenzschutzverbände aufgestellt. Den Grundstock dieser Formationen bildeten in allen Fällen die noch vorhandenen Überreste der örtlichen Ersatztruppen, die durch Anwerbung von

Freiwilligen eilends aufgefrischt worden waren. Hervorzuheben ist im Übrigen, dass die genannten Formationen nicht im Alleingang von den lokalen Befehlsbehörden oder gar ihren späteren Truppenführern, sondern mindestens mit Billigung, oft sogar mit aktiver Unterstützung der lokalen Arbeiter- und Soldatenräte aufgestellt worden sind.

Es ist nicht möglich, die teilweise recht komplexe Entstehungsgeschichte der Nachkriegstruppen in diesem kurzen Beitrag en détail nachzuzeichnen. Aber das ist auch gar nicht notwendig. Denn der bereits skizzierte Gedanke, wonach das Militär sich gezwungen sah, die eigene Organisationsstruktur anzupassen, um dem Sicherheitsversprechen, das man den republikanischen Entscheidungsträgern im November 1918 gegeben hatte, überhaupt nachkommen zu können, greift auch hier. Es existierte vor allem also kein zentraler Befehl, der eines Tages die Bildung der sogenannten Freikorps verbindlich und vielleicht sogar nach einheitlichem Muster vorgeschrieben hätte. Auch gab es im engeren Sinne keine Freikorpsbewegung, die aus sich heraus und womöglich an den eigentlichen militärischen Entscheidungsinstanzen vorbei die Aufstellung der Nachkriegstruppen in die Wege geleitet hätte. Die Entstehung der besagten Formationen war vielmehr das Ergebnis eines vielgestaltigen und dezentralen Transformationsprozesses, der vor Ort in die Wege geleitet wurde, um die überlastete Armee notdürftig wieder instand zu setzen, und der von vielen verschiedenen zivilen und militärischen Akteuren gemeinsam beeinflusst wurde.

Entsprechend mannigfaltig war die Art und Weise, wie die Umformung der alten Armee vonstatten ging. Mal wurden – wie eben schon beschrieben – noch vorhandene Truppenteile der alten Armee durch Freiwillige aufgefüllt, um sie so wieder einsatzbereit zu machen, mal wurden als

noch funktionsfähig eingeschätzte Truppenteile bestimmter Verbände auf dem Befehlsweg in sogenannte Freiwilligen-Detachements ausgegliedert, um sie so von ihren indolenten Stammformationen zu trennen, und mal wurden einzelne Offiziere von ihren vorgesetzten Kommandobehörden damit beauftragt, unter weidlicher Nutzung der noch vorhandenen militärischen Infrastruktur gänzlich neue Einheiten aufzustellen. Näherungsweise lassen sich bis zu elf verschiedene Formationstypen voneinander unterscheiden:<sup>6</sup>

1. **Grenzschutztruppen und Sicherheitsformationen**, die bereits vor der Heimkehr des Feldheeres von den lokalen Kommandobehörden meist aus Truppenteilen des Ersatzheeres aufgestellt und durch Freiwillige ergänzt wurden. Neben der Brigade z.b.V. 5 und der Freiwilligen Grenzschutz-Maschinengewehr-Kompanie Roßbach fallen hierunter beispielsweise auch die Republikanische Schutzwache aus München, die Kieler Eiserne Brigade oder das Berliner Unteroffiziersbataillon Suppe.
2. **Freiwilligenformationen für den Bereich des Oberbefehlshabers Ost**, die seit dem 15.11.1918 aus Freiwilligen der abziehenden Truppen, Stäbe und Etappenformationen und seit dem 15.12.1918 zusätzlich durch Werbung und Zuführung aus der Heimat aufgestellt wurden. Die Stämme der Eisernen Division sind in dieser Kategorie zu finden, ebenso die Schutztruppe Bug oder das Düna-Freikorps.
3. **Nicht-demobilisierte Verbände des Friedensheeres**, das heißt aktive Formationen der alten Armee, die auch nach ihrer Rückkehr in die Heimat mobil gehalten wurden und später allmählich durch Freiwillige verstärkt wurden. Hierzu zählen beispielsweise

se die 1. Garde-Division, die Garde-Kavallerie-Schützen-Division und die 1. Infanterie-Division, aber auch das Freikorps Schlesien (9. Infanterie-Division) und die Deutsche Schutzdivision (31. Infanterie-Division).

4. **Nicht-aufgelöste Kriegsformationen**, also zumeist Verbände der Reserve und der Landwehr, die nach Kriegsende nicht direkt in ihre Demobilmachungsstandorte überführt wurden, sondern weiterhin mobil blieben und nach und nach durch Freiwillige verstärkt wurden. Vertreten wird diese Gruppe unter anderem durch die 1. Garde-Reserve-Division, die 9. Reserve-Division und die 45. Reserve-Division.
5. **Freiwilligen-Detachements**, die sich auf Anweisung verschiedener Kommandostellen „aus Feldverbänden“ bildeten „und sich im Wesentlichen immer wieder aus denselben Verbänden ergänzten“, aber nicht genuin für den Grenzschutz im Osten vorgesehen waren. Das aus der 214. Infanterie-Division hervorgegangene Freiwillige Landesjägerkorps und das der 231. Infanterie-Division entstammende Freikorps Hülsen sind in dieser Kategorie vertreten.
6. **Freiwilligenformationen**, die sich auf Anweisung verschiedener Kommandostellen „durch freie Werbung gebildet hatten und sich auch weiter in dieser Weise ergänzten“, und ebenfalls nicht genuin für den Grenzschutz vorgesehen waren. Die Freikorps Lichtschlag, Lützow und Severin gehören in diese Gruppe.
7. **Freiwilligenformationen**, die auf Grundlage des Volkswehrgesetzes vom 12.12.1918 aufgestellt wurden. In

dieser Gruppe ist beispielsweise das in Berlin dislozierte Freischützenkorps Meyn zu finden.

8. **Freiwilligenformationen für den Grenzschutz Ost**, die auf Grundlage des Reichsmilitärgesetzes von 1874 und des Aufrufs der Reichsregierung vom Januar 1919 zum Schutz der deutschen Ostprovinzen aufgestellt wurden. Neben dem Bayerischen Freikorps für den Grenzschutz Ost zählen hierzu beispielsweise auch die Württembergische Freiwilligenabteilung Haas, das Freikorps Hindenburg und das Ostpreussische Freiwilligenkorps.
9. **Freiwilligenformationen für den Grenzschutz West**, die mit Einverständnis der Entente und auf Grundlage einer Verordnung des preußischen Kriegsministeriums vom 15.12.1918 aus den abziehenden Regimentern des Westheeres gebildet und zusätzlich durch Werbung aus dem Reichsgebiet ergänzt wurden, wie etwa das Grenzschutz-Pionier-Bataillon 115.
10. **Sicherheitsformationen der außerpreußischen Kontingents-Staaten** Bayern, Sachsen und Württemberg, die nur zum Einsatz innerhalb der Grenzen ihrer Bundesstaaten verpflichtet waren und sich formal außerhalb der Befehlsgewalt der OHL befanden. Typische Vertreter dieser Kategorie sind die Württembergischen und die Sächsischen Sicherheitstruppen sowie die bayerischen Volksheimatschutz- und Volkwehreinheiten.
11. **Zeitfreiwilligenformationen**, also Einheiten, die zwar unter militärischem Kommando standen, ihre Aufstellung aber häufig privater Initiative verdankten. Verbände dieser Art existierten in der Regel nur punktuell, in erster Li-

nie zur Bekämpfung innerer Unruhen, und lösten sich nach Beendigung ihres bewaffneten Einsatzes meist rasch wieder auf. Bekannte Vertreter dieser Gruppe sind die Freiwillige Wachabteilung Bahrenfeld, die Akademische Volkwehr Münster sowie die meisten bayerischen Freikorps.

Es hat sich bekanntermaßen eingebürgert, die oben aufgezählten Formationen pars pro toto als Freikorps zu bezeichnen. Diese Benennung zielt letztendlich jedoch am Kern der Sache vorbei. Das zeigt schon ein kurzer Blick in die Sprachgeschichte: Historisch handelt es sich bei den Freikorps um eine recht alte Einrichtung. Im deutschen Sprachraum sind die ersten Freikorps für das 18. Jahrhundert, vor allem für die Zeit des Siebenjährigen Krieges nachgewiesen. Es waren Formationen, die sich ausschließlich aus Freiwilligen rekrutierten, außerhalb der regulären Armee aufgestellt worden waren, trotzdem aber unter militärischen Oberbefehl standen. Dieselben drei Grundmerkmale, also Freiwilligkeit der Angehörigen, Organisation außerhalb der regulären Armee und Einsatz unter militärischem Oberbefehl, trafen einige Jahrzehnte später auch auf die Freikorps der Befreiungskriege zu. Die vermeintlichen Freikorps von 1918/19 erfüllen diese Kriterien nur bedingt. Zwar unterstanden sie alle einem militärischen Oberbefehl, doch waren sie nicht sämtlich außerhalb des regulären Heeres organisiert. Formationen wie etwa die Garde-Kavallerie-Schützen-Division mutierten 1918/1919 nicht einfach zu „Freikorps“. Juristisch betrachtet blieben sie bis zu ihrer Auflösung vielmehr das, was sie schon vorher gewesen waren: ein Teil der alten Armee. Ein noch größeres Fragezeichen muss hinter das Kriterium der Freiwilligkeit gesetzt werden. Denn bei weitem nicht alle Angehörigen der Regierungstruppen hatten sich aus eigenem Antrieb gemeldet.

Insbesondere Berufssoldaten und Kapitulantent konnten auch auf dem Befehlsweg zum Dienst in den Regierungstruppen verpflichtet werden.

Der gängige Freikorpsbegriff taugt also wenig, um die verschiedenen Formationen zu erfassen, die 1918/19 aus der alten Armee hervorgingen. Entsprechend wurde er im zeitgenössischen Sprachgebrauch nur sehr zurückhaltend und keinesfalls als Oberbegriff für alle oben aufgeführten Verbände verwendet. Das preußische Kriegsministerium beispielsweise unterschied im Dezember 1918 zwar säuberlich zwischen „Sicherheitstruppen“, „Freiwilligen-Grenzschutz-Formationen“ und „bestehengebliebenen Feldformationen“, kannte aber keine Gattung namens „Freikorps“.<sup>7</sup> Ebenso legte man in Bayern noch im Frühjahr 1919 größten Wert darauf, dass „Freikorps“ und „Volkwehren“ zwei völlig unterschiedliche Wehrkörper seien, die keinesfalls miteinander verwechselt werden dürften.<sup>8</sup>

Dort, wo damals dennoch ein Sammelausdruck benötigt wurde, wurde von den Zeitgenossen in Regel der Terminus der „Regierungstruppen“ verwendet. Um unnötige Irritationen zu vermeiden und den Blick für die Vielschichtigkeit des militärischen Transformationsprozesses von 1918/19 zu schärfen, bietet es sich an, diese Begrifflichkeit wiederzubeleben, ohne damit eine moralische oder politische Wertung zu verbinden. Regierungstruppen waren all die Truppen, die im Auftrag der zivilen Exekutive als militärisches Machtmittel eingesetzt wurden. Es handelte sich nicht notwendigerweise um regierungstreue Truppen.

## II. Aufbau, Organisation und soziale Zusammensetzung der Regierungstruppen

Die Regierungstruppen unterschieden sich nicht nur in der Art und Weise, wie

und zu welchem Zweck sie entstanden waren. Auch in Aufbau und Organisation glichen sie einander nur selten. Umgewidmete Frontdivisionen beispielsweise hatten in vielen Fällen ihre konventionelle Kriegsgliederung beibehalten und verfügten nicht selten über damals modernste Waffensysteme wie Tanks, Panzerautos, Flieger- oder Luftschiffabteilungen.<sup>9</sup> Andere Formationen konnten von einer derart üppigen Ausstattung mit Kriegs- und anderem Gerät nur träumen. Hier führte die reine Not mitunter zur Aufstellung eher kurioser Einheiten wie „Kavallerie-Maschinengewehr-Regimentern“<sup>10</sup> oder „bespannten Bootskanonen-Batterien“.<sup>11</sup> Auch die Größenunterschiede waren immens: Während einige Großverbände, wie etwa die im Baltikum eingesetzte Eiserne Division, tausende Soldaten zählten und entsprechend gut ausgebaute rückwärtige Dienste besaßen, verfügten beispielsweise die meisten der im April 1919 aufgestellten bayerischen Freikorps nur über Sollstärken von einigen Dutzend bis hundert Mann.

Neben den vielen Unterschieden bestand zwischen den Regierungstruppen aber auch eine große Gemeinsamkeit. Sie alle hatten einen mehr oder minder großen Anteil an Freiwilligen in ihren Reihen. Insbesondere auf der Ebene der Mannschaften waren die Formationen auf Verstärkung durch freiwillig dienende Soldaten angewiesen. Diese zu bekommen, war allerdings leichter gesagt als getan: Nach über vier Jahren Krieg herrschte in der Bevölkerung große Militärmüdigkeit. Heeresmissstände, Revolution und Niederlage hatten zusätzlich am Image der Streitkräfte genagt. Auch in den sogenannten „erwünschten Kreisen“ von Bürgertum und Landvolk, aus denen die alte Armee ihren Ersatz bevorzugt rekrutiert hatte, war die Bereitschaft zum Dienst an der Waffe gering geworden.

Um dennoch an die benötigten Soldaten zu gelangen, musste von den Regierungstruppen ein gewaltiger Werbeaufwand betrieben werden. Ein gängiger Weg dazu waren seit den ersten Tagen der Regierungstruppen Zeitungsannoncen oder Plakate, auf denen in mal mehr, mal weniger martialischer Form dazu aufgerufen wurde, sich dem Militär anzuschließen. Besonders hervorgehoben wurden dabei oft die großzügigen Vergütungssätze.<sup>12</sup> Nicht wenige Werbespezialisten hegten allerdings Zweifel am Nutzen der papiernen Propaganda. Nach über vier Jahren Krieg hatten sich gedruckte Parolen und Motive weitgehend abgenutzt. Speziell Plakate fielen in der Masse der übrigen Aushänge, beispielsweise den Aufrufen zur Wahl der Nationalversammlung, kaum mehr auf oder wurden einfach heruntergerissen. Als bei weitem effektivste Rekrutierungsmethode galt daher die persönliche Anwerbung vor Ort. Nahezu jeder Verband verfügte zu diesem Zweck über eigens abgestellte Werbeoffiziere, die über das Land reisten, in Städten und Gemeinden Vorträge hielten, ihre Zuhörer dabei insbesondere über die materiellen Vorzüge des Militärdienstes und die großzügigen Kündigungsregeln aufklärten und mitunter auch erste Voranmeldungen entgegennahmen. Um noch mehr Publikum anzulocken, wurde nicht selten versucht, die Werbevorträge durch öffentlichkeitswirksame Attraktionen wie Schießwettbewerbe mit Militärgewehren zusätzlich interessant zu machen. Die Männer, die ihr Interesse am Eintritt in die Streitkräfte signalisierten, erhielten von den Werbeoffizieren sodann meist die Anweisung, sich zu einem bestimmten Termin bei der jeweils nächstgelegenen Freiwilligensammelstelle einzufinden, wo ihre gesundheitliche Eignung geprüft wurde. Bestanden sie die Musterung, stand der Unterzeichnung eines förmlichen Dienstvertrags, in dem Rechte und Pflichten des neuen Soldaten

geregelt waren, nichts mehr im Wege. Bei den so geschlossenen Kontrakten handelte es sich stets um befristete Verträge mit einer Laufzeit von wenigen Wochen oder Monaten, die sich automatisch verlängerten, sofern ein Freiwilliger nicht rechtzeitig von seinem ebenfalls verbrieften Kündigungsrecht Gebrauch machte. Neben den gerade beschriebenen legalen Formen der Freiwilligenwerbung existierte allerdings auch ein nicht allzu kleines Repertoire an zumindest zweifelhaften bis gänzlich illegalen Methoden. Manche Werbeoffiziere hatten sich etwa darauf spezialisiert, ihren Ersatz nicht auf dem Weg der freien Werbung, sondern durch gezielte Abheuerung bei anderen Formationen zu gewinnen. Nicht minder fragwürdiges Terrain betraten solche Werber, die in Gegenden mit hoher Arbeitslosigkeit auf die Kommunen zutraten und diese dazu zu überreden versuchten, den Erwerbslosen von vornherein mit der Entziehung der Wohlfahrtshilfe zu drohen, wenn diese sich weigerten, „freiwillig“ in das Militär einzutreten. Gänzlich außerhalb des Gesetzes schließlich bewegten sich solche Werber, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen behaupteten, dass der Dienst in den Regierungstruppen nicht auf Freiwilligkeit beruhe, sondern gesetzliche Pflicht sei. Leider fällt es schwer, belastbare Schätzungen über die Stärke der Regierungstruppen abzugeben. Mit hinreichender Sicherheit lässt sich nur sagen, dass die Zahl der Soldaten, die insgesamt in den jeweiligen Formationen dienten, im März 1919 deutlich über 220.000, Ende April bei knapp 300.000 und im Frühsommer desselben Jahres schließlich bei rund 400.000 Mann lag. Für alle anderen Monate fehlt es an aussagekräftigem Material. Anzumerken ist außerdem, dass es sich bei den obigen Angaben um reine Momentaufnahmen handelt. Nicht erfasst ist die große Dunkelziffer all derjenigen Soldaten, die von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch

machten und nur zeitweilig und zwischen den genannten Stichdaten in den Regierungstruppen dienten.

Die Art und Weise, wie die Freiwilligen rekrutiert wurden, hatte naheliegenderweise große Folgen auf die soziale Zusammensetzung der Regierungstruppen. In den meisten Formationen dominierten Erwerbslose beziehungsweise wenig gebildete Angehörige unterer gesellschaftlicher Schichten. Gang und gäbe war unter den Truppenführern daher die Klage, dass sich die meisten ihrer Untergebenen nur für Geld interessierten beziehungsweise ihre Zeit beim Militär nur als Zwischenstation auf dem Weg zurück in die zivile Erwerbstätigkeit betrachten würden. Egentliches Interesse an der Armee, vor allem aber Verständnis für den militärischen Auftrag konnte man bei solchen Freiwilligen hingegen nicht zwingend voraussetzen.<sup>13</sup>

Aus Sicht der Kommandobehörden war dieser Zustand in mehrfacher Hinsicht ein Unding. Einerseits war zu befürchten, dass Soldaten, die nicht wussten, wofür sie eigentlich eingesetzt werden sollten, weniger Kampfbereitschaft zeigen würden. Andererseits glaubte man annehmen zu müssen, dass politisch indifferente Soldaten leicht zum Opfer der gegnerischen, meist kommunistischen Propaganda werden könnten. Regelrechte Unterwanderungssängste machten sich breit. Um Abhilfe zu schaffen, wurde in immer mehr Formationen eine Art Aufklärungsunterricht abgehalten, dessen Ziel es sein sollte, die Freiwilligen mit den wichtigsten politischen Grundbegriffen vertraut zu machen und ihnen darzulegen, wofür sie im Ernstfall kämpfen sollten. Es handelte sich um die Vorläufer jener berüchtigten Reichswehr-Kurse, die später durch die Tatsache, dass ein Adolf Hitler dort ebenfalls als Redner tätig war, zu trauriger Berühmtheit gelangen sollten. In der Tat lief der Aufklärungsunterricht mittel-

fristig auf eine politische Indoktrinierung der Soldaten hinaus. Unterminiert wurde seine Wirksamkeit freilich durch die hohe personelle Fluktuation in den Reihen der Mannschaften, die politisch bearbeitet werden sollten.

### III. Das Ende der Regierungstruppen und die Entstehung des Freikorpsmythos

Im Frühjahr 1919 herrschte im deutschen Militär ein lange nicht gekanntes Durcheinander: Freikorps, Freiwilligen-Detachements, Volkswehren, Grenzschutzverbände, Sicherheitstruppen und viele weitere als Notbehelfe geschaffene Formationen existierten in Reich und Bundesstaaten ungeordnet nebeneinander her und konkurrierten um Ausrüstung, Gelder und Freiwillige.<sup>14</sup>

Ein derart dysfunktionaler Zustand konnte keine Dauerlösung sein. Bereits um die Jahreswende 1918/19 nahmen im politischen Berlin deswegen Überlegungen Gestalt an, wieder Ordnung in die zerrütteten Streitkräfte zu bringen. Zu diesem Zweck wurde im Januar 1919 mit Billigung des Rats der Volksbeauftragten der Reichswehr-Ausschuss beim preußischen Kriegsministerium eingerichtet. Hauptaufgabe des Gremiums war es, eine neue Heeresstruktur zu konzipieren, in welche die Regierungstruppen sobald wie möglich überführt werden sollten. Konkret beinhaltete das vor allem, die gesetzliche Grundlage für die neu zu schaffende Übergangsarmer zu entwerfen. Das geschah mit dem „Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr“, das von der Reichsregierung am 27. Februar 1919 erfolgreich in die Nationalversammlung eingebracht wurde und eine Woche später in Kraft trat. Die Vorlage ermächtigte Reichspräsident Friedrich Ebert, „das bestehende Heer aufzulösen und eine vorläufige Reichswehr zu bilden, die bis zur

Schaffung der neuen reichsgesetzlich zu ordnenden Wehrmacht die Reichsgrenzen schützt, den Anordnungen der Reichsregierung Geltung verschafft und die Ruhe und Ordnung im Innern aufrechterhält.“<sup>15</sup> Damit neigte sich die Zeit der Regierungstruppen dem Ende zu. Letztendlich besaßen sie nur noch so lange eine Existenzberechtigung, wie die nunmehr in der Aufstellung begriffene vorläufige Reichswehr noch nicht einsatzfähig war. Für die rund 400.000 Regierungssoldaten bedeutete das, dass sie sich allmählich Gedanken über die eigene Zukunft machen mussten. Den Freiwilligen, die ohnehin nur aus materiellen Gründen zur Truppe gegangen waren, sich aber nicht dauerhaft an das Militär binden wollten, dürfte das nicht allzu schwer gefallen sein. Die Kontrakte, die sie mit ihren Einheiten geschlossen hatten, waren durch das Reichswehrgesetz nicht plötzlich ungültig geworden, sondern galten übergangsweise weiter. Sie hatten also noch etwas Zeit, um ihren Wiedereinstieg in die zivile Erwerbstätigkeit vorzubereiten. Das Wiederanspringen der Konjunktur, das ab Sommer 1919 in vielen Teilen Deutschlands zu beobachten war, kam den potenziellen Rückkehrern dabei zusätzlich entgegen. Neben der Fraktion derjenigen Männer, die das Militär ohnedies hinter sich lassen wollte, gab es natürlich auch Soldaten, die ihren Dienst gerne fortsetzen wollten. Auch ihnen kam das Gesetz vom 6. März 1919 entgegen. Denn dort war festgelegt worden, dass die Reichswehr prinzipiell „unter Zusammenfassung bereits bestehender Freiwilligenverbände“ aufgestellt werden, mithin also die Regierungstruppen den Grundstock der neuen Armee bilden sollten. Soldaten, die sich in solchen Formationen befanden, die zur Übernahme in die Reichswehr vorgesehen waren, besaßen realistische Chancen, endgültig übernommen zu werden. Auch die in der Entstehung begriffenen, oft militärähnlich

organisierten Landespolizeien boten vielen der Soldaten, die nicht in die Armee übernommen werden konnten, Aussicht auf Unterkommen.

Leider ist es kaum möglich, auch nur hinreichend zuverlässige Schätzungen zur Größe der gerade beschriebenen Gruppen abzugeben. Das vorhandene Material reicht hierzu einfach nicht aus. Für die vorläufige Reichswehr war für das Frühjahr 1920 eine Zielgröße von 200.000 Mann ausgegeben worden, also nur die Hälfte der Stärke der vorhandenen Regierungstruppen vom Frühsommer 1919. Trotzdem musste jene einen ähnlich hohen Werbeaufwand wie diese betreiben. Daher liegt der Gedanke nahe, dass bei weitem nicht jeder Freiwillige danach strebte, in die neue Armee übernommen zu werden. Viel eher ist davon auszugehen, dass die Zahl der Männer, die bewusst in das bürgerliche Leben zurückkehren wollten, mindestens in den hohen Zehntausender-, vielleicht sogar in den niedrigen Hunderttausenderbereich gegangen sein dürfte.

Die allermeisten der Soldaten, die einmal den Regierungstruppen gedient hatten, verschwanden nach 1919/20 also von der historischen Bildfläche, ohne dass sie danach jemals wieder uniformiert in Erscheinung getreten wären. Woher rührt dann aber das bis heute gängige Bild der Freikorpskämpfer als „Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich“, wie der Historiker Matthias Sprenger es einmal sehr prägnant zusammengefasst hat?<sup>16</sup> Oder anders gefragt: Wenn in absoluten Zahlen gesehen die meisten Freiwilligen entweder in das zivile Leben, zur Reichswehr oder eben zur Polizei gingen, warum bestimmen dann nicht diese die gängige Meinung über die sogenannten Freikorps? Die Antwort auf diese Fragen führt unmittelbar in die späten 1920er und frühen 1930er Jahre. Damals, rund ein Jahrzehnt nach den Ereignissen von 1918, rollte die erste große Erinnerungswelle an den lan-

ge aus dem allgemeinen Gedenken verdrängten Weltkrieg über Deutschland hinweg. Es war beileibe kein Zufall, dass Autoren wie Erich Maria Remarque, Edlef Köppen oder Arnold Zweig ausgerechnet in dieser Zeit ihre berühmten Antikriegsromane vorlegten. Vor dem Hintergrund der heraufziehenden Krise der späten Weimarer Republik erfreute sich allerdings auch die unmittelbare Nachkriegszeit des wachsenden Interesses der Öffentlichkeit. Theodor Pliviers große Revolutionserzählung „Der Kaiser ging, die Generäle blieben“ aus dem Jahr 1930 beispielsweise war eine kaum verschleierte Anklage gegen die damaligen Regierungspolitiker um Friedrich Ebert, die angeblich durch fahrlässiges und kurzsichtiges Handeln eine wirklich durchgreifende, demokratische Erneuerung Deutschlands verspielt hatten. Immer häufiger wurde die nahe Vergangenheit zur Folie für die Deutung der Gegenwart.

Diese Entwicklung machte auch vor dem Bereich des Militärischen nicht Halt: Langsam aber sicher begann sich der Inhalt des Freikorpsbegriffs zu wandeln. Anerkannte Nachschlagewerke, die noch zur Mitte der 1920er Jahre unter den Freikorps ausschließlich die Freiwilligenformationen des 18. und 19. Jahrhunderts gefasst hatten, gingen nun dazu über, auch die Nachkriegstruppen von 1918/19 unter diesem Eintrag zu fassen. Eine allmähliche Bedeutungsverschiebung hatte eingesetzt, deren Ziel indessen erst nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten 1933 offenbar werden sollte. „Freikorps“, so die nun verbreitete Definition, seien durch „taktkräftige Offiziere [...] oft gegen den Willen der politischen Machthaber“ aufgestellt worden. Sie seien „antirepublikanisch aus dem Zwange des politischen Geschehens“ gewesen, hätten das „materielle Moment“ verabscheut und allein „für die Rettung des Vaterlandes“ gekämpft. „[U]nter dem Druck der damaligen Machthaber“ seien

sie 1919/20 zwar aufgelöst worden, doch bereits 1923 hätten sich ihre Angehörigen dennoch an der „Organisation und Durchführung des aktiven Ruhrwiderstandes beteiligt“. Von ihrer Umwelt dafür „verachtet, verleumdet und verfolgt“ seien sie schließlich „den Weg des Nationalsozialismus“ gegangen, um in „den nat[ional]-soz[ialistischen] Sturmabteilungen und in der Schutzstaffel“ weiterzukämpfen.<sup>17</sup>

Der vormalige militärische Gattungsbegriff „Freikorps“ war im „Dritten Reich“ also zur Chiffre für eine paramilitärisch-voluntaristische Bewegung mutiert, die angeblich seit jeher auf das Regime Adolf Hitlers hingearbeitet hatte. Den Nationalsozialisten selbst gab die Umdeutung der „Freikorps“ Gelegenheit, sich in einem größeren, für sie schmeichelhaften historischen Kontext zu verorten. Störende Elemente wie die, dass zumal republikanische Kräfte nicht selten an der Entstehung der „Freikorps“ aktiv mitgewirkt hatten und dass die Freikorpskämpfer materiellen Werten tatsächlich alles andere abgeneigt gewesen waren, wurden einfach ausgeblendet.

Weidlich bedient und gefördert wurde der nationalsozialistische Freikorpsmythos durch eine wachsende Anzahl von Romanen und anderen, meist belletristischen Darstellungen, in denen alle mittlerweile geläufigen Vorstellungen zu den „Freikorps“ durchexerziert wurden. Brandis' „Baltikumer“ waren nur ein Beispiel von vielen. Neben ihm brachten nun auch viele andere ehemalige „Freikorps“-Kämpfer wie Walter von Medem, Peter von Heydebreck und Herbert Volck ihre Erinnerungen zu Papier. Generalleutnant Rüdiger von der Goltz, seinerzeit Oberbefehlshaber der im Baltikum eingesetzten Regierungstruppen, brachte es sogar fertig, sich selbst zu revidieren: Hatte er 1920 in seinem Erstling „Meine Mission in Finnland und im Baltikum“ noch recht moderat über die damalige Reichsregierung geur-

teilt und dafür gewisse Zweifel an der Zuverlässigkeit seiner Untergebenen durchscheinen lassen, schlug er in der 1936 unter dem Titel „Als politischer General im Osten“ erschienenen Neuauflage seines Werkes gänzlich andere Töne an. Seine Soldaten stilisierte er nun zu glaubensfesten Protofaschisten, sich selbst zum verratenen Helden, der im Baltikum heimlich daran gearbeitet habe, einen Militäraufstand gegen die verhasste Republik zu initiieren.

Wie populär das Freikorpsgenre in Deutschland zeitweilig war, zeigt sich nicht zuletzt auch daran, dass Schriftsteller wie Edwin Erich Dwinger, Hanns Heinz Ewers oder Gertrude von Brockdorff, die aus verschiedenen Gründen selbst nie in einem „Freikorps“ gedient hatten, auf den fahrenden Zug aufsprangen und eigene Romane vorlegten, in denen nahezu alle einschlägigen Klischees bedient wurden. Der politische Mythos, der sich um die „Freikorps“ gebildet hatte, war mittlerweile offensichtlich stark genug, um sich selbständig fortzupflanzen. Umso weniger kann es verwundern, dass die Zahl der nach der „Machtergreifung“ erschienenen Darstellungen zu den Freikorps die Menge der zwischen 1919 und 1933 vorgelegten Titel schon bald bei weitem überstieg.<sup>18</sup>

Die damals entstandene Erinnerungsliteratur prägt unser Bild der Regierungstruppen bis heute: Hagen Schulzes noch immer vielgelesene Studie „Freikorps und Republik“<sup>19</sup> von 1967 stützt sich, ähnlich wie Hannsjoachim W. Kochs Monographie „Der Deutsche Bürgerkrieg“<sup>20</sup> aus dem Jahr 1978, in erster Linie auf Freikorpsromane. Nicht nur unterschwellig wurden dadurch belletristische Klischees in die wissenschaftliche Literatur übertragen. Hundert Jahre nach Kriegsende sollte es an der Zeit sein, sich von lieb gewonnenen Vorstellungen zu trennen. Die Forschung ad fontes in den Archiven ruft!

## Literatur

Bergien, Rüdiger: Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933 (= Ordnungssysteme, Band 35), München 2012.

Keller, Peter: „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr.“ Die deutsche Armee 1918–1921 (= Krieg in der Geschichte, Band 82), Paderborn u.a. 2014.

Sprenger, Matthias: Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos, Paderborn u.a. 2008.

1 \* Der vorliegende Beitrag baut im Wesentlichen auf der Studie des Verfassers: „Die Wehrmacht der Deutschen Republik ist die Reichswehr.“ Die deutsche Armee 1918–1921 (= Krieg in der Geschichte, Band 82), Paderborn u.a. 2014 auf. Cordt von Brandis, Baltikumer. Schicksal eines Freikorps, Berlin 1939.

2 Vgl. Bernd F. Schulte, Die deutsche Armee 1900–1914. Zwischen Beharren und Verändern, Düsseldorf 1977.

3 Vgl. Bernhard Neff, „Wir wollen keine Paradetruppe, wir wollen eine Kriegstruppe...“. Die reformorientierte Militärkritik der SPD unter Wilhelm II. 1890–1913, Köln 2004.

4 Vgl. Rüdiger Bergien, Die bellizistische Republik. Wehrkonsens und „Wehrhaftmachung“ in Deutschland 1918–1933 (= Ordnungssysteme, Band 35), München 2012, v.a. S. 47–59.

5 Vgl. Christof von Ebbinghaus, Die Memoiren des Generals von Ebbinghaus, Stuttgart 1928, S. 45–47.

6 Die nachfolgende Aufstellung ist entnommen aus: Keller, Wehrmacht (wie Anm. 1), S. 85 f.

7 Vgl. Armee-Verordnungsblatt 1918, S. 948.

8 Vgl. Bayerisches Kriegsministerium an Generalkommandos des II. und III. bayerischen Armeekorps, 18. April 1919; Bayerisches Hauptstaatsarchiv. Abteilung IV: Kriegsarchiv [BayHStA-KA], Freikorps, Bd. 51/I.

9 Vgl. exemplarisch die Gliederung der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, der Deutschen Schutzdivision und des Freikorps Hülsen, in: Darstellungen aus den Nachkriegskämpfen deutscher Truppen und Freikorps, Bd. 6: Die Wirren in der Reichshauptstadt und im nördlichen Deutschland 1918–1920, hrsg. v. der Kriegsgeschichtlichen Forschungsanstalt des Heeres, Berlin 1940, S. 197–206.

10 Vgl. Geschichte des Detachements Lierau 1918/19, o.D.; Bundesarchiv-Militärarchiv, PH 26, Nr. 12, Bl. 5.

11 Vgl. Darstellungen, Bd. 6 (wie Anm. 9), S. 199.

12 Schon in einem der frühesten ermittelten Freiwilligenaufrufe ist davon die Rede, dass den potenziellen Rekruten „im Hinblick auf die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes und der sonstigen Verhältnisse in Deutschland [...] nicht wenig für den freiwilligen Eintritt geboten“ würde, nämlich Unterkunft, ausreichende Verpflegung und großzügige Bezahlung; Aufruf der 10. Armee, November/Dezember 1918, Generallandesarchiv Karlsruhe [GLAK], 456 F 134/135, Nr. 181.

13 Im Nachrichtenblatt Nr. 75 des XIV. Armeekorps war hierzu im Juni 1919 zu lesen: „Es steht ohne Zweifel, dass der überwiegende Teil der Offiziere und Mannschaften den Dienst in den Freiwilligen-Verbänden lediglich als eine reine Versorgungsfrage betrachten. Aus idealen Beweggründen geht wohl nur ein verschwindend kleiner Teil mit, während die grosse Mehrheit auch jeder anderen Regierung dienen würde, sofern sie die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Leute befriedigt.“ GLAK, 456 F 5, Nr. 460, Bl. 156 f.

14 Vgl. hierzu die Denkschrift: Entwick[er]ung und derzeitige Gestaltung der Reichswehr (nach dem Stande vom 15.6.1919)“; BayHStA-KA, Reichswehr-Brigade 22, Bd. 2.

15 Reichsgesetzblatt 1919, S. 295.

16 Matthias Sprenger, Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos, Paderborn u.a. 2008.

17 Art. „Freikorps“, in: Meyers Lexikon, 8. Aufl., Bd. 4, Leipzig 1938, Sp. 658 f. Zur Umdeutung des Freikorpsbegriffs vgl. außerdem Sprenger (wie Anm. 16), S. 55–61 u. S. 119–125.

18 Vgl. Sprenger (wie Anm. 16), S. 28 f.

19 Hagen Schulze, Freikorps und Republik 1918–1920 (= Wehrwissenschaftliche Forschungen, Band 8), Boppard/Rhein 1969.

20 Hannsjoachim W. Koch, Der deutsche Bürgerkrieg. Eine Geschichte der deutschen und österreichischen Freikorps 1918–1923, Berlin u.a. 1978.

Frank Wernitz

## Die „bayerische“ Reichswehr 1919-1920 Betrachtungen zu Uniform und Identität

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges nahm die Uniform des deutschen Soldaten eine weitgehend repräsentative Rolle ein, die in einem eigentümlichen Kontrast zum industriellen Zeitalter des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts stand. Deren leuchtende Farben und auffällige Abzeichen hatten ursprünglich den Effekt, die Truppen auch bei erschwerten Sichtverhältnissen durch Nebel, Rauch und Staub auf dem Schlachtfeld erkennen und sogar nach Waffengattungen unterscheiden zu können. In der Friedenszeit zwischen 1871 und 1914 entwickelte sich die Uniform in Verbindung mit den unterschiedlichsten Farbkombinationen und Schmuckelementen aber nach und nach zu einem Kennzeichen der landsmannschaftlichen Zugehörigkeit und des Traditionswertes der einzelnen Regimenter und Bataillone. Sie war ein bildhafter Ausdruck der historischen, gesellschaftlichen und kulturellen Überlieferungen im deutschen Kontingentsheer. „In der ungebrochenen Farbigeit und traditionsgebundenen Note dieser Uniformen kamen der Überlieferungsstolz der Armeen und der Nationalstolz dieser Epoche zum Ausdruck.“<sup>1</sup>

### Feldgrau in Krieg und Frieden

Zu Beginn des Krieges trat an die Stelle des „bunten Rockes“, mit dem das Militär vor 1914 seine physische und kulturelle Präsenz in der Öffentlichkeit unterstrichen hatte, ein einförmiges Feldgrau. Es war die Antwort auf das seit Ende des 19. Jahrhunderts veränderte Gefechtsfeld. Weitreichende Waffensysteme und raucharmes Pulver hatten in Bezug auf das militärische Bekleidungswesen ein Umdenken eingeleitet, da es im Gegensatz zu früheren Zeiten nunmehr darauf ankam, die eigenen Kräfte durch gedeckte Uniformfarben möglichst lange dem feindlichen Blickfeld zu entziehen. Ungeachtet dessen stieß die unter militärischen Gesichtspunkten erforderliche Abschaffung des blauen Waffenrocks für den Feldgebrauch in konservativen Armeekreisen, vor allem im Umfeld Kaiser Wilhelms II. (1859-1941) vorerst noch auf hartnäckigen Widerstand.<sup>2</sup> Aber bereits nach wenigen Kriegsmonaten war „Feldgrau“ an der Front wie auch in der Heimat „zu einem festen Begriff, ja zur Symbolfarbe des deutschen Heeres überhaupt geworden.“<sup>3</sup> In der öffentlichen Wahrnehmung wurden damit nicht nur das „soldatische Leben im Schützengraben“,<sup>4</sup> sondern auch „große militärische Leistungen und hoher Opfermut“<sup>5</sup> in einem technisch-indust-



riellen Massenkrieg verbunden. Die moderne Kriegstechnologie und die Taktik des Stellungskrieges machten jedoch die tradierten Vorstellungen des soldatischen Individuums schnell obsolet. „Als sein eigentliches Subjekt erwies sich nicht der feldgraue Held, sondern die große Maschinerie.“<sup>6</sup> Politik, Militär und Medien als gesellschaftliche Deutungseliten nahmen daher Einfluss auf den öffentlichen Diskurs, um die grausame Realität des Massenkrieges mit dem Ideal des soldatischen Heroismus zu versöhnen. Der „Feldgraue“ wurde folglich zum Synonym für alle Angehörigen des deutschen Heeres und leistete damit einer nachhaltigen Glorifizierung des Frontkämpfers Vorschub.<sup>7</sup> 1916 war die feldgraue Uniform neben dem Eisernen Kreuz und dem im selben Jahr eingeführten Stahlhelm fester Bestandteil eines vestimentären Zeichensystems<sup>8</sup> im deutschen Heer, da „in dem neuen Rock die Söhne ebenso heldenmütig zu siegen und auch zu sterben verstehen, wie es einst die Väter in dem alten getan haben.“<sup>9</sup> Diese so nicht erwartete Akzeptanz einer ursprünglich nur für Manöver- und Kriegszwecke eingeführten Tarnuniform entkräfteten die letzten noch in der Tradition behafteten Bedenken des Monarchen. Am 27. September 1915 wurde für die künftige Friedensuniform an Stelle des durch den Weltkrieg überholten „Preußischblau“ eine feldgraue Grundfarbe festgelegt. Obgleich sie weitgehend die farbigen Elemente wie Kragen, Ärmelaufschläge und Schulterklappen sowie individuelle Schmuckelemente bzw. Stickereien der alten Friedensuniform übernommen hatte, war man sich einig darin, „daß der feldgraue Rock sich immerdar als ein ebensolches Sieges- und Ehrenkleid erweisen wird, wie es der alte blaue getan hat.“<sup>10</sup>

Der Weg zum Siegeskleid wurde der feldgrauen Uniform durch den militärischen Zusammenbruch zwar verwehrt, doch

trotz des Waffenstillstandes vom 11. November 1918 sollte der Krieg für einen Teil der „Feldgrauen“ noch nicht beendet sein. Die Auseinandersetzungen um die Nachkriegsordnung auf nationaler und internationaler Ebene ließen das gesellschaftliche und staatliche Leben in Deutschland als einen einzigen Gewaltzusammenhang begreifen.

Die „unruhigen“ Jahre 1918 bis 1920 bergen im Hinblick auf die deutschen Streitkräfte noch eine weitere Problematik in sich. Parallel zur Demobilisierung einer Armee von mehreren Millionen Soldaten vollzog sich in zwei Stufen der Aufbau eines neuen Heeres, das nach dem Willen der Siegermächte lediglich einen Umfang von 100.000 Mann haben durfte. Zwischen der Auflösung der alten und der definitiven Errichtung der neuen bewaffneten Macht füllten neu gebildete Freiwilligenformationen und lokale Sicherheitswehren diese Lücke. Um diese Einheiten auf die nötige Stärke zu bringen, wurden den Freiwilligen kurze Verpflichtungszeiten zugestanden. Nicht nur ehemalige Soldaten, sondern auch viele junge, ungediente Leute meldeten sich, oft um Phasen der Arbeitslosigkeit zu überbrücken. Auch wenn die Werbeauftrufe den Grenzschutz im Osten betonten, waren die neuen Verbände aus der Siucht der Reichsregierung vor allem dazu da, ihre Autorität im Reichsinnern gegen revolutionäre Unruhen und kommunistische Umsturzversuche durchzusetzen.<sup>11</sup> Das militärische Gefüge in Deutschland und in Bayern war deshalb bis 1920 durch ständig wechselnde Bezeichnungen und Zuordnungen sowie Auflösungen und Neuerrichtungen auf allen Ebenen gekennzeichnet.<sup>12</sup> Feldgrau bestimmte auch das äußere Erscheinungsbild der nach 1918 entstandenen Formationen und Truppenteile und symbolisierte damit nicht nur die entbehrungsreichen Kriegsjahre, sondern stand auch für eine dauerhafte Verankerung der „Uniform

des Schützengrabens“ in der Nachkriegszeit.<sup>13</sup> Im Gegensatz zu der im Jahre 1915 projektierten, schmucken feldgrauen Friedensuniform<sup>14</sup> sollte die Bekleidung der künftigen Reichswehr aber „schmucklos“ und „den bitteren Tagen der Not und der schleichenden Fremdherrschaft angemessen“ sein.<sup>15</sup> Doch eingedenk dessen, dass Feldgrau zum Symbol eines ganzen Weltgeschehens geworden war, konnte die Identifikationsbereitschaft des einzelnen mit der Organisation erhalten werden: „Auch der Soldat des Reichsheers trägt es, so schmuck- und anspruchslos es ist, voller Stolz. Denn es ist ja die Farbe, unter der seine Väter und Brüder bluteten und starben.“<sup>16</sup>

Am 6. März 1919 hatte die verfassunggebende Nationalversammlung als oberstes Staatsorgan des Reiches das Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr verabschiedet und den Reichspräsidenten ermächtigt, das noch bestehende Heer aufzulösen und die Grundlagen für die Errichtung einer modernen gesamtdeutschen Armee zu schaffen.<sup>17</sup> Mit Blick auf die seit 1871 bestehende Militärhoheit und in Opposition zum Berliner „Zentralismus“ sprach sich die bayerische Regierung jedoch gegen das Gesetz aus, um nicht den Eindruck zu erwecken, sie „hätte sich vollständig der Reichswehr, und damit in den Augen vieler Bayern Preußen, unterworfen.“<sup>18</sup> Vielmehr hatte sie am 13. Februar 1919 eine Verordnung in Kraft treten lassen, die „alle wehrfähigen Männer des Volksstaates Bayern“ aufrief „sich zum freiwilligen Eintritt in den Volksheimatschutz“ zu melden. Die als Gegenstück zur „vorläufigen Reichswehr“ gedachten Verbände sollten zusammen mit „bereits bestehenden Friedenstrupenteilen [...] als Stämme für die spätere Aufstellung der von der Volksvertretung zu beschließenden Heeresorganisation“ dienen.<sup>19</sup> Zwei Wochen zuvor hatte das Ministerium für militärische Angelegen-

heiten als Nachfolgebehörde des bayerischen Kriegsministeriums trotz aller politischen Gegensätze Bekleidungsrichtlinien für die immer noch bestehende bayerische Armee erlassen, die sich im Wesentlichen an den von der Reichsregierung erlassenen „Vorläufigen Bestimmungen über Bekleidung und Anzug im Friedensheer“ vom 19. Januar 1919 orientierten.<sup>20</sup> Beide Verordnungen waren Sinnbilder des politischen Umsturzes, da sie grundlegende Eingriffe in Organisation und Struktur des bisherigen Wehrkörpers vornahm und so „das Ende einer hierarchischen Beziehung und die Negation eines aufgezwungenen Ideals“ markierten.<sup>21</sup>

Insbesondere die Offiziere standen in politischer Hinsicht „vor den Trümmern ihres traditionellen Selbstverständnisses als treueste Paladine der Monarchie.“<sup>22</sup> Sie erfuhren zusammen mit dem Unteroffizierskorps den tiefsten Einschnitt im äußeren Erscheinungsbild, da sie ihre Schulterstücke und Tressen gegen „behelpsmäßige“ Abzeichen eintauschen mussten. Die Dienstgrade der Offiziere und Unteroffiziere sollten nunmehr durch hellblaue Tuchstreifen, die am linken Ärmel von Rock, Bluse und Mantel aufgenäht waren, kenntlich gemacht werden.<sup>23</sup> Für den als Reichsregierung amtierenden Rat der Volksbeauftragten wie auch für die bayerische Landesregierung war die Abkehr von den traditionellen militärischen Insignien in erster Linie ein politisches Zugeständnis an den Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte, die im Rahmen der sogenannten „Hamburger Punkte“ vom 18. Dezember 1918 die Forderung erhoben hatten, Rangabzeichen und das außerdienstliche Waffentragen abzuschaffen, um so der Zertrümmerung des Militarismus und der Abschaffung des Kadavergehorsams einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen.<sup>24</sup> Diese „Degradierung“ wurde vom Offizierskorps als eine öffentliche Entehrung aufgefasst, d.h. durch den Ver-

lust der Rangabzeichen als Insignien der Autorität hatte sich die Offizierssehne als eine verletzliche erwiesen. „Denn Ehre galt den Offizieren als Substrat ihrer sozialen Identität (innere Ehre), die wiederum eng an äußere Zeichen und Symbole (äußere Ehre) gebunden war.“<sup>25</sup> Das traf natürlich auch für die Offiziere der Freikorps zu. Die Niederwerfung der Münchner Räterepublik steigerte das Selbstbewusstsein der daran beteiligten Formationen. Einige ihrer Kommandeure schwangen sich zu Interessenvertretern des gesamten bayerisch/deutschen Offizierskorps auf. So legte der Führer des Freikorps Görlitz gegen die Aberkennung der alten Rangabzeichen gleich direkt Beschwerde beim Berliner Kriegsministerium ein: „Dass es sich bei der Abschaffung der Achselstücke und Tressen ganz ausschließlich um eine Frage der Ehre und nicht der Zweckmäßigkeit handelt, unterliegt [...] nicht dem leisesten Zweifel. [...] Die als einer der bekannten sieben Punkte im Dezember 1918 aufgestellte Forderung auf Abschaffung der Achselstücke und Tressen muß jetzt als durch die Ereignisse längst überholt angesehen werden. [...] Jeder unserer Leute hat das durchaus richtige Empfinden, dass das Entfernen der Achselstücke und Tressen in letzter Linie weiter nichts ist, als ein Nachgeben gegenüber denselben Elementen, von denen wir uns im Kampf für die Regierung Bluthunde und Noskegarde beschimpfen lassen müssen. Es ist ein Unding von einer Truppe zu verlangen, dass sie einerseits die regierungsfeindlichen Elemente mit der Waffe in der Hand bekämpfen soll, während sie andererseits sehen muß, daß aus Furcht vor diesen selben Elementen ihren Offizieren und Unteroffizieren die bisherigen Abzeichen genommen werden.“<sup>26</sup>

## Der Kampf um die Schulterstücke

Für die militärischen Eliten stellten der Verlust der Schulterstücke zusammen mit der zum gleichen Zeitpunkt erfolgten Aufhebung der bisherigen Grußpflicht wie auch das Verbot des außerdienstlichen Waffentragens<sup>27</sup> ehrenrührige Anmaßungen dar, die sie als eine „Umkehrung des traditionellen Verhältnisses zwischen befehlenden Offizieren und gehorchenden Mannschaften“ begriffen.<sup>28</sup> Offiziere und Unteroffiziere fühlten sich dadurch aus der im Umbruch begriffenen Gesellschaft ausgeschlossen und gerieten „in einen prekären Zustand der Statusunsicherheit und der Absonderung von [ihrem] angestammten Platz in der Gesellschaft“, da sie sich nicht mehr auf die äußeren Symbole ihrer Autorität berufen konnten.<sup>29</sup> Auf der anderen Seite repräsentierten die traditionellen Rangabzeichen für die Wortführer der Revolution die Ehre eines nationalen Kollektivs, mit dem sie sich nicht länger zu identifizieren bereit waren „Die Achselstücke sind das Kaiserliche Hoheitsabzeichen der Offiziere, das sie getragen haben und mit dem sie einen Einfluss ausübten. [...] daß [ist] mit ein Grund [...], daß die Soldaten sich voll den Offizieren unterwerfen müssen. [...] Es ist selbstverständlich, daß neue Abzeichen geschaffen werden müssen, denn diese Hoheitsabzeichen kann es nicht mehr geben. [...] Wir können nicht darauf Rücksicht nehmen, daß die einzelnen Offiziere sich gekränkt fühlen [...] Der Offizier, der die Achselstücke nicht ablegt, ist eben ein Anhänger der Gegenrevolution.“<sup>30</sup>

So nahm der Kampf um die Wiederherstellung ihrer verletzten Ehre für die militärischen Eliten oberste Priorität ein. Befeuert wurde diese Frage noch dadurch, dass die Offiziere des bayerischen Freikorps Epp von ihrer vorgesetzten Dienststelle „noch keine Weisung erhalten“ hatten, die neuen Dienstgradabzeichen anzulegen. Dies

wurde vom Oberkommando Möhl<sup>31</sup> damit begründet, dass sie es deshalb nicht könnten, „weil ihre eigenen Leute darin eine Nachgiebigkeit erblicken würden.“ Zugleich wurde mit Blick auf die Verhältnisse außerhalb Bayerns festgestellt: „In Norddeutschland hat der Offizier ohne Achselstücke mindere Geltung.“<sup>32</sup> Diese Ungleichbehandlung war zwar den Führern anderer Freikorps ein Dorn im Auge, da „der Umstand, dass die dem Korps Epp angehörenden Offiziere und Unteroffiziere Achselstücke und Tressen tragen, [...] vielfach zu Missstimmung“ führe, doch in der Frage der alten Rangabzeichen war man sich einig: „Der Verlust der alten Abzeichen musste von den Offizieren und Unteroffizieren der Verbände, bei denen sie bisher getragen wurden, als schwere Kränkung und Schädigung ihres Ansehens empfunden werden.“ Aus diesem Grund wurde die Forderung erhoben, den Verbänden, die in die Reichswehr überführt werden würden, Achselstücke und Tressen wiederzugeben. „Geschiehe dies nicht, so entstünde dem Gefühl der davon Betroffenen und der Ansicht der Aussenstehenden nach gewissermassen Offiziere und Unteroffiziere II. Klasse.“ Es werde deshalb erwartet, „den Offizieren und Unteroffizieren, die trotz aller erfahrenen Kränkungen, Zurücksetzungen und Anfeindungen treu auf ihrem Posten ausgehalten und sich rückhaltlos in den Dienst des Vaterlandes und der Regierung gestellt haben, eine Wiedergutmachung durch die Zubilligung des Tragens der alten Abzeichen zuteil“ werden zu lassen.<sup>33</sup> Das Gruppenkommando 4 in München, das seinerseits einen offiziellen „Antrag auf Wiedereinführung der alten Abzeichen als aussichtslos betrachtete“, sah keine andere Möglichkeit, als alle Beschwerdeführer auf die in Berlin kurz vor dem Abschluss stehenden Bekleidungs-vorschriften für das Reichsheer und auf die internen Bestrebungen zu verweisen,

diese dann auch für die bayerischen Truppen einzuführen, „damit die Unterschiede in den Abzeichen verschwinden.“<sup>34</sup>

Da die Münchner Aprilereignisse des Jahres 1919 die militärische Handlungsunfähigkeit deutlich zu Tage treten ließen und das Vorhaben, reichsunabhängige Truppen aufzustellen, sich als unrealistisch herausstellte, entschloss sich die bayerische Landesregierung im Juli 1919, die eigenen Truppenteile in die Reichswehr zu überführen und so der Einheit des deutschen Heeres nicht mehr im Weg zu stehen.<sup>35</sup> Mit der Verabschiedung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 ging die bayerische Wehrhoheit endgültig in die Kompetenz des Reiches über. Am 10. Juni 1919 war bereits das Reichsgesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr für Bayern – allerdings noch in Verbindung mit den Regelungen des Bündnisvertrages vom 23. November 1870 – übernommen und die Verfügung vom 5. Mai 1919 „Bestimmungen über die Bekleidung und Ausrüstung der vorläufigen Reichswehr“ auch für die bayerischen Truppen zur Geltung gebracht worden. Letztgenannte war für alle Verbände maßgebend, die in die vorläufige Reichswehr überführt werden sollten, aber auch für die noch bestehenden Rumpfvverbände der alten Armee. Allerdings hatten die zur Übernahme vorgesehenen Teile „gemeinsame“ Abzeichen anzulegen, sprich mattgraue Doppellitzen am Kragen und einen Eichenlaubkranz am Mützenbund, der die Reichskokarde umschloss.<sup>36</sup> Damit wollte die an neuen Symbolen arme Republik bei ihren Adressaten ein Kollektiv- oder Gruppengefühl erzeugen, rief aber bei den nicht für die vorläufige Reichswehr vorgesehenen bayerischen Truppenteilen so große Empörung hervor<sup>37</sup>, dass sich das Berliner Kriegsministerium zu einer Rechtfertigung veranlasst sah. „Um aber den durch die Auflösung des alten Heeres, die Bildung von Freiwilligen-Formationen und

schließlich der Reichswehr hervorgerufen völlig verworrenen Zuständen auf dem Gebiet der Rang- und Uniformabzeichen ein Ende zu machen und innerhalb des deutschen Heeres Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Verbände auch nach außen hin wiederherzustellen, war es unbedingt nötig, die Uniform nur auf Angehörige der vorläufigen Reichswehr zu beschränken.“ Für die nicht zur Reichswehr gehörenden Offiziere und Unteroffiziere, so das Ministerium, war hinsichtlich der Gradabzeichen und Schulter Schnüre eine Gleichstellung mit der Reichswehr herbeigeführt und dem Ehrenstandpunkt der Offiziere durch Kokarde und Portepees Rechnung getragen worden.<sup>38</sup>

Die neue Bekleidungs Vorschrift rief aber auch bei den Offizieren und Unteroffizieren der bayerischen Truppenteile, die in die Reichswehr übernommen werden sollten, größten Unmut hervor. Nach wie vor waren sie nur durch unscheinbare Schulter Schnüre aus Drahtgespinnst und mattsilberne, 1 cm breite Tressen an beiden Ärmeln gekennzeichnet. Noch kurz vor dieser Entscheidung hatten wiederum Freikorpsführer versucht, durch eine konzentrierte Aktion aller Freikorps einen Paradigmenwechsel in Berlin herbeizuführen: „Nach telegrafischer Mitteilung Oberstleutnant Faupel steht Frage der Achselstücke und Tressen dicht vor endgültiger Entscheidung. Erfolg ist nur zu erwarten, wenn beschleunigt energische Eingaben aller Freikorps gemacht werden. In Berlin ist man über Stimmung der Truppe falsch unterrichtet.“<sup>39</sup> Es verwundert also nicht, dass nach Inkrafttreten der neuen Bekleidungsrichtlinien die Enttäuschung unter den Offizieren und Unteroffizieren groß war und aus allen Teilen des Reichs Anträge auf Wiedereinführung der alten Schulterstücke und Tressen gestellt wurden.<sup>40</sup>

Der Reichswehrminister Gustav Noske (1868-1946) sah deshalb keine andere Möglichkeit, als ein Rundschreiben an die

ihm unterstellten Dienststellen zu richten und bei allem Verständnis für ihre Anliegen folgendes klarzustellen: „Ich kann es im Interesse der Ruhe und Sicherheit im Reiche aber nicht verantworten, die endlich wiederhergestellte Einheitlichkeit und Geschlossenheit im deutschen Heere, deren äußeres Zeichen die gemeinsame Reichswehruniform ist, durch die Erfüllung derartiger Wünsche wieder zu gefährden und hoffe, daß in der Armee hierfür volles Verständnis herrscht. Kokarden, Portepees und Schulter Schnüre tragen dem Ehrenstandpunkte, die Ärmelabzeichen überdies dem praktischen Bedürfnis der nötigen Unterscheidung Rechnung.“ Abschließend appellierte der Minister noch an die Gehorsamspflicht seiner Offiziere: „Da Anerkennung der Regierungsverordnungen Vorbedingung für die Zugehörigkeit zur Reichswehr ist und bleiben muß, ersuche ich alle Dienststellen daran mitzuwirken, daß die Regierungsverordnung vom 5.5.19 unabhängig von der persönlichen Auffassung des Einzelnen nach Möglichkeit rasch durchgeführt wird.“ Zudem verbat er sämtlichen Kommandobehörden „etwaige Anträge der unterstellten Verbände auf Beibehaltung der bisherigen Rangabzeichen“ erneut vorzulegen, forderte vielmehr „die Verbände anzuweisen, künftig die unmittelbare Absendung derartiger Protestkundgebungen an mich oder den Herrn Kriegsminister zu unterlassen [...]“.<sup>41</sup> Neben dem Topos „soziale Ehre“ wurde von den bayerischen Truppen auch Klage über die Unzweckmäßigkeit der neuen Rangabzeichen geführt. Primärer Kritikpunkt war, „dass es gerade unter den heutigen Zuständen schwer ist, den Offizier einwandfrei als solchen zu erkennen. Mannschaften tragen Offizierskokarden wie Uniformen, andererseits Offiziere ohne jegliche Gradabzeichen sichtbar sind. So ist es den Unteroffizieren und Mannschaften nicht zu verdenken, wenn sie mit dem militärischen Gruss, den sie

meistens gern erweisen würden, sehr zurückhaltend sind.“ Daraus ergebe sich die Forderung, dass es im „Interesse der Disziplin und Manneszucht“ angebracht wäre, „wenn diese den militärischen Gruss hindernden Umstände“ durch die Wiedereinführung der alten Dienstgradabzeichen abgestellt werden und somit zur „Wiederherstellung einer einwandfreien Strassendisziplin“ beitragen würden.<sup>42</sup>

Auch außerhalb Bayerns wurde in diesem Sinne argumentiert. So beschwerte sich der Befehlshaber im Wehrkreis VI, Generalleutnant Oskar von Watter (1861-1939), beim Reichswehrgruppen-Kommando 2 in Kassel, dass sich die „neuen Abzeichen [...] in keiner Weise bewährt [...] haben.“ Die Anbringung am Ärmel sei viel zu unauffällig, zudem aus minderen Material hergestellt, das „nach kurzer Zeit verblasst und kaum von einer Strassenseite zur anderen gesehen wird.“ Ein Vorgesetzter könne folglich von Untergebenen nicht erkannt und entsprechend begrüßt werden. Darüber hinaus sei auch die Unterscheidung zwischen Offizier und Unteroffizier durch den blanken bzw. matten Schieber an den Schulter Schnüren „nach 8 Tagen Tragezeit nicht mehr zu erkennen, da das blanke Metall stumpf“ geworden sei. Vor diesem Hintergrund sehe man sich mit einer „Schädigung der Strassen und Gefechtsdisziplin“ konfrontiert. Auf völliges Unverständnis stöße auch die Tatsache, „dass die nichtmilitärische Sicherheitspolizei Achselstücke trägt, die bei Offizieren bereits das Aussehen der im Frieden bei der Armee üblichen eingenommen haben [...]“ Watter forderte deshalb das Gruppenkommando auf, „die Wiedereinführung der alten Abzeichen zu erwägen und alle Truppen zu dieser Frage zu hören.“<sup>43</sup> Der ungebrochene Widerstand des Offizier- und Unteroffizierkorps gegen die neuen Dienstgradabzeichen zeigte Wirkung. In Berliner Regierungskreisen war

man sich zwar bewusst, dass die Reichswehr keine unbedingt zuverlässige republikanische Einrichtung war, aber sie „übte einfach durch ihre Existenz, dank der konservativen Haltung ihrer Führung, Schutzfunktionen [...] aus“<sup>44</sup> und war insofern ein Bollwerk gegen Putschversuche und Aufstände linker wie rechter Extremisten. Dies mag wohl ein Grund gewesen sein, warum mit der Bekleidungs Vorschrift vom 22. Dezember 1920, die die Uniformierung der Reichswehr endgültig festlegte, das Reichswehrministerium dem Drängen der Truppe nachgegeben und wieder auf die traditionellen und bewährten Dienstgradabzeichen zurückgriffen hatte. Die Rückkehr der Achselstücke und Tressen begründete Reichswehrminister Otto Geßler (1875-1955) lapidar mit „praktischen Erwägungen“. So würden sich die Ärmelabzeichen leichter abnutzen und seien deshalb teurer.<sup>45</sup>

### Erinnerungsabzeichen gleich Landsmannschaftliche Abzeichen und umgekehrt

Obwohl sich die vorläufige Reichswehr staatsrechtlich ausschließlich als eine Reichseinrichtung verstand und alle Truppen und Verbände erstmals in der deutschen Heeresgeschichte die gleiche Uniform trugen, sollte doch ihrer geschichtlichen Entwicklung aus den Kontingentsheeren der deutschen Einzelstaaten durch eine weitgehende Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Eigenarten Rechnung getragen werden. Dies wurde zum einen durch die gemäß Bekleidungs Vorschrift vom 10. Mai 1919 verbindlich vorgeschriebene Landeskokarde an Dienst- und Feldmützen gewährleistet. Daneben bot die besagte Vorschrift, die bekanntermaßen seit dem 10. Juni 1919 auch für die bayerische Reichswehr galt, die Möglichkeit, weitere landsmannschaftliche Abzeichen an der Uniform zu tragen. Hierunter

waren konkret die Abzeichen von in der bayerischen Reichswehr aufgegangenen Freiwilligenverbänden zu verstehen.<sup>46</sup> Angesichts der seit Ende Februar 1919 um sich greifenden revolutionären Bewegung in Südbayern, die die Autorität der Reichsregierung in Frage stellte und der gleichzeitig zu Tage getretenen Unfähigkeit der amtierenden Landesregierung, die Räterepublik zu bekämpfen, hatte sich Berlin für eine militärische Intervention entschieden. In dieser Zwangslage rief der bayerische Ministerpräsident Johannes Hoffmann (1867-1930) dazu auf, eigene Freikorps aufzustellen, da er die „Befreiung vom Kommunismus nicht nur den Preußen verdanken“ wollte.<sup>47</sup> Zwischen Mitte April und Anfang Mai 1919 waren so weit mehr als 20 Freikorps unterschiedlicher Stärke auf bayerischem Boden entstanden. Nach der „Befreiung“ Münchens reklamierten diese Verbände, die sich seit Aufstellung als genuin bayerische Einheiten verstanden bzw. deren Angehörige fast ausnahmslos Landeskinder waren und ihrer Auffassung nach so in einem besonderen Gefolgschafts- und Treuverhältnis zur Regierung standen, für sich die gebührende soziale Anerkennung. Eine entscheidende Rolle bei der Zuerkennung von Ehre, Prestige und Ansehen spielte dabei der „bayerische Oberbefehlshaber“ bei der Operation gegen München. Generalmajor von Möhl (1867-1944) wirkte dabei zwar nur als „Durchgangsbefehlsstelle“ zwischen dem eigentlichen Befehlshaber, dem preußischen Generalleutnant von Oven, und den bayerischen Truppen. Nach der Besetzung Münchens trat er aber am 11. Mai 1919 an die Spitze des Bayerischen Reichwehrgruppenkommandos 4 und damit der höchsten Reichswehrbefehlsstelle in Bayern. 13 bayerische Freikorps wurden in die vorläufige Reichswehr übernommen und nur 11 im Laufe des Jahres aufgelöst.<sup>48</sup> Ehemalige bayerische Freikorpskämpfer wurden durch tragbare Abzeichen, die

eine institutionalisierte Form der Ehrung darstellten, ausgezeichnet. Diese Abzeichen waren eine mediale Inszenierung des Sieges gegen die Räterepublik und führten zur Manifestation einer speziellen Erinnerungskultur, die auch der Selbstvergewisserung als einer militärischen Elite diene. Mit der kollektiven Ehrung der „Befreier Münchens“ sollte nicht nur deren politische Loyalität gesichert werden, sie war auch als Reverenz an die soldatische Ehre gedacht. Deren Kampf- und Opferbereitschaft hatte Vorbild für Kameraden und Bevölkerung zu sein. Doch nur jene, die ein auf dieses Ereignis bezogenes Abzeichen trugen, waren in der Lage, aus der Anonymität hervorzutreten und als „Vaterlandsverteidiger“ gegenüber Zivilisten und Kameraden aufzutreten. So gestattete man den Freikorpsangehörigen, „die sich bei einem Freiw.[illigen] Verbände besondere Verdienst erworben haben“ und die nicht in die Reichswehr übernommen werden konnten, „das Abzeichen dieses Verbandes zu ihrem Zivilanzug“ weiterzutragen.<sup>49</sup> Die Trageberechtigung war sogar „von den Truppenteilen in die Entlassungspapiere einzutragen [...]“. Alle ehemaligen Angehörigen „von in die Reichswehr überführten Freiwilligenverbänden“ besaßen die Genehmigung, deren Abzeichen an ihren Uniformen zu tragen „zur Erinnerung an die [...] mitgemachten Kämpfe zur Befreiung Münchens.“<sup>51</sup> Die daraufhin von den Verbänden zahlreich eingereichten Anträge auf Tragen der Sonderabzeichen, die gleichzeitig den Rang von landsmannschaftlichen Abzeichen besaßen,<sup>52</sup> wurden in der Regel von den vorgesetzten Dienststellen genehmigt.<sup>53</sup> Doch durch die permanente Auflösung, Umstrukturierung, Neuordnung und Umbenennung der bayerischen Einheiten und Verbände – gelegentlich innerhalb weniger Wochen – war ein so unübersichtliches Gemenge entstanden, dass sich das Reichswehrgruppen-Kommando

4 im Auftrag des Reichswehrministeriums<sup>54</sup> am 3. April 1920 an die unterstellten Brigaden 21, 23 und 24 mit der Bitte wandte, eine Liste der Truppenteile vorzulegen, „denen durch die Reichswehrbefehlsstelle Bayern, das Gruppenkommando oder das

Reichswehrministerium das Tragen von Freiwilligen- oder Landsmannschaftsabzeichen genehmigt worden ist.“<sup>55</sup> Hierauf zeigten die Reichswehr-Schützenbrigade 21 und 24 folgende in der Truppe getragenen Sonderabzeichen an:<sup>56</sup>

<b>Reichswehr-Schützenbrigade 21</b>	
Bayerisches Gebirgs-Jäger Bataillon (III. Bataillon) des Reichswehr-Infanterie-Regiments 42 4. Batterie des Bayerischen Reichswehr-Artillerie-Regiments 21	Weißes Edelweiß auf grüner Raute am linken Oberarm <sup>57</sup>
Alle übrigen Truppen der Reichswehr-Schützenbrigade 21	Plakette mit Löwenkopf auf schwarzer Raute am linken Oberarm
<b>Reichswehr-Brigade 23</b>	Keine Freiwilligenabzeichen
<b>Reichswehr-Brigade 24</b>	
1. Batterie des Bayerischen Reichswehr-Artillerie-Regiments 24	2 gelbe Eichenlaubzweige am linken Oberarm unter dem Armspiegel
2. batterie des Bayerischen Reichswehr-Artillerie-Regiments 24	Silberner Tannenzweig am linken Oberarm
4. Batterie des Bayerischen Reichswehr-Artillerie-Regiments 24	Gelber stehender Löwe im Kreis mit Buchstaben „BZ“ auf schwarzer Samtraute am linken Oberarm
Leichte Munitionskolonnen des Bayerischen Reichswehr-Artillerie-Regiments 24	Silbernes Eichenlaub am linken Oberarm
Stab III. Abteilung des Bayerischen Reichswehr-Artillerie-Regiments 24	Silberner Tannenzweig am linken Oberarm
I. Bataillon des Bayerischen Reichswehr-Infanterie-Regiments 47	Gekreuzte gelbe Eichenlaubzweige am linken Oberarm unter dem Armspiegel
Bayerisches Reiter-Regiment 17	
2. Schwadron	Silberne Plakette mit Tschapka am linken Oberarm
3. Schwadron	Silberne Plakette mit Georgi-Ritter am linken Oberarm
4. und 6. Schwadron	Bronzene Plakette mit Löwenkopf auf schwarzer Raute = Freiwilligenabzeichen des bayerischen Schützenkorps

Für die Trageerlaubnis der o.g. Sonder- bzw. landsmannschaftlichen Abzeichen war zuvor über den Kommandeur des Reichswehrgruppenkommandos Nr. 4, der zugleich Landeskommandant war,

die Genehmigung des Ministeriums für militärische Angelegenheiten“ wie auch des Reichswehrministeriums eingeholt worden. Sie galten somit als offiziell genehmigt. Da Ende des Jahres 1920 die

endgültigen Bekleidungsrichtlinien für das „fertige gebildete“ Reichsheer herausgegeben werden sollten, wandte sich das Reichswehrministerium am 29. Oktober 1920 erneut an die jeweiligen Landeskommandanten und bat unter Berufung auf die „Weimarer Vereinbarung und den Entwurf zum Reichswehrgesetz“, die den „Landeskommandanten mit Zustimmung des Reichswehrministeriums und der Länderregierungen“ das Recht einräumte, die landsmannschaftlichen Abzeichen zu bestimmen“, Vorschläge einzureichen. Nach Auffassung des Ministeriums wäre es wünschenswert, wenn als einziges landsmannschaftliches Abzeichen „an der Dienstmütze über der Reichskokarde und an der Feldmütze am Besatzstreifen eine Kokarde in den Farben der Landsmannschaft, der der Truppenteil angehört“ getragen werden würde. Da man in Bayern den plötzlichen Übergang „vom selbständigen bayerischen Heer mit eigener Heeresverwaltung zu der in Berlin zentralisierten Heeresinheit“<sup>58</sup> noch nicht so recht verarbeitet hatte, eine völlige Rückkehr zur aufgehobenen bayerischen Militärhoheit aber nicht mehr in Betracht kam, wollte man zumindest im Rahmen der Uniformen die landsmannschaftliche Geschlossenheit der 7. bayerischen Reichswehrdivision herausstellen, die sich „als Erbe der alten bayerischen Armee“<sup>59</sup> verstand.

Wie kein anderes Symbol boten sich Sonderabzeichen als Ausdruck einer gruppenspezifischen Kollektivethik an, mit denen eine Beziehung zwischen materiellem Signifikant und der symbolischen Bedeutung, dem Signifikat, hergestellt werden konnte. Im Rahmen der Anhörung entbrannte in der bayerischen Division eine lebhaft diskutierte Frage, bis zu welcher Ebene Sonderabzeichen getragen werden sollten. Ein Bataillonskommandeur des bayerischen Schützen-Regiments 42 setzte sich für seine Verantwortungs-

ebene ein: „Scheinbar nebensächliche Dinge wie besondere äußere Abzeichen sind Faktoren, die den Stolz des einzelnen Mannes und damit die Einwirkungsmöglichkeit auf Ehrgeiz und Leistung fördern. Ein Sonderabzeichen eines Bataillons wirkt intensiver wie ein Sonderabzeichen eines größeren Verbandes.“<sup>60</sup> Der Infanterieführer, dem die taktische Führung aller Infanterie-Regimenter der 7. Bayerischen Division oblag, teilte diese Auffassung nicht, sondern favorisierte die Divisionsebene: „M.[eines] E.[rachtens] haben die Freikorpsabzeichen für kleinere Verbände nach Schaffung einer ständigen Armee ihre Berechtigung verloren. Lediglich ein Zeichen, das die Landsmannschaftliche Zusammengehörigkeit betont, ist von Bedeutung. Hierfür ist aber das Eppzeichen das gegebene. Sollte es nicht auf das ganze bayerische Kontingent ausgedehnt werden, [...] so umfasst es doch die bayerischen Kernlande (Ober- Niederbayern, Schwaben und einen Teil der Pfalz).“<sup>61</sup> Das Gruppenkommando hingegen hegte Pläne, bei denen nicht mehr die Erinnerung an die Freikorps, sondern an die alte bayerische Armee im Zentrum stand.

Der bayerische Landeskommandant Generalleutnant Arnold Ritter von Möhl legte deshalb mit Zustimmung der Landesregierung dem Reichswehrministerium eine Liste vor, die folgende Anträge für das bayerische Kontingent im Reichsheer beinhaltete: Neben der bayerischen Kokarde an der Feld- und Dienstmütze sollten das bayerische Offiziersspornee und die bayerische Unteroffiziers- und Kapitulantentroddele wieder eingeführt werden, der Stahlhelm auf der linken Seite ein weiß-blaues Wappen tragen und – sofern im Reichsheer das Tragen von Säbeln gestattet sei – wieder die Säbel nach bayerischem Muster verwendet werden dürfen. Des Weiteren sollten die Lanzen der Unteroffiziere und Mannschaften des Bayerischen Reiter-Regiments 17 die alten bayerischen

Lanzenflaggen zeigen und bei Beibehaltung der die Truppen und Waffengattungen unterscheidenden Armspiegel diese die Farben und Nummern der Truppenteile, deren Tradition von den einzelnen Reichsheerverbänden gepflegt würde. Obwohl Artikel 3 der Weimarer Verfassung seit dem 11. November 1919 die Reichsfarben „Schwarz-Rot-Gold“ vorschrieb, forderte Möhl für das bayerische Kontingent die „Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Kokarde [...] als Erinnerungszeichen an die unter dieser Kokarde im Verein mit anderen deutschen Truppen durchfochtenen Kämpfe des Weltkrieges.“ Zudem bat er, „daß entsprechend den Wünschen der Truppen und der alten Regimentsvereinigungen“ für das bayerische Kontingent die alten Parademärsche und das Führen der monarchischen „Fahnen und Standarten bei festlichen Gelegenheiten durch die Kompagnien u.s.w., denen die Pflege der Überlieferung der alten Armeetruppenteile übertragen ist“ genehmigt werde. Er säumte nicht hinzuzufügen, „dass auch diesen beiden Anträgen [...] die Bayer. Landesregierung zugestimmt [hat].“<sup>62</sup>

Nach Prüfung durch das Reichswehrministerium konnte das bayerische Wehrkreiskommando am 8. November 1920 zufrieden feststellen, dass folgende landsmannschaftliche Abzeichen von Berlin abgenickt wurden und somit für die 7. Bayerische Division in Frage kamen. Ein kleines weiß-blaues Wappenschild auf der linken Seite des Stahlhelms, die Landeskokarde über der Reichskokarde, die weiterhin die Farben Schwarz-Weiß-Rot zeigen durfte, das Führen der Säbel nach bayerischem Muster, soweit Tragen des langen Säbels überhaupt in Frage kam, die Wiedereinführung der alten Lanzenflaggen beim Reiter-Regiment 17, das Tragen von Armspiegeln in den Farben und mit den Nummern der alten Truppenteile, die Beibehaltung des bayerischen Offiziers-Portepees einschließlich der speziellen

Troddeln für Unteroffiziere und Kapitulantententroddele sowie die Beibehaltung der bayerischen Märsche.<sup>63</sup>

Wenn die Bekleidungsrichtlinien vom 10. Mai 1919 davon sprachen, dass die Bekleidung für alle Angehörigen der Reichswehr im Schnitt und in der Ausstattung gleich und aus feldgrauem Grundtuch sei, so traf das für das bayerische Reichsheerkontingent seit Anfang November 1920 nur noch bedingt zu. Bayern war es gelungen, eine Anzahl von äußeren Kennzeichen durchzusetzen, um so rein optisch seine Truppen von denen der anderen Kontingente abzuheben. Damit hatte sich – Zufall oder nicht – eine Parallele zu den Jahren 1915/16 ergeben, in denen im Rahmen der Neuuniformierung des alten Reichsheeres Bayern seine letzten charakteristischen Uniformkennzeichen fallen lassen musste. König Ludwig III. (1845-1921) hatte daraufhin auf die Einführung eines besonderen Hoheitsabzeichens (der weiß-blauen Krageborte) gedrängt, „das die bayerischen Truppen aus den übrigen Verbänden des Reiches heraushob und auch in der vereinfachten feldgrauen Uniform das bayerische Kontingent leicht erkennbar machte.“<sup>64</sup>

### Schwarz-Weiß-Rot anstelle Schwarz-Rot-Gold

Hoheitszeichen stellen im Allgemeinen äußere Sinnbilder der staatlichen Gewalt dar und zeigen an, dass der Träger im hoheitlichen Auftrag tätig ist. Über ihre Gestaltung und die Trageberechtigten entscheiden die Staatsoberhäupter und Regierungen. Solche Symbole dienen aber auch der Selbstdarstellung eines Staates, da mit ihnen eine Integrationswirkung gegenüber den heterogenen und oftmals auseinanderstrebenden Gesellschaftsschichten eines Gemeinwesens verbunden wird und sie somit für die Einheit des Volkes stehen. Wie bereits dargelegt, legte Artikel 3 der

Reichsverfassung vom 11. August 1919 fest, dass die Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold seien, und seit dem 29. September 1919 sollte dieses republikanische Staatssymbol als Emblem des Reiches auch die Dienstmützen aller Reichswehrangehörigen zieren. Umso erstaunlicher ist es, dass Berlin – offensichtlich davon unbeeindruckt – Ende Oktober, Anfang November 1920 dem Antrag des bayerischen Gruppenkommandos 4 auf Beibehaltung der schwarz-weiß-roten Kokarde zugestimmt hat.

Die Weimarer Verfassung hatte es nicht vermocht, zur allgemein akzeptierten Gestalt deutscher Staatlichkeit zu werden, sondern galt selbst in alles andere als revolutionär gesinnten Kreisen als Notlösung. Eben dieser Charakter der Notlösung, des Provisorischen, Vorübergehenden gab Raum für Auseinandersetzungen um die politische Grundstruktur des Reiches. Die Anhänglichkeit an das Alte war noch weit verbreitet. Die neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold, oft als Schwarz-Rot-Senf verspottet, blieben nicht nur in der Truppe ungeliebt, während die Farben Schwarz-Weiß-Rot auch nach dem Untergang der Monarchie noch einen hohen Stellenwert besaßen. Unter diesen Farben hatte die Armee vier Jahre lang gekämpft, sie bedeckten die Bahnen der Gefallenen und wehte auf untergehenden Schiffen. „Die Entente konnte zu einem billigen Triumph kommen: Das Schuldbekenntnis hatten sie uns abgepreßt; aber unsere Flagge haben wir freiwillig gestrichen.“<sup>65</sup> Obwohl der Bildersturm auf die Hoheitszeichen der Monarchie lediglich ein Nebenkriegsschauplatz auf dem Schlachtfeld der revolutionären Ereignisse war, hatten sie für die direkt involvierten Akteure eine einschneidende Bedeutung. Zu deutlich stand noch vielen das Bild von den revolütierenden Matrosen und Soldaten vor den Augen, die ihre Kokarden von den Mützen rissen, weil sie das Sinnbild all dessen wa-

ren, „wofür man jahrelang gekämpft hatte – und zu kämpfen nicht mehr bereit gewesen war.“<sup>66</sup> Was Wunder, wenn sich umgekehrt der konservative Militärapparat einhellig gegen die neue Reichskokarde aussprach, da ihr das Odium des „Dolchstoßes“ und der militärischen Niederlage anhing. Der Wunsch nach Beibehaltung der am 22. März 1897 im deutschen Reichsheer erstmals eingeführten schwarz-weiß-roten Kokarde muss deshalb als eine Negierung der Weimarer Republik betrachtet werden, die sich eben auch in der Farbkombination Schwarz-Rot-Gold wieder spiegelt. Die bayerische 7. Division hatte damit ihre Bindung an das Alte und ihren Protest gegen das Neue sinnbildlich formuliert.<sup>67</sup> Der Großteil ihrer Offiziere, aber auch die Unteroffiziere und Mannschaften empfanden die Abschaffung der alten Reichsfarben einmütig als einen „unglücklichen, dem Volksempfinden zu wenig Rechnung tragenden Beschluß [...], der einen Mangel an nationalem Taktgefühl, um nicht zu sagen an Nationalgefühl überhaupt, bekundet.“<sup>68</sup> Erst am 1. Februar 1921 wurde die neue Reichskokarde in den Farben Schwarz-Rot-Gold für die bayerischen Reichswehrtruppen obligatorisch. Auch das Ringen der Offiziere und Unteroffiziere um die Wiedereinführung der Achselstücke und Tressen muss als eine der nicht zu unterschätzenden Folgewirkungen des verlorenen Krieges betrachtet werden. Der symbolpolitische Kampf um die Dienstgradabzeichen hatte sich zu einer weiteren Kraftprobe für die junge Republik ausgewachsen, bei der sie nicht obsiegen konnte. Mit derartigen Widerständen aus der eigentlich „unpolitischen“ Reichswehr konfrontiert, sah sich das Reichswehrministerium gezwungen, zumindest temporär bestimmten bayerischen Forderungen zur Gestaltung der Reichswehruniform nachzugeben. Allein die in diesem Beitrag ausgewählten Beispiele unterstreichen aber, dass die in der

bayerischen Reichswehr von Anfang an vorhandenen restaurativen Tendenzen ganz besonders an der Entwicklung der Uniform abzulesen waren, mit der die alten Legitimitäts- und Loyalitätsstrukturen wiederhergestellt werden sollten.

1 Jürgen Kraus (Bearb.) Vom bunten Rock zum Kampfanzug. Uniformentwicklung vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Gegenwart. Ingolstadt 1987 (= Veröffentlichungen des Bayerischen Armeemuseums, Bd. 9), S. 61. Zur Farbenpracht und Formenvielfalt der deutschen Armeen vor dem Ersten Weltkrieg vergl. exemplarisch die Bildbände von Ulrich Herr / Jens Nguyen, Die deutsche Kavallerie von 1871 bis 1914. Uniformierung und Ausrüstung, Wien 2006 (= Kataloge des Bayerischen Armeemuseums Ingolstadt, Bd. 5) und Dies., Die deutsche Infanterie von 1871 bis 1914. Uniformierung und Ausrüstung, Wien 2008 (= Kataloge des Bayerischen Armeemuseums Ingolstadt, Bd. 6).

2 Jürgen Kraus, Die feldgraue Uniformierung des deutschen Heeres 1907 bis 1918. Hrsg. v. d. Deutschen Gesellschaft für Heereskunde e.V. aus Anlass ihres 100jährigen Bestehens (1898-1998), Bd. 1, Osnabrück 1999, S. 22 f.

3 Kraus, Uniformierung (wie Anm. 2), S. 43.

4 Christoph Raichle, Hitler als Symbolpolitiker. Stuttgart 2014, S. 96.

5 Kraus, Uniformierung (wie Anm. 2), S. 43.

6 Hildegard Hogen, Die Modernisierung des Ich. Individualitätskonzepte bei Siegfried Krauer, Robert Musil und Elias Canetti, Würzburg 2000, (= Epistemata. Reihe Literaturwissenschaft, Bd. 323), S. 58.

7 Nach Kriegsende betrieben zahlreiche rechtskonservative Organisationen und Verbände einen regelrechten Kult „um die toten Helden“ sowie die nachhaltige Glorifizierung des Frontkämpfers. Die Stilisierung und Überzeichnung des einfachen „feldgrauen“ Weltkriegssoldaten hin zu einem heroischen Vorbild für die Jugend der Weimarer Republik war weit verbreitet – bis hinein in das republiktreue Lager. Vergl. u.a. Gudrun Brockhaus, Attraktion der NS-Bewegung, Essen 2014; Nils Werber / Stefan Kaufmann / Lars Koch (Hrsg.): Erster Weltkrieg. Kulturwissenschaftliches Handbuch. Stuttgart, Weimar 2014, S. 400; Benjamin Ziemann, Gewalt im Ersten Weltkrieg. Töten. Überleben. Verweigern, Essen 2013 und Raichle, Hitler (wie Anm. 4).

8 Winkle, Ralph: Der Dank des Vaterlandes. Eine Symbolgeschichte des Eisernen Kreuzes 1914 bis 1918, Essen 2007, S. 27.

9 Freiherr v.d. Osten-Sacken u.v. Rhein, [...]: Deutschlands Armee in feldgrauer Kriegs- und Friedens-Uniform. Mit den amtlichen Bestimmungen und einen erläuternden Text. Berlin 1916, S. 5.

10 Ebd.

11 Zu den Freikorps vergl. Hagen Schulze, Freikorps und Republik, Boppard a. R. 1969 (= Militärgeschichtliche Studien, Bd. 8); Harold J. Gordon jr., München, Böhmen und die bayerische Freikorpsbewegung. In: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte 38 (1975), S. 749-759 sowie mit Blick auf Europa Robert Gerwarth, John Horne (Hrsg.), Krieg im Frieden. Paramilitärische Gewalt nach dem Ersten Weltkrieg, Göttingen 2013; zu den Selbstschutzverbänden. „Ausführungsbestimmungen zur Bildung einer Volkswehr“, 14. April 1919. BayHStA Abt IV Kriegsarchiv, Freiwilligen-Verbände Nr. 575; Kai-Uwe Tapken, Die Reichswehr in Bayern von 1919 bis 1924, Hamburg 2002 (= Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 26), S. 134-164 und David Clay Large, The Politics of Law and Order: A History of the Bavarian Einwohnerwehr 1918-1921, Transactions of the American Philosophical Society 70.2 (1980), S. 1-87.

12 Othmar Plöckinger, Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918-1920, Paderborn, München, Wien, Zürich 2013, S. 21f. Grundlegend hierzu immer noch Georg Tessin, Deutsche Verbände und Truppen 1918-1939. Altes Heer, Freiwilligenverbände, Reichswehr, Heer, Luftwaffe, Landespolizei. Bearb. auf Grund d. Unterlagen d. Bundesarchivs-Militärarchivs; hrsg. m. Unterstützung d. Bundesarchivs u. d. Arbeitskreises f. Wehrforschung. Osnabrück 1974.

13 Patrick Oliver Heinemann, Rechtsgeschichte der Reichswehr 1918-1933, Leiden, Boston, Singapore, Paderborn 2018 (= Krieg in der Geschichte, Bd. 105), S. 164.

14 Siehe hierzu den Bildband von Jürgen Kraus, Die deutsche Armee im Ersten Weltkrieg. Uniformierung und Ausrüstung – 1914 bis 1918, Wien 2004 (= Kataloge des Bayerischen Armeemuseums Ingolstadt, Bd. 2), S. 158-161.

15 Der preußische Kriegsminister Reinhardt gegenüber der Nationalversammlung. Zit. nach Heinemann, Rechtsgeschichte (wie Anm. 13), S. 165.

16 Die Reichswehr. Sammelbilderalbum. Hrsg. vom Haus Neuerburg, Waldorf-Astoria u. Eckstein-Halpaus. [Dresden] 1933.

17 Vergl. Reichsgesetzblatt Nr. 57 (1919), S. 295.

18 Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 83.

- 19 Vergl. Ministerium für militärische Angelegenheiten. Verordnungs-Blatt Nr. 10 (1919), S. 177 und Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 82.
- 20 Diese waren bereits seit dem 28. Januar 1919 für die bayerische Armee verbindlich. Siehe Ministerium für militärische Angelegenheiten. Verordnungs-Blatt Nr. 7 (1919), S. 114ff.
- 21 Winkle, Dank (wie Anm. 8), S. 214.
- 22 Peter Keller, Epochenende. Die bayerische Armee und der militärische Umbruch von 1919/19. in: Günther Kronenbitter / Markus Pöhlmann (Koord.), Bayern und der Erste Weltkrieg, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, München 2017, S. 219-229, hier S. 219.
- 23 Ministerium für militärische Angelegenheiten. Verordnungs-Blatt Nr. 7 (1919), S. 114f.
- 24 Die „Hamburger Punkte“ abgedruckt bei Rainer Wohlfeil / Hans Dollinger, Die Deutsche Reichswehr. Bilder. Dokumente. Texte. Zur Geschichte des Hunderttausend-Mann-Heeres 1919-1933. Wiesbaden 1977, S. 20.
- 25 Winkle, Dank (wie Anm. 8), S. 230.
- 26 Oberstleutnant Faupel an das Kriegsministerium Berlin, 11. Mai 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo, Nr. 20.
- 27 Bestand vor dieser Bestimmung eine Grußpflicht Untergebener gegenüber allen Ranghöheren, welche allgemein Vorgesetzte waren, sollte sich diese Pflicht während des Dienstes nur noch auf die unmittelbaren Vorgesetzten beschränken. Außer Dienst wurde die Grußpflicht aufgehoben. Siehe Ministerium für militärische Angelegenheiten. Verordnungs-Blatt Nr. 7 (1919), S. 115 (Verbot des außerdienstlichen Waffentragens) und 116f. (Grußpflicht). Hierzu ausführlich auch Heinemann, Rechtsgeschichte (wie Anm. 13), S. 169-172.
- 28 Winkle, Dank (wie Anm. 8), S. 217.
- 29 Winkle, Dank (wie Anm. 8), S. 229f.
- 30 Gerhard Obuch (1884-1960), Sozialist und Rechtsanwalt, anlässlich einer Sitzung des Vollzugsrates am 9. Dezember 1918. Abgedr. in: Gerhard Engel / Bärbel Holtz / Ingo Materna (Hrsg.): Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte in der Revolution 1918/19: Dokumente der Vollversammlungen und des Vollzugsrates. Vom Ausbruch der Revolution bis zum 1. Reichsrätekongress, Berlin 1993, S. 680. Auch für einen Großteil der Bevölkerung scheinen die traditionellen Achselstücke und Tressen Stein des Anstoßes gewesen zu sein. Vergl. Oberkommando Möhl an das Militär-Ministerium, 6. Mai 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 20 und Reichswehrbefehlsstelle Bayern an das Reichswehrgruppen-Kommando Nr. 4, 11.9.1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 31 Am 11. Mai 1919 wurde das zur Befreiung Münchens von der Räteherrschaft gebildete „Oberkommando von Möhl“ in das „Bayerische Reichswehrgruppenkommando 4“ umgewandelt, dem alle in Bayern stationierten Einheiten des in der Aufbauphase befindlichen Reichsheeres unterstellt waren.
- 32 Oberkommando Möhl an das Militär-Ministerium, 6. Mai 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 20.
- 33 Gruppe Denk an das Gruppenkommando 4 Möhl, 16. Mai 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 20.
- 34 Oberkommando Möhl an das Militär-Ministerium, 6. Mai 1919 und Generalmajor Möhl an die Gruppe Denk, 17. Mai 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 20.
- 35 Vergl. hierzu Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 165-179.
- 36 Vergl. Ministerium für militärische Angelegenheiten. Verordnungs-Blatt Nr. 31 (1919), S. 713 f.
- 37 Generalkommando I. A.K., Chef des Generalstabes an das Ministerium für militärische Angelegenheiten, 27.6.1919. BayHStA Abt. IV RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 38 Kriegsministerium Berlin an das Ministerium für militärische Angelegenheiten, 5. August 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 39 Oberstleutnant Faupel [Führer Freikorps Görlitz] an Freikorps Denk, 11. Mai 1919 und Freikorps Görlitz an Freikorps Denk, 14. Mai 1919. Bay. HStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 20.
- 40 Der Befehlshaber des Wehrkreises VI an das Reichswehrgruppen-Kommando 2 in Kassel, 10. November 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 41 Noske an die Reichswehrgruppenkommandos I und II, Armee-Oberkommando Nord und Süd, Kommandostelle Kolberg, Generalkommandos VII, VIII, IX, X, XI, XIV, XV und XVIII, Ministerium für militärische Angelegenheiten München, Ministerium für Militärwesen Dresden, Württembergisches Kriegsministerium Stuttgart, 26. August 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 42 Gruppe Hierl an das bayerische Reichswehrgruppenkommando 4, 2. Juni 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 20.
- 43 Der Befehlshaber des Wehrkreises VI an das Reichswehrgruppen-Kommando 2 in Kassel, 10. November 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 44 Wohlfeil / Dollinger, Reichswehr (wie Anm. 24), S. 97.
- 45 Zit. nach Heinemann, Rechtsgeschichte (wie Anm. 13), S. 167.
- 46 Vergl. Ministerium für militärische Angelegenheiten. Verordnungs-Blatt 31 (1919), S. 720, Nr. 27.
- 47 Schulze, Freikorps (wie Anm. 11), S. 95.
- 48 Vergl. hierzu Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 121-125.
- 49 Bayerisches Gruppenkommando Nr. 4 an die Reichswehrbrigaden 21-24 und die Stadtkommandantur München, 14. August 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 20.
- 50 Reichswehrminister Noske an alle militärischen Dienststellen, 19. August 1919. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 51 Reichswehrbefehlsstelle Bayern, 28. August 1919. BayHStA, Abt. IV. Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 52 Reichswehrministerium, Chef der Heeresleitung an das Reichswehrgruppen-Kommando 4, 14. Januar 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4 Nr. 86/1.
- 53 Siehe hierzu die Anträge I. Bataillon, Reichswehr-Infanterie-Regiment Nr. 47, 4. (Gebirgs) Batterie des bayerischen Leichten Artillerie-Regiments 21, Schützenbrigade 21 und bayerisches Reiter-Regiment Nr. 17. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 54 Reichswehrministerium, Heeresleitung an die Gruppenkommandos 1 und 2 und Wehrkreis-kommandos I – VII, 27. März 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 55 Reichswehrgruppen-Kommando 4 an die Brigaden 21, 23 und 24, 3. April 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 56 „Übersicht über die vom Reichswehrministerium für die (bayerische) Reichswehr genehmigten Freiwilligen-Abzeichen“. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 57 Offensichtlich fand das Edelweiß als Ärmelabzeichen entgegen der bisherigen Auffassung doch Eingang in die Reichswehr. Vergl. hierzu Kurt-Gerhard Klietmann, Das Edelweißabzeichen für Hochgebirgstruppenteile des Heeres. In: Die deutsche Wehrmacht 15: Heer 163,1, Berlin [1960].
- 58 Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 176.
- 59 Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 11.
- 60 Kommandeur III. Bataillon, Schützen-Regiment 42 an das Regiment, 15. Juli 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 61 Bayerischer Infanterieführer 21 an die Schützenbrigade 21, 22. Juli 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 62 Generalleutnant Möhl an das Reichswehrministerium, 29. Oktober 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1. So hatte sich zuvor das bayerische Reiter-Regiment 17 im September 1920 ausnahmslos für eine Beibehaltung der alten Kokarde ausgesprochen, eine Forderung, die von den anderen bayerischen Reichswehrbrigaden einmütig geteilt wurde. Vergl. Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 240.
- 63 Vermerk des Wehrkreiscommandos VII, 8. November 1920. BayHStA Abt. IV Kriegsarchiv, RWGrKdo 4, Nr. 86/1.
- 64 Jürgen Kraus, Die Entwicklung der bayerischen Auszeichnungsborte 1916. In: Zeitschrift für Heereskunde Nr. 260/261 (1975), S. 172-175, hier S. 172.
- 65 Thorsten Eitz, Isabelle Engelhardt, Diskursgeschichte der Weimarer Republik. Bd. 1, Hildesheim, Zürich, New York 2015, S. 93.
- 66 Heinemann, Rechtsgeschichte (wie Anm. 13), S. 167.
- 67 Vergl. Tapken, Reichswehr (wie Anm. 11), S. 239 f.
- 68 Wohlfeil / Dollinger, Reichswehr (wie Anm. 24), S. 97

Dieter Storz

## Einwohnerwehr Bayern



Der Romanist Victor Klemperer lebte während der Rätezeit in München. Mit den Eigenarten der Stadt und ihrer Bewohner konnte er wenig anfangen. Ihm missfiel sowohl der Eifer der Revolutionäre wie auch die Passivität des Münchner Bürgertums, das die Dinge treiben ließ. Sein eigener Standpunkt war bürgerlich, und er begrüßte das Ende der Räterepublik, wenn auch nicht unbedingt die Formen, in denen es sich abspielte. Die Gefahr eines kommunistischen Putsches schien ihm damit aber keineswegs gebannt. Eine Volksbewaffnung sollte seine Wiederkehr verhindern, wie er am 4. Mai 1919 seinem Tagebuch anvertraute: „Und doch ist die Bürgerwehr jetzt das Wichtigste hier. Entweder man stellt sie eiligst auf, oder wir spielen nächstens, nach dem Abzug der Truppen, wieder einen Akt Sowjetrepublik. Es gibt ja noch so viele fähige Köpfe in Schwabing, und rote Armbinden sind so schnell wiedergefunden.“<sup>1</sup>

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung hatte im Kaiserreich auf einer ebenso einfachen wie leistungsfähigen Sicherheitsarchitektur beruht: Polizei bzw. Gendarmerie waren relativ schwach, aber hinter ihnen standen zahlreiche übers ganze Land verteilte Militärgarnisonen. Der Einsatz von Militär bei inneren Unruhen war international üblich, geschah aber in Deutschland seltener als in allen anderen Großstaaten der Zeit vor 1914.

Mit der Niederlage löste sich dieser Sicherheitsapparat auf: Die Polizei hatte ihre jüngsten und leistungsfähigsten Beamten bereits während des Krieges an die Armee verloren und war nicht annähernd in der Lage, die Entwicklung zu kontrollieren.

Das zurückgekehrte Feldheer zerstreute sich bis auf geringe Reste. Die wenigen Männer, die in den Kasernen blieben, taten das nicht aus Liebe zum Dienst, sondern weil sie zunächst keine Perspektive in einem Zivilberuf sahen. In dieser Lage schritt die Reichsregierung zur Aufstellung von Freiwilligenverbänden, denn nur so bekam sie für den Einsatz im Innern ein schlagkräftiges Machtmittel in die Hand. Und geschlagen wurde seit dem Januar 1919 reichlich, aber immer nur in kleinen Räumen, da, wo der „Bolschewismus“ oder das, was man dafür hielt, „sein Haupt erhob“. Die Freikorps waren aber weder in der Lage noch geeignet, die weiten Gebiete des Landes dauerhaft zu sichern.

### Kanzler und Escherich – die bayerische Einwohnerwehr entsteht

Dass die Schaffung lokaler Selbstschutzorganisationen den Berliner Segen hatte, war für Bayern nicht entscheidend, auch wenn es sich als hilfreich erweisen sollte. Seit der Novemberrevolution vollzog sich die Entwicklung in dem neuen Freistaat weitgehend unabhängig vom Reich. Im Dezember 1918 war in München ein erster Versuch, eine „Bürgerwehr“ aufzustellen, am Widerstand von Ministerrat, Soldatenrat und sozialistischen Parteigremien gescheitert. Die Wiege der bayerischen Einwohnerwehr stand im Raum Isen – Rosenheim – Wasserburg am Inn, also im östlichen Oberbayern. Es waren zwei entschlossene Männer, die dort die Grundlagen für den Aufbau einer schließlich das ganze Land umfassenden Massenorgani-

sation schufen. Ihr Begriff von „Ruhe und Ordnung“ war an der Monarchie orientiert. Die Revolution lehnten sie ab, und doch erfuhren sie von der SPD-geführten Regierung Hoffmann seit dem April 1919 eine Förderung, die für ihren Erfolg entscheidend werden sollte.

Rudolf Kanzler (1873-1919) leitete bei Kriegsende das Vermessungsamt Rosenheim und saß für das Zentrum als Abgeordneter im bayerischen Landtag. Die Revolution vermochte sein politisches Weltbild nicht zu erschüttern. Vielmehr fühlte er sich berufen, selbst aktiv ins Geschehen einzugreifen, und zwar im bürgerlich-konservativen Sinn. Er begann, Gleichgesinnte und Waffen für einen „Stoßtrupp“ zu sammeln, mit dem er zunächst Waffenlager in Rosenheim und Umgebung die Hand bekommen wollte, um eine größere Streitmacht zum Vorgehen gegen München ausrüsten zu können. Zunächst aber scheiterte der Versuch, das in Rosenheim herrschende Räteregime zu stürzen.

Kanzler floh zur Regierung in Bamberg, die sich ihrerseits dorthin vor der in München etablierten Räteregierung in Sicherheit gebracht hatte. Das Hauptproblem der Regierung war die Rückgewinnung der eigenen Hauptstadt. Auch wenn das nur mit Reichshilfe möglich war, versuchte man doch, einen eigenen bayerischen Beitrag zu leisten, um nicht ganz von Berlins und dem mächtigen Noske abhängig zu werden. Jetzt hieß es „Freiwillige vor! Eilet zu den Waffen!“ Am 14. April rief das Gesamtministerium zur Bildung einer „Volkswehr“ auf, von der es ausdrücklich hieß, sie solle „keine ‚Weiße Garde‘“ sein. Aber man hatte keine Wahl mehr und musste nehmen, was kam.

Das war unter anderem der Obergeometer Kanzler, der am 17. April die Vollmacht erhielt, „gemeinsam mit anderen Männern sofort ein Freikorps im Auftrag des Militärministeriums zu bilden in den Bezirken Rosenheim, Wasserburg, Aibling,

Miesbach, Ebersberg, Traunstein.“<sup>2</sup> Diese Vollmacht besaß für Kanzler unschätzbaren Wert, denn fortan handelte er im Regierungsauftrag. Damit öffneten sich für ihn die Waffendepots der Armee. Zur gleichen Zeit, als die Regierungstruppen in München einrückten, setzte sich Kanzler mit einigen der gerade erst aus dem Boden gestampften Freikorps wieder in den Besitz von Rosenheim und Kolbermoor. Um das Erreichte zu sichern, machte er sich an den Aufbau einer Einwohnerwehr im Chiemgau.

Der andere Gründungsvater der Einwohnerwehr war Georg Escherich (1870-1941), ein Forstwissenschaftler. Während des Krieges hatte er an der Ostfront den riesigen Wald von Bialowies (heute Ostpolen) verwaltet, die Wilderei bekämpft und dort sein Organisationstalent bewiesen sowie wertvolle Beziehungen geknüpft. Escherich war also ein Mann des Establishments, dessen soziale Kontakte sehr viel höher hinauf reichten als die Kanzlers. Persönlich scheint er ein angenehmer Mensch gewesen zu sein. Victor Klemperer lernte ihn auf einer Bahnfahrt kennen und bemerkte an ihm ein „gutmütig zutunliches Wesen“. Über Eisner sprach er „ohne Haß, nicht einmal verächtlich, eher etwas mitleidig“.<sup>3</sup> In dieser Zeit schrieb Escherich an mehrere führende Persönlichkeiten des konservativen Lagers einen Brief, in dem er sein Ziel formulierte: „Neben der Reichswehr und den Freikorps muß eine feste Organisation bewaffneter guter Elemente das ganze Land überziehen. Sie muß so mächtig sein, daß die Tatsache ihres Bestehens allein schon alle unsauberen Elemente in Schach hält.“<sup>4</sup>

Das war ein wichtiger Gedanke: Die Einwohnerwehr sollte nicht schießen. Vielmehr sollte ihre schiere Präsenz genügen, die Ordnung im bürgerlichen Sinn zu garantieren. Solch eine Organisation baute Escherich zunächst in seiner Heimat Isen auf, von wo aus sie sich rasch in Richtung

Süden und Südosten ausbreitete. Kanzler gewann unterdessen Raum nach Norden. Mit den Truppen, welche zur „Niederwerfung der Räteherrschaft“ in München eingezogen waren, gelangte dorthin auch ein Offizier im unauffälligen Rang eines Hauptmanns, der es verstand, sich rasch großen Einfluss zu verschaffen: der gebürtige Münchner Ernst Röhm, wie Escherich und Kanzler ein Organisationsgenie. Röhm war Adjutant des Stadtkommandanten mit Sitz im Armeemuseum. In einer Denkschrift vom 13. Mai setzte er sich für die Schaffung einer Einwohnerwehr ein: „Rücken heute die Reichstruppen ab, so wird das das Signal zum Beginn der Wühlarbeit unter den wenig selbständigen, leicht beeinflussbaren bayerischen Truppen sein, vorausgesetzt, dass die bayerischen Regierungstruppen bis dahin überhaupt einen nennenswerten Grad der Brauchbarkeit erreicht haben, von dem sie zur Zeit allerdings noch weit entfernt sind.“<sup>5</sup> Schon wenige Tage später, am 17. Mai, erging eine „Bekanntmachung betreffend Einwohnerwehren“ der Staatsministerien des Innern und für militärische Angelegenheiten:

„1. Zweck der Einwohnerwehren ist, die öffentliche Sicherheit im eigenen Wohnbezirk zu gewährleisten und Polizei- und Regierungstruppen in ihrer schweren Aufgabe – Kampf gegen Diebstahl, Plünderungen und Aufruhr – zu unterstützen.

2. Zusammensetzung der Einwohnerwehren – ihrer Aufgabe entsprechend – grundsätzlich unpolitisch aus allen Kreisen der regierungstreuen Bevölkerung in enger Fühlungnahme mit den örtlichen Führern der politischen Parteien. Wehren, die sich als reine Bürger-, Studenten-, Arbeiter- oder Bauernwehren bilden und ausdrücklich die Aufnahme anderer regierungstreuer Ortseinwohner, die sich zur Aufrechterhaltung polizeilicher Ordnung bereit erklären, ablehnen, werden nicht anerkannt.

Mitglieder müssen mindestens 20 Jahre alt sein. Um Mißdeutungen zu vermeiden, empfiehlt sich die Bezeichnung ‚Einwohnerwehren‘.

3. Die Einwohnerwehren sind rein örtliche, nicht militärische Schutzverbände. Die sie betreffenden Fragen grundsätzlicher Natur entscheidet das Ministerium des Innern, soweit Mitwirkung der Militärbehörden in Betracht kommt, nach Einvernehmen mit dem Ministerium für militärische Angelegenheiten. Die Bildung der Einwohnerwehren ist Sache der Zivilbehörden. Zur Unterstützung in Fragen militärischer Organisation erhalten die Kreisregierungen für die Dauer von drei Monaten einen Offizier als ‚Wehrkommissar‘ zugeteilt. [...]

6. Waffen und Munition sind durch die Bezirksämter nach Prüfung der Anträge beim Ministerium für militärische Angelegenheiten anzufordern.“<sup>6</sup>

Damit hatte die Regierung der Einwohnerwehr den Schutz des Staates übertragen. Kanzler notierte in seiner Geschichte der Einwohnerwehren, „daß die damalige rein sozialistische Regierung Hoffmann und insbesondere der damalige Innenminister Endres dem ganzen Aufbau der Einwohnerwehr durchaus verständnisvoll, freundlich und fördernd gegenüberstand. Es war dies umso mehr anzuerkennen, als ja wohl die erdrückende Mehrzahl der Wehrmänner, insbesondere in den kampfkraftigen ländlichen Gauen, sowie fast alle maßgebenden Führer Angehörige bürgerlicher Parteien waren.“<sup>7</sup> Ein Kompliment an das politische Urteilsvermögen dieser Regierung war das allerdings nicht. Verständlich wird ihr Verhalten nur, wenn man die anhaltende Furcht vor einem neuen Anlauf der extremen Linken zur Erlangung der Macht in Bayern in Rechnung stellt. Sie erfüllte nicht nur das bürgerliche, christlich-konservative Lager um die Bayerische Volkspartei, sondern auch die Sozialdemokratie.

## Ausbau und Organisation der Einwohnerwehr

Mit diesem staatlichen Segen trieb Escherich den Ausbau der Einwohnerwehren energisch voran und genoss dabei insbesondere die Unterstützung des Regierungspräsidenten von Oberbayern, Gustav von Kahr. Am 21. Juni 1919 fand im Regierungsgebäude der oberbayerischen Regierung eine Besprechung statt, in der die Grundlagen der Organisation festgelegt wurden: Mehrere Ortswehren sollten einen „Gau“ bilden, mehrere Gaue einen „Kreis“, jeweils mit einem Gau- bzw. Kreishauptmann an der Spitze. Die Organisation erstreckte sich schließlich auf das ganze rechtsrheinische Bayern. Sie gliederte sich in 10 Kreise mit 112 Gauen und 30 Bezirken (Kreis München).<sup>8</sup>

Am 2. Juli fand eine weitere Besprechung statt, zu der auch Kanzler geladen war. Dieser und Escherich lernten sich dabei erstmals kennen. Rasch waren sie sich darüber einig, dass sich ihre Organisation zwar von staatlichen bzw. militärischen Stellen fördern lassen wollte, sie aber ansonsten ganz unabhängig von äußerem Einfluss sein sollte. Insbesondere lehnten sie die Beteiligung der örtlichen politischen Parteiführer ab, was die Bekanntmachung vom 17. Mai vorgesehen hatte. So, wie die Dinge lagen, richtete sich das gegen die SPD. Ein Erlass des Staatsministeriums des Innern vom 10. September 1919 enthielt diesen Satz: „Die Behörden der inneren Verwaltung stehen der Einwohnerwehr nicht leitend, sondern beratend und fördernd gegenüber“. Damit war, wie Escherich und Kanzler es interpretierten, die Loslösung der Einwohnerwehr vom staatlichen Verwaltungsapparat vollzogen.<sup>9</sup> Diese Staatsferne war eine politische Option, gerichtet gegen die sozialdemokratische Regierung. Am gleichen Tag genehmigte die Regierung einen Antrag auf Gewährung staatlicher Mittel. Im Septem-

ber 1919 wurde der Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns gegründet, womit der organisatorische Zusammenschluss der Ortswehren vollzogen wurde. Seit November 1919 gab die Landesleitung zur Kennzeichnung der Wehrmänner weißblaue Armbinden aus, die den Armbinden der Landwehr von 1813 nachgebildet waren und zur Autorisierung einen Stempel der Landesleitung erhielten. Viele Gaue schufen sich eigene Abzeichen in Form von Plaketten, die auf der Armbinde angebracht wurden.

Im Dezember 1919 wurde Escherich zum „Landeshauptmann“ der bayerischen Einwohnerwehren gewählt und Kanzler zu seinem Stellvertreter. Die Organisation gab sich die juristische Form eines eingetragenen Vereins. Am 4. März 1920 erfolgte der Eintrag in das Vereinsregister Münchens als „Landesverband der Einwohnerwehren Bayerns e. V.“

Seit dem Sommer 1919 schwoll die Einwohnerwehr in Bayern rasch zu einer Massenorganisation an. 260.000 Mann waren es schon am Ende dieses Jahres, ein Jahr später 340.000 und zuletzt, im Juli 1921, 360.000 Wehrmänner.<sup>10</sup> Der stärkste Kreis war stets Oberbayern. Eine solcher Verband musste professionell geführt werden. Die Landesleitung entwickelte sich zu einer Großbehörde mit 164 Mitarbeitern,<sup>11</sup> die seit Juli 1920 ihren Sitz im Ringhotel am Sendlinger Torplatz in München hatte.

In jenem Sommer stand die Einwohnerwehr auf der Höhe ihres Ansehens. Im März 1920 hatte sie bei der putschartigen Ablösung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann neben der BVP und der Reichswehr eine wichtige Rolle gespielt. Das Amt des Ministerpräsidenten fiel an Gustav von Kahr, den bewährten Förderer der Einwohnerwehr. Die damals vollzogene und im Juni 1920 durch Wahlen bestätigte konservative Wende der bayerischen Politik stellte die

Weichen für die nächsten 13 Jahre. Von der ursprünglich verordneten „Überparteilichkeit“ blieb fortan nicht einmal mehr der Schein. Rudolf Kanzler nannte seine 1931 erschienene Geschichte der Einwohnerwehr „Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus“. – Bolschewismus, das war fortan nicht mehr bloß die extreme Linke, die sich an Lenins Sowjetrepublik orientierte, sondern bereits die SPD und die freien Gewerkschaften, die im Kapp-Putsch ihre Stärke gezeigt hatten. Bayern wurde jetzt zur „Ordnungszelle“ mit dem Anspruch, ein Modell für ganz Deutschland darzustellen.

## Orgesch und Orka

Die norddeutschen Einwohnerwehren hatten nie die Bedeutung der bayerischen erlangt. Ihre Ortsverbände unterstanden stets den örtlichen Verwaltungsbehörden, was in Bayern eben nicht der Fall war. Ihre Haltung im Kapp-Putsch hatte die preußische Regierung enttäuscht, die zudem unter dem Druck der Entente stand, die Einwohnerwehren aufzulösen, was sie am 9. April 1920 auch tat. Deswegen waren die preußischen Einwohnerwehren aber nicht gleich verschwunden. Die im Mai 1920 gegründete „Organisation Escherich“ – „Orgesch“ – sollte als Dachverband aller deutschen Selbstschutzformationen fungieren, angelehnt an die mächtige bayerische Einwohnerwehr, über welche die bayerische Regierung nach wie vor ihre Hand hielt. Escherich wurde „Reichshauptmann“. Auch die Orgesch wurde rechtlich als „Verein“ aufgezogen. Die Eintragung ins Münchner Vereinsregister erfolgte am 8. August 1920. Die Erosion der norddeutschen Einwohnerwehren konnte sie aber nicht aufhalten. In Preußen wurde die Orgesch im November 1920 verboten, was ihrer Wirksamkeit ein Ende machte. Ihre größte Ausdehnung hatte die Orgesch

im Juli 1920 erreicht, als sich ihr die „Organisation Kanzler“ anschloss.

Auch Kanzler griff über die Grenzen Bayerns hinaus. Im Mai 1920 entstand die nach ihm benannte Organisation, abgekürzt „Orka“. In ihr unterstellten sich die österreichischen Heimwehren der bayerischen Leitung. Die bayerische Einwohnerwehr hatte einen erheblichen Entwicklungsvorsprung vor den österreichischen Verbänden, und der (klein-)österreichische Staat besaß keine gefestigte Identität. Die Sozialdemokratie war dort ein stärkerer Gegner als in Deutschland, denn sie hatte ihre Einheit bewahrt und besaß mit dem „roten Wien“ ein mächtiges Bollwerk. Kanzler selbst begründete die Unterstützung für die Österreicher damit, dass auch dort der „Bolschewismus“ sein Haupt zu erheben drohte und das Land deshalb Hilfe von außen brauchte. Um die leidige Anschlussfrage aus dem Spiel zu halten, habe man diese Schutzaktion nicht von Berlin, sondern von Bayern aus gestartet.<sup>12</sup> Natürlich wollte Kanzler die Berliner gar nicht dabei haben und das bayerische Vorfeld von Bayern aus gestalten. Geografisch, kulturell und ideologisch lag die Zusammenarbeit nahe. 1920/21 spielte die bayerische Unterstützung, die sich vor allem in der Lieferung von Waffen und Munition manifestierte, für die Konsolidierung der österreichischen Heimwehrbewegung eine wichtige Rolle.

## Leistungsfähigkeit und Wesen der Einwohnerwehr

Die Bewaffnungsfrage war beim Aufbau der bayerischen Einwohnerwehr von größter Bedeutung: „Die Ausrüstung der Einwohnerwehr bestand im allgemeinen darin, daß jeder Wehrmann ein Gewehr 98 mit etwa 50 Patronen in Händen hatte. Jede Ortswehr hatte außerdem bei Bedarf ein M.G. sowie eine Reserve von 2.000 Patronen. In Südbayern waren in jedem Gau

ein bis zwei Batterien in gefechtsbrauchbarem Zustand und Ausrüstung untergebracht.“<sup>13</sup> Wenn das stimmt, dann bedeutet das, dass die ca. 50 südbayerischen Gauen über rund 200 Feldgeschütze verfügten! Das entsprach zwei Dritteln der Ausstattung, die nach dem Versailler Vertrag für die ganze Reichswehr zugelassen war. Der wichtigste Mann zur Versorgung der Einwohnerwehren mit Waffen war Ernst Röhm, inzwischen Epps Adjutant bei der Reichswehrbrigade 21, die aus Epps Freikorps hervorgegangen war: Diese Brigade war die Schleuse, durch welche die Einwohnerwehr bewaffnet und ausgerüstet wurde. „Ob das Verfahren legal war oder nicht, bekümmerte die Beteiligten damals wenig“, schrieb Kanzler später.<sup>14</sup> Röhm selbst schwieg sich in seinen Erinnerungen über seine damaligen Aktivitäten vielsagend aus: „Die Geschichte des Arbeitsgebietes, das ich als Generalstabsoffizier des Obersten Epp aufbaute und leitete, erschöpfend zu schildern, ist heute [1934] noch nicht an der Zeit.“<sup>15</sup>

Den Elan und die Einsetzbarkeit einer richtigen Armee konnte man von der Einwohnerwehr trotz ihrer starken Bewaffnung nicht erwarten. Der Horizont des durchschnittlichen Wehrmannes war regional, ja lokal begrenzt. Natürlich haperete es auch mit dem Gehorchen: Die Bauern und Kleinstädter, aus denen sich die Einwohnerwehren vor allem zusammensetzten, hassten zwar die Kommunisten, wohl auch die Sozialdemokraten – also alle „Bolschewisten“ –, von denen sie die Wegnahme ihres Privateigentums und damit die Vernichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz fürchteten; nicht weniger verhasst war aber so kurz nach dem Krieg die harte Disziplin der alten Armee mit ihrer Vorgesetztenwillkür. Überhaupt fällt bei der Betrachtung von Gruppenfotos von Wehrmännern auf, dass sich die jüngeren Jahrgänge, die den Krieg mitgemacht hatten, auffällig zurückzuhalten schienen.

Jener pensionierte General, der einen Karabiner statt eines Gewehres haben wollte, weil ihm dieses bei seinem Alter „wegen des Vordergewichts zum freihändigen Schießen zu schwer“ war, blieb sicher hinter der körperlichen Leistungsfähigkeit der meisten Wehrleute zurück, symbolisiert aber doch die begrenzte militärische Schlagkraft der Organisation.<sup>16</sup>

Allerdings gab es auch einen besonders aktiven Teil, die „Landfahnen“. Das war ein historischer Begriff. Herzog, seit 1623 Kurfürst Maximilian I. hatte vor dem Dreißigjährigen Krieg viel Mühe und Geld darauf verwendet, neben den damals üblichen Soldtruppen auch die Untertanen zum Waffendienst zu verpflichten, mit wenig Erfolg. Seit damals existierte der Begriff in Bayern für ein Volksaufgebot neben dem regulären Militär. Die Landfahnen der Einwohnerwehr verpflichteten sich auch außerhalb ihres Gaus, wenn auch innerhalb Bayerns, eingesetzt zu werden. Im Mai 1921, kurz vor Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren, gehörten ihnen rund 18.000 sogenannte „Landesschützen“ an. Von ihnen entfielen wieder 9.000 allein auf Oberbayern, das sich auch hier als Herz der Einwohnerwehrbewegung erwies. Von den 21 Landfahnen dieses Kreises, der 18 Gauen umfasste, stellte allein der Chiemgau, der von Kanzler selbst eingerichtete Musterverband, deren sechs. Der Chiemgau war sozusagen das Herz des Herzens.<sup>17</sup>

Einmal kamen diese Landfahnen zum Einsatz: Im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch bildete sich in Hof ein von der USPD geführter „Vollzugsrat“. Die Lage erschien bedrohlich, zumal sich im nahen Vogtland gerade eine „Rote Armee“ gebildet hatte. Also wurde die Reichswehr gegen Hof in Marsch gesetzt. An dieser Aktion war die „1. Landfahne Chiemgau“ mit 700 Mann und Artillerie – Haubitzbatterie, Kanonenzug und Minenwerfer-Abteilung – unter der persönlichen Führung Kanz-

lers beteiligt, worauf dieser natürlich besonders stolz war.<sup>18</sup>

Eine Sonderstellung besaßen die „Landfahnen der Landesleitung“ („L.L.L.“), deren Angehörige als Einzelpersonen in die örtlichen Einwohnerwehren integriert waren. Dabei handelte es sich um ehemalige studentische Zeitfreiwillige (4.690 Mann) sowie das ehemalige Freikorps „Oberland“ (9.600 Mann), das wie eine Infanteriedivision gegliedert war.<sup>19</sup> „Oberland“ allein war schon so stark wie die bayerische Landespolizei. „Zeitfreiwillige“ waren Soldaten auf Abruf, die sich zur Verstärkung von Reichswehr und Freikorps bereithielten. Studenten und Oberschüler der höheren Klassen waren unter ihnen zahlreich vertreten. Die „L.L.L.“ sollten auch für Einsätze außerhalb Bayerns bereit sein, so dass man sie auch „Reichsfahnen“ nannte. Landfahnen und „L.L.L.“ machten zusammen nur ca. 10 % der bayerischen Organisation aus, aber auch ihren aktiven, potentiell gefährlichen Teil.

Dass die Einwohnerwehren ihren zivilen Charakter nach außen so stark betonten, hing mit dem Versailler Vertrag zusammen. Im Artikel 177 hatte die Entente gerade solche Organisationen zu verhindern gesucht, wie sie die Einwohnerwehren objektiv darstellten:

„Unterrichtsanstalten, Hochschulen, Kriegervereine, Schützengilden, Sport- oder Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, dürfen sich nicht mit militärischen Dingen befassen.

Es ist ihnen namentlich untersagt, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder zu üben oder ausbilden oder üben zu lassen.

Diese Vereine, Gesellschaften, Unterrichtsanstalten und Hochschulen dürfen in keinerlei Verbindung mit dem Kriegsministerium oder irgendeiner anderen militärischen Behörde stehen.“

Die Einwohnerwehren präsentierten sich juristisch als eingetragener Verein und wiesen den Vorwurf, sie seien Teil des deutschen Wehrpotentials nach außen, weit von sich. Vielmehr sei es allein ihr Zweck, das Wiederaufflammen des Bolschewismus zu unterdrücken, und nur sie seien in der Lage, dies wirksam zu verhindern, insbesondere angesichts der besonderen Verhältnisse in Bayern. Ganz aussichtslos war eine solche Politik nicht, da es in Paris immer die Option gab, Bayern vom Reich zu trennen. So weit wollte man in Bayern aber doch nicht gehen, was man auch in Frankreich erkannte.

## Auflösung der Einwohnerwehren

Je mächtiger die bayerische Einwohnerwehr wurde, desto mehr zog sie die Aufmerksamkeit des Auslandes, also insbesondere Frankreichs, auf sich. Die biederen Erläuterungen, es gehe den Einwohnerwehren nur um die Erhaltung von Ruhe und Ordnung, verfielen immer weniger, und sie waren auch innerlich unwahr. Kanzler gab das in seiner Darstellung später auch zu, als er schrieb, als Endziel habe ihm so etwas wie die Schweizer Miliz vorgeschwebt.<sup>20</sup> Die Adresse für französische Beschwerden war die Reichsregierung. Im März 1920 traf in Berlin eine Note der Entente ein, welche die Auflösung der Einwohnerwehren verlangte. Die preußische Regierung kam, wie eben erwähnt, dieser Aufforderung nach. Im April 1920 verlangte der Reichsinnenminister von Bayern die Auflösung der dortigen Einwohnerwehren. Dort aber sträubte man sich mit Händen und Füßen gegen diese Zumutung. Lieber wolle man den Friedensvertrag in die Brüche gehen lassen als die Einwohnerwehr aufzugeben. Nach Ernst Müller-Meinigen, dem Justizminister, war sie für Bayern sogar wertvoller als die Reichswehr. Ein Einmarsch der Franzosen, so Kahr und Esche-

rich, sei leichter zu ertragen als die innere Wehrlosmachung gegenüber der Linken.<sup>21</sup> Noch fühlte man sich in Bayern sehr stark. Die Drohungen der Entente glaubte man ignorieren zu können, weil man ihr den Willen zu einem militärischen Eingreifen nicht mehr zutraute. Eigentlich war die Situation aussichtslos, aber, wohl berauscht von der mächtigen Stellung im eigenen Land, wollte man das nicht wahrhaben. Jedenfalls hätte die Einwohnerwehr gut daran getan, sich so unscheinbar wie möglich darzustellen. Indes geschah genau das Gegenteil. Anlässlich des Oktoberfestes 1920 lud man zum „Ersten Landesschießen der E.W. Bayerns“. Das Schießwesen, in dem sich Schützengeselligkeit und paramilitärisches Training verbanden, spielte in der Einwohnerwehr von Anfang an eine wichtige Rolle. Das große Münchner Wett-schießen begann am 25. September 1920. Am Tag darauf versammelten sich 40.000 Wehrmänner auf dem Königsplatz und leisteten dort mit erhobenem Gewehr den Rütlichswur. Der bedauernswerte Reichs-außenminister musste dieses Spektakel der interalliierten Militär-Kontrollkommission (IMKK) gegenüber als „Wieder-aufnahme des seit mehr als 100 Jahren bis zum Krieg in München üblich gewesenen Landesschützenfestes“ rechtfertigen.<sup>22</sup> Der Zorn der Siegermächte war mit solchen Ausflüchten nicht mehr zu beschwichtigen. Der Druck auf Berlin nahm zu, und von dort wurde er nach München weitergegeben. Kahr ging mit seinem Widerstand gegen die Auflösungsforderung bis an die Grenze des Bruchs mit dem Reich, aber eben nur bis an diese Grenze. In der Einwohnerwehr selbst wurden verschiedene Modelle diskutiert. Man versuchte, die Auflösungsfrage von der Entwaffnung zu trennen, erwog, ob man die Ortswehren und damit die Waffen retten könne, wenn man die zentrale Organisation aufgeben würde, usw. Doch es half alles nichts. Mit dem Londoner Ultima-

tum vom Mai 1921 setzte die Entente ihren Willen durch. Im Juni 1921 gab Escherich nach und trat als Landeshauptmann der bayerischen Einwohnerwehr zurück, die nunmehr aufgelöst werden konnte. Als Auffangorganisation entstand der „Bund Bayern und Reich“ unter der Leitung von Otto Pittinger, der aber nie eine vergleichbare Bedeutung erlangte. Den jüngeren und aktiven Mitgliedern der aufgelösten Einwohnerwehr bot sich in den Verbänden der völkischen Rechten eine neue Heimat.

## Waffen

Die wichtigste Einzelmaßnahme im Rahmen der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren war der Einzug sowie die Vernichtung ihrer Waffen. Franz Schober, ehemaliger königlich-bayerischer Major und Mitglied der Landesleitung der Einwohnerwehr, verfasste deren Geschichte, die als Manuskript im Bayerischen Hauptstaatsarchiv, Abteilung IV, Kriegsarchiv, aufbewahrt wird. Darin schreibt er, dass als letzte Bestände 217.000 Handfeuerwaffen gemeldet waren, die auch zur Ablieferung gelangten.<sup>23</sup> Die Reichstreuhandgesellschaft (RTG), die mit der Zerstörung des Kriegsmaterials beauftragt war, das Deutschland nicht mehr besitzen durfte, meldete allerdings nur 169.800 in Bayern abgegebene Gewehre und Karabiner.<sup>24</sup> Das ist immerhin ein Unterschied von fast 50.000 Waffen, der nicht dadurch erklärt werden kann, dass die größere Zahl auch Maschinengewehre einschloss. Von denen besaß die Einwohnerwehr laut Schober im Oktober 1920 nur ca. 1.500 Stück – jedenfalls offiziell, denn diese Zahl wurde damals der Entente mitgeteilt. Die Menge der Gewehre wurde damals wie folgt angegeben:<sup>25</sup>

Gewehre 98	187.786
Karabiner 98	1.554
Gewehre 88	1.627

Auch die niedrigere Zahl ist erstaunlich hoch, insbesondere, wenn man sie in Beziehung zu den Waffenmengen setzt, die Deutschland allenfalls haben durfte. Der Versailler Vertrag verbot dem Deutschen Reich nicht nur den Besitz von modernen Waffen wie schwerer Artillerie, Tanks und Flugzeugen, sondern begrenzte auch den Besitz von Handfeuerwaffen drastisch. Kriege führen konnte man mit Gewehren allein nicht, aber ohne sie konnte man kein modernes Massenheer bilden. Die deutsche Armee durfte daher nur noch 84.000 Gewehre und 18.000 Karabiner besitzen. Die Stärke der Schutzpolizei legten die Sieger mit 150.000 Mann fest. Einer von drei Beamten durfte einen Karabiner haben. Um die Ausstattung anderer Personenkreise, die eventuell Anspruch auf eine Langwaffe haben konnten – Forstpersonal, Bahnschutz, Gefängnisaufseher – entspannen sich zähe und für die deutsche Seite demütigende Auseinandersetzungen mit der IMKK. Als Obergrenze für den Bestand an (Militär)-Gewehren und Karabinern, die Deutschland nach Vollzug des Friedensvertrages noch haben durfte, kann man etwa 200.000 Stück annehmen. Alles, was darüber hinaus ging, musste vernichtet werden. Das war Aufgabe der RTG. Bis Ende 1926 meldete Deutschland 6 Millionen vernichteter Gewehre, von denen die meisten bis 1921 zerstört worden waren. Die IMKK erkannte in einem Bericht vom Mai 1925 an, dass unter ihrer Aufsicht immerhin 4,5 Millionen Gewehre zerstört worden waren. Der Unterschied mag sich daraus erklären, dass ein Teil des Zerstörungswerks schon getan war, bevor die IMKK ihre Tätigkeit aufnahm. In beiden Zahlen sind die Waffen, welche die Einwohnerwehr Bayern abgegeben hatte, schon enthalten.

Die Angaben über vernichtete Gewehre unterscheiden nicht nach Modellen. Sie enthalten zweifellos auch ältere und Beutewaffen, die in sehr großer Zahl vorhan-

den waren. Trotzdem besteht kein Zweifel, dass die weitaus größte Zahl moderner deutscher Waffen tatsächlich zerstört wurde. Es blieben aber trotzdem weit mehr von ihnen erhalten als jene 200.000, die es legal höchstens hätten sein dürfen.

Die Waffen der Einwohnerwehr Bayern kamen vor allem aus Beständen der bayerischen Armee. Im August 1918 verfügte sie im Heimatgebiet über 405.425 (287.372) Gewehre 98 und 43.867 (8.661) Karabiner 98. Die Zahlen in Klammern waren Lagerbestände und sind in der vorstehenden größeren Zahl enthalten, Folge der Überproduktion an Gewehren in der zweiten Kriegshälfte. Diese Waffen befanden sich in den Artilleriedepots, wie die zentralen Großlager für Waffen und Munition genannt wurden. Für diese Waffen waren im letzten Kriegsjahr keine Soldaten mehr aufzubringen, die sie hätten zum Einsatz bringen können.

Dazu kamen noch ca. 55.000 Gewehre und Karabiner der Modellfamilie 88, die auch noch immer als moderne Militärgewehre gelten konnten. Diese Waffen befanden sich ganz überwiegend in den Depots.<sup>26</sup> Zum 15. November 1918 meldete die Feldzeugmeisterei gar einen Lagerbestand von 321.051 Gewehren 98.<sup>27</sup> Die Gewehrhalde war also noch größer geworden. Das sind an sich schon gewaltige Mengen, in denen die Waffen des Feldheeres, das nach dem Waffenstillstand in die Heimat zurückkehrte, noch gar nicht enthalten sind. Aus den heimatlichen Lagerbeständen kam ein sehr großer Teil der Waffen der Einwohnerwehr.

Innerhalb eines Jahres verminderten sich die Bestände an Militärwaffen in Bayern drastisch. Zum 1. September 1919 waren noch vorhanden: 118.494 brauchbare und instandsetzungsbedürftige Gewehre 98. Die Zahl der Karabiner 98 war dagegen auf erstaunliche 40.789 angestiegen.<sup>28</sup> Wahrscheinlich stammten diese Waffen von zurückgekehrten Truppen des Feld-

heeres und aus später Kriegsfertigung. Karabiner waren in der letzten Kriegssphase noch sehr gefragt, weshalb deren Produktion bis zum Schluss auf Hochtouren lief. In dieser Liste gibt es auch eine Zeile „Nicht der Reichswehr angegliederte Einwohnerwehren u.s.w.“ Diese Zahlen würden uns sehr interessieren. An ihrer Stelle finden wir aber diesen Eintrag: „wurden verkauft, daher nicht mehr Eigentum der Heeresverwaltung.“ Dieser Vermerk diente zweifellos dazu, diese Waffen „verschwinden“ zu lassen. So machte man es auch im Norden, wie eine Mitteilung des preußischen Militärministeriums vom August 1919 zeigte. Auch dort wurden Ein-

wohnerwehren reichlich mit Waffen und Munition ausgestattet: Man beabsichtigte, dieses Material aus den Heeresbeständen ausscheiden zu lassen, „um auch bei der bevorstehenden wesentlichen Herabsetzung der Reichswehr einen ausreichenden Schutz gegen die bolschewistischen Bestrebungen gewährleisten zu können. Ob diese Absicht ausführbar sein wird, wird im wesentlichen von dem Vorgehen der alliierten und assoziierten Mächte bei der Waffenabgabe abhängen.“<sup>29</sup> Im Oktober 1919 meldeten die bayerischen Artilleriedepots bzw. ihre Abwicklungsstellen allerdings, welche Waffen sie an die Einwohnerwehren abgegeben hatten:<sup>30</sup>

Art.-Depot	Gew. 98	Kar. 98	Gew. 88	MG 08	MG 08/15	Pistolen
Lechfeld	30	12	61	9	2	
München	46.982		900	175	239	
Fürth	26.743			63	150	103
Bamberg	10.074	100		6	71	63
Amberg	8.920					
Grafenwöhr					5	
Neu-Ulm	28.881	130		34	41	
Ingolstadt	89.301			103	175	
Augsburg	13.222	298		110	214	334
Würzburg	19.200	1.107		24	8	248
	243.353	1.647	961	524	905	746

Daraus geht hervor, dass der Schwund in den Lagerbeständen der bayerischen Artilleriedepots zwischen November 1918 und September 1919 ganz überwiegend auf Abgaben an die Einwohnerwehren zurückzuführen ist. Schon jetzt sieht man, dass diese Zahlen weit höher liegen als die im Oktober 1920 an die IMKK gemeldeten. Diese Aufstellung enthält aber noch längst

nicht alle Waffen, welche an die Einwohnerwehr gingen. Im März/April 1919 hatte die Gewehrfabrik Amberg 30.000 Gewehre an Truppen abgegeben, die zur Niederwerfung der Räterepublik bestimmt waren. Die Masse dieser Waffen landete später bei den Einwohnerwehren.<sup>31</sup> Bei den Reichswehrtruppenteilen lagerten umfangreiche Schwarzbestände an Waf-

fen, die man dort loswerden wollte. Die Einwohnerwehr übernahm sie gerne und half dafür beim Verstecken von schweren Geschützen.<sup>32</sup>

Der Waffenhunger der Einwohnerwehr war damit bei weitem noch nicht gestillt. Kanzler schrieb später, dass sich im Oktober 1919 Waffenmangel einstellte. Zwar seien die Gaue im Süden vollständig ausgerüstet, die Bewaffnung Nordbayerns sei aber über Anfänge noch nicht hinausgekommen. Die bayerischen Bestände waren inzwischen erschöpft. Dies zumindest erscheint angesichts der vorangegangenen Abgaben glaubwürdig. Jetzt wandte man sich ans Reich, denn dort hoffte man, noch etwas holen zu können. Noske entschied die Sache zwischen Tür und Angel, wie Kanzler anekdotenreife erzählt: „Die Besprechung mit Noske fand im Reichstagsgebäude statt, wo der Minister von männlichen und weiblichen Abgeordneten umringt hinter den Regierungstischen im Gang auf und abging. Nachdem ihm erklärt worden war, um was es sich handle, meinte er schließlich, ‚ja, was wollt ihr bayerischen Reaktionäre denn mit den vielen Gewehren?‘, worauf er aber keine Antwort erwartete, sondern die Angelegenheit seinem Adjutanten übergab mit der Weisung, die Sache in Ordnung zu bringen.“<sup>33</sup> Bis zum März 1920 kamen aus Norddeutschland etwa 61.000 Gewehre 98 nach Bayern. Weitere 22.000 waren avisiert, gelangten aber nicht mehr zur Auslieferung.<sup>34</sup> Das Reichswehrministerium untersagte im Mai, also nach dem Kapp-Putsch, jede Abgabe von Waffen, Munition und Gerät an Einwohnerwehren und ähnliche Organisationen.<sup>35</sup> Höhere Zahlen für die Lieferungen aus Norddeutschland nennt Nußer, der allerdings die Neigung hat, möglichst große Zahlen anzunehmen. Danach wurden 100.000 Gewehre, annähernd 200 Millionen Patronen und 2.100 Maschinengewehre nach Bayern geliefert.<sup>36</sup>

Bei leichter Aufrundung ergibt sich für die Einwohnerwehr Bayern also ein nachweisbarer Mindestbesitz von ca. 350.000 Schusswaffen 98. Wenn Nußers Zahlen zutreffen, sind es schon annähernd 400.000. Darin sind die schwarzen Lieferungen der Reichswehr, die beträchtlichen Umfang hatten, ebensowenig enthalten wie Waffen, die nach dem Kriegsende aus den Kasernen verschwunden und direkt oder auf Umwegen über die Bevölkerung oder durch die Entwaffnung des politischen Gegners in die Hände der Einwohnerwehren gelangt waren. Dass es eine halbe Million Gewehre oder mehr waren, ist nicht nachweisbar, aber auch nicht unplausibel. Die Angabe einer Obergrenze für die Waffenmengen, die sich im Besitz der Einwohnerwehr befunden haben können, ist unmöglich. Diejenigen, die Bescheid wussten, schwiegen nach Auflösung und „Entwaffnung“ der Einwohnerwehren mit gutem Grund. Die Darstellung der Geschichte der Einwohnerwehr durch Franz Schober gab nur die Bestände zahlenmäßig an, die offiziell gemeldet waren. Escherich selbst behauptete später, dass zweieinhalb Millionen Infanteriegewehre nach Bayern geflossen seien.<sup>37</sup> Diese Zahl, fast 50 Prozent aller bei Kriegsende vorhandenen Schusswaffen 98 des deutschen Heeres, ist aber grotesk übertrieben. Keine noch so rührige Organisation konnte, selbst bei den besten Beziehungen, solche Massen herbeischaffen, wenn sie auf einen verhältnismäßig kleinen Teil des Reichsgebietes beschränkt war, wie es bei der Einwohnerwehr Bayern ja der Fall gewesen ist. Vielleicht hat damals niemand energischer Waffen gesammelt als die Männer um Escherich, aber sie waren nicht die einzigen. Doch mit Sicherheit gingen mindestens 200.000 Gewehre mehr durch die Hände der Einwohnerwehr, als sie 1921 abgegeben hat. Die großen Mengen von Waffen und sonstigen Ausrüstungsgegenständen, die den

Einwohnerwehren zugeflossen waren, mussten dagegen gesichert werden, unerlaubterweise wieder abzufließen. Dazu sollte der Eigentumsanspruch der Organisation auf den Stücken selbst dokumentiert werden. Am 10. März 1920 erließ die Landesleitung der Einwohnerwehr die Anweisung, Waffen und Ausrüstungsgegenstände mit dem Stempel „E.W.B.“ zu markieren. Zu diesem Zweck wurden 1.000 solcher Stempel angeschafft. Bei Ausrüstungsteilen aus Leder diente er als Schlagstempel, für Stoff wurde er mit Ölfarbe zum Farbstempel, und Gewehrschäften drückte man ihn, glühend gemacht, als Brandstempel auf. Bis zum Herbst wurde das „Brennen“ der Waffen allgemein durchgeführt.<sup>38</sup> Viele dieser Gewehre sind erhalten geblieben und tauchen regelmäßig im Fachhandel und immer noch auf alten Dachböden auf.

Im Rahmen der Orka versorgte die Einwohnerwehr auch die im Aufbau begriffenen österreichischen Heimwehren mit Waffen. Nußer hat vermutet, dass der Umfang dieser Lieferungen die Zahl von 80.000 Gewehren erreicht haben kann.<sup>39</sup> Diese Zahl ist aber viel zu hoch. Deutsche Gewehre haben in den österreichischen Heimwehren nachweislich keine nennenswerte Rolle gespielt. Aus den Akten der Orka konnte Ludger Rape nachweisen, dass nur etwas mehr als 9.000 Gewehre nach Österreich gelangt sind.<sup>40</sup> Die „schwarzen“ Gewehre der Einwohnerwehr sind also ganz überwiegend in Deutschland geblieben. Wieviele es waren, wird man nie wissen.

Die meisten der damals der Zerstörung entzogenen Gewehre sind allerdings nach 1933 aus ihren Verstecken geholt und wieder der Armee zugeführt worden. Es gibt einen recht guten Anhaltspunkt dafür, wie viele Gewehre 98 im Deutschen Reich insgesamt der Zerstörung entzogen wurden: Die Visierung der Gewehre 98 hatte sich während des Weltkriegs als unzulänglich

erwiesen. Die kürzeste Entfernungseinstellung betrug 400 Meter. Bei den vielfach kurzen Schussentfernungen im Stellungskrieg ergab das einen Hochschuss, den der Schütze nach Gefühl durch Tieferhalten korrigieren musste. Deshalb erhielten die Gewehre in den zwanziger Jahren neue Visiere mit einer kürzesten Entfernungseinstellung von 100 Metern. Wahrscheinlich wurde das damals auch mit vielen „schwarzen“ Gewehren gemacht, aber sicher nicht mit allen. Das änderte sich nach 1933. Bis 1937 lieferte die Firma Mauser 693.000 Visiere neuer Art an die Reichswehr bzw. Wehrmacht. Jedem dieser Visiere entsprach ein Gewehr mit altem Weltkriegsvisier, das im Zug der Wiederbewaffnung aus dem Versteck geholt wurde. Rund ein Drittel, vielleicht aber ein noch größerer Anteil dieser Gewehre verdankte sein Überleben den Aktivitäten der Leute um den Forstrat Escherich.

## Fazit

Richtet man den Blick auf die bayerische Einwohnerwehr als Organisation, so scheint sie einem Kometen zu gleichen: 1919 erscheint sie aus dem Nichts, entwickelt sich in wenigen Monaten zu einer mächtigen, das ganze Land, jeden Landkreis, jede Ortschaft erfassenden Massenorganisation mit festen bürokratischen Strukturen, und kurze Zeit danach verschwindet sie schon wieder. Was blieb, war der „Geist“, wie es auf dem Erinnerungsblatt für ehemalige Angehörige heißt: „Die Form ist zerschlagen – der Geist lebt fort!“ Das stimmte wohl in gewisser Weise: Dieser Geist setzte sich aus verschiedenen Elementen zusammen. Deren stärkstes war ein christlich-konservatives, an der Monarchie orientiertes Weltbild. Die Einwohnerwehr war bayerisch-föderalistisch, aber nicht separatistisch. Sie wollte ein Modell für Deutschland und Österreich sein. Die demokratische Form

der Weimarer Republik und die zentralisierende Tendenz ihrer Verfassung lehnte sie ab. Die 1920 mit Hilfe der Einwohnerwehr eingeleitete konservative Wende der bayerischen Nachkriegspolitik konnte sie sich als bleibenden Erfolg zurechnen. Sie bestimmte die Richtung der bayerischen Politik bis 1933, als die Nationalsozialisten ein Regime errichteten, das neben vielem anderen auch die letzten föderalen Elemente des Weimarer Staats beseitigte.

Den durchschnittlichen Einwohnerwehrmann auf dem Land können wir uns als braven Menschen vorstellen, dem es vor allem um das ging, was er für „Ruhe und Ordnung“ hielt. Allerdings bot die Einwohnerwehr vorübergehend auch eine Heimat für Leute, die dem völkischen Lager zuzurechnen waren, in dessen Organisationen sie nach Auflösung der Einwohnerwehren Aufnahme finden konnten. Menschen aus sozialen Milieus, die der Sozialdemokratie nahestanden, waren entgegen den Absichten, welche die Regierung Hoffmann mit der Unterstützung von Einwohnerwehren verfolgte, systematisch ausgegrenzt worden.

Kontakte zur Reichswehr, die es offiziell nicht geben durfte, bestanden nichtsdestoweniger. Ehemalige Offiziere spielten in der Landesleitung eine wichtige Rolle und sorgten dort für die Wahrung der militärischen Interessen. Der Waffenhunger der Einwohnerwehr ging weit über das hinaus, was zur Niederhaltung des „Bolschewismus“ nötig war und diente zur Bewahrung von Waffenreserven für eine eventuelle spätere Heeresvergrößerung. Dieses Ziel wurde bis zu einem gewissen Grad erreicht.

Zweifellos besaß die Einwohnerwehr Eigenschaften einer Wehersatzorganisation, wie sie der Versailler Vertrag verbot. Wahrscheinlich hätte sie auch nicht überlebt, wenn sie weniger provozierend aufgetreten wäre. Frankreich hatte ein scharfes Auge auf Deutschland, und es besaß

die Macht, seinen Willen mit militärischer Gewalt bzw. der Drohung damit durchzusetzen.

Ein günstigeres Schicksal hatten die österreichischen Heimwehren, denen die Bayern 1920/21 Entwicklungshilfe geleistet hatten. Die in Österreich maßgebende Siegermacht Italien verfuhr weitherziger als Paris, so dass es den Heimwehren dort gelang, sich dauerhaft als wichtiger Faktor der österreichischen Innenpolitik zu etablieren.

## Literatur

Rudolf Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus, München 1931.

Horst Nußer, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918-1933, München 1973.

Ludger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923, Wien 1977.

Hans-Joachim Mauch, Nationalistische Wehrorganisationen in der Weimarer Republik. Zur Entwicklung und Ideologie des „Paramilitarismus“, Frankfurt a. Main 1982.

[https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Einwohnerwehren,\\_1919-1921](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Einwohnerwehren,_1919-1921)

1 Victor Klemperer, Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919, Berlin 2016, S. 173.

2 Abgedruckt in: Rudolf Kanzler, Bayerns Kampf gegen den Bolschewismus, München 1931, S. 206.

3 Ebd., S. 53.

4 Zit nach Horst Nußer, Konservative Wehrverbände in Bayern, Preußen und Österreich 1918-1933, München 1973, S. 93.

5 Zit nach Ernst Röhm, Die Geschichte eines Hochverrätters, München 1934, S. 106.

6 Kanzler (wie Anm. 2), S. 210

7 Ebd., S. 44.

8 Zum äußeren Aufbau der Einwohnerwehr vgl. Ebd., S. 131-160.

9 Ebd., S. 49.

- 10 Ebd., S. 161 f.  
 11 Nusser (wie Anm. 4), S. 177.  
 12 Kanzler (wie Anm. 2), S. 86.  
 13 Ebd., S. 176.  
 14 Ebd., S. 174.  
 15 Röhm (wie Anm. 5), S. 127.  
 16 Antrag vom 10.9.1919, Bayer. Hauptstaatsarchiv, Abt. IV, Kriegsarchiv [fortan Bayer. KA], FZM 2901.  
 17 Kanzler (wie Anm. 2), S. 170 f.  
 18 Wolfgang Zorn, Bayerns Geschichte im 20. Jahrhundert, München 1986, 231; Kanzler (wie Anm. 2), S.62-68.  
 19 Ebd., S. 171 f.  
 20 Ebd., S. 51.  
 21 Zorn (wie Anm. 18), S. 235, 239.  
 22 Note vom 9.12.1920, Bundesarchiv Berlin, R 2201, 3552.  
 23 Franz Schober, Geschichte des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns und seiner Landesleitung, Abschnitt C, Abwicklung und Geschichtsschreibung, S. 75, Bayer. KA, HS 924.  
 24 Trennung des der RTG angefallenen Kriegsgüter nach den verschiedenen Organisationen, welche die Ablieferung bewirkt haben, Stand 1.10.21, Bundesarchiv-Berlin, R 2201, 4308.  
 25 Franz Schober, Geschichte des Landesverbandes der Einwohnerwehren Bayerns und seiner Landesleitung, Abschnitt B X, Entente und E.W., Abwicklung und Geschichtsschreibung, S. 30, Bayer. KA, HS 923.  
 26 Nachweisung über den Bestand an Waffen bei den Ersatzformationen und Rekrutendepots bei den einzelnen stellvertretenden Generalkommandos nach dem Stande vom 15.8.1918, Bayer. KA, FZM 2894.  
 27 Nachweisung über den Bestand an Waffen bei der Feldzeugmeisterei nach dem Stande vom 15.11.1918, Bayer. KA, MKr. 13565.  
 28 Nachweisung über die am 1.9.1919 vorhandenen Handwaffen im Geschäftsbereich der Reichswehrbefehlsstelle Bayern, Ebd.  
 29 Mitteilung des Truppen-Departements vom 6.8.1919, Bayer. KA, FZM 2899.  
 30 Bayer. KA, FZM 2902, Prod. 1076.  
 31 Schober (wie Anm. 25), Abschnitt B XI, Bewaffnung, S. 3, Bayer. KA, HS 923.  
 32 Ebd., S. 9.  
 33 Kanzler (wie Anm. 2), S. 175 f.  
 34 Schober (wie Anm. 25), Abschnitt B XI, Bewaffnung, S. 37-39.  
 35 Mitteilung des Reichswehrgruppenkommandos 4, Bayer. KA, FZM 2905.  
 36 Nußer (wie Anm. 4), S. 135.  
 37 Ebd., S. 131.  
 38 Schober (wie Anm. 25), Abschnitt B XI, Bewaffnung, S. 49 ff.  
 39 Nußer (wie Anm. 4), S. 170.  
 40 Ludger Rape, Die österreichischen Heimwehren und die bayerische Rechte 1920-1923, Wien 1977, S. 112 f.

Dieter Storz

## Der Mord an den Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins St. Joseph am 8. Mai 1919

Victor Klemperer schrieb im Rückblick, dass ihn das blutige Ende der Rätezeit in München überrascht habe: „Lächerlichkeit war eines der Hauptmerkmale, das für mich der Räterepublik anhaftete, klägliche und so starke Lächerlichkeit, daß ich die längste Zeit einen wahrhaft blutigen Ausgang der jämmerlichen Affäre für ganz unwahrscheinlich hielt.“<sup>1</sup>

Das von Klemperer erwartete friedliche Entschlafen der Münchner Kommunistenherrschaft war vielleicht nicht wirklich wahrscheinlich; trotzdem ist man vom Ausmaß der Gewalt überrascht, zumal die Kommunisten bereits dabei waren, die Kontrolle über die bayerische Landeshauptstadt zu verlieren, als sich der Ring der Regierungstruppen zu schließen begann.

Die Forschung spricht seit langem von „rotem“ und „weißem“ Terror, und es herrscht Einigkeit darüber, dass der weiße den roten schon rein mengenmäßig um ein Vielfaches übertraf.<sup>2</sup> Dass der allgemeine Eindruck jahrzehntelang ein anderer war, lag an der überaus erfolgreichen Erinnerungspolitik der Sieger, denen es gelang, die öffentliche Bühne so auszuleuchten, dass die eigenen Untaten im Dunkeln blieben. „Rotmord über München“ – so hieß ein 1934 publiziertes Werk,<sup>3</sup> dessen Titel dieses Arrangement auf eine griffige Formel brachte. Herzstück jener Erzählung

war der berühmte „Geiselmord“ im Luitpoldgymnasium am 30. April 1919. Diesem Massaker fielen zehn Menschen zum Opfer, darunter sieben Mitglieder der Thulegesellschaft. Der Begriff „Geiselmord“ führt aber bereits in die Irre. Bei den Opfern handelte es sich um Gefangene. Die Thuleleute hatten im Hotel „Vier Jahreszeiten“ eine Widerstandszelle eingerichtet. Dort wurden Ausweise der Räterepublik gefälscht, mit denen Freiwillige München verlassen konnten, um sich den Regierungstruppen anzuschließen. Wer sich unter den Bedingungen eines Bürgerkriegs auf solche Aktivitäten einließ, musste wissen, dass er mit seinem Leben spielte.

Dem französischen Außenminister Talleyrand wird die Äußerung zugeschrieben, die von Napoleon angeordnete Erschießung des Herzogs von Enghien sei etwas Schlimmeres gewesen als ein Verbrechen, nämlich ein Fehler. Das könnte man auch von dem „Geiselmord“ sagen, denn er hielt dem weißen Terror in der öffentlichen Wahrnehmung für viele Jahre zumindest das Gegengewicht.<sup>4</sup>

Vom 7. November 1918 bis zum 30. April 1919 sind in München bei inneren Unruhen 46 Menschen zu Tode gekommen. Wirklich verlässliche Zahlen zu den Opfern des „weißen“ Terrors im Mai 1919 gibt es nicht. Hillmayr, der die Dinge ge-



nau untersucht hat, schätzt, dass von den Umgekommenen mindestens 400 als völlig unschuldig gelten müssen.<sup>5</sup>

## Die Verhaftung

Eine besondere Bedeutung kommt der Ermordung von 21 Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins St. Joseph am Abend des 6. Mai 1919 zu. Zum einen war es ganz offenkundig, dass die Opfer schon wegen ihrer religiösen Ausrichtung keinerlei Verbindung zum Räteregime haben konnten. Zum anderen sind wir über die Umstände dieser Untat sehr gut informiert, weil sie gerichtlich untersucht wurde. Das geschah, weil die Getöteten ausnahmslos Mitglieder der Bayerischen Volkspartei, also der wählerstärksten Partei in Bayern waren. Und diese mächtige Kraft verlangte nach Aufklärung.

Die Gesellen, von denen viele den Krieg mitgemacht hatten, versammelten sich am Abend des 6. Mai im sogenannten Max-Kasino in einem Hintergebäude des Hauses Augustenstraße 41. Es war ein Dienstag, und sie wollten eine für den Samstag geplante Theateraufführung besprechen. Unter einem Kasino verstand man damals eine Art Klub, also keine öffentliche Wirtschaft für jedermann, sondern ein Lokal für geschlossene Gesellschaften. Das Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg durch Bomben zerstört und in veränderter Form wiedererrichtet.

Als die katholischen Gesellen zu ihrem Versammlungsraum gingen, hatte sich das Unheil schon über ihren Köpfen zusammengezogen. Wenige Tage zuvor war bei Hauptmann Kurt von Alt-Stutterheim, Kompaniechef im preußischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1, eine Denunziation eingelaufen: Im Max-Kasino würden sich Spartakisten treffen. Die Nachricht hatte ein Feldwebel von Alt-Stutterheims Einheit von einem Oberleutnant erhalten, dessen Namen er

nicht verstanden hatte.<sup>6</sup> Dem musste man nachgehen. Einzuflechten wäre hier, dass die Einheiten mit solch großen Namen nur noch ein Schatten der mächtigen Regimenter der Alten Armee waren, die 1914 ins Feld gerückt waren. Alt-Stutterheims Regiment, nach seinem Beinamen durchweg als „Alexander“ bezeichnet, setzte sich aus ganzen zwei Kompanien zusammen. Das „Regiment“ gehörte zur 2. Garde-Infanterie-Division, einem von drei taktischen Körpern der „Gruppe Friedeburg“. Die Division zählte ganze 1.000 Mann. Viele von ihnen waren junge Burschen, die den Krieg noch nicht mitgemacht haben konnten. Überhaupt spielt sich die Affäre, von der hier zu berichten ist, ganz vorwiegend unter jungen Leuten ab. Auch Alt-Stutterheim zählte erst 29 Jahre.

Er ließ das vermeintliche Spartakistennest durch zwei Feldwebel aufklären, die sich dazu als einfache Soldaten verkleideten. Als sie sich dem Objekt näherten, sahen sie einen Mann im Haus verschwinden, und dann ging auch noch das Licht aus. Bei dieser Beleuchtung handelte es sich um einen „Drei-Minuten-Brenner“, also um eine Zeituhr. Solche Einrichtungen des feineren städtischen Lebens dürften damals den meisten Deutschen noch unbekannt gewesen sein. Jedenfalls sahen sich die Beobachter in ihrem Verdacht bestätigt, dass es da nicht mit rechten Dingen zugehe. Sie holten eine in der Nähe bereitgehaltene Patrouille herbei und hoben dieses „Nest“ aus. Alle Anwesenden wurden festgenommen und abgeführt. Man möchte meinen, dass sich solch ein Missverständnis leicht hätte aufklären lassen. Indes, jeder Versuch der Arretierten, sich zu legitimieren, wurde gewaltsam unterbunden. Josef Acher, einer der wenigen Überlebenden, sagte bei seiner Vernehmung vor dem Amtsgericht München einige Wochen später aus:

„Wir wollten schon bei unserer Verhaftung im Gesellenvereinslokal über unsere

Persönlichkeit und den Zweck unserer Versammlung Aufklärung erteilen, insbesondere wollte dies der ermordete Stadler. Es wurde ihm aber gleich von einem Soldaten der Revolver vors Gesicht gehalten und ihm, sowie uns allen befohlen ruhig zu sein.“<sup>7</sup>

Der Feldwebel Paul Priebe, der das Unternehmen leitete, bestritt das bei einer zwei Tage später durchgeführten militärgerechtlichen Befragung glatt: „Bei der Verhaftung hat keiner von den Mitgliedern nach dem Grunde seiner Verhaftung gefragt, auch wurde nicht erklärt, daß es sich um einen kath. Gesellenverein handle.“<sup>8</sup> Das war schlicht gelogen.

Die Gefangenen wurden in den „Spartakistenkeller“ gebracht, den Keller des Prinz-Georg-Palais am Karolinenplatz, der als Arrestlokal für Gefangene des Alexander-Regiments vorgesehen war. Der kurze Weg von einem Kilometer wurde für die Gesellen zum Spießrutenlauf. Die Gegend war voller Soldaten, für die „Spartakisten“ das Schlimmste waren, was es auf der Welt gab. Und jetzt wurden 26 von ihnen leibhaftig durch die Stadt geführt. Die Gefangenen wurden beschimpft und brutal misshandelt. Die Begleitmannschaften waren überwiegend sehr jung: Mehrere 18-Jährige, sogar 17-Jährige waren dabei. Der Typ, den man bei Freikorps nach herkömmlicher Vorstellung erwarten würde – altgediente Weltkriegssoldaten –, war unter den einfachen Mannschaften selten zu finden, eher schon bei den höheren Unteroffizierschargen. Der Mannschaftsbestand der Armee war nach dem Krieg also weitgehend ausgetauscht worden.

Der Zug passierte das Quartier Alt-Stutterheims in der Brienerstraße 42. Der Hauptmann wurde kurz vor 9 Uhr abends durch Schießen und Gebrüll auf der Straße aufgeschreckt. Er begab sich „darauf umgeschnallt und mit Mütze auf die Straße. Dort hatten sich wohl über 100 Mannschaften der verschiedenen Truppenteile

angesammelt die die durch eine Patrouille des Regt. Alexander verhafteten Zivilisten umstanden, Verwünschungen ausstießen, wie schlagt die Bande tot usw. Es wurde von den Mannschaften der verschiedensten Truppenteile auf die Zivilisten eingeschlagen.“<sup>9</sup> Die Situation stand kurz davor, außer Kontrolle zu geraten. Alt-Stutterheim sorgte mit gezogener Pistole für leidliche Ordnung und verteilte die Wachmannschaften auf beide Seiten der „Civillisten“. Mit Mühe und Not brachte er die Gefangenen zum Prinz-Georg-Palais, froh, die Verantwortung dem dortigen Wachpersonal überlassen zu können.

Unterwegs hatte sich dem Zug der Vizefeldwebel Konstantin Makowski angeschlossen. Der 29-Jährige gehörte auch zum Alexander-Regiment, hatte aber mit der Festnahme dienstlich gar nichts zu tun. Josef Acher berichtete später: „Auf der Straße wurden wir heftig mißhandelt, insbesondere der preuß. Vizefeldwebel Macovski hat uns grauenhaft geschlagen.“<sup>10</sup> Der später ermordete Franz Adler verlor dabei ein Auge.

Versuche, die Lage aufzuklären, wurden weiterhin unterdrückt: „In der Brienerstraße versuchte ich nochmals mich zu legitimieren. Ein Soldat, über den ich nähere Angaben nicht machen kann, schlug mir dann den Gewehrkolben über den Kopf und sagte dabei in bayerischer Mundart: ‚Halt Dein Maul, Du Hund‘.“<sup>11</sup> Die „Mundart“ spielt in den Zeugenaussagen jener Nacht eine wichtige Rolle. Sie war, mehr noch als die Uniform, das Kriterium, Bayern und Preußen zu unterscheiden, was den Beteiligten wichtig war. Die jungen Begleitleute waren ihrer Aufgabe jedenfalls nicht gewachsen. Der Grenadier Walter Kursawe, 19 Jahre alt, sah sich in der Brienerstraße von Bayern, „hünenhaften Kerls“, bedroht, deren Gewalttätigkeit „wir wenigen Wach-Mannschaften zu verhindern nicht in der Lage waren. Die Bayern haben uns mit Fäusten und Revol-

vern bedroht, wenn wir sie zurückhalten wollten. Es fielen von den Bayern Redensarten wie: ‚Wir wissen schon, was wir mit denen zu tun haben‘ usw.“<sup>12</sup>

Kurz vor dem Aufenthalt bei Alt-Stutterheim hatte sich etwas ereignet, das die Lage der Gefangenen schicksalhaft verschlechtern sollte: Ein Sanitätssoldat war durch einen Schuss getötet worden. Josef Acher, dessen Zeugenaussagen eine gute Qualität besitzen, war kurz davor von diesem Mann mit der Pistole ins Gesicht geschlagen worden: „Wie er den Revolver zurückzog, hörte ich in meiner unmittelbaren Nähe einen Schuß und sah diesen Sanitäter neben mir niederfallen; ich vermute, dass der Revolver sich entladen hat.“<sup>13</sup> Es war sicher kein Revolver, sondern eine Selbstladepistole. Solche Pistolen haben Sicherungen. Als Schlagwerkzeuge sind diese Waffen aber nicht konstruiert. Zu diesem Zweck wird man sie anders anfassen als beim Schießen, und dabei mag es vorkommen, dass der Sicherungsflügel unbeabsichtigt umgelegt wird. Vielleicht war die Waffe auch ungesichert und der Finger des Sanitäters geriet an den Abzug. Für solche subtilen Überlegungen war aber in dem Lynchmob jener Mainacht kein Raum. Jetzt wusste man es mit Bestimmtheit: Es waren heimtückische Spartakisten, die man in der Hand hatte.

## Das Massaker

Sollten die Gefangenen gehofft haben, sie wären im Prinz-Georg-Palais zwar an einem Ort, an dem sie nicht zu sein wünschten, der ihnen aber doch die relative Sicherheit eines Gefängnisses gewähren würde, sahen sie sich aufs Entsetzlichste enttäuscht. Dieses Palais war kein abgegrenzter Sicherheitsbereich. Jeder, der wollte bzw. eine Uniform trug, konnte da hinein. Auf dem Hof des Palais begann das eigentliche Massaker. Josefine Forstner,

Dienstmädchen bei der Verlegersgattin Aloisia Bruckmann, die im zweiten Stock des Hauses wohnte, wurde Zeugin des Geschehens:

„Am 7. [!] Mai 19 gegen 9 Uhr abends hörte ich in unserem Hofraum von unserem Küchenbalkon aus heftiges Schreien wie: ‚Wir sind unschuldig!‘ Auch hörte ich Klatschen wie von Schlägen in das Gesicht her-rührend. Bald darauf fielen dann Schüsse u. verstummte allmählich das Schreien. Ich sah dann später 7 oder 8 Leichen am Boden liegen, welche von 2 Soldaten mit einer Taschenlampe beleuchtet wurden. Inzwischen hörte ich heftiges Schreien, welches vom Keller heraus drang, auch fielen von dort aus Schüsse.“<sup>14</sup>

Für die Schläge war Vizefeldwebel Makowski zuständig. Er stellte sich an der Treppe auf, die zum Keller führte und schlug und trat jeden Gefangenen, der dort hinunter musste. Gegenüber dem Feldwebel Ernst Poller, der ebenfalls in diesem Haus wohnte und später als Zeuge aussagte, brüstete sich Makowski damit, „dass ihm vor lauter Zuschlagen sein Arm weh tut.“<sup>15</sup> Verglichen mit dem, was sich im Keller abspielen sollte, hatten die Erschossenen auf dem Hof noch ein gnädiges Schicksal gehabt.

Der Kellerraum war schlecht beleuchtet und mit Holzwolle ausgelegt. Er war ja für die Unterbringung von Arrestanten vorgesehen. Außer den noch lebenden 19 Gesellen sollen sich dort 20 bis 30 Soldaten aufgehalten haben. Von etwa 15 konnte später noch die Identität festgestellt werden. Einer von ihnen war wieder Makowski, der dort unten der ranghöchste Dienstgrad war. Er befahl den Gefangenen, die alle bereits bluteten, sich hinzulegen, mit dem Gesicht nach unten. Danach begannen die Erschießungen. Dabei kamen Pistolen und Gewehre zum Einsatz. Besonders tat sich dabei der Schütze Jakob Müller hervor, ein 22 Jahre alter Angehöriger des Freikorps Bayreuth. Er und drei seiner Kameraden

hatten an diesem Abend unerlaubterweise ihr Quartier, das Wittelsbacherpalais, verlassen, um noch Lokale aufzusuchen. Unterwegs hörten sie den Radau am Karolinenplatz und begaben sich dorthin. Müller war mit einer Pistole und zwei Magazinen mit zusammen 16 Patronen bewaffnet. Sein erstes Opfer hatte er noch auf dem Hof erschossen. Im Keller ging ihm bald die Munition aus:

„Als Müller keine Kugel mehr im Revolver hatte, zog er sein Seitengewehr und stach in rasender Wut auf die Zivilisten los. Wenn diese noch nicht tot waren, kniete er sich auf sie, fasste das Seitengewehr mit beiden Händen und schlug auf sie ein.“<sup>16</sup> Er stach mit solcher Wucht zu, dass sich die massive, aus hochwertigem Stahl gefertigte Klinge verbog. Daraufhin ergriff er das Seitengewehr eines Kameraden und wütete weiter. Müller wurde von vielen Zeugen beschrieben, sowohl von militärischen wie von Überlebenden des Massakers. Otto Grabasch, Angehöriger des bayerischen Schützenregiments 1, gab einem von Müllers Opfern den Gnadenschuss, wie ein Kamerad beobachtete: „Wie ich hinunter kam, war die Sache bereits vorbei. Ich sah nur noch, daß ein dicker bayrischer Chevauleger einem Zivilisten mit einem Seitengewehr 3 scharfe schwere Hiebe auf den Kopf versetzte. Der Zivilist ist umgefallen u. ich habe genau gesehen, daß ihm der Schädel gespalten war u. daß das Gehirn herausdrang. Ich bin überzeugt, daß der Zivilist keine halbe Stunde mehr gelebt hätte. Da nahm Grabasch, der vielleicht 3 Schritte von mir entfernt stand, seine Pistole, sagte, den wolle er nicht mehr länger leiden lassen, und gab auf seinen Kopf einen Schuß ab. Daraufhin war der Mann offenbar tot.“<sup>17</sup> Abgesehen von seinen Handlungen fiel Müller dadurch auf, dass er einen Chevauleger-Waffenrock trug. „Dick“ bedeutete im ausgehungerten Deutschland des Jahres 1919 natürlich etwas anderes als heute:

Müller war ungewöhnlich kräftig.

Der 24-Jährige Ausgeher Georg Samberger überlebte schwer verletzt:

„Im Keller wollten wir mit einem preuß. Soldaten verhandeln, es stürmten dann die bayer. Soldaten, die wir an der Sprache erkannten, herein, wir mussten uns dann auf den Boden legen und dann ging die Schießerei los. Ich erhielt einen Schuß ins linke Schulterblatt. Ich hörte wiederholt sagen, da lebt noch einer, stich ihn nieder; dann kamen zwei Soldaten auch zu mir, einer von ihnen sagte: ‚Der lebt auch noch, stich ihn nieder, eine Kugel ist zu gut für ihn‘. Der Sprache nach sagte dies ein Bayer. Ob mehrere geschossen [!] haben, weiss ich nicht. Ich bekam zwei Bajonett [!] im Kopf am Ohr und einen oben am Kopf und wurde dann bewußtlos. Wie ich wieder zu mir kam, sah ich einen Soldaten, der an mir herummachte und mir meine Schuhe und dann das Geld aus der Tasche nahm, sowie sonstige Kleinigkeiten.“<sup>18</sup>

Beim Leichenraub tat sich besonders der preußische Husar Stefan Latosi hervor. Dieser war von Beruf herrschaftlicher Kutscher und diente als Pferdepfleger bei einem Hauptmann Brinkmann, der im dritten Stock des Anwesens einquartiert war. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen befanden sich nicht nur Bayern, sondern auch Preußen im Keller. Einige, die unbeteiligt blieben, gehörten zum Regiment „Alexander“. Es gehört zu den abgründigen Begleiterscheinungen jenes Abends, dass diese Männer so schwer betrunken waren, dass sie nicht einmal von dem ungeheuren Lärm des Massakers geweckt wurden. Jedenfalls hatten die Soldaten, die sich im Keller zusammenfanden, wenig miteinander zu tun. Das bayerische Schützenregiment 1 war aus dem Freikorps Epp hervorgegangen, das bereits seit einigen Monaten bestand. Es entwickelte sich bereits zu einer regulären Formation.

Das Freikorps Bayreuth bestand dagegen erst seit etwa zwei Wochen und konnte noch nicht als gefestigte Einheit angesehen werden. Zeugen beschrieben auch Männer mit einem Edelweißabzeichen am Kragen. Sie gehörten demnach zu dem ebenfalls noch ganz jungen Freikorps Oberland. Preußische Husaren bildeten die Wache des Palais. Makowski war vom Alexander-Regiment und hatte sich aus eigener Initiative hinzugedrängt. Es sind aber auch Leute der ursprünglichen Begleitmannschaft in den Keller eingedrungen, obwohl ihre Aufgabe mit der Einlieferung der Gefangenen im Palais beendet war.

Es steht fest, dass Makowski die Dinge entscheidend vorangetrieben hat und Müller, auf diese Weise von der Leine gelassen, mit Abstand am schlimmsten gewütet hat. Einige Soldaten behielten allerdings die Fassung und stellten sich schützend vor Gefangene, denen so das Leben erhalten blieb.

Dem preußischen Oberst Hans Kundt, Führer der 3. Garde-Infanterie-Brigade, wurde gemeldet, dass eine spartakistische Versammlung aufgehoben worden sei und dass es bei der Einlieferung in das Arrestlokal zu Erschießungen gekommen sei. Kundt begab sich daraufhin sofort zu dem Gebäude. Zwei bayerische Offiziere warnten ihn, den Keller zu betreten, weil ihre Leute völlig unzurechnungsfähig seien. Das wirft ein trübes Licht auf diese Männer, denen es nach ihrem Dienstgrad nicht nur möglich gewesen wäre, das Massaker zu verhindern oder jedenfalls aufzuhalten, sondern deren Pflicht es gewesen wäre, dies zu tun. Kundt jedenfalls ließ sich nicht abschrecken und betrat den Keller. Dort bot sich ihm ein furchtbares Bild: „Er habe im Kriege viel Schweres erlebt und gesehen, aber der Anblick, der sich im Keller geboten habe, sei wohl der eindrucksvollste gewesen“, sagte er später vor Gericht aus.<sup>19</sup> Über seine Handlungen

verfasste er noch am selben Abend einen ausführlichen Bericht.<sup>20</sup> Danach ließ er den Keller räumen und die Personalien der Beteiligten aufnehmen. Er besaß dabei die Geistesgegenwart, die Täterschaft von vornherein auf bayerische Soldaten zu begrenzen: „Auf Grund meiner unmittelbar nach der Tat selbst gemachten Feststellungen, ist kein Zweifel darüber möglich, dass die Tat nur von bayrischen Soldaten ausgeführt worden ist.“<sup>21</sup> Der Bericht enthält die Namen von vier Soldaten aus dem „Bayerischen Schützenregiment“ und ebenfalls vier Mann des Freikorps „Bayreuth“. Wenige Tage später sagte der Oberst aus, dass einer von ihnen, in Ulanenuniform, auffallend stark schwitzte. Das bezog sich zweifellos auf den Chevauleger Müller, dessen (einer preußischen „Ulanka“ ähnelnde) Uniformjacke Kundt nicht richtig erkannte. Angesichts des ungeheuren Aufwands an Körperkraft, mit der Müller seine Waffen geführt hatte, ist sein Schwitzen nicht weiter erstaunlich.

Nach der Aussage des Hans Schneider vom Schützenregiment 1 hatte Kundt aber von vornherein die Absicht, nur die Namen der Bayern notieren zu lassen: Als sie aus dem Keller herauskamen, habe der Oberst befohlen „Die Bayern alle her zu mir“.<sup>22</sup> Die Preußen jedenfalls machten sich aus dem Staub. Auch Makowski ließ man laufen. Ein Bericht der Reichswehr-Brigade 15 vom Oktober motiviert diese Unterlassung damit, dass man zu diesem Zeitpunkt annehmen konnte, Makowski sei nur wegen Körperverletzung zu belangen. Dann aber liefert der Bericht noch eine politische Begründung: „Ueberdies hätte eine Verhaftung des Makowski wegen der unrichtigen Gerüchte die sich an die Verhaftung voraussichtlich knüpfen würden zu unvoraussehbaren Folgen gegenüber den Angehörigen der preuss. Garde seitens der Münchner Arbeiterbevölkerung geführt.“<sup>23</sup> Angesichts der Brutalität, mit der die Regierungstruppen seit

der Besetzung Münchens vorgegangen waren, sah man wohl die Gefahr, dass sich aufs neue revolutionäre Energien auf- und sodann entladen könnten.

Darüber, dass sich im Prinz-Georg-Palais Ungeheuerliches ereignet hatte und dass sich das auch nicht würde vertuschen lassen, herrschte sofort Klarheit. Die Vernehmungen durch den Kriegsgerichtsrat Kux begannen gleich am nächsten Tag. An diesem Tag erging auch ein Korpsbefehl des Generals von Oven, der die Bestimmungen über den Waffengebrauch in einschränkender Weise erläuterte und die Wachen ausdrücklich für die Sicherheit von Gefangenen verantwortlich machte. Gleich in der ersten Zeile bezog sich der Befehl auf das „ruchlose Verbrechen“ der vergangenen Nacht, begangen von „bayer. Soldaten“.<sup>24</sup> Da hatte Kundts Bericht seine Wirkung getan.

## Der Prozess

In diesem Fall war eine gerichtliche Ahnung des Verbrechens unvermeidlich. Die Frage war nun, welches Gericht dafür zuständig sein würde, also die Militärjustiz oder ein bürgerliches Gericht. In Bayern war in der Ära Eisner in Form der „Volksgerichte“ eine Sonderjustiz für den Fall innerer Unruhen eingerichtet worden. Sie hatten also eine ähnliche Funktion wie militärische Standgerichte,<sup>25</sup> sollten also rasch urteilen, wobei die Möglichkeit der Revision von vornherein ausgeschlossen war. Der Fall gelangte schließlich vor das Volksgericht I in München. Der Vorwurf lautete, juristisch wohl korrekt, nicht auf Mord, sondern auf Totschlag. Einer der vier Angeklagten, Fritz Kreiner, wurde freigesprochen, weil die Zeugenangaben unsicher waren, Kreiner sich nachweislich schützend vor Gefangene gestellt hatte und sein Seitengewehr, wie die anschließende Revision gezeigt hatte, nicht benutzt worden war. Otto Grabasch musste sich

für seinen „Gnadenschuss“ verantworten und wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Das Urteil erging im Oktober 1919. Da Grabasch seit dem 7. Mai 1919 in Untersuchungshaft saß, wurde er freigelassen. Für den Rest der Strafe gewährte ihm das Gericht eine Bewährungsfrist.<sup>26</sup>

Die Hauptangeklagten, Konstantin Makowski und Jakob Müller, wurden zu Zuchthausstrafen von je 14 Jahren verurteilt, womit das Gericht nur knapp unter der möglichen Höchststrafe von 15 Jahren blieb. Diesen kleinen Nachlass begründete das Gericht mit der „makellose[n] Vergangenheit der beiden, die im Feld gestanden waren und sich „dem Vaterlande zur Bekämpfung der kommunistischen Unruhen neuerdings“ zur Verfügung gestellt hätten. Auch deutete das Gericht an, dass „vielleicht nicht von allen Befehlshabern der Regierungstruppen auf die unnachsichtliche und strengste Einhaltung der Vorschrift gedrungen wurde, dass gefangen genommene Spartakisten nur dann sofort und ohne Verhör erschossen werden durften, wenn sie im Kampfe festgenommen worden waren.“<sup>27</sup>

Aus Anlass des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg erging acht Jahre später eine Amnestie, so dass Müller und Makowski bereits am 1. Oktober 1927 wieder freikamen.

Stefan Latosi, der Pferdewärter des Hauptmanns Brinkmann, stand von Anfang an im Verdacht, einer der Haupttäter gewesen zu sein. Er wurde lange Zeit vergeblich gesucht. Erst im November 1921 konnte er vom Volksgericht München I verurteilt werden. Das Gericht konnte sich auf Grund der Beweisaufnahme nicht mit Sicherheit davon überzeugen, dass Latosi an den Tötungen selbst beteiligt war, wohl aber wurde festgestellt, dass er die Leichen beraubt hatte; er wurde deshalb von der Anklage des Verbrechens des Totschlags freigesprochen, dagegen wegen eines Verbrechens des schweren Diebstahls zu einer

Zuchthausstrafe von 10 Jahren und zu 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.<sup>28</sup> Dass Täter der „weißen“ Seite überhaupt zu ernsthaften Freiheitsstrafen verurteilt wurden, gehörte in der unmittelbaren Nachkriegszeit zu den absoluten Ausnahmen. Es war auch nur geschehen, weil

die Opfer einer politisch einflussreichen Gruppe angehörten. Der Münchner Nationalökonom Emil Julius Gumbel publizierte 1921 eine statistische Auswertung der juristischen Ahndung von politisch motivierten Gewalttaten seit dem Kriegsende, deren Ergebnis eindeutig war:<sup>29</sup>

	Täter rechtsstehend	Täter linksstehend
Todesurteil		8
schwere Freiheitsstrafe	3	20
leichte Freiheitsstrafe (bis 2 Jahre)	5	11
Verfahren schwebt	3	1
Täter entkommen	3	
Verfahren eingestellt	12	2
kein Verfahren	212	
Täter freigesprochen	23	

## Die Haupttäter

Über die Persönlichkeiten der beiden Haupttäter wissen wir wenig. Makowski wurde am 11. März 1890 in Beuthen in Oberschlesien geboren, das nach dem Ersten Weltkrieg mit knapper Not bei Deutschland verbleiben konnte. Makowski war offensichtlich Berufssoldat. Er rückte bereits am zweiten Mobilmachungstag ins Feld, hatte also den ganzen Krieg mitgemacht und wurde mit dem Eisernen Kreuz I. und II. Klasse ausgezeichnet. Insbesondere die I. Klasse wurde an Nichtoffiziere nur selten verliehen. Wir dürfen uns Makowski also als tapferen Infanteriesoldaten vorstellen, der im Krieg extreme Gewalterfahrungen machen musste. Zeugen beschreiben ihn als großgewachsen. Makowski blieb nach der Tat zunächst unbehelligt und konnte München mit seiner Einheit verlassen. Bei der 26. Reichswehr-Brigade wurde er allerdings wegen anderer militärischer Vergehen entlassen. Im

Juli wollte er in seine Heimat zurückkehren, erfuhr aber, dass dieses Gebiet – Tarnowitz – inzwischen polnisch besetzt war. Daraufhin trat er beim Freikorps Görlitz ein. Auch diese Einheit hatte an der Operation gegen München teilgenommen. Vielleicht hatte Makowski damals Kontakte zu ihr geknüpft. Inzwischen war er aber durch die Vernehmungen in München schwer belastet worden, so dass man seine Verhaftung eingeleitet hatte. Am 8. August 1919 wurde er in seiner neuen Einheit arretiert und später nach München überstellt. Vorübergehend saß er in Berlin im Militärgewahrsam ein. „Da er sich keinen Schuld bewusst ist“, richtete er an den „Herrn Ober Kriegs-Gerichtsrat“ ein Gesuch mit der Bitte um Entlassung.<sup>30</sup> Dieses Gesuch hat er handschriftlich verfasst. Es weist erhebliche orthografische und auch grammatische Fehler auf. Wenn Makowski von sich spricht, wechselt er

zwischen erster und dritter Person. Seine Schwierigkeiten, sich in deutscher Sprache korrekt auszudrücken, hingen vielleicht mit seiner Herkunft aus der deutsch-polnischen Mischzone Schlesiens zusammen. Offensichtlich besaß er nur eine rudimentäre Schulbildung. Als Tag vor dem 1. Mai nennt er den 31. April. Davon, dass er vor seinem Eintritt in die Armee einen regulären Beruf ausgeübt hätte, teilen die Gerichtsakten, die das sonst stets tun, nichts mit. Auffällig an seinen Aussagen ist das konsequente Ableugnen jeder Schuld. So bestritt er trotz der Aussagen ziviler wie militärischer Zeugen jede Beteiligung an den Misshandlungen. Vor Gericht behauptete Makowski sogar, er habe die Verhafteten vor den anderen Soldaten zu beschützen versucht, was ihm aber „nicht recht moeglich“ gewesen sei.<sup>31</sup>

Nach seiner Haftentlassung begab sich Makowski nach Eilenburg in Sachsen, wo sich seine Spur verliert.

Müller wurde 1897 in einem kleinen Ort im damaligen Bezirksamt Berneck als uneheliches Kind in ein protestantisches Milieu geboren. Seine Kindheit war wohl nicht einfach. Er erlernte das Metzgerhandwerk und übte diesen Beruf in Preußen aus, denn als er im August 1917 eingezogen wurde, gelangte er zum Ersatzbataillon des preußischen Infanterie-Regiments Nr. 48 in Küstrin. Dort blieb er ungewöhnlich lange, denn eine Halsentzündung verschaffte ihm einen Lazarettaufenthalt vom September 1917 bis zum Februar 1918. Danach wurde er zum Ersatzbataillon des 7. bayerischen Infanterie-Regiments in Bayreuth transferiert. Erst im Juni 1918, also etwa zehn Monate nach seiner Einberufung, schickte man ihn an die Front, wo er am 17. Juli verschüttet wurde, was ihm einen fünfwöchigen Erholungsaufenthalt in einer Krankenanstalt im Etappengebiet einbrachte.<sup>32</sup>

Nach dem Krieg kehrte er in seine alte Heimat zurück. Im April 1919 war er ar-

beitslos und trat, als die Regierung nach Freiwilligen rief, ins Freikorps Bayreuth ein.<sup>33</sup> Auffällig war neben seiner Körperkraft ein „schiefes Auge“.

Eine Rückkehr in ein geordnetes bürgerliches Leben gelang ihm nach seiner Haftentlassung wohl nicht mehr. Müller kam erneut mit dem Gesetz in Konflikt und wurde zu einer fünfjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, die er seit 1935 im Strafgefangenenlager II, Aschendorfermoor, verbüßte, einem der berüchtigten Emslandlager.<sup>34</sup>

## Warum

Was am Abend des 6. Mai 1918 im Prinz-Georg-Palais geschehen ist, verblüfft nicht nur durch seine ungeheure, schier aus dem Nichts entstandene Brutalität. Vor allem begreift man nicht, wieso es den immerhin 26 Mitgliedern des katholischen Gesellenvereins nicht gelang, die auf sie einstürmende Soldateska von ihrer Identität zu überzeugen, für die sie sogar schriftliche Dokumente besaßen. Man sprach schließlich die gleiche Sprache, wenn nicht sogar den gleichen Dialekt. Immerhin lassen sich einige spezifische Voraussetzungen nennen, die eine Eskalation der Gewalt begünstigten. Da wäre zunächst das Feindbild „Spartakist“, das seit einigen Monaten fest etabliert war.

Spezifisch bayerisch war die beschämende Lage einer Regierung, die ihre eigene Hauptstadt verloren hatte und über keine ausreichenden Machtmittel zu deren Rückgewinnung besaß. Mit dem Aufbau eigener bayerischer Streitkräfte hatte man zu lange gezögert und sich darauf beschränkt, die in Berlin ersonnene Lösung für Bayern zurückzuweisen. Schließlich blieb nichts anderes übrig, als den robusten Noske um Hilfe zu bitten. Um das Feld aber nicht ganz preußischen Truppen zu überlassen, rief man in zwölfter Stunde verzweifelt zur Bildung eigener, bayeri-

scher Freikorps auf. Um möglichst viele Freiwillige zum Eintritt in die neuen Verbände zu gewinnen, schlugen die Aufrufe der Regierung Hoffmann einen unmäßig scharfen Ton an: „Bayern! Landsleute! In München rast der russische Terror, entfesselt von landfremden Elementen. Dieser Schmach Bayerns darf keinen Tag, keine Stunde weiter bestehen.“<sup>35</sup>

Müller berief sich vor dem Volksgericht auf die aufputschenden Reden seiner Vorgesetzten:

„Von unseren Vorgesetzten wurde uns gesagt, wir sollen keine Rücksicht nehmen, wenn wir Spartakisten erwischen, es sei dies meist auslaendisches Gesindel, Russen, Ungarn und dergleichen. Diese Leute seien vom auslaendischen Kapital bezahlt. Es wurde auch gesagt, wir sollten keinen Spartakisten schonen, diese würden von uns auch keinen schonen, wenn sie einen erwischen.“<sup>36</sup>

Natürlich wollte sich Müller damit teilweise entlasten, es wirkt aber nicht unplausibel und passt in die Stimmung, die in jenen Wochen in Bayern herrschte oder erzeugt wurde. Die Truppe, mit deren Kampfkraft es angesichts der fehlenden Verbandsausbildung nicht weit her sein konnte, sollte wenigstens „heiß“ gemacht werden. In den wenigen Tagen ihres Bestehens war es nicht bloß unmöglich, die Truppen fürs Gefecht auszubilden, sondern auch ausgeschlossen, sie wie eine reguläre Militäreinheit zu disziplinieren. Was man in zwei Wochen zusammenbekam, waren nur bewaffnete Horden.

In München herrschte nach der Besetzung die Angst. Und zwar nicht nur bei vielen Münchnern, sondern auch bei den Soldaten. Der organisierte Widerstand der Roten Armee war von der weißen Übermacht rasch gebrochen worden. Was den Unterlegenen noch blieb, war der Krieg aus dem Hinterhalt, also das, was man heute asymmetrische Kriegführung nennen würde. Die Armee beherrschte München, aber der

einzelne Soldat musste immer noch damit rechnen, ohne Vorwarnung von einer Kugel niedergestreckt zu werden. Und genau das schien auf dem Weg vom Max-Kasino zum Prinz-Karl-Palais passiert zu sein: Ein Sanitäter wurde erschossen. Wer konnte das denn gewesen sein? Natürlich nur die gefährlichen „Spartakisten“, die man soeben ausgehoben hatte. Da stand für den Mob fest. Für ruhige Überlegung war kein Platz.

Dazu passte gut eine andere vermeintliche Gewissheit. Der Lärm hatte den Schützen Alois Denk und einige Kameraden vom Schützenregiment 1 auf den Hof des Palais gelockt: „Wir fragten, was los sei, da sagte mir ein Soldat, der sicher ein Preuße war, was an seiner Sprache kenntlich war, es seien da Spartakisten, die eine Versammlung abgehalten u. auf den Kopf eines jeden Mannes der weißen Garde 300 Mark ausgesetzt hätten.“<sup>37</sup> Diese 300 Mark wurden in den Vernehmungen immer wieder erwähnt. Einer der Leute vom Alexander-Regiment soll sogar erzählt haben, er selbst habe dieser Versammlung in Zivilkleidung beigewohnt und dort von dieser Prämie Kenntnis erlangt.<sup>38</sup>

Uns fehlt die Kompetenz, das Massaker auf gruppenspezifische Prozesse hin zu analysieren. Was indes ins Auge springt, ist, dass sich der Mob aus Angehörigen verschiedener Formationen zusammensetzte, von denen noch keine in sich gefestigt war. Die Gruppe besaß also von vornherein nur eine geringe Kohärenz, was ihre Beeinflussbarkeit erhöhte. Fast alle Männer, die als Tatverdächtige oder Zeugen in die Untersuchungen einbezogen wurden, waren Mannschaftssoldaten, und sie waren sehr jung. Die meisten Soldaten der Patrouille, welche die katholischen Gesellen verhaftet und zum Prinz-Georg-Palais schlecht und recht eskortiert hatte, waren noch keine 20 Jahre alt. Solche Männer, eher noch Jugendliche, waren durch Vorbild und Befehl leichter lenkbar als

gesetzte Familienväter. Dem 29-jährigen Vizefeldwebel Makowski, großgewachsen, kriegserfahren und befehlsgelehrt, wuchs in einem solchen Umfeld erhebliche Autorität zu, und es gab keine andere Vorgesetztenperson, die ihm diese Autorität streitig machte. Eine besonders schätzbare Rolle spielten die beiden bayerischen Offiziere, die wussten, was im Keller vor sich ging und es vorzogen, sich aus der Sache herauszuhalten, sei es, weil sie das ganz in Ordnung fanden oder einfach aus Feigheit.

Ein verhängnisvoller Zufall war es, dass eine Person wie Jakob Müller auf den Karolinenplatz geraten war. Die Fähigkeit zu zügelloser, explosiver Gewalttätigkeit war wohl in ihm angelegt. Die Sicherung, die es in ihm gegeben haben mag, versagte in der besonderen, aufgeheizten Atmosphäre im Prinz-Georg-Palais. Wäre er an jenem Maiabend vorschriftsmäßig in seinem Quartier geblieben, hätte nicht nur das Leben seiner Opfer, sondern auch sein eigenes einen anderen Verlauf genommen. Bei Müller stellte sich die Frage, ob seine Raserei eine Folge übermäßigen Alkoholenusses gewesen sei. Gleich in seiner ersten Vernehmung am 7. Mai hatte Müller behauptet, er sei vollkommen betrunken gewesen und erinnere sich an nichts.<sup>39</sup> Diese Behauptung hielt er nicht aufrecht. In der Gerichtsverhandlung sagte er aus, er sei nicht betrunken, aber etwas angeheitert gewesen.<sup>40</sup> Die Zeugenaussagen zu Müllers Alkoholisiertheit waren widersprüchlich. Fest stand, dass an die Angehörigen des Freikorps Bayreuth an diesem Tag je ein Liter Weißwein ausgegeben worden war. Ein starkes Getränk war das nicht. Der Schütze Rodler nannte es sauer und hielt es für Apfelwein.<sup>41</sup> Später besuchte man noch das Lokal „Zur Stadt Straßburg“ und trank dort ein Glas Bier. Bier war damals so schwach, dass es unmöglich war, davon betrunken zu werden, selbst bei Genuss größtmöglicher Volumi-

na. Das Gericht gestand Müller die „Einwirkung eines leichten Rauschzustandes“ zu, aber keine Einschränkung seiner Urteilsfähigkeit. Unverständlich bleibt, wie aus dem mehrfach in den Vernehmungen erwähnten Weißwein im Urteil ein Liter starken Rotweins werden konnte.<sup>42</sup>

## Das Ende

Der 6. Mai 1919 gilt als das Ende des „weißen Terrors“ in München, und das hängt ursächlich mit dem Gesellenmord zusammen. Am Tag danach erließ das Generalkommando von Oven einen Korpsbefehl, der den wilden Erschießungen ein Ende machen sollte. Formal gab sich der Befehl als Einschärfung der bereits geltenden Bestimmungen. Der Befehl bezog sich ausdrücklich auf das Massaker am Vorabend, doch kann man annehmen, dass die ausufernde Gewalt der letzten Tage nicht im Sinn der höheren militärischen Führung gewesen war. Schließlich gefährdete sie den politischen Erfolg der Operation und die Disziplin der Truppe. Dass es von Oven ernst war, zeigte der Schlussabsatz: „Dieser Befehl ist unverzüglich beim Appell allen Mannschaften bekanntzugeben. Es ist Sorge zu tragen, dass ihn auch Abkommandierte, Neuhinzutretende unverzüglich erfahren.“<sup>43</sup>

Dass das Massaker an den Männern des katholischen Gesellenvereins St. Josef eine gerichtliche Ahndung erfuhr, lag daran, dass sich die Soldaten an den Mitgliedern einer politisch einflussreichen Gruppe vergriffen hatten. Die Untersuchungsakten gestatten eine recht genaue Rekonstruktion des Tatverlaufs. Das ist ungewöhnlich, wenn nicht einzigartig für die Jahre nach dem Weltkrieg. Die Tat war das Werk eines losen Gemenges von schlecht disziplinierten Soldaten, die sich in einen Lynchmob verwandelten. Die Massentötung wäre natürlich auch dann verbrecherisch gewesen, wenn es sich bei den Opfern tat-

sächlich um Spartakisten gehandelt hätte. Dass alle Versuche der Verhafteten, ihre Identität zu erläutern, ignoriert wurden, zeigt die extreme emotionale Aufgeladenheit der Soldaten beim Kampf gegen „Spartakus“.

Das Freikorps Bayreuth, das ursprünglich zur Übernahme in die Reichswehr vorgesehen war, wurde stattdessen aufgelöst. Als Grund gilt der Gesellenmord, der die Disziplinlosigkeit der Einheit aufgezeigt hatte.<sup>44</sup>

#### Literatur

Emil Julius Gumbel, Zwei Jahre Mord, Berlin 1921.

Heinrich Hillmayr, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918, München 1974.

1 Victor Klemperer, Man möchte immer weinen und lachen in einem. Revolutionstagebuch 1919, Berlin 2016.

2 Heinrich Hillmayr, Roter und Weißer Terror in Bayern nach 1918, München 1974.

3 Rudolf Schricker, Rotmord über München, Berlin o.J. [1934].

4 Hillmayr (wie Anm. 2), S. 161 f.

5 Ebd., S. 150.

6 Aussage Alt-Stutterheims vor dem Gericht der 2. Garde-Division, 10.5.1919, Staatsarchiv von Oberbayern (fortan St.A.Obb.), Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1.

7 Aussage vom 21.6.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 91.

8 Aussage vom 8.5.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 30.

9 Wie Anm. 6.

10 Wie Anm. 7.

11 Aussage des Georg Samberger vom 21.6.1919, ebd.

12 Aussage vor dem Kriegsgericht der 26. Reichswehrbrigade in Fürstenwalde, 28.8.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 176.

13 Wie Anm. 7.

14 Zeugenaussage vom 7. 7.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 131.

15 Aussage Pollers vor dem Amtsgericht München am 23.6.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 102.

16 Aussage des Schützen Fritz Greiner (kommt auch als „Kreiner“ vor), ebenfalls Freikorps Bayreuth, vor dem Kriegsgericht am 7.5.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 11.

17 Aussage des Schützen Hans Schneider, ebenfalls Schützenregiment 1, vor dem Gericht der Reichswehr-Gruppe 4 am 23.5.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 58/59.

18 Aussage vor dem Amtsgericht München am 21.6.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 92.

19 Aus dem Urteil des Volksgerichts München I, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 296 f.

20 St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 1 ff.

21 Ebd.

22 Wie Anm. 17.

23 Bericht der 15. Reichswehr-Brigade, 20.10.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 8.

24 Korpsbefehl vom 7.5.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 21.

25 [https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Volksgerichte,\\_1918-1924#Literatur](https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Volksgerichte,_1918-1924#Literatur), aufgerufen am 20.7.2018.

26 Urteil vom 25.10.1919, in St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 286-306.

27 Ebd., Bl. 302.

28 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Nachlass Ehard 91.

29 Emil Julius Gumbel, Zwei Jahre Mord, Berlin 1921, S. 51.

30 St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 137.

31 Protokoll geführt in öffentlicher Sitzung des Volksgerichts für den Landgerichtsbezirk München I, Verhandlung am 21.10.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 272 ff.

32 Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV, Kriegsarchiv, Kriegsstammrolle Nr. 3288.

33 Wie Anm. 31.

34 Mitteilung der Lagerleitung vom 17.3.1937, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2.

35 Abwurfflugblatt der Regierung Hoffmann, Bayerisches Armeemuseum, Inv. Nr. 0959-1990b, 3.

36 Wie Anm. 31.

37 Aussage Denks vor dem Gericht der Reichswehr-Gruppe 4 am 23.5.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 58/59.

38 Aussage des Schützen Wilhelm Rothenhöfer vor dem Gericht des bayerischen Schützenregiments am 23.6.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/2, Bl. 110.

39 Vernehmung vor dem Kriegsgericht am 7.5.1919, St.A.Obb., Staatsanwaltschaft, 169 N 2766/1, Bl. 9.

40 Wie Anm. 31.

41 Vernehmung des Schützen Rodler vor dem Kriegsgericht am 7.5.1919, wie Anm. 39.

42 Wie Anm. 26, Bl. 299.

43 Wie Anm. 24.

44 Kai Uwe Tapken, Die Reichswehr in Bayern von 1919 bis 1924, Hamburg 2002, S. 197.

Frank Henseleit

## Der „Gefallene Soldat“ im Münchener Kriegerdenkmal

Die hier in Ingolstadt präsentierte Figur, die sich bis 1972 im Kriegerdenkmal im Münchener Hofgarten befand, stammt von dem damals weithin bekannten Bildhauer Bernhard Bleeker (1881-1968)<sup>1</sup>, der, geboren in Münster, seit dem Jahre 1900 in München lebte und im Jahre 1922 Professor für Bildhauerei an der Akademie der Bildenden Künste in München wurde. Bereits in den Jahren vor seiner Berufung hatte er sich durch öffentliche und private Aufträge sowie durch Mitgliedschaften in verschiedenen Kommissionen einen Namen gemacht.

Bleekers Schaffen stand in der Tradition naturalistischer und neoklassizistischer Ausdrucksweise. Er war – wie viele Bildhauer seiner Generation – geprägt vom Stilerbe Adolf von Hildebrands, der durch die klare und ruhige Formgebung unter Verzicht auf überflüssige Details bzw. Reduktion der Darstellung seine Bildwerke in idealisierter Weise zu gestalten vermochte.

Ab dem 29. März 1915 nahm Bleeker am Ersten Weltkrieg teil<sup>2</sup> und war seit 1. Februar 1917 künstlerischer Beirat bei der „Deutschen Kriegsgräber-Abteilung des k. u. k. Militär-Kommandos Przemysl“. Während seiner dortigen Stationierung wurde dem Künstler die Beratung über die Ausschmückung sämtlicher bayerischer Heldenfriedhöfe in Galizien sowie die Ausführung eines „Bayern-Denkmal“, das an die gefallenen bayerischen

Soldaten in den Schlachten um Przemysl erinnern sollte, übertragen. Zum Vortrag über diese Planungen wurde er höchstpersönlich zu König Ludwig III. von Bayern befohlen.

Der „Gefallene Soldat“ im Münchener Hofgarten – seit 1972 durch eine Bronze-replik ersetzt – liegt im Zentrum einer großen Anlage: Über Treppen gelangt man in einen Innenhof, dessen Umfassungsmauern bis in die Vierziger Jahre die Namen der 13.000 Münchener Gefallenen des Ersten Weltkrieges trugen. Die Nord- und Südmauer zeigten je ein Relief mit ins Feld ausziehenden Soldaten und ein Gräberfeld. In der Mitte des Hofes befindet sich eine wuchtige, einem Hünengrab ähnelnde Anlage aus Travertin. Acht gewaltige Blöcke, die mit reliefierten Grabwächter-Engeln dekoriert sind, stützen eine mächtige Deckplatte. Auf ihrer Ostseite ist die Inschrift zu lesen: „Unseren Gefallenen“, auf der Westseite: „Sie werden auferstehen“. Zwischen den Trageblöcken gelangt man über weitere Treppen zur eigentlichen Krypta, in der Bleekers „Gefallener Soldat“ aufgebahrt ist.

Der Krieger erinnert formal an einen mittelalterlichen Gisant, d. h. eine skulpturale oder plastische Liegefigur auf einem Sarkophag, einer Tumba oder einem Kenotaph. Der Soldat ist überaus schlicht gehalten. Auf heroische Beigaben wie Fahnen oder Trophäen wurde verzichtet. Sanft ruht er auf einem niedrigen Sockel



aus Rotmarmor wie auf einer Bahre. Die Gewandung der überlebensgroßen idealisierten Figur ist ohne aufwendige Details in einfacher Form gestaltet. Der lange Feldmantel verläuft in geraden, regelmäßigen Falten, die großen kräftigen Hände halten ein Gewehr, das auf dem Körper liegt und bis zu den Stiefelspitzen reicht. Das mit einem Stahlhelm bedeckte Haupt ist leicht zur Seite geneigt und ruht auf einem Tornister, Augen und Mund sind geschlossen. Der jung und unschuldig erscheinende Soldat trägt entindividualisierte, ruhige und entspannte Gesichtszüge und weist keinerlei Spuren eines gewaltsamen Todes auf.

Die Skulptur ist so konzipiert, dass die Grausamkeiten der Kriegsrealität negiert werden und die Hinterbliebenen beim Betrachten der Figur Trost finden konnten. Bleekers Figur, gleichsam „ästhetische Verkörperung eines idealisierten Helden“,<sup>3</sup> war somit in der Lage, den „Gegensatz von Leben und Tod [zu] überblenden“.<sup>4</sup> Durch die Positionierung der Figur im Zentrum einer „Krypta“, abgetrennt vom alltäglichen Leben, war es möglich, dem Betrachter „eine innere Einkehr und somit die individuelle Reflexion über den Kriegstod“<sup>5</sup> zu gestatten. Gleichzeitig aber war es auch möglich, die gesamte Anlage des Kriegerehrenmales mit den Namen der 13.000 Münchener Gefallenen an den Umfassungsmauern, Weihe-Inschriften, Gruft und Soldatenfigur im Sinne einer kollektiven Trauer zu deuten und sich damit der Hoffnung auf Wiederherstellung eines neuen, starken Deutschland nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg hinzugeben. Seit Kriegsbeginn gab es zahlreiche Konzepte, Ideenwettbewerbe und tatsächlich ausgeführte Gefallenendenkmäler in München. Bleeker schuf im Laufe seiner Karriere mehrere Kriegerehrenmäler. Exemplarisch genannt seien hier die vier Köpfe toter Soldaten an dem Gefallenendenkmal für die Angehörigen der Lud-

wig-Maximilians-Universität München (1920-22, zusammen mit dem Architekten Theodor Kollmann und dem Bildhauer Georg Römer), der Pfalz-Denkstein in den Maximiliansanlagen (1922-24) und die Kriegerfiguren im zerstörten „Reichsehnenmal Tannenberg“ (1935). Sowohl die Köpfe des Denkmals für die Universität München als auch die Soldaten für Tannenberg wurden schlicht, einfach und zurückhaltend gestaltet, ähnlich dem Toten Krieger im Hofgarten.

Möglicherweise verarbeitete Bleeker bei der Konzeption der Skulptur eigene Erfahrungen des Ersten Weltkrieges. Er war selbst zwar nicht in direkte Kampfhandlungen geraten, aber als künstlerischer Beirat in einer Kriegsgräberkommission durch Planung von Soldatenfriedhöfen auf andere Weise mit dem Krieg konfrontiert worden, ohne das wirkliche Grauen des Krieges kennen gelernt zu haben. Somit gestaltete der Künstler eine würdige, unversehrte Figur, die der Realität der Schlachten mit ihren entstellten Leibern und Kadavern konträr gegenüberstand. Gerade solch eine Konzeption konnte jedoch eine tröstende Funktion für die Hinterbliebenen zum Ausdruck bringen; sie war Gegenstand einer intensiven Beschäftigung mit diesem Werk von den Zwanziger Jahren bis 1945, wobei Heroisierung und Sakralisierung des Soldaten im Vordergrund der Betrachtungen standen.

### Die Entstehung des Münchener Kriegerehrenmals

Im März des Jahres 1920 hatte das Heeresabwicklungsamt einen Wettbewerb für ein Bayerisches Kriegerdenkmal ausgeschrieben, das für die Kuppelhalle des Bayerischen Armeemuseums in München bestimmt war.<sup>6</sup> Dem Preisgericht gehörten namhafte Architekten und Bildhauer an, u. a. Theodor Fischer, Paul Ludwig Troost, Hermann Hahn, Josef Wackerle und Mi-

nisterialrat Heinrich Ullmann. Bleeker, Richard Knecht, Georg Römer u. a. waren Stellvertreter.

Im Juli 1920 wurden die Entwürfe präsentiert, der Wettbewerb führte jedoch zu keinem Ergebnis. Von den 171 eingereichten Beiträgen wurden 15 prämiert, allerdings wurde keine Arbeit zur Ausführung bestimmt.

Ein zweiter Wettbewerb kam wegen der misslichen wirtschaftlichen Lage nicht zustande, so dass ein aus drei Sachverständigen bestehender Gutacherrat einen bayerischen Künstler mit der Gestaltung des Denkmals betrauen sollte. Dies hatte zur Folge, dass Bernhard Bleeker 1921 den Auftrag erhielt, da er als Mitglied der Jury einen tiefen Einblick in das Verfahren hatte. Nach der Begutachtung durch ein Denkmalkomitee wurde der in der Kuppelhalle des Armeemuseums aufgestellte Gipsentwurf des Soldaten Ende August 1922 durch Paul von Hindenburg eingeweiht.<sup>7</sup> Am 22. November 1922 kam der Vertrag mit Bleeker zum Abschluss. Als Honorar erhielt er 103.000 Mark und erwarb daraufhin von den Ruhpoldinger Marmorwerken einen drei Tonnen schweren Marmorblock,<sup>8</sup> der von geringer Qualität, aber für eine Aufstellung in einem Innenraum geeignet war.<sup>9</sup> Die Witterungsanfälligkeit des Steins sollte nach dem Zweiten Weltkrieg die Diskussion um eine Verlegung des Soldaten schüren.

Nach Fertigstellung der Figur, das genaue Datum ist nicht bekannt,<sup>10</sup> zeigte sich ein optisches Missverhältnis zwischen der Kriegerskulptur und dem geplanten Aufstellungsort, der Kuppelhalle des Armeemuseums, weshalb der Künstler sich weigerte, die Figur abzuliefern,<sup>11</sup> obgleich in der Kuppelhalle bereits der Sockel für das Denkmal errichtet war. Als Alternative schlug Bleeker vor, den Soldaten in der Feldherrnhalle aufzustellen,<sup>12</sup> doch das Bayerische Kultusministerium war der

Meinung, an einem Bau Ludwigs I. dürfe nichts geändert werden.

Etwa gleichzeitig mit diesem Wettbewerb wurde ein weiterer ausgeschrieben für ein Ehrenmal zum Gedenken an die Münchener Gefallenen. Hierzu trat der „Bayerische Kriegerbund für München (Stadt)“ an den „Bayerischen Landesverein für Heimatschutz“ heran, mit dem Gesuch um „Durchführung eines Ideenwettbewerbes zur Lösung der Platzfrage für ein Kriegerdenkmal in München“.<sup>13</sup>

Auf Grund der Bedeutung des Projektes wurden 15 anerkannte Persönlichkeiten, darunter die Bildhauer Georg Römer und Josef Wackerle, die Maler Fritz Erler und Karl Caspar und die Architekten Theodor Fischer und Karl Hocheder zu Preisrichtern gewählt, ferner Bauräte, Vertreter des Bayerischen Kriegerbundes und der Stadt München. Bernhard Bleeker fungierte, neben anderen, wiederum als Stellvertreter. Nachdem die etwa 150 Entwürfe im März 1922 von der Jury begutachtet wurden und nicht zufriedenstellend ausgefallen waren, kam es in der ersten Hälfte des Jahres 1923 zu einem weiteren Wettbewerb, nun mit der Vorgabe des Standortes, dem Platz vor dem Bayerischen Armeemuseum. Als Sieger gingen die Architekten Thomas Wechs und Eberhard Finsterwalder in Zusammenarbeit mit dem Bildhauer Karl Knappe hervor.<sup>14</sup>

Die Bauarbeiten des Denkmals, dessen Steine in Cannstatt bei Stuttgart gebrochen wurden, übernahm die Philipp Holzmann AG. Da die Kosten der Anlage sehr hoch waren, beantragten die Vorsitzenden des Denkmalausschusses bei der Stadt München eine finanzielle Zuwendung, die in Höhe von 30.000 Goldmark gewährt wurde.<sup>15</sup>

Die Grundsteinlegung des Kriegerdenkmals fand am 4. November 1923 statt, die Enthüllung am 14. Dezember 1924.<sup>16</sup>

Bernhard Bleekers Soldatenfigur, die – wie bereits erwähnt – für die Kuppelhalle des

Armeemuseums gedacht war, wurde nun kurz vor der Einweihung in dieses Kriegerehrenmal integriert, da das Bauwerk bis dahin kahl und leer wirkte.<sup>17</sup>

Die Anlage war bei ihrer Enthüllung im Dezember 1924 jedoch noch nicht vollendet. Der Platz für die Namen der 13.000 gefallenen Münchner Soldaten, die in der Krypta angebracht werden sollten, erwies sich als zu klein. So wurden neue Wandflächen für die Anbringung der Namen benötigt. Das Problem konnte durch den Bau eines Vorhofes mit Umfassungsmauern, die das eigentliche Ehrenmal umgaben, gelöst werden. An den Wänden wurden die Namen der Gefallenen angebracht. Die Einweihung dieses zweiten Bauteils erfolgte im November 1925. Karl Knappe dekorierte 1928 die südliche Schmalseite des Hofes mit dem Relief eines Gräberfeldes, die nördliche mit einem Relief marschierender Soldaten. Nach Beschädigungen im Zweiten Weltkrieg wurden die Namen der 13.000 Toten entfernt, Knappes Reliefs in verkleinerter Form wiederhergestellt,<sup>18</sup> die übrige Gestalt des Denkmals blieb erhalten.

### Die Rezeption des „Gefallenen Soldaten“ von den Zwanziger Jahren bis zum Dritten Reich

Zeitungsartikel, Untersuchungen aus künstlerischer oder ideologischer Wahrnehmung, lyrische und prosaische Betrachtungen in den Jahren zwischen Einweihung des Denkmals 1924 und der Zeit des Nationalsozialismus zeigen die Wertschätzung bzw. Indienstnahme, die die Denkmalanlage und insbesondere die Soldatenfigur in individueller, ästhetischer, gesellschaftlicher und nationalpolitischer Hinsicht erfuhren.

Das Ehrenmal war im Bewusstsein der Zeit tief verankert, somit konnte der „Gefallene Krieger“, der von Anfang an im Zentrum der Betrachtung stand, gleich-

sam als Katalysator für verschiedene Empfindungen und Emotionen fungieren.

Bereits die Enthüllungsfeierlichkeiten im Dezember 1924 führten zu Verärgerungen sowohl im linken wie auch im rechten Lager: Die politische Linke fühlte sich ausgegrenzt, da ihre Organisation, das „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“, nicht an der Feier teilnehmen durfte.<sup>19</sup> Da Kronprinz Rupprecht und andere Vertreter des Hauses Wittelsbach eingeladen waren, sei die Feier zu einer Sache geworden, „an der die Allgemeinheit keinerlei Interesse hat, eine höfische Feier, veranstaltet von einem einzelnen Verein [dem Bayerischen Kriegerbund], der sich allerdings anmaßt, allein das Recht zu haben, das Andenken von 13.000 Gefallenen einer Großstadt zu ehren“.<sup>20</sup> Dagegen drückte die politische Rechte ihre Verärgerung dahingehend aus, dass – im Gegensatz zur Grundsteinlegung, bei der zahlreiche völkische Vertreter zugegen waren – nur „ein Heer von Zylindern rings im Geviert, spärliche Reichswehr: Eine Ehrenkompanie und eine Fahnenkompanie“ vertreten waren.<sup>21</sup> Nachdem das Denkmal enthüllt war, gab es reichlich negative Beurteilungen hinsichtlich seiner künstlerischen Gestaltung. Der „Völkische Beobachter“ nannte das Werk ein „Backsteinkäse-Denkmal“.<sup>22</sup> Die „Bayerische Staatszeitung“ berichtete von den Reaktionen der Bevölkerung: „... dieses Denkmal ist so eigenartig in seiner Form und Ausführung und so radikal abweichend von dem Normaltyp eines Kriegerdenkmals, dass der Großteil der Bevölkerung ihm hilf- und ratlos, zum Teil auch unfreundlich und ablehnend gegenübersteht und nicht weiß, wie es sich mit ihm abfinden soll“.<sup>23</sup>

Die positiven Kritiken bezogen sich in besonderem Maße auf Bernhard Bleekers Soldatenfigur, die bis heute als ein Hauptwerk des Künstlers gilt:

So schreibt Hans Kiener, die Figur halte „großen Abstand zu diesem harten Stim-

mungston, den das Denkmal leicht bekommen kann“. Der Krieger sei „eine Sache für sich, ein Werk von hoher Schönheit, schlicht und groß gesehen“.<sup>24</sup>

Karl Badberger lobt Bleekers Soldaten überschwänglich: „Als ein noch Schule machendes Meisterwerk schlechthin muss der schlafende Krieger bezeichnet werden, dem das Denkmal Ruhestätte ist. Bisher hat man wohl kaum je modernere Gewandung plastisch so gut überwunden und dabei doch realistisch dargestellt gefunden, als hier. Trotz aller Attribute der Gegenwart muss dieses Denkmal doch als zeitlos bezeichnet werden und das ist stets das Kennzeichen einer ganz reifen Kunst, die in geistiger Durchdringung ihre Wurzel hat“.<sup>25</sup>

Die Skulptur wurde als das „schönste in Deutschland ... ein Werk, das Bleekers Name in die weite Welt trug“,<sup>26</sup> gerühmt. Mit der Figur habe der Künstler eine der „schönsten Verdichtungen des Weltkriegsoldaten“<sup>27</sup> geschaffen, sie sei „in Form und Gehalt von tiefem Ernst und schlichtem Adel, ganz verinnerlicht und still, das schönste deutsche Soldatenmal“.<sup>28</sup>

Nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg war die politische Stimmung im „völkischen“ und deutsch-nationalen Lager stark revanchistisch geprägt. Die Bedingungen des Versailler Friedensvertrages schürten dieses Feuer ebenso wie die Schmach und der damit verbundene „Ehrverlust“ durch die Niederlage. Das einst so starke Reich, die ehemals so gewaltige Militärmacht Deutschland lag nunmehr geschlagen am Boden. Auch die sich durch die gesamte Weimarer Zeit fortsetzende Debatte über die Kriegsschuld trug dazu bei, dass nationalistische Kräfte an Boden gewannen. Es herrschte die Auffassung, die „Kriegsschuldflüge“ stelle die Grundlage des Versailler Vertrages dar.

Die Grundsteinlegung und Enthüllung eines so bedeutenden Kriegerdenkmals konnte mit Blick auf diese Geisteshaltung

nur Wasser auf die Mühlen der „Völkischen“ und rechtsextremen Gruppierungen sein.

Ernst „Putzi“ Hanfstaengl, damals Vertrauter Adolf Hitlers, späterer Auslandspressechef der NSDAP, im Zweiten Weltkrieg als Emigrant auf amerikanischer Seite Berater für die psychologische Kriegsführung gegen das Dritte Reich, berichtete von Plänen der Nationalsozialisten, am Tag der Grundsteinlegung des Kriegerehrenmales<sup>29</sup> einen Putschversuch zu unternehmen: So kam Hanfstaengl Anfang November 1923 in die Redaktionsräume des „Völkischen Beobachters“. Der Redakteur Hermann Esser habe ihm erzählt: „Stellen Sie sich vor, was Scheubner-Richter, Rosenberg und vermutlich auch Ludendorff für kommenden Sonntag zur Grundsteinlegung von Bernhard Bleekers Gefallenendenkmal im Hofgarten ausgeheckt haben. Mitten in der Feier sollen die SA und andere zuverlässige Kampfbund-Einheiten über die Regierung samt Kahr und Kronprinz Rupprecht herfallen, vielleicht auch noch über die Generalität, und alle festsetzen, worauf Hitler und Ludendorff die nationale Revolution ausrufen wollen“.<sup>30</sup> Zwar kam es an diesem 4. November 1923 noch nicht zu diesem Vorhaben, jedoch nur 5 Tage später; am 9. November wurden die Pläne mit dem „Marsch auf die Feldherrnhalle“ blutige Realität, auch wenn der Putschversuch scheiterte.

Der geplante Umsturzversuch vom 4. November 1923 zeigt, welcher Symbolcharakter dem Kriegerdenkmal beigemessen wurde, wenngleich die Aufständischen sicherlich auch von rein praktischen Beweggründen ausgingen, nämlich auf einen Schlag die gesamte Regierung und maßgebliche Persönlichkeiten beseitigen zu können.

Die offiziellen Vertreter der Stadt München demonstrierten in ihren Reden anlässlich der feierlichen Enthüllung der

Denkmalanlage am 12. Dezember 1924 eine zeittypisch nationalistische Gesinnung:

So übergab der Generaldirektor des Armeemuseums, Halm, den „Gefallenen Soldaten“ dem bayerischen Volk mit den Worten: „Der Schlafende Krieger [...] soll den Opfermut der bayerischen Truppen, aber auch den schlummernden Heldengeist versinnbildlichen, der einst seine Auferstehung feiern wird“.<sup>31</sup>

Münchens zweiter Bürgermeister, Hans Kufner, bekundete in seiner Ansprache eine weitere nationale Bestärkung: „Es sei und bleibe ein geistiger Sammelpunkt für alle, denen, wie den Gefallenen, das Vaterland über allem steht. Das Denkmal wird so zum Grundstein und Ausgangspunkt für unsere feste Hoffnung auf eine glücklichere Zukunft unseres geliebten Vaterlandes, dass es in nicht zu ferner Zeit wieder groß und mächtig werde wie ehemals“.<sup>32</sup>

Ein Kommentar in der „Augsburger Postzeitung“ verdeutlicht ebenso den nationalen Geist: „Tausende von trauernden Müttern wurden mir gegenwärtig und doch formte sich von dieser Gestalt aus ein siegreiches Wissen, dass sie, um die die Mütter und Gattinnen trauern, dennoch leben, und dass auch das, wofür sie sterben, das deutsche Vaterland, leben wird“.<sup>33</sup>

Ehrenmal und Soldatenfigur erweckten somit ein Gefühl nationalen Stolzes und damit tröstliche Emotionen, so dass die Hoffnung auf ein Weiterleben bzw. ein Wiederauferstehen Deutschlands in seiner alten Größe wachgerufen werden konnte. Die Inschriften auf der Deckplatte: „Unseren Gefallenen“ und: „Sie werden auferstehen“ konnten in diesem Sinne interpretiert werden.

In dieser stark revisionistisch aufgeladenen Phase der Weimarer Republik verdeutlicht die Reaktion des „Völkischen Beobachters“ auf die Kranzniederlegung einer französischen Friedensgesellschaft am Kriegerdenkmal im Jahre 1927 die Res-

sentiments gegenüber den ehemaligen Kriegsgegnern, namentlich Frankreich: Das Ehrenmal wird hier als „nationales Heiligtum“ bezeichnet,<sup>34</sup> Begriffe wie „nationale Ehre und Stolz auf Deutsche Frontleistung“, „Versailler Schanddiktat“, „unerhörte Beschimpfung des deutschen Heeres und des ganzen Volkes“ und „wehrfeindliche Propaganda“ sind zu lesen, Forderungen nach einer unverzüglichen Entfernung des Kranzes werden laut. Die Konzeption der Figur als „Gisant“ in einer Gruft legte auch Vergleiche zur mittelalterlichen Kaiseridee nahe, einer Heroisierung im germanischen Sinne mit deutscher Gesinnung und Heldenmut: „Und dennoch, wenn man die Figur in dem tiefgelegten, relativ niedrigen Raum aus sich wirken lässt, so taucht doch der Eindruck einer Krypta auf, wie er durch Dutzende von mittelalterlichen Kirchen in uns erweckt wurde. ... Man mag [...] Mystik und Sage – die Barbarossas im Kyffhäuser legt sich ja angesichts des ‚schlafenden‘ deutschen Jünglings im Innern so nahe – heranzuführen“.<sup>35</sup> So schreibt auch Hans Weigert 1942: „Man zögert, die Namen der Künstler, des Bildhauer-Architekten Karl Knappe und des Bildhauers Bernhard Bleeker, zu nennen, weil ihr Werk, den heiligen Skulpturen des Mittelalters gleich, nicht mehr ihr, sondern des Volkes geistiger Besitz ist.“<sup>36</sup>

Die leicht als revanchistisch deutbaren Inschriften am Münchner Kriegerdenkmal: „Unseren Gefallenen“ und: „Sie werden auferstehen“ sind zu lesen als eine Hoffnung, die sich fünfzehn Jahre nach der Enthüllung als blutige Realität erfüllen sollte. Der Schrifttyp – Karl Badberger setzt ihn in die Nähe der gotischen Antiqua<sup>37</sup> – entspricht jedoch nicht einer spezifisch germanisch-völkischen Prägung, die man wohl mit der Fraktur am genauesten getroffen hätte. Dies war auch einer der Kritikpunkte an dem Denkmal, dem dadurch „deutsche Elemente“ fehlen würden.

Der bereits angedeutete „germanische Revanchismus“ ist an der sonst so toleranten Denkmalkritik Karl Badbergers abzulesen, wenn er die Konzentration des Denkmalgedankens auf Bleekers Soldaten lenkt: „Dieses Verlegen des Schwergewichts nach Innen sowie die Symbolik der Ehrung durch den Genius loci kommt doch zweifellos germanischem Empfinden näher als der Hurrakitsch, den wir beispielsweise in romanischen Ländern antreffen und der uns als überwundener Standpunkt gilt.“<sup>38</sup>

Die oben genannten Ausführungen haben gezeigt, wie stark das Kriegerehrenmal mit Bleekers Soldaten für revisionistische Zwecke – auch im Sinne einer kollektiven Nationaltrauer und deren Überwindung – vereinnahmt werden konnte.

Die Konzeption der Gesamtanlage verstand der am Entwurf beteiligte Bildhauer Karl Knappe folgendermaßen: „Das Münchener Kriegerdenkmal ist geworden aus dem Gefühl heraus, etwas entstehen zu lassen, was zunächst nicht gewohnte Augenweide für Vorübergehende, sondern vor allem Aufenthalt schaffen soll für diejenigen, die sich dem Gedenken an den Krieg und den vielen Toten auch wirklich hingeben wollen. [...] Hier soll der Mensch selbst mittun und es soll ein Ort der Begegnung sein, sei es mit den Toten, sei es mit sich selbst im Zusammenhang mit dem, was geschehen, was hinter uns liegt und doch mit uns lebt“.<sup>39</sup>

Diese Ausführungen zeigen, dass das Ensemble als Stätte eines persönlichen Trauererlebnisses und einer individuellen Memorialfunktion konzipiert war.

Dass der ursprüngliche Gesamtentwurf des Kriegerehrenmales nicht im Sinne einer Kriegsverherrlichung gedacht war, zeigen besonders die 1928 fertig gestellten „kubistischen“ Reliefs von Karl Knappe an der Nord- und Südseite der Umfassungsmauern, die Darstellungen einer marschierenden Soldatenkolonne und ei-

nes Gräberfeldes sind. Knappe stellt durch die Gegenüberstellung der beiden Reliefs die logischen Folgen des Krieges dar: Der Auszug der Soldaten in die Gräber auf dem Schlachtfeld. Die wie „zerhackt“ gestalteten Soldaten Knappes, die keine Individualität zuließen, schienen dem Künstler geeignet für seine Vorstellung eines entindividualisierten, anonymen Todes im Krieg.<sup>40</sup> Dieser ursprüngliche Sinn wurde dahingehend umgekehrt, dass man die Reliefs bald als aus ihren Gräbern aufstehende Soldaten deutete, die erneut bereitwillig in einen Krieg ziehen würden. Bleekers Soldatenfigur konnte aber auch als Verkörperung eines Individuums fungieren und somit als gedankliches Zentrum eines persönlichen Verlustes.

Der mit dem Künstler befreundete Schriftsteller Hans Carossa schildert in seinem Werk „Der Arzt Gion“<sup>41</sup> auf mehreren Seiten die Gefühle und Stimmungen, die das Denkmal und die Soldatenfigur auf den Protagonisten, den Arzt Gion, und die Besucher machten. Carossa hat deren Reaktionen offensichtlich selbst erlebt:

„Gion aber ging auf das niedrige Quadergebäude zu, das die Mitte der Anlage bildet. Längst war er die Befremdung los, die beim ersten Anblick des ungewöhnlichen Gefüges die meisten überkommt; sieht es doch aus, als hätten spielende Kyklopenkinder ihre kolossalen Baukastensteine neben- und übereinander gelegt. Noch einmal, zwischen je zwei Würfeln, führen Stufen abwärts; man glaubt in eine Krypta zu treten, und etwas Ähnliches ist es auch; denn am Boden hingestreckt, aus rötlichbraunem Stein gehauen, liegt hier der tote Soldat, ein Gedächtnisbild aller Gefallenen. Überlebensgroß ist die Gestalt; noch im Tode bewahrt sie eine Art von dienstlicher Haltung; das Gesicht, fast knabenhaft unter dem riesigen Sturmhelm, spricht letzte Ergebung aus. Auf alle verfeinernden Züge hatte der Künstler verzichtet, und es war ihm geglückt, ein

jugendliches Antlitz von allgemeiner Gültigkeit zu schaffen, das eben so gut an einen Arbeiter erinnerte wie an einen Bauern, so gut an einen Fürsten wie an einen Gelehrten“.

Ein älterer Sanitätsrat steigt in die Krypta hinab und spricht „jetzt mit übertriebenen Gesten den steinernen Soldaten wie einen Lebendigen“ an: „Endlich bin ich wieder einmal da, mein Lieber! Unsere ersten Kirschen bringe ich dir; Maria selbst hat sie für dich gepflückt. Alles ist noch beim alten; sei froh, dass du hier wohnst in deinem kühlen Haus; glaube ja nicht, dass du viel versäumst! Schön liegst du da in deinem langen Mantel, ohne Bahrtuch und Sarg; jeder kann zu dir kommen, doch deinen Schlaf stört keiner ... Freue dich, mein Sohn, dass keine Schallwelle mehr zu dir dringt! Wenn du lebstest, – in welche Unruhe, in welchen Zorn der Ohnmacht würdest du hineingerissen! Wie müsstest du dich zurücksehnen zum Abhang von Loreto unter die Kanonen...“.

„Barhäuptig, bleich, ein schwarzes Tuch um die Schultern“ betritt eine Frau das Kriegerdenkmal. Sie war bemüht, „außer der Steingestalt nichts wahrzunehmen [und] ... öffnete eine abgenutzte Handtasche, zog ein weißes Christbaumkerzchen hervor, zündete es an, klebte es mit Wachs tropfen am Sockel fest und begann auf eine Art zu beten, die wir sonst nur in südlichen Ländern finden. Sie führte die rechte Hand an den Mund und senkte sie dann in feierlichem Bogen sehr langsam nach dem Herzen der Statue. Hierauf stand sie mit halb ausgebreiteten Armen eine Weile still, wobei sie viel größer aussah, als sie wirklich war, und wiederholte schließlich ihre erste Gebärde. Endlich drückte sie das Licht mit zwei Fingern aus, verwahrte die Kerze ... und eilte ... hinaus“.

Eine schwarz gekleidete Dame mit ihrer Enkelin kommt herein: „Lassen Sie meine Enkelin hinein! ... sie ist als Kind erblindet und erst vor einigen Wochen durch eine

glückliche Operation wieder sehend geworden. Auch ihr Bruder ist unter den Dreizehntausend, und nun möchte sie den steinernen Soldaten sehen, in dem alle enthalten sind ...“.<sup>42</sup>

Der letzte Halbsatz entsprach der Interpretation des Soldaten als Verkörperung einer ganzen Armee, die gefallen ist und in der der Einzelne nichts gilt, die Gesamtheit aber alles, „der Eine, der alle vertritt“, wie Hubert Schrade 1934 schreiben wird.<sup>43</sup> Diese Aussage wird durch die Präsentation der Namen der Gefallenen auf den Umfassungswänden des Kriegerdenkmals noch unterstrichen.

### Der „Gefallene Soldat“ in der Rezeption des Dritten Reiches

Hubert Schrades Abhandlung über Bleekers Soldaten in seinem Werk „Das deutsche Nationaldenkmal“<sup>44</sup> ist aus einer stark „völkisch“ geprägten Sicht geschrieben, in der der Einzelne nichts, das Volk alles zählt. Der Einzelne hat sich dem großen Ganzen zu opfern, um in ihm weiterzuleben. Schrade schlüsselt die einzelnen Formen des Denkmals auf:

Der Besucher steigt in den Vorhof hinab und betrachtet die 13.000 Namen der Gefallenen. Bereits hier spürt er allerdings, dass angesichts der Unzahl von Namen die Konzentration auf einen einzigen Gefallenen nicht möglich ist: „Es sind der auf gleiche Weise Verzeichneten zu viele. Der einzelne Name verliert an individueller Erinnerungskraft“. In der Krypta, unter dem „Altar-Grab-Block“, Zeichen des Opfertodes, befindet sich die Gestalt, „in der sich das Schicksal der Vielen, die Eines geworden sind, gleichnishaft verkörpert“: Bleekers Soldat sei das „gesuchte Bild des Einen, der Alle vertritt“.

Hier wird nun erneut die revanchistische Wiedererweckungshoffnung offenbar, wenn Schrade fortfährt: „Das Haupt [des Soldaten] ist reiner Ausdruck jugendlich-

männlicher Kraft, die sich der Ruhe anheimgegeben hat. Der Ruhe, nicht dem Tode, der Alles endet. Denn wer sähe nicht, dass in den Zügen, so verschlossen und entrückt sie sind, noch ein Leben lebendig ist, das sich mit dem Leben des in die Krypta einfallenden Lichts auf geheimnisvolle Weise alltäglich verbindet und das nur des Anrufs, dem solche Macht gegeben ist, zu bedürfen scheint, um aus seinem Geheimnis wieder ins Dasein zurückzukehren. ‚Sie werden auferstehen‘, ist draußen auf den Block geschrieben, der die Krypta überdacht“.

Der Besucher muss aber, um zu diesem Repräsentanten der Gefallenen zu gelangen, erst den „Raum der Gemeinschaft“ durchschreiten, „an dessen Wänden die Namenkolonnen der Opfer und Forderer neuer Volksgemeinschaft stehen“. Schrade interpretiert somit den Soldaten in Verbindung mit dem gesamten Denkmal als Symbol der Aufopferung, die dem Entstehen und Weiterleben der Nation dient. „Daher fühlen wir die Sinngestalt auch je und je als Person ... in dem ursprünglichen Sinne, der dem Begriffe eignet. Persona kommt von personare und das heißt durchtönen. Durch den Einen tönt das Ganze, durch das er gewesen und um dessen willen er gefallen ist: sein Volk“.<sup>45</sup>

Die Vereinnahmung der Kriegerfigur diente Schrade dazu, die Ideologie des neuen „Dritten Reiches“ zu propagieren, indem er die Volksgemeinschaft beschwor, innerhalb derer das Individuum nichts gelten sollte, das Volk aber alles.

In Werner Rittichs Aufsatz „Heroische Plastik“ in der Zeitschrift „Die Kunst im Dritten Reich“<sup>46</sup> aus dem Jahre 1937 wird deutlich, wie sehr das deutsche Kunstschaffen nun unter dem Aspekt der Heroisierung betrachtet wurde. Rittich zufolge war in Deutschland niemals die „heroische Gesinnung so alle bewegend, so alle erfassend“ wie damals. Dieser Heroismus resultiere aus dem Opfergang der Gefalle-

nen des Ersten Weltkrieges: „[...] in den Schützengräben dieses Krieges wurde die Weltanschauung geboren, die sich mit Hunderten von Opfern den Sieg errang und die endliche Einheit und Freiheit unseres Volkes verwirklichte, die unser heutiges Reich schuf und die täglich im kleinen und großen von heroischer Gesinnung getragen wird“.

Dieses Heldentum komme am besten bei den Darstellungen von Soldaten, die als Kriegerehrenmaler bestimmt sind, zum Ausdruck, „weil damit ein direkter Einklang zwischen dem heldischen Geist und dem Inhalt gegeben ist“. Bleekers Soldat sei so ein Beispiel: „In dem Ruhem des schlafenden Kriegers von Bernhard Bleeker liegt so viel gestaltete innere Kraft, dass man ein Erheben sich vorbereiten zu sehen meint; die Ruhe der Formen, die über der Waffe gestalteten Hände, die leichte Wendung des Kopfes sind von ergreifender Monumentalität“.

Rittichs Indienstnahme des Toten Soldaten für Heldentum und „heroische Gesinnung“ ist symptomatisch für die nationalsozialistische Kunstideologie. Bleekers Krieger, obwohl schon zwischen 1921 und 1924 entstanden, eignete sich durch Form und Verinnerlichung in hohem Maße für revanchistische Wiedererweckungshoffnungen im Sinne des NS-Regimes. Zwar schloss die Gestaltung der Figur solche Zuversicht nicht aus, doch zeigt das Verhalten der amerikanischen Militärregierung nach dem Zweiten Weltkrieg – sie gab die Erlaubnis zur Restaurierung und Re-Positionierung an seinen althergebrachten Platz –, dass diese die ursprüngliche Gesamtkonzeption, nun ausgeweitet auf die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges, anerkannt hatte.<sup>47</sup>

Aufopferung – dieser Leitgedanke zieht sich auch durch den Kommentar Kurt-Lothar Tanks<sup>48</sup> zu Bleekers Soldat. Tanks Buch, das verhältnismäßig spät, 1942, publiziert wurde, war der Versuch, diejeni-

gen Bildhauer in einem Werk zu vereinen, die von offizieller Seite des Dritten Reiches Zustimmung fanden. Herausgegeben wurde es von Wilfried Bade, dem leitenden Ministerialrat der Presseabteilung der Reichsregierung, das Geleitwort verfasste Albert Speer. Somit waren das Werk und die in ihm vertretenen Bildhauer von höchst offizieller Stelle abgesegnet. Tank, der im November 1941 zum Hauptschriftleiter des „Zeitschriften-Dienstes / Deutscher Wochendienst“ ernannt wurde,<sup>49</sup> teilte die 17 in seiner Publikation vertretenen Künstler in verschiedene hierarchisch gegliederte Kategorien ein: Die „unterste“ Stufe war bezeichnet mit „Tradition und Gegenwart“, in dem die Bildhauer Klimsch, Kolbe, Scheibe, Bleeker und Albi-ker vertreten waren, Künstler also, die bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg Ansehen genossen. Die nächst höhere Stufe trug den Namen „Das Ringen um die neue Form“, in dem die Schüler der oben Genannten vertreten waren: Harth, Grauel, F. Liebermann, Koelle und Knecht. In der „obersten“ Stufe beschränkten Wamper, Meller, Schmid-Ehmen, Waldschmidt und Wackerle den „Weg zur deutschen Monumentalplastik“. An dessen Ende „thronten“ Thorak und Breker im Kapitel „Auftrag und Erfüllung“.

Wie an den einzelnen Kapitelüberschriften abzulesen ist, wurde hier eine Entwicklung aufgezeigt, die den Weg zur propagierten nationalsozialistischen Kunstauffassung vollzogen habe. Gleichzeitig wurden die einzelnen Künstler auch nach ihrer Nähe zur und ihrer Bedeutung für die NS-Bewegung definiert.

Tank sieht den Soldaten nicht als tot an. „Man hat ihn mit Recht einen Schlafenden oder Ruhenden genannt, denn tot ist dieser gefallene Held des Weltkrieges nicht, tot ist nur, wer keine Kraft mehr ausstrahlt, keine Wandlung im Reiche der Lebenden auszulösen vermag“. Tank benutzt das Adjektiv „schlafend“ in einem Sinne, der

die Aufopferungsbereitschaft nicht nur des Soldaten, sondern auch seiner Hinterbliebenen, also des Volkes, beschwört. So erschließt sich einer trauernden Mutter der „Sinn seines [des Soldaten] und ihres Opfers“.

Indem der Soldat für das Vaterland fällt, bewirkt sein Opfer eine Kraft, die im Volk wirksam wird. „Auf seinem [des Soldaten] Antlitz lesen wir: unser Opfer wird das deutsche Schicksal wenden!“ Tanks Buch erschien zu einer Zeit, in der nicht mehr der Revanchismusgedanke gefordert war, wohl aber der Appell an das Durchhaltevermögen der Bevölkerung. In diesem Sinne ist auch seine Interpretation zu verstehen, der Soldat liege „stark und unbesiegt“ da und spreche „beschwörend und mahnend, tröstend und rettend zu uns“.

Bernhard Bleekers Soldatenfigur erfuhr vor allem im Dritten Reich eine Uminterpretierung, die das Kriegerdenkmal als Symbol der revanchistischen Rachegefühle für die ‚Schmach‘ der Niederlage im Ersten Weltkrieg vereinnahmte und den Opferwillen des deutschen Volkes beschwor, der mit der Glorifizierung der ‚Heldentaten‘ einherging, welche die „Volksgemeinschaft“ zusammenschweißen sollten. Diese allesamt sehr pathetischen Appelle sind Zeichen der politischen Vereinnahmung der Kunst zur Zeit des Nationalsozialismus. Selbstverständlich wurde der Bleekersche Soldat auch vom Künstlerischen her gewürdigt, doch konnte gerade über diese schöngeistige Annäherung die Beschwörung der „höheren“, „schicksalhaften“ Ideale konstruiert werden.

### Künstlerische Nachwirkungen

Nicht nur in der Kunstkritik der damaligen Zeit stand der Tote Soldat im Mittelpunkt des Interesses; auch auf Künstlerkollegen machte die Figur bereits in den Zwanziger Jahren Eindruck. So fertigten Fritz Bagdons und Carl Fink 1925 für ein

Ehrenmal in Hohensyburg (Dortmund) einen liegenden Soldaten, der dem Bleekerschen sehr ähnlich ist. Auch der Münchner Bildhauer Friedrich Lommel gestaltete zwischen 1928 und 1930 für die Kirche „Unserer lieben Frau“ in Bremen einen liegenden Krieger. So schufen Berthold Müller auf dem Tönsberg bei Örlinghausen (Westfalen), Karl Stock in Bad Homburg, der Bildhauer J. Örtel in Lindau am Bodensee, Joachim Enseling in Coesfeld (Westfalen) und Wilhelm Fraß in Wien und Professor Hans Sautter, der Direktor der Kunstgewerbeschule Kassel, jeweils ein Gefallenendenkmal, das sich auf den Toten Soldaten Bernhard Bleekers bezog. Hans Osel fertigte 1934 in der Bäckerstraße in München einen stehenden Soldaten. Der Bildhauer Bernhard Graf Plettenberg modellierte in der Schlosskapelle zu Hovestadt (Kreis Soest) einen toten Soldaten, der seinen gefallenen Bruder darstellte. Noch zu Beginn der Siebziger Jahre, zwischen 1971 und 1973, schuf Hans Wimmer für die Festung Ehrenbreitstein (Koblenz) ein „Ehrenmal des Deutschen Heeres“, für das er auch die Figur eines toten Kriegers fertigte. Wimmer orientierte sich an der Figur seines Lehrers Bleeker, deren „Überführung in das Ingolstädter Armeemuseum er zum selben Zeitpunkt veranlasst hatte“.<sup>50</sup> Hatte Bleeker seinen Krieger entindividualisiert dargestellt, so ist Wimmers Figur in Anlehnung an das Jugendportrait des eigenen Sohnes gestaltet. Somit bleibt bei Wimmer die Individualität gewahrt.<sup>51</sup>

### Die Zeit nach Kriegsende

Bei einem Bombenangriff auf München wurde das Kriegerdenkmal beschädigt und mit ihm auch Bleekers Soldat. „Mit Flaschenzügen und Winden holte er [Bleeker] den verstümmelten Sarkophag unter den Trümmern hervor und schaffte ihn in den Keller der Akademie“,<sup>52</sup> um ihn dort

zu restaurieren. Allerdings war Bleeker als politisch belasteter Professor bereits 1945 seines Lehramtes an der Akademie der Bildenden Künste enthoben worden,<sup>53</sup> so dass die Figur nicht lange dort verbleiben konnte und nun in sein stark zerstörtes Haus verbracht wurde. 1947 beauftragte die amerikanische Militärregierung schließlich den Künstler mit der Restaurierung der Figur<sup>54</sup> und ließ ihm hierfür ein Honorar anweisen.<sup>55</sup> Das beschädigte Kriegerdenkmal wurde ebenfalls wiederhergestellt, jetzt aber ohne die Namen der 13.000 Gefallenen und mit den verkleinerten Reliefs Knappes an der Nord- und Südseite des Vorhofes.<sup>56</sup>

Bleekers Soldat kehrte am „Gedenktag der Toten“<sup>57</sup> im Oktober 1948 wieder in die „Krypta“ am Hofgarten zurück.

Da sich jedoch das Steinmaterial, aus dem die Figur bestand, als minderwertig erwies, setzten die Witterungseinflüsse in der von allen Seiten offenen Krypta dem Soldaten stark zu, so dass alsbald über eine Verlegung der Figur nachgedacht werden musste. Wie bereits im Jahre 1923 wurde erneut über eine Verlegung des Soldaten in die Feldherrnhalle diskutiert. Drei verschiedene Möglichkeiten wurden in Erwägung gezogen:<sup>58</sup>

1. An der Rückseite der Feldherrnhalle sollte eine Halle angebaut und der Soldat darin aufgebahrt werden. Bernhard Bleeker plädierte für diesen Vorschlag, der Plan scheiterte jedoch an den Ausmaßen der Feldherrnhalle, da das dahinter stehende Preysing-Palais in Mitleidenschaft gezogen worden wäre.

2. Die Rückwand des Mittelteils der Feldherrnhalle sollte zu einer rechteckigen Nische ausgebaut und das (noch heute) dort befindliche „Denkmal für die bayerische Armee“ von Ferdinand von Miller entfernt werden. In die Schmalseiten der neu erbauten Nische sollten die Zugänge zu einer Krypta kommen. In der Gruft hätte die Kriegerfigur auf einem Sarkophag lie-

gen sollen, in dem eventuell die Gebeine eines unbekanntes Soldaten des Ersten Weltkrieges ruhen sollten. Am Kopfende des Sarkophages sollten zwei Kandelaber, an den Wänden Haken für Kränze angebracht werden. Die teilweise noch vorhandenen Tafeln mit den Namen der Gefallenen hätten sich in den Gewölben zu beiden Seiten der Gruft anbringen lassen. Da das Gewölbe allerdings von dem angrenzenden Restaurant als Weinkeller benutzt wurde, kam auch diese Lösung nicht in Frage.

3. Von der Residenzbauleitung wurde der folgende Vorschlag besonders befürwortet: Die Treppenzugänge zur Gruft, wie im Vorschlag (2.) gestaltet, sollten in Halbtürmen rückwärts an der Wandseite der Feldherrnhalle angebaut werden.

Bleeker, der bereits einen Entwurf zum Umbau der Feldherrnhalle gefertigt hatte,<sup>59</sup> setzte sich stark für eine Verlegung seiner Figur in die Feldherrnhalle ein: „Ich wünsche sie dringend. Es gibt für mich gar keine andere Lösung. Der Stein – Ruhpoldinger Marmor – hält der Witterung nicht Stand. Es gab wohl Ruhpoldinger Marmor, der wetterfest war, doch sind diese Lagen längst abgebaut“.<sup>60</sup> Auch gegen die Überlegung, das Original durch eine Kopie zu ersetzen, verwahrte sich der Künstler: „Es wäre nicht richtig, das Original in ein Museum zu stellen. Meine ursprüngliche Vorstellung war, den Soldaten in die Krypta der Feldherrnhalle zu legen, ich könnte mir auch heute keinen würdigeren Ort vorstellen“.<sup>61</sup> Ein prominenter Befürworter von Bleekers Vorschlag, den Soldaten in einer nach hinten vertieften apsisartigen Nische aufzubahren, war Kronprinz Rupprecht von Bayern. Seiner Meinung nach könne die Soldatenfigur „die politische Vergangenheit der Feldherrnhalle auslöschen und ihr einen neuen Inhalt geben“.<sup>62</sup> Die Fraktionsmitglieder der CSU waren gegenteiliger Auffassung: Die Feldherrnhalle „sei durch den Hitler-Putsch

und durch das politische Theater am Odeonsplatz in der Zeit des Dritten Reiches entweiht“.<sup>63</sup>

Zahlreiche Gutachten wurden eingebracht über den Zustand der Figur, ihre Restaurierung und ihre Verlegung an einen witterungsgeschützten Ort, wobei wiederholt die Feldherrnhalle vorgeschlagen wurde.<sup>64</sup> Karl Knappe hingegen plädierte für eine Rückverlegung in das Kriegerdenkmal, nachdem die Figur in einem haltbaren Material wiederhergestellt worden sei.<sup>65</sup> Schließlich stimmte der Bauausschuss des Münchner Stadtrates dem Antrag der CSU zu, den Toten Soldaten endgültig an seinem Platz im Kriegerdenkmal vor dem Armeemuseum zu belassen.<sup>66</sup>

Es zeigte sich jedoch, dass dies die falsche Lösung zur „Rettung“ der Figur gewesen war. Das Material wies immer stärkere Witterungsschäden auf, so dass man sich 1972 entschloss, die Figur durch eine Bronzekopie zu ersetzen,<sup>67</sup> die Bleekers bekanntester Schüler Hans Wimmer schuf.<sup>68</sup> Die Originalfigur war bereits 1971 in das Bayerische Armeemuseum nach Ingolstadt verbracht worden. In einem Brief an den Bildhauer Gerhard Marcks, datiert vom 20. 4. 1971, schreibt Wimmer: „Eben komme ich aus Ingolstadt, wo ich im Schloss im Zeughaus einen Platz für den Toten Soldaten von Bleeker ausgesucht habe, sein Steinoriginal droht nämlich [...] niederzugehen. Wir haben dafür (mit unendlichen Mühen und Kämpfen gegen den Bürokratismus) einen Bronzeguss angefertigt (das beschädigte Gipsmodell, d. h. den Gipsabguss vom Steinoriginal hab ich wieder in Stand gesetzt und dabei die Meisterarbeit aufs Neue bewundert; es war die letzte ‚Korrektur‘ von ihm)“.<sup>69</sup> Dass Bernhard Bleeker nach Kriegsende „seinen“ Soldaten restaurierte, ist künstlerisch verständlich. Die Diskussionen über eine Verlegung der Figur in die Feldherrnhalle nach dem Zweiten Weltkrieg waren jedoch problematisch. Gerade die

Feldherrnhalle ist einer der „politischsten“ Orte Münchens. Hier fand Hitlers Putschversuch statt, und hier befand sich das „Denkmal der Bewegung“ (das im Übrigen von dem Bleeker-Schüler Kurt Schmid-Ehmen stammte). Die Aufbahrung des Soldaten dort hätte wohl eine Aufwertung der Feldherrnhalle bewirkt, die nun wiederum zum Symbol eines – wenn auch verkappten – Militarismus geworden wäre. Die Hoffnung des greisen Kronprinzen Rupprecht, die politische Vergangenheit der Feldherrnhalle mit der Verlegung des Soldaten auszulöschen,<sup>70</sup> zeigt die zur damaligen Zeit nicht seltene Bereitschaft zur Verdrängung der Vergangenheit.

Bis vor einigen Jahren war vor der Feldherrnhalle nur eine relativ kleine Metallplatte in den Boden versenkt mit den Namen der durch die Putschisten ums Leben gekommenen Bayerischen Landespolizisten.<sup>71</sup> Diese wurde ersetzt durch eine noch kleinere Tafel an der Westfassade der Residenz.

Im Jahre 1997 wurde in der Nähe des Kriegerdenkmals am Hofgarten ein Kubus von Leo Kornbrust aufgestellt, in den Texte von deutschen Widerstandskämpfern eingraviert sind.

#### Literatur

Gerhard Finckh, Die Münchner Plastik der Zwanziger Jahre unter Berücksichtigung der Entwicklung seit der Jahrhundertwende, Diss. München 1987.

Frank Henseleit, Der Bildhauer Bernhard Bleeker (1881-1968). Leben und Werk, 3 Bde., Diss. Augsburg 2006.

Walther Kiaulehn, Ballade vom Toten Soldaten, in: Merkur am Sonntag. Illustrierte Unterhaltungsbeilage des Münchner Merkur, 15./16. 10. 1955.

Uta Kuhl, Hans Wimmer. Das plastische Werk, Diss. Göttingen 1999.

München und seine Bauten nach 1912, hrsg. v. Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Verband e. V., München 1984.

Michaela Stoffels, Kriegerdenkmale als Kulturobjekte. Trauer- und Nationalkonzepte in Monumenten der Weimarer Republik, Köln, Weimar, Wien 2011.

Benedikt Weyerer, Das Münchner Kriegerdenkmal im Hofgarten, in: archenoah, Jg. 5, Nr. 3-4 (16/17), Juli-Dezember 1998.

1 Zu Bernhard Bleeker vgl. Frank Henseleit, Der Bildhauer Bernhard Bleeker (1881-1968). Leben und Werk, 3 Bde., Augsburg 2006. Darin auch ausführlich zum „Gefallenen Soldaten“ (Bd. 1, S. 152-179).

2 Bayerisches Hauptstaatsarchiv: Abt. IV: Kriegsarchiv, MKr 4990: Kriegergräber im Felde aus dem Feldzug 1914 usw.: Auszug aus der Kriegs-Stammrolle, 16. 5. 1917.

3 Michaela Stoffels, Kriegerdenkmale als Kulturobjekte. Trauer- und Nationalkonzepte in Monumenten der Weimarer Republik, Köln, Weimar, Wien 2011, S. 205.

4 Ebd., S. 194.

5 Ebd., S. 197.

6 Die folgenden Ausführungen sind alle dem Akt des Bayerischen Hauptstaatsarchivs entnommen: BHStA, Abt. IV, MKr 14410. Das ehemalige Bayerische Armeemuseum wurde im Zweiten Weltkrieg teilweise zerstört. Die erhaltene Kuppel bildet heute den Zentralbau der neu errichteten Bayerischen Staatskanzlei und befindet sich an der Ostseite des Hofgartens.

7 Münchener Neueste Nachrichten, Nr. 365, 31.8.1922.

8 Walther Kiaulehn, Ballade vom Toten Soldaten, in: Merkur am Sonntag. Illustrierte Unterhaltungsbeilage des Münchner Merkur, 15./16.10.1955 (unpaginiert), schreibt, der Künstler habe den Marmorblock für einen großen Reisekoffer voll Geld erworben, das nicht viel wert war.

9 Münchner Merkur, Nr. 90/91, 15./16.4.1954, S. 6.

10 Als Fertigstellungstermin war der 31.12.1923 vereinbart worden. Im November des Jahres 1923

war die Figur noch in Arbeit (Universitätsarchiv München: SEN-II-7: Lebenslauf Bleekers mit Auf-listung einiger Werke des Künstlers, 28.11.1923)

11 Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Bleeker erst nach Vollendung der Figur das Missverhältnis zwischen Figur und Raumsituation erkannt hatte. Immerhin war er Mitglied des Preisgerichtes, darüber hinaus wurde bereits ein Gipsmodell lange vor Vollendung der Figur probeweise in der Kuppelhalle aufgestellt.

12 Münchner Merkur, Nr. 90/91, 15./16.4.1954, S. 6.

13 Die folgenden Ausführungen sind alle dem Akt des Stadtarchivs München entnommen: StaM: BUR 551: Kriegerdenkmal vor dem Armeemuseum.

14 Ebd.; Wechs, Finsterwalder und Knappe erhielten bei dem ersten Wettbewerb einen dritten Preis. Der Entwurf zeigte einen riesigen Sarkophag, der von acht Löwen bewacht wurde.

15 Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 107, 8.5.1924, S. 5. Die Münchner Bevölkerung spendete bis zum Dezember 1924 insgesamt 198.000 Mark.

16 Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 291, 15.12.1924, S. 5.

17 Kiaulehn (wie Anm. 8) schreibt, dass zur Abhilfe dieser Nüchternheit ein Ausschuss von Bildhauern und Baumeistern zusammtrat, in dem auch Bleeker vertreten war. Theodor Fischer machte den Vorschlag, eine künstliche Quelle in der Gruft sprudeln zu lassen. Das steigende und fallende grüne Isarwasser würde ein Symbol der Heimat für die Gefallenen sein. Als die Bemerkung fiel, man könne auch eine Bierquelle dort sprudeln lassen, verließ Fischer wütend die Sitzung. Bleekers Figur war neun Tage vor der Enthüllung der Gesamtanlage noch nicht im Kriegerdenkmal aufgestellt (Münchener Neueste Nachrichten, Nr. 332, 5.12.1924, S. 1).

18 München und seine Bauten nach 1912, hrsg. v. Bayerischen Architekten- und Ingenieur-Verband e. V., München 1984, S. 552.

19 Die Polizeidirektion hatte die Teilnahme des Reichsbanners mit der Begründung verboten, sie sei eine politische Organisation (München-Augsburger Abendzeitung, Nr. 340, 12.12.1924).

20 Münchener Post, Nr. 290, 13./14.12.1924, S. 12.

21 Beilage zum Völkischen Kurier, 16.12.1924.

22 Völkischer Beobachter, 22.9.1925.

23 Bayerische Staatszeitung und Bayerischer Staatsanzeiger, Nr. 291, 15.12.1924, S. 5. Doch war das Kriegerehrenmal von Wechs und Finsterwalder auch Vorbild für andere Ehrenmäler, so beispielsweise für das von dem Architekten Emil Högg geschaffene Ehrenmal auf dem Hainberg bei Jena, das einen großen Kubus zeigt und für die Totenburg bei Bitoli (Bitola) in Makedonien,

das vom Volksbund deutscher Kriegsgräberfürsorge in Auftrag gegeben und von Robert Tischler gefertigt wurde.

24 Hans Kiener, Das Münchner Kriegerdenkmal, in: Die Kunst 52, 1925, S. 198f., hier S. 199.

25 Karl Badberger, Das Münchener Kriegerdenkmal, in: Süddeutsche Baugewerkszeitung, 28. Jg., Nr. 8, 20.4.1925, S. 105-108.

26 Münchener Zeitung, Nr. 205, 27.7.1931.

27 Bruno E. Werner, Die deutsche Plastik der Gegenwart, Berlin 1940, S. 115.

28 Münchner Merkur, Nr. 178, 26.7.1951, S. 3.

29 Bleekers Soldatenfigur wurde jedoch frühestens am 6.12.1924 im Kriegerdenkmal aufgestellt (Münchener Neueste Nachrichten, Nr. 332, 5.12.1924, S. 1).

30 Ernst Hanfstaengl, Zwischen Weißem und Braunem Haus. Memoiren eines politischen Außenseiters, München 1970, S. 126. Der Journalist William Shirer berichtet etwas abweichend: „Für den 4. November, den Totengedenktag, war eine Militärparade angekündigt worden, die nicht nur Kahr, Lossow und Seißer, sondern auch der beliebte Kronprinz Rupprecht in einer engen, zur Feldherrnhalle führenden Straße abnehmen sollten. Scheubner-Richter und Rosenberg hatten nun Hitler vorgeschlagen, auf Lastwagen ein paar hundert SA-Leute heranzuschaffen und die enge Straße abzuriegeln, ehe die Truppen eintrafen. Hitler sollte dann die Tribüne besteigen, die Revolution ausrufen und die Notabeln mit vorgehaltener Pistole zum Mitmachen zwingen. Hitler war von dem Plan begeistert. Doch als Rosenberg am Totengedenktag frühmorgens zu Erkundungszwecken am Schauplatz erschien, entdeckte er zu seinem Entsetzen, dass die ganze Straße von einer starken, gut bewaffneten Polizeitruppe besetzt war. Der Putsch, ja die „Revolution“, musste aufgegeben werden“, William S. Shirer, Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Köln, Berlin 1962, S. 66.

31 Münchener Neueste Nachrichten Nr. 84 v. 15.12.1924.

32 Stadtarchiv München: StA München, BUR 1424/2, Ansprache Dr. Kufner v. 14.12.1924.

33 Augsburg Postzeitung Nr. 296 v. 21.12.1924.

34 Entweihung des Münchener Kriegerdenkmals. Ein nationales Heiligtum wird französischen Propagandazwecken dienstbar gemacht, in: Völkischer Beobachter, Nr. 208, 10.9.1927, unpaginiert („Münchener Beobachter“, tägliches Beiblatt zum VB).

35 Augsburg Postzeitung Nr. 296 v. 21.12.1924, zitiert nach Stoffels (wie Anm. 3), S. 203f.

36 Hans Weigert, Geschichte der deutschen Kunst. Von der Vorzeit bis zur Gegenwart, Berlin 1942, S. 506.

37 Badberger (wie Anm. 25), S. 107.

38 Ebd. Die Vorliebe für „urdeutsche“, das Germanentum betonende Gestaltungsweisen, sind typisch für die geistige Haltung völkischer und nationalkonservativer Kreise nach dem Ersten Weltkrieg, die nahezu ungebrochen bis in das Dritte Reich beibehalten wurde. Dass das Denkmal als Hünengrab erkannt wurde, zeigt die Aussage Wilhelm Westeckers aus dem Jahre 1936: In dem Ehrenmal liege „der tote Soldat wie ein König in einem alten Hünengrab. Dieses Hünengrab ist zwar stilisiert, aber es besteht doch aus schweren, wuchtigen, kantigen Blöcken“ (Wilhelm Westecker, Kultur im Dienst der Nation, Hamburg 1936, S. 74).

39 Karl Knappe, Das Münchener Kriegerdenkmal, in: Das Münster 23, 1970, S. 245.

40 Gerhard Finckh, Die Münchner Plastik der Zwanziger Jahre unter Berücksichtigung der Entwicklung seit der Jahrhundertwende, München 1987, S. 420f.

41 Hans Carossa, Der Arzt Gion, Frankfurt/Main 1992 (Erstausgabe: München 1931). Die folgenden Zitate auf S. 31 und 113-117.

42 Auch die Münchener Neuesten Nachrichten, Nr. 83 v. 25.3.1925 schildern die Reaktion der Mutter eines im Krieg gefallenen Soldaten beim Anblick der Kriegerfigur: „Mei' Bub is vermisst, allweil hab i ihn g'sucht, aber jetzt bin i beruhigt, jetzt weiß i, wo er liegt“. Offensichtlich konnte Bleekers Figur so intensive Emotionen hervorrufen, dass vor dem Soldaten auch häufig Selbstmorde verübt wurden (Welt am Sonntag Nr. 34 v. 22.8.1926, nach Stoffels 2011, S. 208, Anm. 230).

43 Hubert Schrade, Das deutsche Nationaldenkmal. Idee / Geschichte / Aufgabe, München 1934, S. 109.

44 Ebd., S. 107-112.

45 Ebd., S. 112. Wie sehr Schrade vom „Volksgemeinschaftsgedanken“ durchdrungen ist, zeigt die fälschliche etymologische Herleitung des Begriffes „Person“. Das lateinische „persona“ ist ein Rückgriff auf den etruskischen Begriff „persu“, was soviel heißt wie „Maske“ (Friedrich Kluge: Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin 1967, S. 539). Das lateinische „personare“ („durchtönen“) ist nicht mit dem Wort „persona“ in Einklang zu bringen.

46 Werner Rittich, Heroische Plastik, in: Die Kunst im Dritten Reich, Folge 11, Nov. 1937, S. 28-34.

47 Karl Knappe hatte mit der Inschrift „Sie werden auferstehen“ in Verbindung mit den Grabwächtern, die als Reliefs auf den Außenseiten der acht Trageblöcke der Breitseite des schweren Travertinblockes angebracht waren, einen religiösen Auferstehungsgedanken im Sinne, der auf das jüngste Gericht hinweist. Knappes Entlassung aus dem Lehramt als „Kulturbolschewist“ 1933

lässt die Deutung zu, dass dieser „pazifistische“ Gedanke Knappes von den nationalsozialistischen Machthabern möglicherweise erkannt worden war und nun die Konsequenz aus einer solchen missliebigen Haltung gezogen wurde, Finckh (wie Anm. 42), S. 424f. Benedikt Weyerer, Das Münchner Kriegerdenkmal im Hofgarten, in: archenoah, Jg. 5, Nr. 3-4 (16/17), Juli-Dezember 1998, S. 47f. interpretiert die ursprüngliche Denkmalskonzeption als beabsichtigt revanchistisch. Der Autor schreibt zudem, das Kriegerdenkmal sei „einem verbunkerten Gefechtsstand aus den Stellungskämpfen in Ostfrankreich und Belgien nachempfunden“. Ob dies eine Intention der Architekten war, sei dahingestellt.

48 Kurt-Lothar Tank, Deutsche Plastik unserer Zeit, München 1942, S. 54-57, bes. S. 54 und 56.

49 Otto Thomae, Die Propaganda-Maschinerie. Bildende Kunst und Öffentlichkeitsarbeit im Dritten Reich, Berlin 1978, S. 210.

50 Uta Kuhl, Hans Wimmer. Das plastische Werk, Diss. Göttingen 1999, S. 75.

51 Ebd.

52 Kiaulehn (wie Anm. 9).

53 Bleeker wurde im Rahmen des Entnazifizierungsverfahrens 1946 auf Grund verschiedener Mitgliedschaften in NSDAP-Organisationen als „Minderbelasteter“ eingestuft. Er musste 20.000 Reichsmark als Sühnestrafe entrichten und durfte drei Jahre lang nicht als Lehrer arbeiten. 1948 wurde diese Frist auf dem Gnadenweg für beendet erklärt, kurze Zeit später wurde er als „Mittläufer“ eingestuft.

54 BHStA, Mso 1766, Schreiben vom 4.7.1947. Noch im November 1945 bestand seitens der Amerikaner kein Interesse, das Kriegerdenkmal wiederherzustellen. So wurde eine Anfrage Bleekers bezüglich der Wiederherstellung des Soldaten abgelehnt mit der Begründung: „Army ist not interested in restoration of war memorials“ (Institut für Zeitgeschichte München, Ed 145, Nachlass Dieter Sattler, Bd. 20: Schreiben vom 28.11.1945).

55 Kiaulehn (wie Anm. 8).

56 München und seine Bauten (wie Anm. 18), S. 552.

57 Süddeutsche Zeitung, Nr. 96, 30.10.1948, S. 4.

58 Münchner Merkur, Nr. 90/91, 15./16.4.1954, S. 6.

59 Abgebildet in Kiaulehn (wie Anm. 8).

60 Münchner Merkur, Nr. 90/91, 15./16.4.1954, S. 6.

61 Ebd.

62 Kiaulehn (wie Anm. 8).

63 Ebd.

64 Siehe hierzu Henseleit (wie Anm. 1), S. 177.

65 Ebd.

66 Kiaulehn (wie Anm. 8). Kiaulehn vermutet, dass der Stadtrat auf Grund eines Gutachtens

von Stadtbaurat Högg zu diesem Entschluss kam. Högg meinte, der Marmor könne noch viele Jahrhunderte der Witterung ausgesetzt werden, die Mariensäule auf dem Marienplatz sei schließlich aus demselben Material. Bleeker widersprach diesem Argument: Verwittere eine Architektur, so könne man ohne Schwierigkeiten neue Stücke einsetzen. Bei einer Plastik sei dies unmöglich. Überdies sei der Stein der Mariensäule vor 300 Jahren gebrochen worden. 1921, als der Soldat geschaffen wurde, sei dieses gute Lager längst erschöpft gewesen.

67 Münchner Merkur, Nr. 170, 27.7.1972, S. 13.

68 Ursprünglich wollte man eine Steinkopie im Kriegerdenkmal aufstellen, doch empfahl Wimmer einen Bronzeguss, Kuhl (wie Anm. 50), S. 37.

69 Zitiert nach Ebd., S. 37.

70 Kiaulehn (wie Anm. 8).

71 Die Inschrift der Tafel lautete: „Den Mitgliedern der Bayerischen Landespolizei, die während des Hitler-Putsches am 9. November 1923 ihr Leben ließen: Friedrich Fink, Nikolaus Hollweg, Max Schobert, Rudolf Schraut“. Die Tafel wurde erst im November 1994 angebracht.

Katalog

# 1: Bayerns Armee

Die wichtigste und teuerste staatliche Einrichtung Bayerns war seine Armee. Sie blickte mit Stolz auf eine über 200-jährige Geschichte.

1682 hatte Kurfürst Max Emanuel für den Krieg gegen die Türken mehrere Regimenter zu Fuß und zu Pferd errichtet. Dies galt als Geburtsstunde der bayerischen Armee, denn vier von ihnen blieben bis zum Ende des Ersten Weltkriegs institutionell bestehen. Durch die Vereinigung mit der Kurpfalz 1777 und die Vergrößerung des bayerischen Staatsgebiets im Zeitalter Napoleons wurden weitere Einheiten mit eigener Geschichte „Stammtruppen“ des Bayerischen Heeres.

1806 wurde Bayern zum Königreich. Um sich in dieser kriegerischen Epoche zu behaupten, wurde die Armee neu organisiert und erheblich vergrößert. In dieser Verfassung bestand sie bis zum „Deutschen Krieg“ des Jahres 1866, in dem die mit Österreich verbündeten süddeutschen Staaten unterlagen. Der Feldzug hatte die Überlegenheit der preußischen Militärorganisation schlagend bewiesen. Deshalb wurde die bayerische Armee nach preußischem Vorbild, aber ohne Beteiligung preußischer Militärberater reformiert.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wurde Bayern in das neu geschaffene Deutsche Reich integriert und sein Heerwesen vollends dem preußischen angeglichen, allerdings unter Bewahrung seiner inneren Autonomie.

Die Pflege der Tradition in den Regimentern als der engeren militärischen Heimat der Soldaten wurde seitdem ein wesentliches Element der Identitätsstiftung des bayerischen Heeres.





### Statuette eines Musketiers aus der Zeit Max Emanuels

Diese Tischfigur verehrte das Offizierskorps des 10. Infanterie-Regiments „Prinz Ludwig“ dem Prinzen Ludwig von Bayern aus Anlass seines 40-jährigen Inhaber-Jubiläums. Auf dem Sockel stehen die Jahreszahlen 1867 und 1907 sowie die Widmung:

„DEM DURCHLAUCHTIGSTEN INHABER DAS OFFIZIERSKORPS DES 10. INFANT.REGTS. ‚PRINZ LUDWIG‘ IN TIEFSTER EHRFURCHT.“

„Inhaber“ eines Regiments war ein Ehrentitel, mit dem keine militärischen Befugnisse verbunden waren. Insbesondere diente er dazu, das Band zwischen der Armee und dem Herrscherhaus enger zu knüpfen sowie befreundete Fürsten an Bayern zu binden. Ludwig (später König Ludwig III.) war als Sohn des Prinzregenten Luitpold zum Thronfolger des regierungsunfähigen Königs Otto vorgesehen.

Die Vorlage für die Skulptur schuf der Maler Anton Hoffmann (1863-1938), der sich auf Militärmotive spezialisiert und eine Grafikmappe mit Uniformdarstellungen des Bayerischen Heeres zur Zeit des Kurfürsten Max Emanuel (1662-1726) veröffentlicht hatte. Sie zeigt einen „Musketier“, also einen einfachen Soldaten des alten kurbayerischen Leib-Regiments zu Fuß, aus dem 1804 das 10. Infanterie-Regiment hervorging.

In den Sockel ist ein Exlibris eingeklebt, das nach einer Zeichnung gefertigt ist, die Hoffmann selbst im März 1906 im Gästebuch des Regiments eingetragen hatte.

Tafelaufsatz, Entwurf: Richard Aigner nach Zeichnung von Anton Hoffmann, Bayern 1907, Messing, Holzsockel mit Samtbezug, daran Pflanzenmaterial, Höhe 67 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 17534



### Prunk-Tafelaufsatz zum Regimentsjubiläum

1882 war es 200 Jahre her, dass das bayerische 2. Infanterie-Regiments „Kronprinz“ errichtet worden war. Aus diesem Anlass schenkten ehemalige Offiziere der Einheit diesen Tafelaufsatz dem aktiven Offizierskorps des Regiments.

Die Inschriften auf dem denkmalsartig gestalteten Aufbau nennen die Schlachten, an denen das Regiment beteiligt war. An dessen Fuß befinden sich der bayerische Löwe mit dem kurfürstlichen Wappen sowie Fahnen und Stangenwaffen aus der Zeit der kurbayerischen Armee.

Den Aufsatz krönt eine Darstellung der Siegesgöttin mit der Fahne des Regiments. Zu ihren Füßen befindet sich in einem Lorbeerkranz eine Silbermedaille mit dem Doppelportrait Max Emanuels und Ludwigs II.

Tafelaufsatz von Hofsilberschmied Eduard Wollenberger (1847-1918), München 1882, Silber, Bronze, Vergoldung, Holz, 71,5 x 42 x 39 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0188-1992



### Kriegervereinsfahne

Diese Fahne gehörte dem Krieger- und Veteranenverein im mittelfränkischen Obermöggersheim. Ihre Vorderseite aus hellblauem Tuch zeigt ein farbig gesticktes bayerisches Wappen, die Rückseite eine Germania mit den Inschriften „In Treue fest“ und „Im Sturm treu“.

Fahne, Bayern 1894, Seide, Baumwolle, Metallge-  
spinst, 119 x 140 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0183-2009



### Prunk-Tafelaufsatz der Garnisons- stadt Augsburg

Diesen Tafelaufsatz schenkte die Stadt Augsburg 1898 dem 3. Infanterie-Regiment „Prinz Karl von Bayern“, laut Inschrift „ZUR ERINNERUNG AN DEN 1TEN FEBRUAR 1698“. An diesem Tag vor 200 Jahren war das Regiment durch Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz in Düsseldorf als „Kurpfälzisches Grenadier-Garde-Regiment“ errichtet worden. 1804 erhielt es als nunmehr bayerische Einheit

die Nummer „3“. Seit 1806 war Augsburg seine Friedensgarnison. Das Stück ist dem Augsburger Augustusbrunnen nachempfunden und trägt das Augsburger Wappen, die Zirbelnuss.

Tafelaufsatz der Gold- und Silberschmiede Ferdinand Harrach & Sohn, München 1898, Silber, Messing, Vergoldung, Marmor, 82 x 55 x 55 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0478-1970



## Die Bayern vor Paris

Am 19. September 1870 erreichten Abteilungen des II. bayerischen Armeekorps das Plateau von Châtillon bei Paris. Das Gemälde illustriert eine Stelle aus Johann Heilmanns 1872 erschienenem Werk „Antheil des 2. bayerischen Armeekorps an dem Feldzuge 1870-1871 gegen Frankreich“:

„Wir standen längere Zeit am Rande der Nordostecke des Plateaus – eine Gruppe von Reitern – und schwelgten im Anblicke

der Weltstadt und Riesenfestung, die sich unsern erstaunten Augen in ihrer ganzen Größe und Herrlichkeit, beleuchtet von der untergehenden Sonne, zeigte.“

Die beiden Reiter sind bayerische Feldartilleristen. Die Männer in hellblauen Uniformen gehören zur Infanterie.

Gemälde von Fritz Birkmeyer (1848-1897), nach 1870, Öl auf Leinwand, Bildmaß 41 x 58 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0231-2009



## Siegreiche Rückkehr nach München

Am 16. Juli 1871 fand in München die Siegesparade der bayerischen Armee statt. Vor dem Reiterstandbild König Ludwigs I. auf dem Odeonsplatz haben König Ludwig II. und der preußische Kronprinz Friedrich Aufstellung genommen. Friedrich hatte die bayerischen Armeekorps in der ersten Phase des Feldzugs geführt.

Der weißbärtige Reiter ganz links ist General von der Tann, der Führer des I. bayerischen Armeekorps.

Gemälde von Ludwig Behringer (1824-1903), wohl 1871, Öl auf Leinwand, Bildmaß 101 x 162 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. B 5644



### Erinnerung im 9. Infanterie-Regiment an die Schlacht von Woerth

Für einen Schießwettbewerb wurden von einem Spender individuell gestaltete Schützenscheiben „gegeben“. Diese zeigt stürmende bayerische Infanterie im Feldzug 1870/71. Eine Aufschrift erläutert die Szene: „9er bei Woerth“.

Bei diesem elsässischen Städtchen fand am 6. August 1870 eine der blutigsten Schlachten des Krieges statt. Sowohl der Spender, Major Ludwig Hieber, als auch

Leutnant Ferdinand Müller, der erfolgreiche Schütze, gehörten um 1900 zum Offizierskorps des bayerischen 9. Infanterie-Regiments in Würzburg. Die Scheibe diente also auch der Traditionspflege in dieser Einheit.

Schützenscheibe, Öl auf Holz, um 1900, Durchmesser 55 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0121-2013



### Ein Prosit auf den Frieden

Nicht nur für den siegreichen Feldzug, sondern auch für den seither herrschenden Frieden durfte man in der Armee dankbar sein. Dieser Krug sollte „an die 25 jährige Friedens-Feier 1870/71“ in Sauerlach bei München erinnern, abgehalten am 10. Mai 1896.

Offenbar war das eine Veranstaltung mit militärischem Bezug, denn der Krug gehörte dem Infanteristen Josef Haxen-

kammer von der 6. Kompanie des 1. Infanterie-Regiments „König“ in München. Das Dekor des Kruges, also die Trophäen im Mittelfeld und der Deckel mit dem bis 1886 getragenen bayerischen Raupenhelm, ist durchaus militärisch.

Halbliterkrug, Bayern 1896, Porzellan, Zinn, 24,3 x 10,5 cm (Bodendurchmesser).  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0158-2009

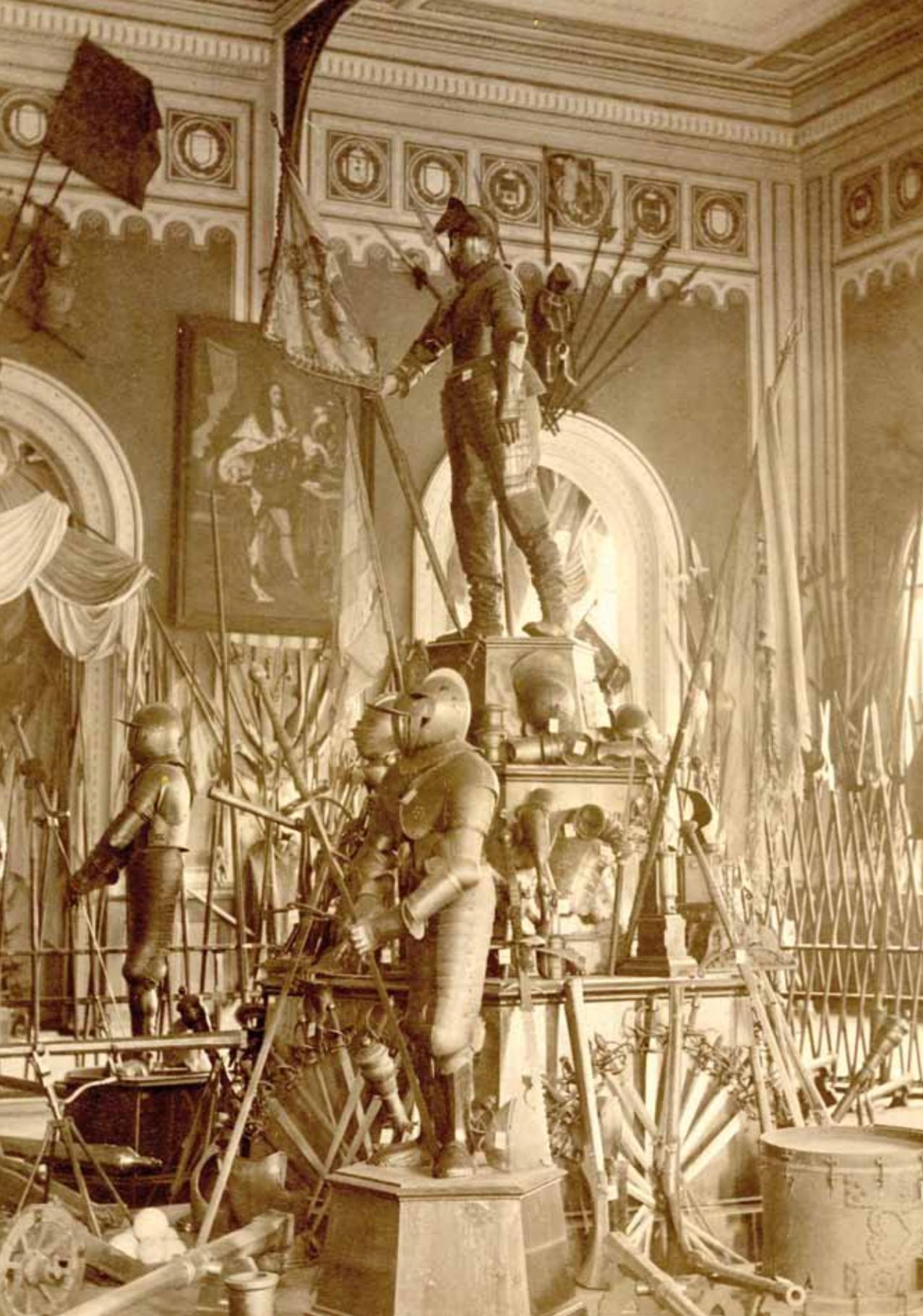
## 2: Bayerisches Armeemuseum

Das Bayerische Armeemuseum wurde 1879 gegründet. Es fasste die über ganz Bayern verstreuten historischen Bestände im Besitz der Armee an einem zentralen Erinnerungsort in München zusammen. Die Sammlung wuchs schnell durch gezielte Ankäufe und zahlreiche Spenden aus Privatbesitz.

Im 19. Jahrhundert wurden sich die Europäer ihrer Geschichtlichkeit bewusst. „Geschichte“ wurde zu einer Wissenschaft. Historiker spielten im öffentlichen Gespräch eine wichtige Rolle. Man begriff die Gegenwart als vorläufigen Endpunkt einer langen historischen Entwicklung, ohne deren Kenntnis sie nicht zu verstehen war. Museen kam bei der Vermittlung dieses Wissens eine wichtige Rolle zu.

Der Sieg über Frankreich 1870/71, der mit preußischen Methoden erfochten worden war, hatte das Prestige dieser Armee enorm erhöht. Daraus ergab sich für die kleineren deutschen Staaten ein natürliches Interesse, ihre eigene militärische Tradition nicht ganz vom preußischen Modell überstrahlen zu lassen. Das Bayerische Armeemuseum setzte also auch einen bayerisch-föderalen Akzent im Deutschen Reich.

Das Museum war zunächst im Hauptzeughaus an der Lothstraße untergebracht, also am äußersten Rand des damaligen München. Bald schon erwies sich dieses Gebäude als zu klein. 1905 wurde ein repräsentativer Neubau in bester Lage am Hofgarten eingeweiht. Die unmittelbare Nähe zur Residenz zeigt auch, welche Bedeutung der Armee im Königreich Bayern zukam.



### Ein Museum für die Bayerische Armee: Die erste Ausstellung

Der erste Standort des neuen Museums war das 1864/65 erbaute Zeughaus auf dem Oberwiesenfeld. Die dortige Ausstellung wurde 1881 eröffnet und entsprach ganz dem dekorativen Geschmack des Historismus.

Im alten Bildkatalog des Museums wurde diese Aufnahme so beschrieben: „Pappen-

heimer Kuirassier, Armaturstücke, Waffen, Falkonetts etc. aus dem 16. bis 18. Jahrhundert.“

Fotografie, Das Königliche Bayerische Armeemuseum, o.O., o.J.



### Das neue Armeemuseum

Im Jahr 1900 fiel der erste Spatenstich für den monumentalen Neubau des Armeemuseums am Hofgarten in München. Fünf Jahre später, am 12. März 1905, fand die feierliche Wiedereröffnung der neu gestalteten Sammlung statt.

Lichtdruck nach Fotografie, aus: Ludwig Wacker, Das Königlich Bayerische Armeemuseum in 51 Kunstblättern, München 1913, Bildmaße 15,3 x 21,6 cm.



### Der „Geschützpark“ auf der Terrasse

Auf der Terrasse vor dem Armeemuseum wurden dekorative historische Geschützrohre aus Bronze auf- und ausgestellt. Den Kernbestand bildeten zehn Rohre aus dem 16. Jahrhundert, die sich bis heute erhalten haben und auf dem Hof des Bayerischen Armeemuseums in Ingolstadt besichtigt werden können.

Auf dieser Aufnahme befinden sich diese Rohre im Hintergrund. Das Geschütz im Vordergrund ist französischen Ursprungs und stammt aus dem 18. Jahrhundert.

Lichtdruck nach Fotografie, aus: Ludwig Wacker, Das Königlich Bayerische Armeemuseum in 51 Kunstblättern, München 1913, Bildmaße 15,5 x 21,9 cm.



### „Raum I a) Entwicklung der Trutzwaffen“

Hier sollte „die buntscheckige Bewaffnung eines Streithaufens zu Ende des 15. Jahrhunderts“ zu sehen sein. Es kam mehr auf eine Gesamtwirkung als auf waffenkundliche Genauigkeit an.

Lichtdruck nach Fotografie, aus: Ludwig Wacker, Das Königlich Bayerische Armeemuseum in 51 Kunstblättern, München 1913, Bildmaße 21,8 x 15,3 cm.



### „Raum IV“

Dieser Raum war der Zeit Max Emanuels (1662-1726) gewidmet, also der Gründungszeit der Armee. In diesem Teil des Raums wird Max Emanuel als „Türkensieger“ vorgestellt. Das türkische Zelt rechts im Vordergrund ist eines der bekanntesten Sammlungsstücke des Museums.

Lichtdruck nach Fotografie, aus: Ludwig Wacker, Das Königlich Bayerische Armeemuseum in 51 Kunstblättern, München 1913, Bildmaße 15,5 x 21,7 cm.



### Bayerische Helden: Ludwig von der Tann (1815-1881)

Der Münchner Bildhauer Christoph Roth (1840-1907) schuf 1883 für das bayerische Armeemuseum Marmorbüsten der Generale Ludwig von der Tann und Jakob „Jacques“ von Hartmann, die im Deutsch-Französischen Krieg die beiden bayerischen Armeekorps geführt hatten. Sie dienen der Pflege einer eigenen, bayerischen Militärüberlieferung in einem preußisch dominierten Deutschland.

Mit „Allerhöchster Entschließung“ vom 20. Februar 1884 ordnete König Ludwig II. die Aufstellung der Büsten im Armeemuseum an. Gleichzeitig wurden die Forts II und III der Festung Ingolstadt nach Hartmann bzw. von der Tann benannt.

General Ludwig von der Tann, Büste von Christoph Roth 1883, Marmor, 74 x 68 x 44 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. B 2131



### „Raum XII“ Ruhmessaal 1870 bis 1871“

In der neuen Ausstellung von 1905 war der Raum XII dem Deutsch-Französischen Krieg gewidmet. Dort fand die Büste von der Tanns wieder ihren Platz.

Lichtdruck nach Fotografie, aus: Ludwig Wacker, Das Königlich Bayerische Armeemuseum in 51 Kunstblättern, München 1913, Bildmaße 16 x 21,9 cm.



### Szene aus der Schlacht von Woerth, 6. August 1870

In dem Ort Fröschweiler stellte sich der damalige Hauptmann Ludwig Ziegler vor den schwer verwundeten französischen Divisionsgeneral Raoult und schützte ihn so vor den in großer Erregung andrängenden bayerischen Soldaten. Allerdings erlag Raoult am 3. September seinen Wunden, wahrscheinlich infolge einer Sepsis. Um „die Erinnerung an hervorragende Waffentaten der Bayerischen Armee dauernd zu festigen“, stiftete Prinzregent Luitpold 1908 10.000 Mark für Bilder, „welche denkwürdige Kampfsmomente aus der Ruhmesgeschichte der Max-Jose-

phs-Ordens-Ritter zur Darstellung bringen“ und im Armeemuseum gezeigt werden sollten.

Ziegler wurde für seinen Einsatz mit dem Militär-Max-Josephs-Orden ausgezeichnet, allerdings nicht für den Schutz, den er dem französischen General gewährt, sondern weil er diesen gefangen genommen hatte.

Gemälde von Carl Becker (1862-1922), 1909, Öl auf Leinwand, Bildmaß 81 x 120 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. B 4877



### Ein prominenter Max-Josephs- Ritter

Der damalige Unterlieutenant Peter Wiedenmann wurde für seinen Einsatz in der Schlacht von Châteaudun am 18. Oktober 1870 mit dem höchsten bayerischen Militärorden ausgezeichnet.

Wiedenmann, der aus einfachen Verhältnissen stammte, machte eine erstaunliche Karriere. Im Jahr 1900 wurde er zum Gene-

raladjutanten des Prinzregenten Luitpold ernannt. In der „Prinzregentenzeit“ war er eine der einflussreichsten Persönlichkeiten Bayerns.

Gemälde von Ludwig Putz (1866-1947) 1909, Öl auf Leinwand, Bildmaß 80,5 x 131 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.Nr. B 4875

## 3: Weltkrieg

Der Erste Weltkrieg war der letzte und größte Krieg, an dem die bayerische Armee je teilnahm. Hatten in früheren Kriegen höchstens 3 % der bayerischen Bevölkerung dem Heer angehört, waren es im „Großen Krieg“, wie er damals auch genannt wurde, 15 bis 20 %. 200.000 bayerische Soldaten fanden den Tod.

Das Heer des deutschen Kaiserreichs setzte sich aus den Kontingenten der Bundesstaaten zusammen, die aber alle nach preußischem Muster formiert und ausgebildet waren. Die bayerische Armee machte ca. 1/8 des Reichsheeres aus. Sie trat erst mit Kriegsausbruch unter den Oberbefehl des Kaisers.

In den ersten Kriegswochen kämpften die bayerischen Verbände noch vereint unter dem Oberbefehl des bayerischen Kronprinzen Rupprecht. Seit September 1914 wurden die bayerischen Armeekorps aber von einander getrennt und nach Bedarf an verschiedenen Fronten, zunächst im Westen und bald auch im Osten und Südosten eingesetzt. Bayerische Truppen nahmen an allen großen Schlachten des Krieges teil.

Das Kriegsschicksal der bayerischen Soldaten unterschied sich also nicht von dem der anderen deutschen Kontingente. Institutionell blieb die bayerische Armee aber erhalten. Die Aufstellung zusätzlicher Formationen und die Ergänzung der laufenden Verluste geschahen aus der bayerischen Wohnbevölkerung. Zu Beginn des Jahres 1918 umfasste das bayerische Feldheer 550.000 Soldaten.





### Kronprinz Rupprecht von Bayern als Feldmarschall

Aufgrund seiner militärischen Verdienste wurde der bayerische Kronprinz 1916 zum preußischen und bayerischen Feldmarschall sowie zum Befehlshaber einer neugeschaffenen Heeresgruppe, die seinen Namen trug, ernannt. Auf dem Foto ist er in der Uniform eines bayerischen Feldmarschalls zu sehen. Mit Einführung der Bluse M 1916 für bayerische Generale wurde am Kragen die bislang für preußische

Generale vorgeschriebene Stickerrei vorschriftsmäßig. Im Gegensatz zum preußischen Vorbild war diese jedoch nicht in Gold, sondern in Mattsilber gehalten.

Porträt-Postkarte nach Aufnahme des Hofphotographen F. Grainer, München nach 1916, Fotografie. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 3286



### Generalleutnant Konrad Krafft von Dellmensingen (1862-1953)

Mit seinem Namen sind in erster Linie der Aufbau und die Führung des ersten deutschen Gebirgsgroßverbandes – das Deutsche Alpenkorps – verbunden. Doch bereits vor dem Krieg war Krafft von Dellmensingen Chef des bayerischen Generalstabes und Inspekteur der Militärbildungsanstalten. Bei Kriegsbeginn 1914 wurde er zum Generalstabschef der 6. Armee berufen, eine Funktion, die ihn in eine enge persönliche Beziehung zu

Kronprinz Rupprecht von Bayern brachte. Mit der Beförderung zum Generalleutnant übernahm er 1915 den Befehl über das zur Unterstützung Österreichs neu aufgestellte Alpenkorps und wurde damit zum militärischen Bindeglied zwischen Bayern und Österreich-Ungarn.

Fotografie ab 1915. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0529-2018



### Ausmarsch 1914

Am 10. August, einem Montag, verabschiedete König Ludwig III. die Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1 und 2 auf dem Münchner Königsplatz ins Feld.

Fotografie, München 1914.  
Stadtarchiv München, Bildnr. C1914454



### Nässe

Bei ungünstiger Lage, etwa in Senken, konnte anhaltender Regen den Aufenthalt in Schützengräben unmöglich machen. Das Bild zeigt Soldaten der 6. bayerischen Reserve-Division, die ihre überfluteten Schützengräben verlassen haben und sich hinter eine notdürftige Deckung kauern. Solche Missgeschicke betrafen meist beide

Seiten gleichzeitig und führten zu einem vorübergehenden, lokalen Waffenstillstand.

Fotografie aus einem Fotoalbum des Leutnants Karl Rieger, 1916.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0403-1980.a.338



## Patrouille

Stoßtrupp, also kleine Soldatengruppen für überfallartige Sondereinsätze, nannte man im Ersten Weltkrieg Patrouillen. Diese Männer gehörten zum 7. bayerischen Infanterie-Regiment. Sie sind mit Handgranaten, Dolchen und Pistolen ausgerüstet, also mit ausgesprochenen Nahkampfwaffen. Die Aufnahme ist ins Jahr 1916 zu datieren.

Fotografie aus einem Fotoalbum, Kriegseinsatz des 7. Bayerischen Infanterie-Regiments an der Westfront, 1914-1918.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0178-1995.46



## Gas

Seit 1915 wurden in zunehmendem Maß chemische Kampfstoffe eingesetzt. Hier werden „Gaskranke“, deren Atmungsorgane durch Giftgas geschädigt wurden, mit Sauerstoff beatmet.

Fotografie aus einem Fotoalbum des preußischen Hauptmanns Helmuth Fischer.  
Bayerisches Armeemuseum,  
Inv.-Nr. 0860-2008.b.78

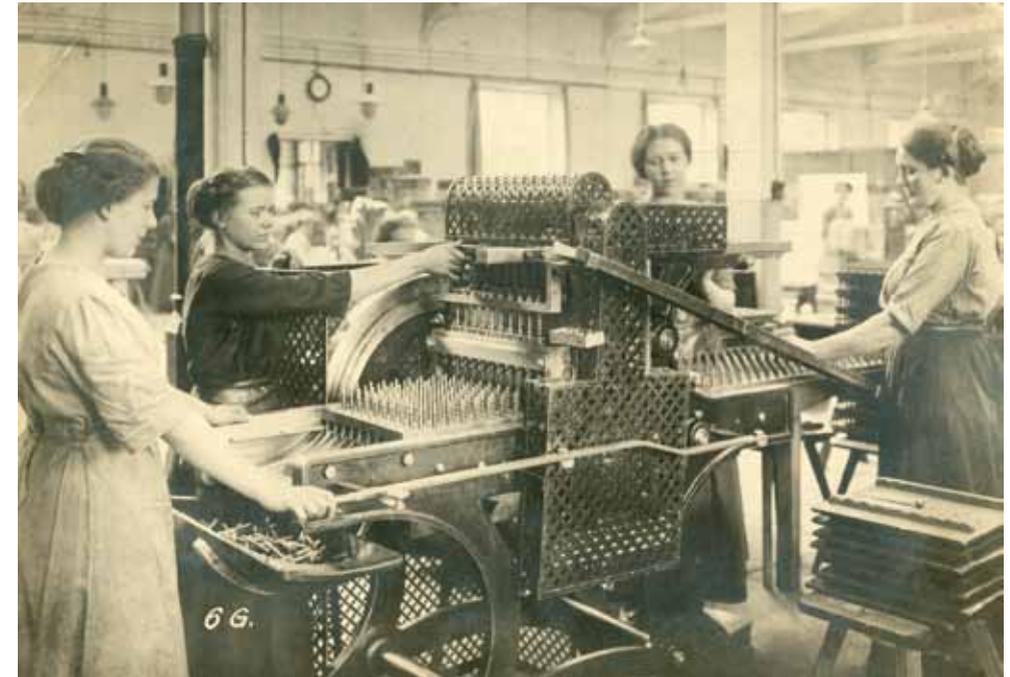


### Im Orient

1916 wurde mit bayerischem Rahmenpersonal eine türkische Batterie schwerer Feldhaubitzen aufgestellt. Die Einheit gelangte zunächst in den südlichen Irak und verlegte im Sommer 1916 von dort an die Kaukasusfront. Angesichts des Klimas und der Weglosigkeit der Region

war das eine schier unglaubliche Leistung. Zu sehen ist ein türkischer Soldat bei der ‚Knochenarbeit‘.

Fotografie aus einem Fotoalbum über die 2. türkische schwere Feldhaubitzen-Batterie. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0237-2017.50



### Massenfertigung

Das Deutsche Reich erzeugte während des Krieges ca. 9 Milliarden Gewehrpatronen. Das Bild zeigt die Anfertigung von Platzpatronen, die für Ausbildungszwecke benötigt wurden.

Wo immer es möglich war, sollten Frauen männliche Arbeitskräfte für den Kriegseinsatz freimachen. Produktionsstätten für

Handfeuerwaffenmunition gab es in Bayern in Ingolstadt, Nürnberg, Dachau und München.

Pressefoto um 1916, Fotografie. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0084-2008



### Spiegelrückwand des Johann Reichold

Der Schreiner Johann Reichold wurde am 20. Oktober 1882 geboren und leistete von 1904 bis 1906 Militärdienst beim 1. Infanterie-Regiment „König“ in München. Bei der Mobilmachung musste er zum Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 2 einrücken, das in München aufgestellt wurde. Dieser Weg wird dem Vater zweier kleiner Kinder schwer genug gefallen sein. Zuvor fertigte er noch einen Spiegel, wobei er das historische Ereignis auf der Innenseite der Spiegelrückwand mit Bleistift notierte. Als der Spiegel im Jahr 2011 zu Bruch ging, kam diese Botschaft, einer Flaschenpost ähnlich, zum Vorschein:

„Hineingemacht im Kriegsjahr 1914 genau einen Tag vor Abmarsch ins Feindesland. München den 4. August 1914 Johann Reichold. Lucilihe Grahnstr 1/IV“

Reichold hatte Glück: Nach einer Verwundung im August 1916 wurde er zur Arbeit in der Industrie „zurückgestellt“. Er überlebte auch noch den Zweiten Weltkrieg und wurde 78 Jahre alt.

Spiegelrückwand, Weichholz, 50,5 x 83,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0192-2018



Johann Reichold, ca. 1916  
Fotografie, 9 x 7 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0496-2018.1



Taschenuhr, deutsch, 1914-1918  
Stahl, Kupfer, Glas, 6,7 x 5,2 x 1,2 cm  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 17767

### Hitlers Uhr?

Als Herkunft dieser Uhr ist im Zugangsbuch des Armeemuseums „Aus dem Nachlaß Adolf Hitlers“ eingetragen sowie der Vermerk, er habe sie während des Ersten Weltkriegs getragen.

Der äußerlich schöne Zustand muss dem nicht widersprechen. Die Brünierung des Gehäuses dürfte später erneuert worden sein.



### Adolf Hitler

Der österreichische Staatsangehörige Adolf Hitler hielt sich bei Kriegsausbruch in München auf und meldete sich freiwillig zum Kriegsdienst. Er zog mit dem bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment 16 ins Feld, dem er bis zum Kriegsende angehörte.

Die Aufnahme zeigt ihn 1914 oder 1915.

Fotografie.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5091



### Brieftasche des Andreas Schneeberger

Der Chevauleger stammte aus Kriegshaber bei Augsburg und rückte gleich bei der Mobilmachung ins Feld.

Schneeberger fiel am 6. August 1915 bei Dompierre in Nordfrankreich. Die durchschossene Brieftasche enthält mehrere Briefe von Emilie Beneš, seiner Freundin oder Verlobten, die sich sehr um ihren

„Anderle“ sorgte. Die Briefe stammen aus dem Juli 1915, der letzte vom 26. Juli und schloss mit Grüßen von seiner „immer weinenden Emilie.“

Konvolut Brieftasche mit persönlichen Dokumenten von Andreas Schneeberger.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0146-1998





### Hans von Seißer (1874-1973)

Seißer stammte aus einer alten Würzburger Familie. Er trat in die bayerische Armee ein und qualifizierte sich für die Generalstabslaufbahn. Für seine Führungsleistung als Stabsoffizier der 4. bayerischen Infanteriedivision wurde er 1914 mit dem Militär-Max-Josephs-Orden ausgezeichnet, was mit der Erhebung in den persönlichen Adelsstand verbunden war. Nach dem Krieg trat Seißer an die Spitze der neu geschaffenen bayerischen Landespolizei.

Wie Kahr und Lossow unterstützte auch Seißer zunächst den Putsch Hitlers, als dieser am Abend des 8. November 1923 im Bürgerbräukeller ausgerufen wurde. Wie die anderen zog er sich noch in der Nacht von dem Unternehmen zurück.

Fotografie.  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV,  
Kriegsarchiv, Bildersammlung, Sign. MMJO 234



### Major Wilhelm Ritter von Leeb (1876-1956)

Der aus einer bayerischen Soldatenfamilie stammende Leeb war bei Kriegsausbruch bereits als Generalstabsoffizier tätig und wurde 1915 für seine Leistungen während des Feldzuges in Serbien mit dem Militär-Max-Joseph-Orden und dem persönlichen Ritteradel ausgezeichnet. Das Kriegsende erlebte er im Stab der Heeresgruppe „Kronprinz Rupprecht“, wurde danach in die Reichswehr übernommen und Anfang 1930 Befehlshaber im Wehrkreis VII (Bayern) sowie Kommandeur der 7. (Bayerischen) Division. Mit Kriegsbeginn 1939 übernahm er eine Heeresgruppe und wurde nach dem siegreichen Westfeldzug

1940 zum Generalfeldmarschall befördert. Das Jahr 1942 markiert das Ende seiner Karriere, da er aufgrund strategischer Meinungsverschiedenheiten mit Hitler um Entbindung von seinen Aufgaben gebeten hatte. Leeb wurde daraufhin in die sogenannte „Führerreserve“ (Reserve von vorübergehend unbeschäftigten Offizieren) versetzt und bis zum Ende des Krieges nicht mehr verwendet.

Fotografie.  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV,  
Kriegsarchiv, Bildersammlung, Sign. MMJO 147



**Rudolf Graf von Marogna-Redwitz**  
(1886-1944)

Als Angehöriger des kgl. bayerischen 1. Schweren Reiter-Regiments mit einer schweren Verwundung aus dem Ersten Weltkrieg heimgekehrt, widmete sich Graf Marogna-Redwitz zunächst der Landwirtschaft. Mitte der 1920er Jahre wurde er als Abwehroffizier in die Reichswehr übernommen. Ab 1935 vertiefte sich seine Zusammenarbeit mit dem Leiter des Amtes Ausland/Abwehr Wilhelm Canaris und 1938 erfolgte die Berufung zum Leiter der Abwehrstelle Wien. Nach der Entlassung Admiral Canaris' aus dem Dienst wurde Graf Marogna-Redwitz im Frühjahr 1944 ebenfalls suspendiert und in die Führerreserve des Oberkomman-

dos des Heeres versetzt, durch Oberst Graf von Stauffenberg, treibende Kraft des misslungenen Attentats vom 20. Juli 1944, aber kurzfristig wieder reaktiviert. Den Verschwörern des 20. Juli stellte sich Marogna-Redwitz als Verbindungsoffizier für den Wehrkreis XVII (Wien) zur Verfügung. Kurz nach dem Attentat auf Hitler wurde er verhaftet und am 12. Oktober 1944 durch den Volksgerichtshof zum Tode verurteilt.

Portraitfoto 1907, Fotografie.  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV,  
Kriegsarchiv, Bildersammlung, Sign. P-I 14720



**Hermann Ritter Mertz von**  
**Quirnheim (1866-1947)**

1887 trat Mertz von Quirnheim in die Bayerische Armee ein und war bei Kriegsausbruch 1914 Erster Generalstabsoffizier im Generalstab der 6. Armee. Ab 1916 leitete er die Abteilung „Balkan“ beim Generalstab des Feldheeres. Trotz seiner kritischen Haltung gegenüber der Politik der Obersten Heeresleitung genoss Mertz von Quirnheim deren Vertrauen. Dies zeigte sich insbesondere darin, dass ihm 1918 die neugeschaffene kriegsgeschichtliche Abteilung beim Chef des Generalstabes unterstellt wurde. Nach seiner Entlassung aus dem aktiven Dienst wurde Mertz von

Quirnheim 1919 zum Präsidenten des Reichsarchivs berufen. Damit gewann er maßgeblichen Einfluss auf die amtliche kriegsgeschichtliche Darstellung des Ersten Weltkrieges. Nach dem missglückten Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944, an dem sein Sohn Albrecht maßgeblich beteiligt war, wurde Hermann Mertz von Quirnheim von der Gestapo in Sippenhaft genommen.

Fotografie.  
Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. IV,  
Kriegsarchiv, Bildersammlung, Sign. P-II 1555

## 4: Revolution?

Am Ende des Ersten Weltkrieges meuterte die Marine. Unmittelbar danach stürzten in ganz Deutschland die Throne. Jahrhundertalte Monarchien wandelten sich in wenigen Tagen zu Republiken und Freistaaten. War das nun ein Zusammenbruch, ein Umsturz oder ein kraftvoller republikanischer Neuanfang?

Im Sommer 1918 war der Krieg für Deutschland verloren. Die Reichsregierung versuchte, durch Vermittlung des amerikanischen Präsidenten Wilson zu einem Waffenstillstand zu gelangen. Wilson wollte aber nur mit einer demokratisch legitimierten deutschen Regierung verhandeln, was zu einer neuen Regierung in Berlin führte, die sich auf eine Mehrheit im Parlament stützen konnte.

Die Marineführung störte diesen Prozess, indem sie einen letzten großen, nach menschlichem Ermessen selbstmörderischen Vorstoß der Hochseeflotte plante. In dieser Lage verweigerten die Schiffsbesatzungen den Gehorsam. Die Marineführung wurde entmacht. Soldaten- und Arbeiterräte traten an ihre Stelle.

In München ergriff der Journalist Kurt Eisner die Initiative. Eisner, führender Kopf der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) in der bayerischen Residenzstadt, stürzte in der Nacht zum 8. November 1918 die Herrschaft der Wittelsbacher. Bayern wurde Freistaat, Eisner sein erster Ministerpräsident.

Am 9. November wurde in Berlin die Republik ausgerufen. Der Sozialdemokrat Friedrich Ebert trat an die Spitze einer Regierung, die sich „Rat der Volksbeauftragten“ nannte. Karl Liebknecht, Führer der Spartakusgruppe, aus der wenig später die Kommunistische Partei Deutschlands hervorging, wollte statt dessen eine „Sozialistische Republik Deutschland“ nach russischem Vorbild.

Am 11. November 1918 unterzeichnete das Deutsche Reich den Waffenstillstand, der einer Kapitulation gleichkam. Das große Sterben an den Fronten war zu Ende. Deutschland selbst stand vor dem Bürgerkrieg.





### Kleiner Kreuzer „Straßburg“

Ende Oktober 1918 plante die Seekriegsleitung einen Vorstoß der Hochseeflotte in den Ärmelkanal. Das Unternehmen gefährdete die laufenden Waffenstillstandsverhandlungen und war militärisch sinnlos. In dieser Situation kam es zu einer Reihe von Befehlsverweigerungen, die im Kieler Matrosenaufstand gipfeln sollten.

Die wohl erste Widerstandshandlung ereignete sich am 27. Oktober 1918 auf

dem Kleinen Kreuzer „Straßburg“, als sich 40 Heizer weigerten, zum Dienst anzutreten.

Bildpostkarte, Lichtdruck.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0368-2018



### Revolutionärer Obermatrose von der II. Werft-Division 1918

Im Ersten Weltkrieg war Wilhelmshaven der größte deutsche Marinestützpunkt und Garnison der II. Werft-Division. Am Morgen des 6. Novembers 1918 erzwangen Matrosen der Garnison die Freilassung ihrer inhaftierten Kameraden und leiteten damit die Revolution in Wilhelmshaven ein.

Im Januar 1919 ernannte sich der Obermatrose (Gefreite) Kuhnt zum „Präsidenten der Republik Oldenburg-Ostfriesland“ und bestimmte die Kaserne der II. Werft-Division – die sogenannte „1000-Mann-Kaserne“ – zu seinem Hauptquartier.

In dieser Zeit galt die Farbe Rot als das universelle Zeichen der Auflehnung. Wer sich „der Revolution anschloss“, legte eine rote Armbinde an und bastelte sich eine rote Kokarde.

Figurine mit Bekleidung und Ausrüstungsstücken.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nrn. 0338-2004 (Mütze); 0337-2004.a (Überzieher); 0337-2004.b (Hose); 0830-1995 (Stiefel); 0435-2000.e (Schal)



„Jetzt gilt es erst recht, Ruhe und Ordnung zu wahren.“

Am Vormittag des 7. November 1918 erschien in der wichtigsten Tageszeitung Bayerns, den „Münchener Neuesten Nachrichten“, ein Aufruf des bayerischen Innenministers Friedrich von Brettreich, diese letzten Kriegstage „in ruhiger Besonnenheit“ zu ertragen. Brettreich wies auf die laufenden Waffenstillstandsverhand-

lungen hin und auf die Gefahr, die innere Unruhen für die Lebensmittelversorgung bedeuten würden.

Münchener Neueste Nachrichten vom 7. November 1918, Druck auf Papier, 33 x 44 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0754-1990



Massenversammlung auf der Theresienwiese

Erhard Auer, Vorsitzender der SPD, wollte am 7. November 1918 mit einer großen Friedensdemonstration auf der Theresienwiese ein Ventil für den aufgestauten Druck schaffen, um die „Massen“ in der Hand zu behalten.

Kurt Eisner, führender Kopf der Münchener USPD, plante aber, diese Veranstal-

tung als Ausgangspunkt für einen revolutionären Umsturz zu nutzen.

Fotografie 1918. Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5124



### Offizierskokarden und abgerissene Schulterstücke

Mit der Revolution war auch die autoritäre Herrschaftsgewalt der militärischen Funktionselementen zu Ende gegangen. Überall dort, wo Offiziere sich weigerten, ihre Insignien des Ranges abzulegen, bekamen sie am eigenen Leib zu spüren, dass mit dem Krieg auch die Autorität, die ihnen qua ihres Ranges verliehen wurde, verlo-

ren war. Die öffentliche Degradierung von Offizieren war ein Sinnbild des politischen Umsturzes und prägte sich tief in die Erinnerungen der Zeitgenossen ein.

Schulterstücke bayerischer Offiziere und Reichskokarden von Offiziers- und Mannschaftsmützen. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 5254



### Jubelnde Soldaten am 8. November 1918 vor dem Mathäserbräu

Entscheidend für den Erfolg von Eisners Aktion war die Stellungnahme der Soldaten, die sich ihm anschlossen. In der Nacht von 7. auf den 8. November rief Eisner den Freistaat Bayern aus. Im Mathäserbräu konstituierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat.

Fotografie 1918.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5123



Die Massen vor dem Berliner Schloß am 9. November 1918

Ein Arbeiter spricht vom Sanitätswagen

### „Die Massen“

Große Menschenansammlungen unter freiem Himmel gehörten zu allen großen Revolutionen. Diese „Massen“ spielten im Bewusstsein der Politiker eine enorme Rolle: Man musste sie leiten, ja ableiten, um zu verhindern, dass sie eine zerstörerische Dynamik entwickelten. Wer aber, wie die Kommunisten, gerade eine solche Dynamik auslösen wollte, setzte auf sie seine Hoffnungen.

Das wichtigste Mittel zur Beeinflussung solcher „Massen“ waren Redner. Mehrere von ihnen wurden im Publikum verteilt: Es gab noch keine Mikrophone. Dieser spricht am 9. November 1918, dem Tag der Revolution in Berlin, vor dem Berliner Schloss.

Druck nach Fotografie, aus: Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 207.



### Der Kaiser dankt ab

Am 9. November befand sich Wilhelm II. im Großen Hauptquartier im belgischen Spa. Zur Abdankung als Kaiser war er schließlich bereit, doch wollte er König von Preußen bleiben. Der Reichskanzler, Prinz Max von Baden (1867-1929), der sich in Berlin aufhielt, setzte sich über diesen Wunsch hinweg und gab die Erklärung ab, Wilhelm habe als Kaiser und König auf den Thron verzichtet, desgleichen sein

Sohn, der Kronprinz. Ein Extrablatt der „München-Augsburger Nachrichten“ verkündete die sensationelle Nachricht noch am gleichen Tag.

München-Augsburger Nachrichten, Extrablatt 9.11.1918, Tageszeitung, Druck auf Papier, 47 x 32,4 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0430-1980.c



### Ein neuer Kanzler: Friedrich Ebert

Gleichzeitig mit der Abdankung des Kaisers übertrug Max von Baden das Reichskanzleramt auf den Vorsitzenden der SPD, Friedrich Ebert (1871-1925). Damit war die Kontinuität des Regierungshandelns gewahrt. Seit 1913 stand Ebert an der Spitze seiner Partei.

Die neue Regierung nannte sich „Rat der Volksbeauftragten“ und setzte sich pari-

tätisch aus Mitgliedern der SPD und der USPD zusammen. Formal war Ebert nur einer von sechs „Räten“, faktisch aber war er der Kanzler der neuen Republik.

Fotopostkarte 1925.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 553.1

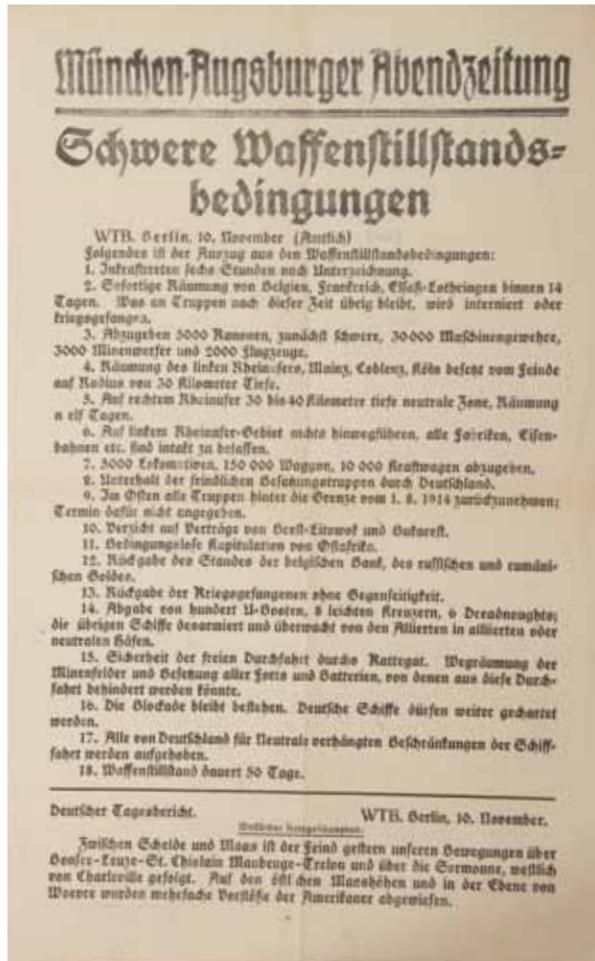


### Sicherheitskonsens

Am 26. Oktober 1918 wurde General Ludendorff als Erster Generalquartiermeister und faktischer Chef der OHL entlassen. Sein Nachfolger wurde Wilhelm Groener (1867-1939). In einem Telefongespräch mit Ebert am 10. November 1918 sicherte Groener der neuen Regierung die Loyalität der OHL zu. Ebert beauftragte im Gegenzug die OHL mit der Führung der Streitkräfte und stärkte so ihre Position und die der Offiziere gegenüber der Soldatenratsbewegung.

Diese Kontaktaufnahme zwischen Ebert und Groener wurde später zum „Bündnis“ stilisiert. Tatsächlich handelte es sich um eine pragmatische Verabredung von Regierung und Armee in einer Lage, in der das Land in Chaos und Bürgerkrieg zu versinken drohte.

Porträtfoto Wilhelm Groener, ca. 1917/18, Fotografie.  
Hauptstaatsarchiv Stuttgart, M 703 R191N29  
Bild 1



## „Schwere Waffenstillstandsbedingungen“

„Waffenstillstand“ ist ein Begriff, der das, was die deutsche Seite am 11. November 1918 in einem Eisenbahnwagen im Wald von Compiègne unterzeichnen musste, nur zum Teil beschreibt. Tatsächlich handelte es sich um eine Kapitulation. Deutschland wurden Bedingungen auferlegt, die ihm die Wiederaufnahme des Kampfes faktisch unmöglich machten. Die Armee musste erhebliche Mengen von

Kriegsgerät ausliefern und sich hinter den Rhein zurückziehen. Bei Mainz, Koblenz und Köln erhielten die Sieger Brückenköpfe östlich des Rheins, von denen aus sie jederzeit ins Innere Deutschlands vorstoßen konnten.

München-Augsburger Abendzeitung vom 10.11.1918, Druck auf Papier, 47,5 x 28 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 67



## Soldatenräte

In den Revolutionstagen bildeten sich in den Truppenteilen „Soldatenräte“, also gewählte Ausschüsse der Mannschaften und Unteroffiziere, die den Offizieren die Kommandogewalt streitig machten. Im Freistaat Bayern regelte ein Erlass des provisorischen Landessoldatenrats und des Ministers für militärische Angelegenheiten die Tätigkeit der Soldatenräte. Wichtig daran war, dass den Offizieren im rein militärischen Dienst wieder „die aus-

schließliche Befehlsgewalt“ zugesprochen wurde.

Mit der zunehmenden Auflösung des Heeres endete die Macht der Soldatenräte. In den neu gebildeten Freiwilligenformationen gab es sie nicht.

Vorläufige Verordnung für die Soldatenräte, Druck auf Papier, 34,5 x 21,8 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0382-2018

## 5: Bürgerkrieg?

Das alte Regime hatte sich überraschend schnell geschlagen gegeben. Die neue Regierung sah sich aber sofort von der extremen Linken bedrängt. Nachdem der Polizeiapparat des Kaiserreichs sich weitgehend aufgelöst hatte, blieb nur die Armee als Machtmittel zur Durchsetzung des Regierungswillens im Landesinnern.

Etwa fünf Millionen deutscher Soldaten standen bei Kriegsende im Feld, die meisten davon an der Westfront. Sie mussten in wenigen Wochen nach Deutschland zurückgeführt werden. Für die Organisation dieses Rückzugs war die bisherige Oberste Heeresleitung (OHL) unentbehrlich.

Regierung und Heeresleitung hofften, aus diesen Massen ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern schaffen zu können. Dies aber erwies sich als unmöglich, denn für solche Einsätze stellten sich die Soldaten nicht mehr zur Verfügung.

Im Dezember 1918 rief die Regierung deshalb zur Bildung von Freiwilligenformationen auf, für die sich der Begriff „Freikorps“ eingebürgert hat.

Freikorps waren keine wilden Landsknechtshaufen unter autonomen, charismatischen Führern, die auf eigene Faust operierten, sondern die Form, in der sich 1919 neue, reguläre Regierungstruppen bildeten. Im Januar und März 1919 in Berlin und in vielen weiteren Städten setzten sie die Autorität der Reichsregierung mit großer Härte durch. Dabei kam es zu zahlreichen Übergriffen, denen tausende Unschuldiger zum Opfer fielen.





### Zurück in der Heimat

Das Bild zeigt Soldaten einer bayerischen Kraftwagenkolonne, die den Weg von Frankreich zurück in die Heimat wohl im Landmarsch bewältigt haben. Auf dem Fahrzeug liest man „Maubeuge“ und „München“.

Die Soldaten tragen ihre Mäntel betont lässig und zeigen damit, dass sie sich nicht länger an die verlangte militärische „Strammheit“ gebunden fühlen. Am Fahr-

zeug sind zwei weißblaue Fahnen befestigt, während ein Soldat eine rote in der Hand hält. Sie ist mit dem Ganzen also weniger eng verbunden – ein treffendes Sinnbild für den Charakter der Revolution in Bayern.

Postkarte, Fotografie 1918.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0517-2018.a



### Eine neue Zeitung

Die „Süddeutsche Freiheit“ war eine neue Wochenzeitschrift, die noch im November 1918 zu erscheinen begann. Der konservativ gestimmte Münchner Gymnasiallehrer Josef Hofmiller bedachte das neue Blatt in seinem Tagebuch zunächst mit beißendem Spott, kam aber später zu einem versöhnlicheren Urteil: „Diese Artikel der ‚Süddeut-

schen Freiheit‘ sind doch nicht schlecht. ... Es scheinen doch manche Leute, die bisher nie Gelegenheit hatten, sich zu äußern, jetzt die Sprache gefunden zu haben.“

Süddeutsche Freiheit, 4. Ausgabe, 9.12.1918,  
Druck auf Papier, 51 x 35,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0786-1990

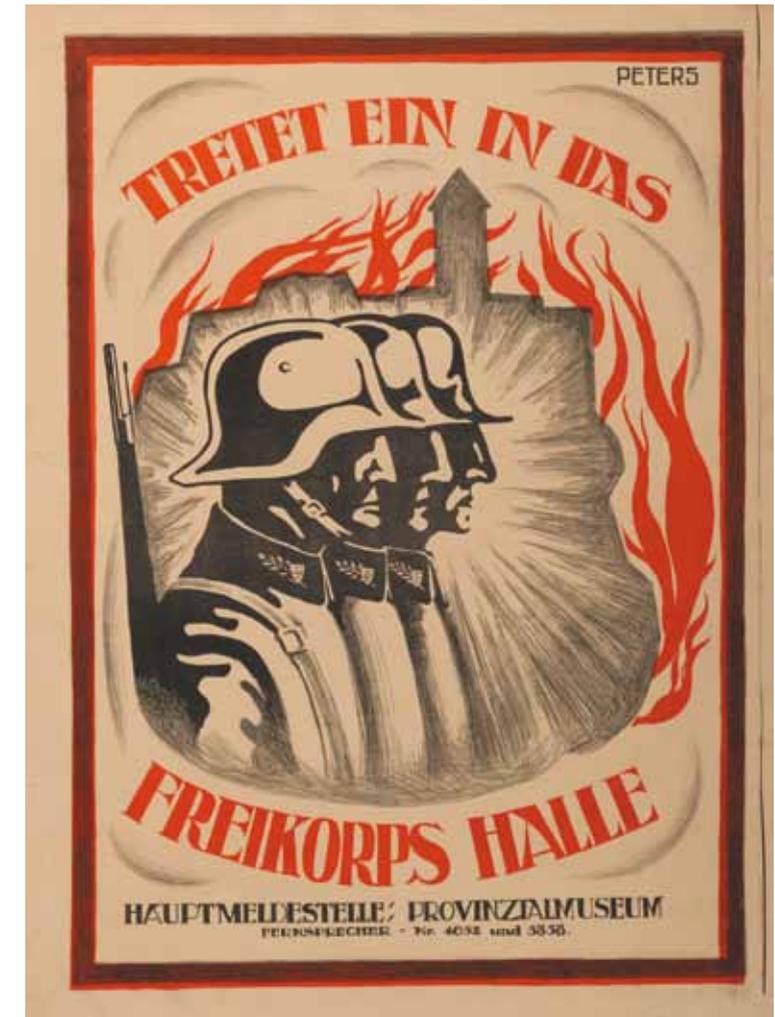


### Ein neues Heer entsteht

Der Aufruf „Freiwillige vor“ vom 9. Januar 1919 appellierte an die Bereitschaft, den deutschen Osten zu schützen, der durch den Expansionismus des neu erstandenen Staates Polen und die Armeen der russischen Bolschewiki bedroht war. Tatsächlich kamen die meisten dieser neuen Formationen aber bei Kämpfen im Innern des Deutschen Reiches zum Einsatz.

Die Regierung Eisner steuerte einen föderalistischen Kurs und schloss sich der Berliner Heerespolitik nicht an. In Bayern war die Freiwilligenwerbung verboten.

Plakat, Bernhard Werbedienst GmbH Berlin W, Farblithographie auf Papier, 98,5 x 75,2 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0572-1984



### Werbeplakat: Freikorps als Regierungstruppen

Die Aufstellung der Freikorps erfolgte im Regierungsauftrag, jedoch nicht im Rahmen einer vorab festgelegten Heeresstruktur. Die Verbände bestanden also unabhängig voneinander und besaßen ganz unterschiedliche Gliederungen und Größen. Im Sommer 1919 ging die große Zeit der Freikorps schon wieder zu Ende. Sie wurden aufgelöst oder in Reichswehr und Polizei integriert.

Das Freikorps Halle bestand von März bis Juli 1919 und erreichte eine Stärke von 1.200 Mann. Nach seiner Auflösung wurde es ins Sicherheits-Polizei-Bataillon Halle überführt.

Plakat, entworfen von Peters, 1919, Farblithographie auf Papier, 86,9 x 62,6 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 75



„Ohne Ordnung keine Sicherung  
der Volksernährung“

Deutschland litt am Ende des Krieges unter einer dramatischen Mangelernährung, deren Ende nicht abzusehen war. Die Politik der harten Hand, welche die Regierung Ebert in den nächsten Monaten verfolgen sollte, erklärt sich zum großen Teil aus der Sorge um die Lebensmittelversorgung. Die Erhaltung der öffentli-

chen Ordnung und die Ernährungsfrage hingen aufs engste zusammen.

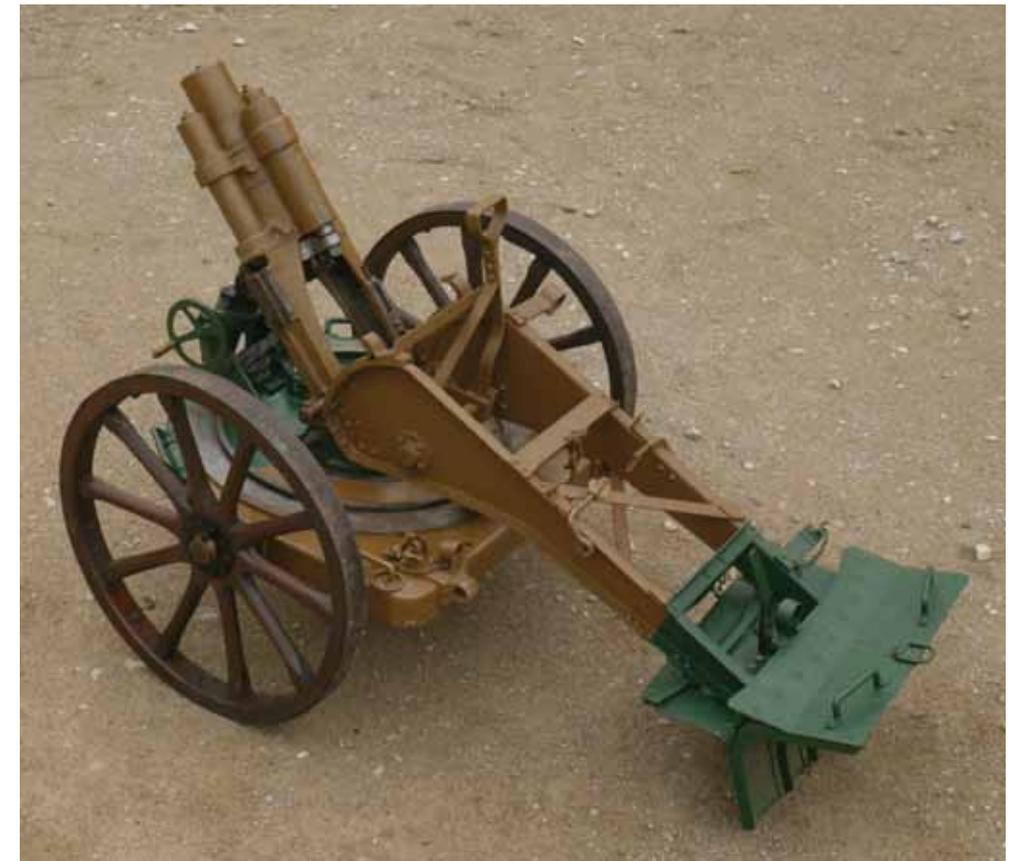
4. Extra-Ausgabe des Vorwärts vom 9.11.1918,  
Druck auf Papier, 31,2 x 23,2 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0430-1980.c



## Spartakus

Die „Rote Fahne“ war der Parteizeitung der Spartakusgruppe, die sich am 31. Dezember 1918 als „Kommunistische Partei Deutschlands“ konstituierte.

Plakat von Alfred Stiller, wohl 1919, Farblithographie, 74 x 99,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0945-1994



### Artillerie im Straßenkampf

Bei den bürgerkriegsartigen Kämpfen in Berlin im Januar und März 1918 setzten Regierungstruppen wo immer möglich schwere Waffen ein. Bei dem abgebildeten Geschütz handelt es sich um eine Feldhaubitze 16, die während des Krieges in Tausenden von Exemplaren hergestellt worden war.

Postkarte aus dem Fotoalbum eines preußischen Offiziers, Fotografie 1918.  
Bayerisches Armeemuseum,  
Inv.-Nr. 0860-2008.c.104

### Leichter Minenwerfer

Minenwerfer waren kleine Steilfeuergeschütze mit kurzer Reichweite. Im Stellungskrieg spielten sie eine wichtige Rolle als schwere Unterstützungswaffe der Infanterie. Nützlich waren sie auch bei den Straßenkämpfen im Bürgerkrieg:  
„Minenwerfer sind gegen Häuserblocks und schwere Maschinengewehre besonders geeignet.“ (Erfahrungsbericht der

Garde-Kavallerie-Schützen-Division vom 31. März 1919)  
Der hier gezeigte „Leichte Minenwerfer neuer Art“ wurde seit 1916 produziert.

Leichter Minenwerfer neuer Art, Deutschland, 1916-1918, Stahl, Kaliber: 76 mm, Maximale Schussweite: 1.300 Meter.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2102



### Garde-Kavallerie-Schützen-Division

Die Division war bereits im Krieg aufgestellt worden. Nach der Rückkehr aus dem Feld blieb sie mobil, dürfte aber den größten Teil ihres Mannschaftsbestandes ausgetauscht bzw. durch Freiwillige ersetzt haben.

Die Einheit spielte bei den Kämpfen in Berlin eine entscheidende Rolle. Ihr Stabschef, Hauptmann Waldemar Papst, veranlasste

die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Dieser Maueranschlag präsentiert den Berlinern die Division als Garant ihrer Sicherheit.

Maueranschlag, Januar 1919, Druck auf Papier, 30 x 22,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 50.e



### Freiwilliges Landesjägerkorps

Diese Einheit war aus der 214. Infanterie-Division des alten Heeres hervorgegangen. Sie galt als besonders zuverlässig und wurde auch zum Schutz der konstituierenden Nationalversammlung in Weimar im Februar 1919 verwendet.

Auf dem Bild schreitet der preußische Kriegsminister, General Walther Reinhardt (1872-1924), eine Front des Landesjägerkorps ab. Neben ihm geht der Kom-

mandeur der Einheit, Generalmajor Georg Maercker (1865-1924).

Im Juni 1919 ging der Verband mit ungefähr 8.000 Mann in der Großen Reichswehr-Brigade 16 auf.

Fotografie.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5557



## Grenzschutz

Die Fotografie zeigt Offiziere des Freiwilligen-Bataillons 50 anlässlich eines Jagdausflugs bei Schloss Pojeziory in Litauen. Das Bataillon war in Ostpreußen aus Freiwilligen aufgestellt worden und gehörte zum Grenzschutz Ost. Im August 1919 kehrte die Einheit ins Reich zurück.

Einige Offiziere tragen bereits den Eichenlaubkranz der vorläufigen Reichswehr an ihren Mützen.

Fotografie 1919.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 342.28



## Baltenkreuz

Das Baltenkreuz war eine militärische Auszeichnung für alle Soldaten, die 1919 mindestens 3 Monate in dem Gebiet von Kurland und Livland gekämpft hatten. Diese Auszeichnung wurde 1919 vom Baltischen Nationalausschuss gestiftet, der die politische Vertretung der deutschen Bevölkerung in diesem Gebiet wahrnahm. Die Form des Baltenkreuzes entspricht

dem Kreuz im Wappen der Hochmeister des Deutschen Ritterordens, dessen Geschichte untrennbar mit der Geschichte des Baltikums verbunden war.

Baltenkreuz, Buntmetall, geschwärzt, 45 x 45 mm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0263-2000



### „Der Bluthund“? Gustav Noske (1868-1946)

Wie viele Führer der frühen Sozialdemokratie war der gebürtige Brandenburger aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen. 1906 wurde Noske erstmals in den Reichstag gewählt und profilierte sich dort als Fachmann für Kolonial- und Militärfragen.

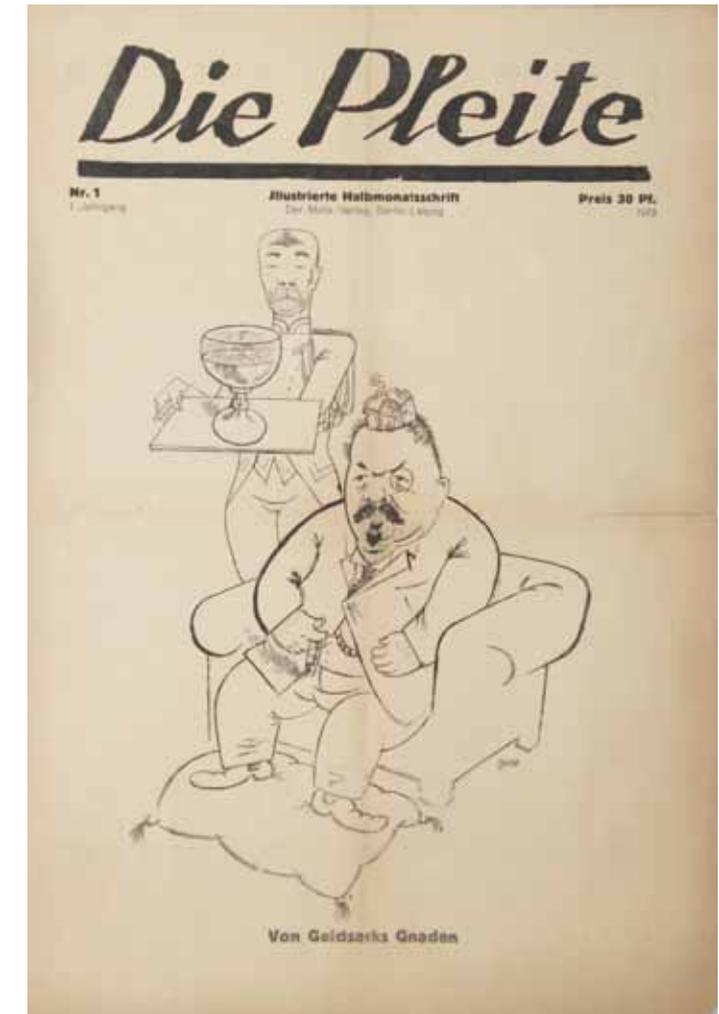
Im November 1918 wurde der Marinekenner nach Kiel geschickt, um dort angesichts des Matrosenaufstandes die Lage wieder zu beruhigen, was ihm gelang. Am Ende des Jahres wurde Noske Volksbeauftragter für Heer und Marine und setzte die Autorität der Regierung Ebert mit einer „Politik der eisernen Faust“ durch.

Noske entwickelte dabei ein großes Vertrauen zu Offizieren der alten Armee. Wie

der Kapp-Putsch 1920 zeigen sollte, wurde dieses Vertrauen nicht erwidert. Noske musste als Reichswehrminister zurücktreten. Sein Biograf, der Historiker Wolfram Wette, fasste die Urteile der Nachwelt über Noske so zusammen:

„Der erste sozialdemokratische Reichswehrminister wird im Regelfall von rechts gelobt, von den Sozialdemokraten als unverdaulich angesehen und von den Kommunisten verteufelt.“

Porträtfoto von Gustav Noske um 1919, Fotografie. Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-2976



### Ein Fazit von links

„Die Pleite“ war ein Produkt des Malik-Verlages. Die erste Nummer erschien im Januar 1919 und präsentierte mit Karikaturen von George Grosz die Sicht der radikalen Linken auf die neue Regierung.

Ebert wird als Marionette des Kapitals dargestellt. Korpulenz, dicke Zigarre, Polstersessel, Fußkissen und ein livrierter Diener sollen einen maximalen Abstand

zur Welt der Arbeiter suggerieren. Zudem hat sich Ebert die Kaiserkrone wieder aufgesetzt, die durch die Ereignisse der letzten Monate allerdings etwas ramponiert ist.

Die Pleite, Illustrierte Halbmonatsschrift, Nr. 1, Druck auf Papier, 42,7 x 30 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0786-1990.a

## 6: Vorläufige Reichswehr

Die Freiwilligenwerbung seit Dezember 1918 hatte zur Aufstellung zahlreicher neuer Verbände geführt, aber keine brauchbare Heeresstruktur geschaffen. Mit der Bildung einer „vorläufigen Reichswehr“ versuchte man, diesen Wirrwarr sinnvoll zu gliedern. Am 6. März 1919 erließ der Reichstag ein Gesetz zur Bildung einer vorläufigen Reichswehr. Das neue Heer sollte durch Zusammenfassung der bestehenden Freiwilligenverbände geschaffen werden.

Das Prinzip der Freiwilligkeit galt weiter, da in diesen turbulenten Monaten die Durchführung einer Wehrpflicht unmöglich gewesen wäre. Die Verpflichtungszeit betrug sechs oder drei Monate und verlängerte sich, wenn keine Kündigung erfolgte, automatisch um weitere drei Monate.

Das neue Reichsheer sollte etwa 200.000 Mann stark werden und in 4 Gruppenkommandos gegliedert sein. Klar war, dass jede Regelung der deutschen Wehrverfassung nur vorläufigen Charakter haben konnte, da die Siegermächte hier das letzte Wort haben würden.

Das Gruppenkommando IV hatte seinen Sitz in München. Die bayerische Regierung schloss sich diesem Gesetz aber nicht an, da sie wie im Kaiserreich weiterhin einen autonomen bayerischen Heereskörper haben wollte. Die „vorläufige Reichswehr“, wie Berlin sie wollte, war dagegen als einheitliches deutsches Heer gedacht – das erste der deutschen Militärgeschichte.



### Leutnant der vorläufigen Reichswehr 1919

Aufgrund der materiellen Notlage wurde im Friedensheer genehmigt, Bekleidungsstücke der Alten Armee aufzutragen. Sie mussten aber mit den seit 19. Januar 1919 vorgeschriebenen neuen Abzeichen versehen werden.

Da zur Bildung der vorläufigen Reichswehr auch bestehende Freikorps herangezogen wurden, die vorübergehend ihre Sonderabzeichen behalten durften, ergab sich für einige Jahre eine bunte Mischung im Erscheinungsbild.

So trägt der Leutnant einen Feldrock M 1910 für Offiziere der bayerischen Feldartillerie, der mit den neuen Schulter-schnüren und dunkelblauen Ärmelstreifen als Zeichen des Dienstgrades versehen ist. An der Einheitsfeldmütze M 1915 wird hier noch ein Totenkopf als Hinweis auf die frühere Freikorpszugehörigkeit getragen.

Figurine mit Bekleidung und Ausrüstungsstücken. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nrn. E 6884 (Mütze); H 16212 (Feldrock); N 1137 (Hose); 0211-1993 (Stiefel); WR 492 (Kordeln); 0718-1979 (Pistole)



### Arbeiter in die Reichswehr?

Dieses Flugblatt aus dem Jahr 1919 fordert Arbeiter zum Eintritt in die Reichswehr auf und begründet das mit den politischen und sozialen Errungenschaften der Revolution. Tatsächlich hielt sich die Arbeiterschaft von der Reichswehr weitgehend fern. Schon im Kaiserreich war das Verhältnis zwischen der Armee und den meist sozialdemokratisch orientierten Arbeitern schlecht gewesen.

Jetzt war die Reichswehr in ihren Augen durch die Freikorpsvergangenheit vieler Verbände diskreditiert. Als sich die Verhältnisse später konsolidierten, sortierte die Reichswehrrführung Bewerber mit SPD-Vergangenheit von vornherein aus.

Flugblatt, Druck auf Papier, 29,3 x 23 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0388-2018



### Auf dem Weg zur neuen Armee

Dieses Plakat zeigt den Übergang von der Zeit der unstrukturierten Freiwilligenwerbung zur Reichswehr. Hier wirbt bereits ein regulärer Verband der neuen Armee um Freiwillige, die Reichswehrbrigade 24. Das Plakat weist aber noch auf den Verband hin, aus dem die Brigade hervorgegangen war: das Freiwillige Landeschützenkorps. Es war im Januar 1919 auf dem Truppenübungsplatz Zossen aufgestellt

worden und wurde im Juni 1919 bei einer Stärke von ca. 13.400 Mann in die Große Reichswehrbrigade 4 umgewandelt.

Plakat von Otto Amtsberg, Kunstanstalt Carl Sabo/Berlin, Farblithographie auf Papier, 94,8 x 67 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 68



### Friedensheer

Nach der Rückkehr des Feldheeres in die Heimat lösten sich die Verbände nicht vollständig auf. Reste der alten Truppen existierten in den Heimatgarnisonen weiter.

Im Januar 1919 wurden für diese Soldaten neue, provisorische Rangabzeichen in Form von blauen Tuchstreifen festgelegt, zu tragen am linken Arm. Den Soldaten links im Bild weisen sie als Vizefeldwebel aus. Im Hintergrund steht Adolf Hitler, der nie der sich neu bildenden Reichswehr

angehörte, sondern der aufzulösenden „alten Armee“. Die Abzeichen an den Krangenspiegeln des rechten Mannes weisen ihn als Freikorpsoldaten aus.

Auf dem Tisch liegt ein Exemplar der französischen Tageszeitung *Le Journal*. Die Männer sind offenbar mit der Auswertung der Auslandspresse beauftragt.

Fotografie 1919.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5083



### Feldrock für einen Rittmeister der Schweren Reiter mit den neuen Abzeichen, 1919

Bei der Neu-Uniformierung des Friedensheeres bzw. der vorläufigen Reichswehr beschränkt man Wege, die eine völlige Abkehr von der bisherigen Tradition beinhalteten.

Schulterstreifen als „gemeinsames Abzeichen“ an Rock und Mantel sowie auffällige Ärmeltressen, die am 19. Januar 1919 eingeführt wurden, waren charakteristisch für das veränderte Bild.

Die schmalen silbernen Schulterstreifen mit je zwei Schiefern waren sowohl für

Offiziere wie auch für Unteroffiziere vorschrittmäßig. Als Rangabzeichen des feldgrauen Vorkriegsrocks dienen hier ein breiter sowie zwei schmale dunkelblaue Stoffstreifen (Hauptmann bzw. Rittmeister).

Feldrock M 1907 für einen Rittmeister, 2. Bayerisches Schweres Reiter-Regiment, Bayern 1919, Wolle, Baumwolle.

Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0820-1986



### Waffenrock für einen Vizewachtmeister der Artillerie, 1919

Die Erlaubnis zum Auftragen von Bekleidungsstücken der alten Armee erstreckte sich auch auf die friedensmäßigen farbigen Waffenröcke. Diese durften aber nur innerhalb der Kasernen und außer Dienst getragen werden und mussten mit den neuen Rangabzeichen versehen sein.

Folglich weist dieser Friedens-Waffenrock der vormals königlich sächsischen Armee

die silbernen Schulterstreifen und die neuen Rangabzeichen in Form von silbernen Tressenwinkeln auf.

Waffenrock für einen Vizewachtmeister, Sächsische Artillerie, Sachsen 1919, Wolltuch, Baumwolle, Serge.

Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0377-1972



### Armspiegel für Mannschaften der Minenwerfer-Batterie 21, Bayeri- sches Schützenkorps, 1919

Für die vorläufige Reichswehr wurden neue Unterscheidungszeichen der Waffengattungen und Truppenteile eingeführt. Dazu dienten abnehmbare Armspiegel auf beiden Oberärmeln des Feldrocks und des Mantels.

Diese Armspiegel zeigten in der Einfassung Haupt- und Nebenfarbe der Waffengattung an, während die Nummer (in der

Hauptfarbe) den Truppenteil bezeichnete. Die Minenwerfertruppe mit roter Nebenfarbe gehörte zu der Waffengattung Pioniere, deren Hauptfarbe schwarz war.

Armspiegel für Mannschaften der Minenwerfer, 1919, Wollfilz mit Kurbelschnur, 8 x 5,6 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 11208



### Schulter Schnüre für Offiziere und Unteroffiziere, 1919

Auch die traditionellen Schulterstücke sollten in der vorläufigen Reichswehr keinen Platz mehr finden. Nach österreichischem Vorbild wurden deshalb schmale Schulter Schnüre eingeführt, an denen die unterschiedlichen Ranggruppen erkennbar waren.

Entgegen der Angabe auf dem Probeschild wurden diese Schulter Schnüre nicht nur von Offizieren, sondern auch von Unteroffizieren getragen.

Schulter Schnüre für Offiziere und Unteroffiziere, gesiegelte Probe des preußischen Kriegsministeriums vom 3. Juni 1919, Metallgespinnt, Länge 12,6 cm. Bay. Armeemuseum, Inv.-Nr. H 11345



Adlerkokarde für die Dienstmütze,  
1919

Obwohl die Weimarer Republik mit dem monarchischen Obrigkeitsstaat und seinen Überlieferungen gebrochen hatte, hielt sie am ältesten Symbol des Reiches – dem Adler – als Wappentier fest.

Am 11. November 1919, fast genau ein Jahr nach der Abdankung des deutschen Kaisers, wurde bekannt gegeben, „daß das Reichswappen auf goldgelben Grunde den einköpfigen schwarzen Adler zeigt, den Kopf nach rechts gewendet, die Flügel offen, aber mit geschlossenem Gefieder, Schnabel, Zunge und Fänge von roter Farbe.“

Interessanterweise hatte man für die vorläufige Reichswehr bereits mit Verfügung vom 29. September 1919 die Adlerkokarde mit den Farben Schwarz-Rot-Gold eingeführt. Die vorher getragene Kokarde „in den deutschen Farben Schwarz-Weiß-Rot“ wurde dadurch obsolet.

Adlerkokarde, Deutsches Reich 1919, Messing geprägt, Lackfarbe, 2,3 x 1,8 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0464-2018



Eichenlaubkranz für die Dienstmütze,  
1919

Ein neues, gemeinsames Element an den Mützen des deutschen Friedensheeres bzw. der vorläufigen Reichswehr war ein Eichenlaubkranz aus Weißmetall, der vorne auf dem Besatzstreifen die Kokarde umschloss.

Eichenlaubkranz, Neusilber geprägt, 4,2 x 6,3 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0463-2018



Dienstmütze für einen Offizier der  
badischen Truppen, 1919

Aus einer Einheitsfeldmütze M 1917 der alten Armee wurde nach der Verfügung vom 5. Mai 1919 durch die Hinzufügung eines Eichenlaubkranzes und der schwarz-weiß-roten Reichskokarde eine Dienstmütze der Vorläufigen Reichswehr gemacht. Die gelb-rote Landeskokarde verweist auf einen badischen Truppenteil.

Dienstmütze für einen Offizier der badischen Truppen, 1919, Wolle, Seide, Kunststoff.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1101



### Probe der Doppellitze zum Feldrock 1919

Ein weiteres gemeinsames Abzeichen für das Friedensheer waren die am Kragen angebrachten, grau gewebten Doppellitzen auf feldgrauem Abzeichentuch. Solche Litzen waren in der Alten Armee bevorzugten Einheiten wie den preußischen Garden oder dem bayerischen Leibregiment vorbehalten. Die Litzenspiegel waren in der jeweiligen Waffenfarbe gehalten, hier weiß für die Infanterie.

Doppellitze zum Feldrock. Gesiegelte Probe des preußischen Kriegsministeriums vom 3. Juni 1919, Kunstseide und Papierzwirn, gewebt, ca. 4 x 11 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 13236



### Feldrock für Mannschaften der Reichsmarine M 1919

Der für das Friedensheer eingeführte feldgraue Rock unterschied sich von den Feldblusen der alten Armee durch die aufgesetzten Brusttaschen, die sichtbaren Knöpfe und die neuartigen, geschweiften Ärmelaufschläge. Auch für die Landtruppen der Reichsmarine wurde diese neue Uniform eingeführt. Kragen und Aufschläge waren aus resedagrünem Abzeichentuch. Ein typisches Merkmal an den Feldröcken des Friedensheeres bzw. der Vorläufigen Reichswehr waren die Kragenpatten mit Doppellitze. In der Alten Armee galten diese Litzen an Kragen und Aufschlägen bis zum Ende

des Weltkrieges als besondere Auszeichnung für Gardetruppen. Nach einer Überlieferung wurden die Litzen auch deshalb zum „gemeinsamen Abzeichen des Reichsheeres“ erhoben, um damit die Leistungen der gesamten deutschen Armee im Weltkrieg zu würdigen und zugleich deutlich zu machen, dass es keine Privilegien für Gardetruppen mehr geben sollte.

Feldrock für Mannschaften der Reichsmarine M 1919, Wolle, Baumwolle. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 1715



### Zwei Soldaten der Vorläufigen Reichswehr 1919/20

Beide Soldaten tragen zwar noch die Feldbluse M 1915 der Alten Armee, die aber bereits mit den neuen Abzeichen der Vorläufigen Reichswehr wie Eichenlaubkranz, Doppellitze, Schulterschnüren und Armspiegel versehen ist. Auffallend ist, dass am Mützenbund noch die schwarz-weiß-rote Reichskokarde getragen wird, die mit Verfügung vom 29. September 1919 durch eine Adlerkokarde ersetzt werden sollte. Allerdings hatte sich besonders der konservative bayerische Militärapparat ein-

hellig gegen die neue Kokarde ausgesprochen, weil sie an der alten hingen, unter der sie den Weltkrieg durchgekämpft hatten. Obwohl beide Soldaten noch sehr jung sind, weist das schwarze Verwundetenabzeichen unterhalb der Brust bei dem Stehenden darauf hin, dass er Frontsoldat des Ersten Weltkrieges war.

Fotografie, wohl Ende 1919.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 342.67



### Maschinengewehrtrupp der Vorläufigen Reichswehr 1919/20

Die Aufnahme zeigt deutlich, dass mit Bekanntgabe der neuen Anzugsbestimmungen der Vorläufigen Reichswehr vom 5. Mai 1919 noch lange nicht deren Umsetzung gewährleistet werden konnte. So tragen die knienden Soldaten rechts und links noch nicht die vorgeschriebenen Doppellitzen am Kragen. Auch die befohlenen Armspiegel sind nicht durchgehend an der Uniform angebracht. Selbst der kriegsgediente und mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnete Vizefeldwebel, erkennbar an den drei Winkeln am Unterarm, hat auf das Anlegen der Arm-

spiegel verzichtet und zeigt stattdessen eine schwarze Raute, auf die ein messingener Löwenkopf montiert ist: Das Abzeichen des Freikorps Epp. Dieses Abzeichen durfte in der Vorläufigen Reichswehr mit Genehmigung der bayerischen Landesregierung [!] und der obersten Kommandobehörde noch von den ehemaligen Angehörigen getragen werden.

Fotografie, wohl 1919.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 342.68

## 7: Die Dinge spitzen sich zu

Am 21. Februar 1919 fiel Kurt Eisner den Kugeln eines Attentäters zum Opfer. Dieser Mord führte zu einer politischen Radikalisierung in München, die am 13. April in der Ausrufung einer Räterepublik unter kommunistischer Führung gipfelte.

Kurz nach dem Mord an Eisner wurde der Führer der bayerischen SPD, Erhard Auer, bei einem Racheanschlag schwer verwundet. Die beiden stärksten Figuren der bayerischen Politik waren am gleichen Tag ausgefallen. Zwar wurde der Sozialdemokrat Johannes Hoffmann, ein Pfälzer Lehrer, am 17. März vom Landtag zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Es gelang ihm aber nicht, sich in München durchzusetzen.

Dort etablierte sich am 7. April eine „Baierische Räterepublik“, also eine etwas unklare, dem Anspruch nach direkt-demokratische Regierungsform. Sie gewann vor allem in Oberbayern und Schwaben an Einfluss. Die Regierung Hoffmann wich ins sichere Bamberg aus. Von dort aus versuchte sie, die Kontrolle über ihre Hauptstadt zurückzuerlangen.

Am 13. April 1919 scheiterte der Versuch, die Räteführer durch den Putsch einer regierungstreuen Münchner Formation, der „Republikanischen Schutztruppe“, auszuschalten. Jetzt griffen die Kommunisten unter der Führung von Max Levien und Eugen Leviné nach der Macht.





### „Bayrisch weissblau gegen russisch-rot“

Im November wandelte sich das bayerische Zentrum in eine eigenständige Partei um, die „Bayerische Volkspartei“. Im Unterschied zum unitarisch ausgerichteten Zentrum stand die bayerische Variante des politischen Katholizismus für ein föderal aufgebautes Deutschland.

Bei den Landtagswahlen im Januar 1919 erhielt die BVP 35 % der abgegebenen Stimmen und wurde damit vor der SPD,

die 33 % der Wähler gewinnen konnte, stärkste Partei im neuen Landtag. Wie das Plakat zeigt, appellierte die BVP an die Angst vor Revolution und dem „Russischen Bolschewismus“.

Plakat, Lithographische Anstalt München 1918, Lithographie auf Papier 100 x 75 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0312-1999



### Spartakus

Der Spartakusbund hatte sich 1916 aus einer Abspaltung der SPD gebildet und im Dezember 1918 als kommunistische Partei konstituiert. Das Plakat stellt noch den alten, bekannten Namen in den Vordergrund. Die Partei symbolisiert sich im jugendlichen Kämpfer gegen die sich wieder erhebende Hydra der alten Mächte. An den Reichstagswahlen nahm die Partei nicht teil. Karl Liebknecht schrieb,

dass der Wahlzettel sicherlich nicht der Hebel sei, „mit dem die Macht der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aus den Fugen gehoben werden kann.“ Da hatte er sicher recht.

Plakat, Verlag der KPD, Lithographie auf Papier, 78,8 x 71,5 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 70

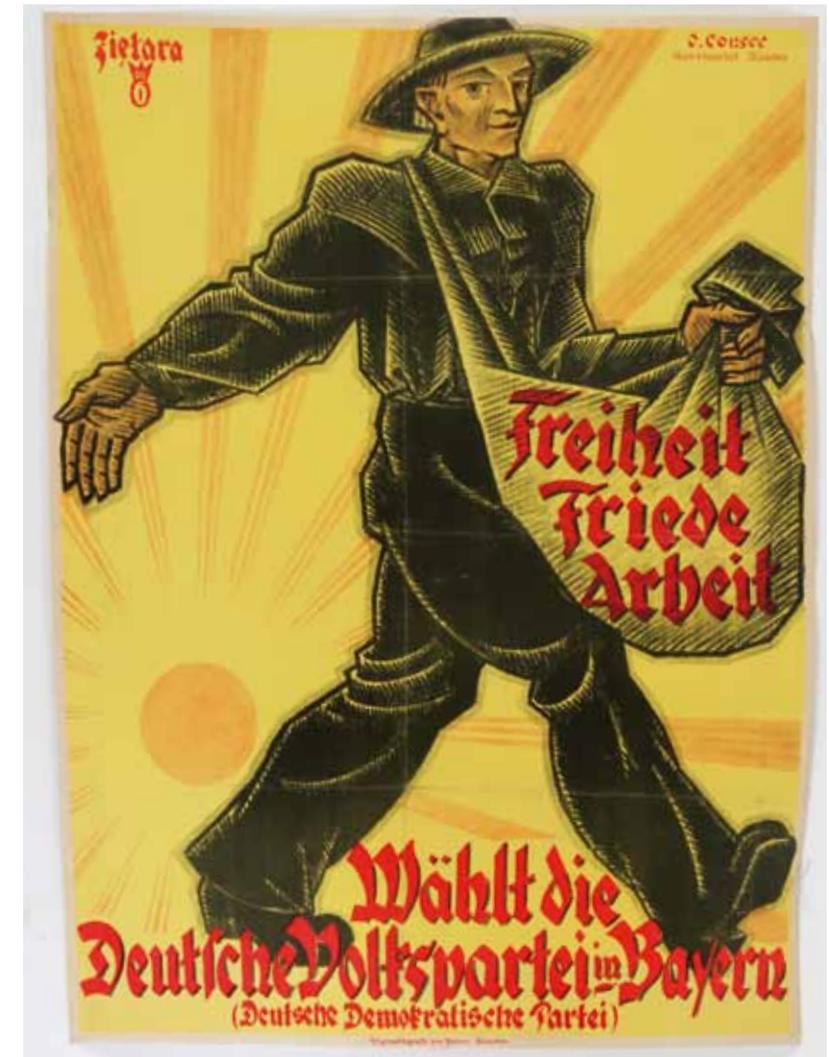


## Liberale

Die DVP/DDP (Deutsche Volkspartei – Deutsche demokratische Partei) bildete die liberale Mitte. Unter ihren Abgeordneten waren ungewöhnlich viele Lehrer. Bei den Landtagswahlen vom 12. Januar 1919 erzielte sie 14 % der abgegebenen Stimmen. Ein solches Ergebnis hat der politi-

sche Liberalismus in Bayern seither nicht mehr erzielt. Die Wahlbeteiligung war mit 87 % sehr hoch.

Flugblatt, Druck auf Papier, 12,1 x 21,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0959-1990.a.30



## Freiheit, Friede, Arbeit

Dieses Wahlplakat der DVP/DDP versprach, was sich die meisten Deutschen nach vier Jahren Krieg wünschten: einen friedlichen Wiederaufbau. Davon war das Land aber noch weit entfernt.

Plakat von Valentin Zietara, Farblithographie,  
95 x 71,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0369-1999

# Deutsche Frauen Deutsche Treue!

Um die neue Zukunft unseres Volkes sollen die Mütter der Welt. Noch ist keine endgültige Entscheidung gefallen. Noch liegt das Schicksal unseres Volkes in unser aller Hand – auch in deiner Hand, deutsche Frau! Du selbst bist das Schicksal deines Volkes! Wie du dich persönlich entscheidest in dem Kampf der Weiber, die um die deutsche Zukunft ringen, so wird das Schicksal deines Volkes, das Geschick deiner Familie, das Los deiner Kinder, dein eigenes Los sein.

Deutsche Frau, mit dem politischen Wahlrecht ist dir nicht nur die Möglichkeit gegeben, bei der Entscheidung über das Schicksal deines Volkes durch deine Stimme mitzuwirken, sondern zugleich auch die heilige Pflicht auf das Beweisen gelangt, von diesem deinem Recht mit der Tat Gebrauch zu machen. Du darfst nicht nur wählen; du mußt wählen. Wie willst du wählen? Was mußt du wählen?

**Deutsche Frau, dein Volk braucht dich!**  
**Dein Volk vertraut auf dich und deine Treue!**

Erkenne mit heiligem Ernst, was du zu tun schuldig bist! Erfülle klar und fest, was du zu deinem Beruf und verpflichtet bist!

## Sei treu deinem Wesen!

Der Frau ist die besondere Fähigkeit verliehen, die höchsten Werte zu pflegen und zu bewahren. Die deutsche Frau ist dazu berufen, die geistigen Güter, welche deutsche Väter im Jahrhunderten verarbeitet hat, zu erhalten und auszubauen. Unsere Zeit braucht echten deutschen Sinn! Wenn Kaufleute und Überwältiger heute deutschen Weisen verweigern, und die hohen Güter deutscher Kultur preisgeben oder vernichten – deutsche Frau, bleibe du selber treu!

## Sei treu deiner Familie!

Jede echte deutsche Frau soll eine Priesterin ihres Hauses sein, welche das heilige Brautrecht deutscher Jungfrau und deutscher Eitelkeit hütet und ihren Kindern die heilige Flamme des Himmels, die Religion, als Kraft des Lebens ins Herz gibt. Deutsche Frau, laß deinen Kindern dieses höchste Gut nicht rauben! Erbe als christliche Frau für eine christliche Erziehung der Jugend nicht nur im Hause, sondern auch in der Schule ein! Du darfst und mußt eine christliche Schule verlangen, die deinen eigenen Kindern wie den Kindern deines Volkes die höchsten christlichen und nationalen Güter vermittelt. Der Stimmzettel gibt die Macht in die Hand, diese heilige Forderung mit der Tat zu vertreten!

## Sei treu deiner Kirche!

Ein heiliges Gut ist dir, deutsche christliche Frau, deine Religion, dein Christentum! Du wachst es deiner Kirche, gegen die man Euzum läuft. Willst du, daß der Sinn der christlichen Beseitigung nach mehr aus dem Volkstreiben schwand? Willst du, daß das höchste kirchliche Gut dem finsternen Meer schlimmerer Lehren noch weiter über und über fließt? Dem deutschen Volk muß die Religion erhalten bleiben! Darum schütze mit dem Stimmzettel in der Hand deine Kirche, die Trägerin deiner Religion, vor allen Angriffen! Das bist du deinem Gott, deinem Volk, deiner Familie, dir selber schuldig!

### Frauenwahlrecht

Mit Verordnung vom 30. November 1918 führte die Regierung Ebert das Frauenwahlrecht ein. Deutschland gehörte zu den ersten europäischen Staaten, in denen dies verwirklicht wurde. Nun wurden Frauen eine umworbene Wählergruppe. Dieses Flugblatt stammt von der Bayerischen Mittelpartei, einer national-konser-

vativen Gruppierung, die sich 1920 der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) anschloss. Bei den Wahlen im Januar 1919 erreichte sie annähernd 6 % der Stimmen.

Flugblatt, Druck auf Papier, 29,9 x 21,8 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0959-1990.a.35

**Soll nur der Sozialdemokrat seine Frau an die Wahlurne bringen?  
Frauen, wählt und werbt für die Deutsche Volkspartei in Bayern!**  
Parteibüro: Nürnberg, Brechtelsgasse 22. (Deutsche demokratische Partei).

---

# Deutscher Familienvater!

Deiner Frau und Deinen Töchtern von 20 Jahren an ist das Wahlrecht verliehen worden! Ihre Stimmen werden bei den Wahlen zur Nationalversammlung maßgebend sein, sogar entscheidend, denn die Frauen sind in der Ueberzahl. Es gibt etwa 2 Millionen mehr weibliche Wähler als männliche.

Ob Du, dessen Wort in Deiner Familie gilt, einverstanden bist mit diesem neuen Wahlrecht? Nun, man hat Dich nicht gefragt!

Wir wenden uns an den Teil der deutschen Familienväter, die nicht einverstanden sind mit dieser Neuerung. Was gedenkt Ihr zu tun? Wollt Ihr unmutig beiseite stehen und selbst nicht wählen oder doch Eure Frauen und Töchter zurückhalten mit der Begründung: die Frau gehört ins Haus?

Bedenke, was Du tust!

**Wer wählt, unterstützt die Partei, der er selber angehört!**

Wer seine Frau und Töchter aufklärt über die Ziele seiner Partei und sie für diese gewinnt, verführt sie um ein Vielfaches.

**Wer nicht wählt, stärkt die Partei der Gegner!**

Wer aus dem Bürgertum nicht wählt, hilft mit dazu, das Bürgertum rechtslos zu machen. – Deutscher Familienvater! Du brauchst Deine Stellung im häuslichen Kreis nicht zu ändern; bleib nur, der Du warst und der Du bist, aber hole Deine Frau und Deine Töchter heran.

**Bedenke! – Es geht um die Zukunft des ganzen deutschen Volkes, der Männer und der Frauen!**

Du sollst Deiner Frau und Deinen Töchtern politischer Leiter und Führer werden.

**Frauen sind die Ueberzahl!  
Wählt und werbet für die Wahl!**

---

Tretet ein für die Kandidaten der

# Deutschen Volkspartei in Bayern

(Deutsche demokratische Partei).

Verlag v. Pöhlmann, Nürnberg

### „Frauen sind die Ueberzahl!“

Die liberaldemokratische DVP in Bayern warb mit diesem Flugblatt um Männer, die mit dem Frauenwahlrecht nicht einverstanden waren. Statt „unmutig beiseite“ zu stehen, sollten sie ihren häuslichen Einfluss geltend machen, um die Stimmen ihrer Damen dem Bürgertum zuzuführen: „Deutscher Familienvater! Du brauchst Deine Stellung im häuslichen Kreis nicht

zu ändern; bleib nur der, der Du warst, aber hole Deine Frau und Deine Töchter heran. ... Du sollst Deiner Frau und Deinen Töchtern politischer Leiter und Führer werden.“

Flugblatt, Druck auf Papier, 30 x 22,8 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0959-1990.a.16



## Attentate

Am 21. Februar 1919 wurde Kurt Eisner von Anton Graf von Arco auf Valley mit mehreren Pistolenschüssen aus kurzer Entfernung erschossen. Der Schankkellner Alois Lindner, Mitglied des revolutionären Arbeiterrates, schoss kurz darauf im Bayerischen Landtag Ernst Auer nieder, den Vorsitzenden der SPD. Nach Lindners Meinung steckte Auer hinter dem Anschlag auf Eisner.

Damit waren die beiden zentralen Figuren der bayerischen Politik zur gleichen Zeit ausgefallen. In Bayern begann eine Zeit der Wirren.

Wandanschlag, Druck auf Papier, 30,7 x 23 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0959-1990.b.16



## Trauer um Kurt Eisner

An der Stelle des Attentats in der Promenadenstraße – heute Kardinal-Faulhaber-Straße – versammeln sich Soldaten. Oskar Maria Graf hat die Stimmung als Augenzeuge beschrieben:

„Da hatten sich Hunderte schweigend um die mit Sägespänen bedeckten Blutspuren Eisners zu einem Kreis gestaut. Fast niemand sagte ein lautes Wort, Frauen

weinten leis und auch Männer. Etliche Soldaten traten in die Mitte und errichteten eine Gewehrpyramide. Dem einen rannen dicke Tränen über die braunen Backen herunter.“

Postkarte, Fotografie 1919.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 1062-1982.e



### Ausgangssperre

Als Reaktion auf die Attentate vom 21. Februar 1919 wurde eine nächtliche Ausgangssperre erlassen. Zivilpersonen, die nach 19 Uhr noch unterwegs waren, mussten im Besitz eines Sonderausweises sein.

Ausweisdokument, Papier, 9,8 x 16 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0374-2018



### Hunger

Die Ernährungslage in München war schlecht. Lebensmittel waren weiterhin, wie während des Krieges, rationiert. Ein gefallenes Pferd war daher eine willkommene Quelle für Fleisch. Von dem Tierkadaver ist auf der Aufnahme schon nicht mehr viel übrig. Ob das Pferd, wie die Aufschrift behauptet, von Spartakisten erschossen wurde, kann man nicht wissen.

Postkarte aus dem Fotoalbum des Generalmajors Joseph Macher, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0502-1993.249



### Ein neuer Ministerpräsident

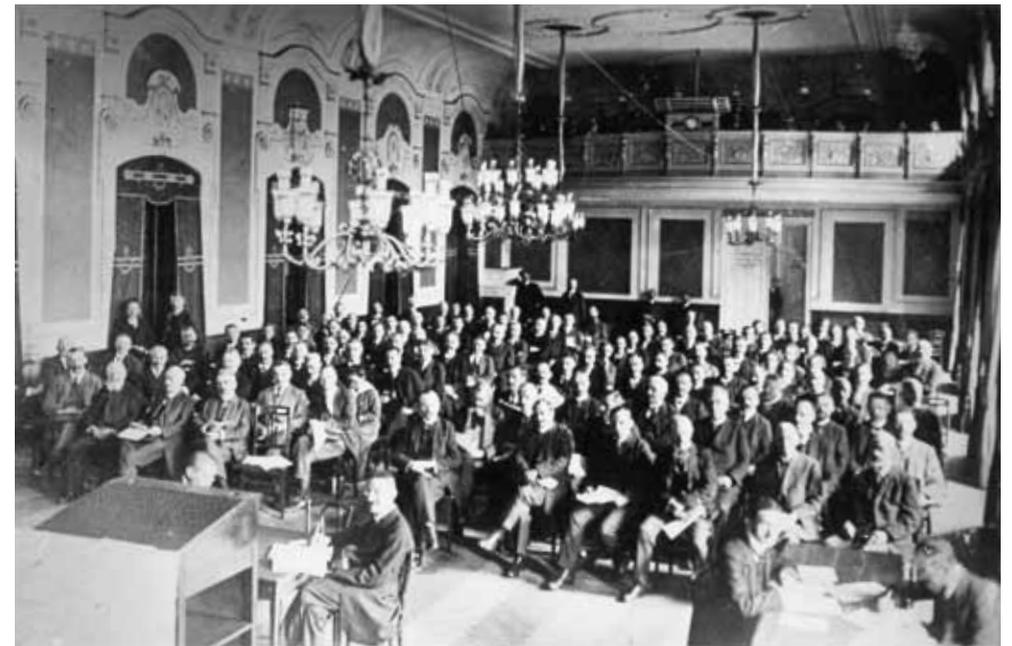
Der Pfälzer Johannes Hoffmann (1867-1930), ein Volksschullehrer, gehörte zum linken Flügel der SPD. In die Regierung Kurt Eisners trat er als Kultusminister ein und behielt dieses Amt auch, nachdem er vom bayerischen Landtag am 17. März 1919 zum Ministerpräsidenten gewählt worden war.

Im März 1920 legte er unter dem Druck

von Reichswehr und Einwohnerwehr Bayern sein Amt nieder. Nachfolger wurde Gustav von Kahr, der Bayern zur „Ordnungszelle“ ausbauen sollte.

Porträt Kultusminister Hoffmann, Fotografie 1918/1919.

Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-69854



### Landtag in Bamberg

Nach der Ermordung Eisners gelang es dem neu gewählten Landtag nicht, sich gegen die bestehenden Räteorganisationen durchzusetzen, in denen die radikale Linke dominierte.

Nach der Ausrufung der Räterepublik am 7. April 1919 setzte sich die Regierung Hoffmann nach Bamberg ab. Einen für den 8. April geplanten Zusammentritt des Landtags unterband der Zentralrat.

Die Abgeordneten zogen sich ebenfalls nach Bamberg zurück. Neuer Tagungsort war der Spiegelsaal der Harmoniesäle am Schillerplatz; heute das E.T.A.-Hoffmann-Theater am E.T.A.-Hoffmann-Platz.

Fotografie 1919.

Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5271



## Belagerungszustand

Mit der Verhängung des Belagerungszustandes ging die vollziehende Gewalt auf die Armee über, wodurch eine Art Militärdiktatur entstand. Hier geschieht das zum Schutz der Räterepublik für den Bereich des I. Armeekorps, also das südliche Bayern.

Kurioserweise ist dieser Erlass vom Generalkommando 3 unterzeichnet, das seinen Sitz in Nürnberg hatte und loyal zur Re-

gierung Hoffmann stand. Verantwortlich zeichnet ein „Korpsrat“, der fingiert ist. Bei „v. Moser“ könnte es sich um den Hochstapler „Johann Maria Baron von Moser“ gehandelt haben, der sich nach dem Umsturz der radikalen Linken angeschlossen hatte.

Wandanschlag, Druck auf Papier, 48 x 32 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0481-2010



## Palmsonntagsputsch

Die Republikanische Schutztruppe in München war Anfang November 1918 auf Betreiben der Sozialdemokraten als 750 Mann starke Sicherheitswache der Regierung Eisner geschaffen worden. Auch nach der Ausrufung der Räterepublik blieb sie in Verbindung mit der Regierung, die sich jetzt in Bamberg befand.

Am 13. April 1919, dem Palmsonntag, versuchte die Schutztruppe, die Räteherrschaft in München handstreichartig zu beseitigen, was aber am heftigen Widerstand von bewaffneten Anhängern der Räteregierung scheiterte.

Dieser gewaltsame Vorstoß bewirkte die Radikalisierung der Rätebewegung, in der sich jetzt die Kommunisten durchsetzten. Um die Angehörigen der Republikanischen Schutztruppe von anderen Uniformträgern zu unterscheiden, etwa von den Soldaten der Münchner Garnison, wurden ihre Helme mit einem umlaufenden Ring in den Münchner Stadtfarben Schwarz und Gelb markiert.

Stahlhelm M 16 der Republikanischen Schutztruppe, 1919, Stahl, Leder.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0222-1972



### Ernst Toller (1893-1939)

Toller wurde als Sohn eines jüdischen Getreidegroßhändlers in der Provinz Posen geboren. Bei Kriegsausbruch meldete er sich freiwillig und trat beim bayerischen 1. Fußartillerie-Regiment in München ein. 1916 wurde er nach einem seelischen Zusammenbruch aus der Armee entlassen. Das Kriegserlebnis ließ in ihm pazifistisch-sozialistische Überzeugungen entstehen. Der literarisch interessierte junge Mann schloss sich in München den intellektuellen Bohèmekreisen an, die 1918 politisch aktiv wurden.

Toller folgte Kurt Eisner als Vorsitzender der USPD und gehörte zu den führenden

Köpfen der ersten Phase der Räterepublik. Er stellte sich zunächst auch der zweiten, kommunistischen Räterepublik zur Verfügung, geriet aber rasch in Opposition gegen die „russischen“ Hardliner Levien, Leviné und Axelrod. Nach dem Einmarsch der Regierungstruppen wurde Toller festgenommen und zu einer Festungsstrafe von fünf Jahren verurteilt, was angesichts seiner hohen Position in der Rätebewegung als mildes Urteil gelten konnte.

Porträt Ernst Toller, Fotografie.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-3861



### Max Levien (1885-1937)

Geboren wurde Levien als Sohn eines deutschen Großkaufmanns in Moskau. Schon als Kind kam er nach Deutschland, dessen Staatsangehörigkeit er annahm. Noch vor dem Krieg knüpfte er Kontakte zu Lenin und den Bolschewiki. 1914 meldete er sich als Freiwilliger zum bayerischen Infanterie-Leibregiment. Dort brachte er es bis zum Vizefeldwebel, also zur Position eines Zugführers.

Im November 1918 gründete Levien den Spartakusbund München und nahm auch am Gründungskongress der KPD in Berlin teil. Er war einer der Anführer der nach dem misslungenen Palmsonntagsputsch errichteten, kurzlebigen kommunistischen Räterepublik in München. Nach deren Untergang gelang es ihm, ins Ausland zu fliehen. Sein weiterer Weg führte ihn in die Sowjetunion, wo er 1937 im Rahmen des Großen Terrors erschossen wurde.

Levien wurde, wohl seines Namens wegen, dem Kreis jüdischer Revolutionäre zugerechnet. Der Romanist Victor Klemperer, der ihn in München erlebte, schrieb aber ausdrücklich, dass Levien aus einer christlichen Familie stammte. Klemperer, selbst jüdischer Abkunft und zum Christentum konvertiert, äußerte sich über Levien mit großer Schärfe:

„Eine blonde, blauäugige, kalte und unverschämte Romanschönheit. Schlank und jung in gutsitzender feldgrauer Uniform mit hohem Kragen, bartloses, faltenloses Gesicht, große befehlende Augen, befehlender durchdringender Ton, weite mächtige Gesten, umfassendes Pathos“.

Presse- oder Buchillustration nach Fotografie, wohl 1919.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-2646

## 8: Kampf um München

Der Machtkampf zwischen der bayerischen Regierung in Bamberg und dem Räteregime in München wurde im Mai 1919 mit militärischen Mitteln entschieden. Die weit überlegenen Regierungstruppen machten dem Räteexperiment in kurzen, blutigen Kämpfen ein Ende.

Die Räterepublik hatte ihre Macht im April 1919 mit einem zehntägigen Generalstreik demonstriert. Gleichzeitig kam es zum Aufbau einer „Roten Armee“, um dem erwarteten Angriff von Regierungstruppen widerstehen zu können.

Die Regierungen von Eisner bis Hoffmann hatten den Aufbau eines staatlichen bayerischen Militärs vernachlässigt. Erst am 19. April rief die Regierung zur Bildung bayerischer Freikorps auf, aber da war es zur Schaffung einer schlagkräftigen bayerischen Streitmacht schon viel zu spät.

Um in seine Hauptstadt zurückkehren zu können, musste Hoffmann um Reichshilfe bitten, die gern geleistet wurde, weil dies die bayerische Position im Reich schwächen musste. Schon jetzt war klar, dass sich die bayerische Absicht, weiterhin ein eigenes Militär zu besitzen, nicht würde verwirklichen lassen.

Die Oberleitung der Operation gegen München lag denn auch in der Hand des Reichswehrministers Gustav Noske. Am 1. und 2. Mai 1919 setzten sich seine Truppen gegen teilweise heftigen Widerstand der „Roten Armee“ in den Besitz Münchens.





### „Generalstreik!“

Die kommunistische Rätediktatur begann ihre Herrschaft mit einer Machtdemonstration. Der Aufruf zum Generalstreik wurde mit der aggressiven Sprache der Kommunisten vorgetragen:

„Der Kampf gegen die Bourgeoisie und die Verräter des Proletariats ist in voller Schärfe entbrannt.“

Der „Vollzugsrat der Betriebs- und Arbeitsräte Münchens“ nahm außer den

wichtigsten Infrastruktureinrichtungen auch Gaststätten ausdrücklich vom Generalstreik aus. Ihr Besuch war dem proletarischen München auch beim Kampf bis zum „vollen Sieg“ ein Bedürfnis.

Flugblatt, Druck auf Papier, 33,5 x 25 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0959-1990.b.21



### Freiwillige gesucht

Die Proklamation der Räterepublik traf die bayerische Regierung in einem Zustand militärischer Machtlosigkeit. Jetzt sollten in größter Eile Freiwilligenverbände aus dem Boden gestampft werden, um München zu retten. Der scharfe Ton des Aufrufs mag zu der unerhörten Gewalttätigkeit beigetragen haben, mit der die Truppen dann in München vorgingen: „München steht vor Raub und Plünderung. Die Räte-Regierung hat einige 1000 Russen bewaffnet. Fremdländische Elemente mit dem Janhagel von München

terrorisieren die Arbeiterschaft und Bürgerschaft Münchens. Wehe unsern Volksgenossen in München, wenn diese ‚Rote Garde‘ losgelassen wird.“

„Eile tut not!“, hieß es. Deshalb wurde der Aufruf auch mit Flugzeugen verbreitet. Das Blatt trägt einen Vermerk mit Bleistift: „FlA 21/4/19“, also Fliegerabwurf am 21. April 1919.

Flugblatt, Druck auf Papier, 34,5 x 23,3 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0959-1990.b.4



### Mütze eines Rotgardisten 1919

Bei dieser Kopfbedeckung handelt es sich um eine ehemalige Offiziersmütze des Modells 1898, an der die deutsche Reichs- und bayerische Landeskokarde entfernt und durch einen fünfzackigen roten Stern aus Tuch ersetzt wurden.

Schirmmütze für Offiziere der Infanterie, Modell 1898 umgearbeitet für Rotgardisten, Bayern 1919, Wolltuch, Leder, Vulkanfiber.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. E 5512



### Heeresschau

Am 22. April 1919 endete der Generalstreik. Die neuen Herren zeigten ihre Macht mit einer Parade der „Roten Armee“.

Victor Klemperer, der den Krieg mitgemacht hatte und Soldaten beurteilen konnte, beobachtete die Heeresschau vor dem Kriegsministerium in der Ludwigstraße (links im Bild):

„Der Marsch der Bataillone war gut, soweit es nicht Soldaten waren, die marschierten. Die Feldgrauen sind junge Bur-

schen, die frech, aber unkriegerisch aussehen, die alle noch kein Pulver gerochen haben. Dagegen die Zivilisten! Das sind die eigentlichen Soldaten; sie treten auf, sie tragen das Gewehr nicht anders, als sie es draußen getan haben, wenn sie in Stellung gingen. Festigkeit in der Haltung, entschiedene Gesichter.“

Fotopostkarte, Fotografie München 1919.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5136



„Die Regierung Hoffmann, zu der ganz Bayern steht, kennt Euere Leiden!“

Mit Abwurfzetteln, die aus Flugzeugen über München ausgestreut wurden, suchte die Regierung in Bamberg die Verbindung zu den Münchnern: „Kopf hoch und Mut! Hilfe naht“.

Flugblatt, Druck auf Papier, 16,5 x 22,8 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0661-1994.c



## Freikorps Regensburg

Der Aufruf der Regierung hatte die Bildung zahlreicher, oft nur kurzlebiger Freikorps zur Folge.

In den wenigen Tagen bis zum eigentlichen Angriff auf München war es unmöglich, aus ihnen zuverlässige, disziplinierte Truppen zu formen – ein weiterer Grund für die blutigen Übergriffe in München.

Das Freikorps Regensburg gehörte zu den besseren Einheiten, denn es war aus dem

11. bayerischen Infanterie-Regiment hervorgegangen und besaß daher einen festen Kern. Es wurde später in das Infanterie-Regiment 48 der Reichswehr integriert.

Fotopostkarte aus einem Fotoalbum des Generalmajors Josef Macher, Fotografie München 1919.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0502-1993.192



### Abzeichen des Freikorps Oberland, 1919

Am 19. April 1919 genehmigte die nach Bamberg geflohene bayerische Staatsregierung die Aufstellung von weiteren Freiwilligenverbänden. Das sich daraufhin formierende „Freikorps Oberland“ setzte sich aus dem „Kampfbund Thule“ und aus neu angeworbenen Freiwilligen zusammen, die in Treuchtlingen und Eichstätt angeworben wurden. Das Edelweiß auf Fahnen und Uniformmützen

wurde damals zum äußeren Erkennungsmerkmal des Freikorps. Es stand für die Erinnerung an die ehemaligen deutschen Gebirgstruppen und als Symbol für das ‚wahre‘ Bayern: die Alpenregion.

Abzeichen des Freikorps Oberland, 1919, Silberblech auf Karton befestigt, Durchmesser 3,8 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 4203



### Abzeichen der Freiwilligen-Batterie von Speck

Die Verbände gaben sich individuelle Abzeichen, um eine Gruppenidentität zu stiften und die Seriosität des neuen Korps zu unterstreichen.

Die Freiwilligen-Batterie unter dem Kommando des Hauptmanns von Speck entstand aus dem Amberger 3. Feldartillerie-Regiment und ging später im Reichswehr-Artillerie-Regiment 24 auf.

Abzeichen der Freiwilligen-Batterie von Speck, 1919, Silberblech auf Karton befestigt, 4 x 6,1 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 4864



### Armbinde der „Roten Armee“

Die Armbinde wurde während der Einnahme Münchens im April/Mai 1919 einem Angehörigen der „Roten Armee“ abgenommen.

Auffallend an dem Stempelaufdruck ist, dass anstelle der offiziellen Bezeichnung USPD (= Unabhängige Sozialdemokrati-

sche Partei Deutschlands) nur die Kurzform USP verwendet wurde.

Rote Armbinde mit Stempelaufdruck in einer Linie: „O.B.M. U S P. Unter-Giesing“, Leinen. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. E 6042



### Armbinde des Freikorps „Werdenfels“

Dieses Freikorps wurde Ende April 1919 im Werdenfelser Land um Garmisch und Partenkirchen aufgestellt und Anfang Mai 1919 gegen die Münchner Räterepublik eingesetzt.

Da die die Einheit dem Freikorps Epp als Reserve zugeteilt worden war, führte es

auf der Armbinde auch das Abzeichen des Freikorps Epp, das aber bei diesem Exemplar nicht mehr vorhanden ist.

Weiß-blaue Armbinde des Freikorps „Werdenfels“, 1919, Leinen. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 4248



### Schwere Waffen

Viele Fotografien von Freikorps bzw. Regierungstruppen betonen deren starke Bewaffnung: Hier ist es die Feldkanone 16 – ein leichtes Feldgeschütz – und ein Maschinengewehr 08.

Die Soldaten, die hier posieren, sind auf dem Isarhochufer in Stellung gegangen. Von dort aus hat man einen guten Blick

über die Stadt. Im Hintergrund erkennt man die Mariahilfkirche.

Fotopostkarte, München 1919, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0246-1975.5



### 2. Marine-Brigade Wilhelmshaven

Am 16. Mai 1919 besichtigte Generalleutnant von Oven, der die Operation gegen München geleitet hatte, auf der Theresienwiese die 2. Marine-Brigade Wilhelmshaven, also die Leute des Kapitänleutnants Ehrhardt. Die Einheit hatte sich mit 1.500 Mann an diesem Angriff beteiligt.

Auffällig ist die tadellose, neuwertig wirkende Bekleidung der Männer, die wie Sturmtruppen des Weltkriegs ausgerüstet

sind: Hosen mit Lederbesatz, Handgranatensäcke, Pistolen und Karabiner statt Gewehren. Die Soldaten präsentieren sich als Elitetruppe.

Fotografie 1919.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 342.95

## 9: Roter und weißer Terror



Die siegreiche „weiße“ Seite entfaltete eine mächtige, bis heute wirkende Propaganda, in der die Rätezeit als blutige Gewaltherrschaft dargestellt wurde. Die Untaten der Regierungstruppen sollten dagegen gezieltem Vergessen anheim fallen.

Eine zentrale Rolle in dieser Propaganda spielte der sogenannte Geiselmord im Luitpoldgymnasium. Dort wurden am 30. April zehn Menschen ohne Gerichtsverfahren erschossen, angeblich als Vergeltung für die Erschießung von Angehörigen der Roten Armee durch die vorrückenden Regierungstruppen.

Diese Untat überstrahlte in der Erinnerung die Übergriffe der Sieger, die sich zu zahlreichen willkürlichen Erschießungen und regelrechten Massakern hatten hinreißen lassen. Eine genaue Opferzahl wird sich nicht mehr ermitteln lassen, aber es steht fest, dass hunderte von Zivilisten ermordet wurden.

Aufsehen erregte allerdings die Abschachtung von 21 Mitgliedern eines katholischen Gesellenvereins am 6. Mai. Die Opfer waren Angehörige der Bayerischen Volkspartei, die mächtig genug war, eine ernsthafte gerichtliche Untersuchung durchsetzen zu können, die zu langen Freiheitsstrafen führte. Alle anderen Tötungsdelikte der „Weißen“ blieben ungesühnt.



## Einmarsch

Das bayerische 2. Ulanen-Regiment zieht mit Musik in München ein. Garnison des Regiments war Ansbach.

Die Soldaten des Musikkorps tragen die alte Ulanen-Tschapka mit feldgrauem Überzug und eine uneinheitliche Mischung älterer und neuerer Uniformstücke, daran die im Januar 1919 eingeführten neuen Rangabzeichen.

Postkarte München 1919, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 342.16



## Paraden

Die Sieger feierten ihren Sieg in Paraden und öffentlichen Auftritten in geschlossener Formation.

Hier marschieren Männer des preußischen 8. Husaren-Regiments. Die meisten Kavallerie-Regimenter hatten ihre Pferde

während des Krieges abgeben müssen. Der Einsatz zu Fuß war seither die Regel.

Postkarte München 1919, aus einem Fotoalbum des Generalmajors Josef Macher, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0502-1993.197



### Freikorps Werdenfels

Die Formation war ab dem 21. April 1919 in Garmisch-Partenkirchen aufgestellt worden und nahm mit etwa 250 Mann am Angriff auf München teil.

Viele von ihnen trugen die bäuerliche Alltagskleidung des südlichen Bayern, die „Tracht“. Ihre Bilder wurden propagandistisch stark herausgestellt, weil sie die

Niederwerfung der Räterepublik als Leistung des „ursprünglichen, gesunden Bayernvolkes“ zu belegen schienen.

Postkarte München 1919, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 2066



### Ein Freikorpsoldat

Dieser selbstbewusste junge Mann gehört zur 2. Marine-Brigade-Wilhelmshaven. Er trägt das Abzeichen seiner Einheit – Gardestern und Eichenlaub – am Kragen. Der seitlich angenähte Knopf gehört noch zum Rangabzeichensystem des Weltkriegsheeres, das weder im Friedensheer noch in der vorläufigen Reichswehr gebräuchlich war. Er weist ihn als Gefreiten aus. Die Schulterklappen sind allerdings entfernt.

Die „Handgranaten vor dem Bauch“ sind typisch für das martialische Erscheinungsbild der Soldaten im deutschen Bürgerkrieg.

„Johannes“, Aufnahme aus einem Fotoalbum vom Einmarsch in München 1919, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0478-1994.38



### „Geiselmord im Blutgymnasium“

Am 30. April 1919 wurden im Luitpoldgymnasium zehn Menschen erschossen, darunter sieben Mitglieder der Thulegesellschaft, die während der Rätezeit im Hotel „Vier Jahreszeiten“ eine Art Widerstandszelle gebildet hatten.

Der Mord geschah, als sich das Räteregime bereits in Auflösung befand. Dieses Massaker spielte in der propagandisti-

schen Darstellung der Rätezeit als einer blutrünstigen Gewaltherrschaft eine zentrale Rolle.

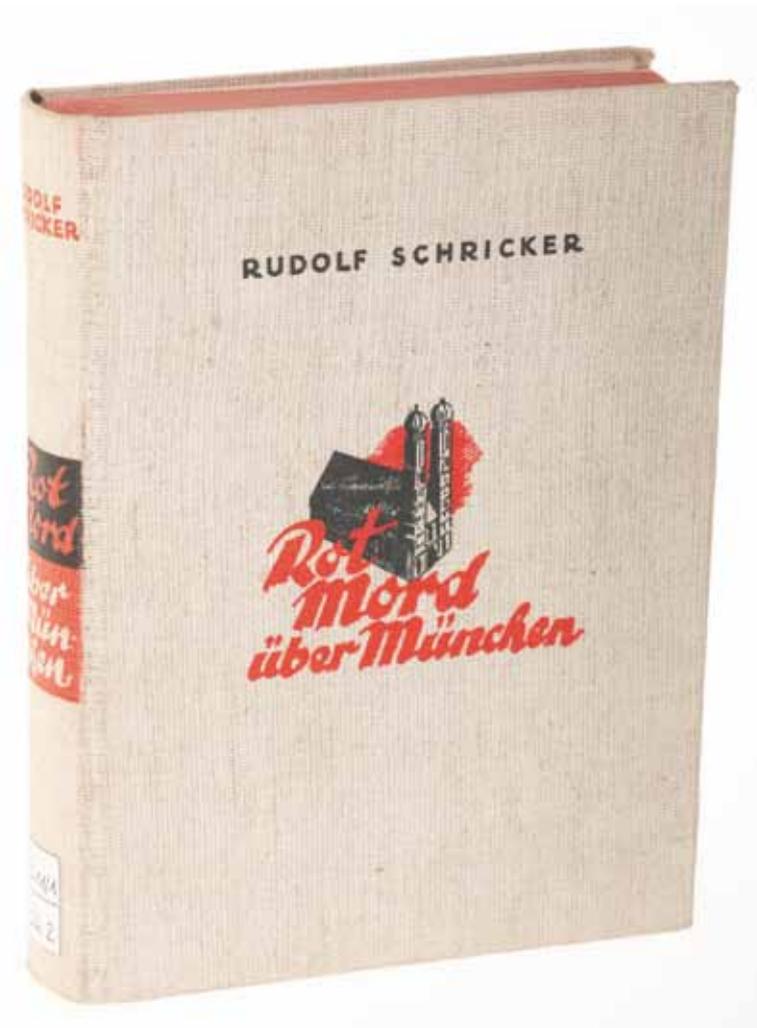
Illustration nach Fotografien, in: Emil Herold, Ein Jahr bayrische Revolution im Bilde, 2. Aufl., München 1920, S. 19.

### Beisetzung

Der Erschießung im Luitpoldgymnasium waren auch zwei Soldaten des preußischen Husaren-Regiments Nr. 8 zum Opfer gefallen, die bei Oberschleißheim in Gefangenschaft geraten waren. Sie werden hier mit militärischen Ehren bei-

gesetzt. Die Beschriftung nennt sie „Regierungssoldaten“.

Postkarte München 1919, aus einem Fotoalbum des Generalmajors Josef Macher, Fotografie. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0502-1993.195



### „Rotmord über München“

Der Titel dieses 1934 erschienenen Buches des NS-Schriftstellers Rudolf Schricker war Programm. Das Buch gehörte zur „rechten“ Erinnerungsliteratur, von der die Räteherrschaft dämonisiert wurde. Breiten Raum nahm dementsprechend die Darstellung des „Geiselmordes“ ein. Der Band war mit Fotografien und Reproduktionen zeitgenössischer Dokumente reich ausgestattet.

Rudolf Schricker, Rotmord über München, Berlin 1934.  
Bayerische Armeebibliothek, Sign. B 11/1, Sch 2



### „Und nimmer wird der Ruhm hier untergehn ...“

Das bayerische Oberkommando stiftete den Teilnehmern der Expedition gegen München ein Gedenkblatt.

Die Grafik von Ernst Liebermann (1869-1960) zeigt einen Soldaten, der den ausgestreckten Armen der Münchner seine starke, helfende Hand reicht.

Ein Gedicht von Fritz von Ostini (1861-1927) schildert die Leiden der Münchner

und den Ruhm „von Münchens treuen, heldenkühnen Rettern!“

Schmuckblatt, Farblithografie, München 1919,  
31,6 x 22,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. WR 569



### An die Wand gestellt

Diese Aufnahme publizierte Rudolf Schrieker in seinem „Rotmord“-Buch mit der Bild-Beschreibung:

„Straßenbild aus den Befreiungstagen  
Erschossene Aufrührer“

Richtig daran ist mit Sicherheit nur, dass es sich um Opfer einer Erschießung handelt und nicht um Kämpfer, die im Gefecht umgekommen sind. Den Erschie-

ßungen durch Regierungssoldaten fielen Hunderte zum Opfer, darunter nicht nur viele Unschuldige, sondern geradezu Unbeteiligte.

Buchabbildung nach einer Fotografie, in: Rudolf Schrieker, Rotmord über München, Berlin 1934.



### Der Gesellenmord

Am Abend des 6. Mai 1919 wurden 21 Mitglieder des katholischen Gesellenvereins St. Joseph im Keller des Hauses Karolinenplatz Nr. 5 von Regierungssoldaten geradezu abgeschlachtet. Wie bei diesen Morden üblich, wurden die Opfer auch ausgeraubt.

Dieses scheußliche Verbrechen erregte Aufsehen, weil die Opfer Mitglieder der Bayerischen Volkspartei waren, die selbst

zur Siegerseite gehörte und Aufklärung verlangte. Dieser Druck sorgte, und das war bei Ausschreitungen der „weißen“ Seite eine große Ausnahme, für eine gerichtliche Ahndung des Verbrechens.

Fotopostkarte, Photo-Atelier Werner, München, wohl nach einem Gedenkblatt. Bayerisches Hauptstaatsarchiv, Abt. V, Bildersammlung, Sign. 03894



### Ärmelabzeichen des Freikorps Bayreuth

Der Haupttäter dieser Mordtat war kurz zuvor ins Freikorps Bayreuth eingetreten. Die Einheit sollte ursprünglich in die Reichswehr übernommen werden. Stattdessen wurde das Freikorps im Juni aufgelöst, da es durch den Gesellenmord als disziplinierte militärische Einheit diskreditiert war.

Das Abzeichen, ein weißblauer Winkel, ist auf eine Unterlage aus feldgrauem Uni-

formstoff aufgenäht und wurde für die Ausstellung im Armeemuseum um 1920 auf einer beschrifteten Pappkarte befestigt.

Ärmelabzeichen des Freikorps „Bayreuth“, 1919, Leinen, Tuch, Pappe, 5,8 x 9,7 cm (Abzeichen). Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 4231

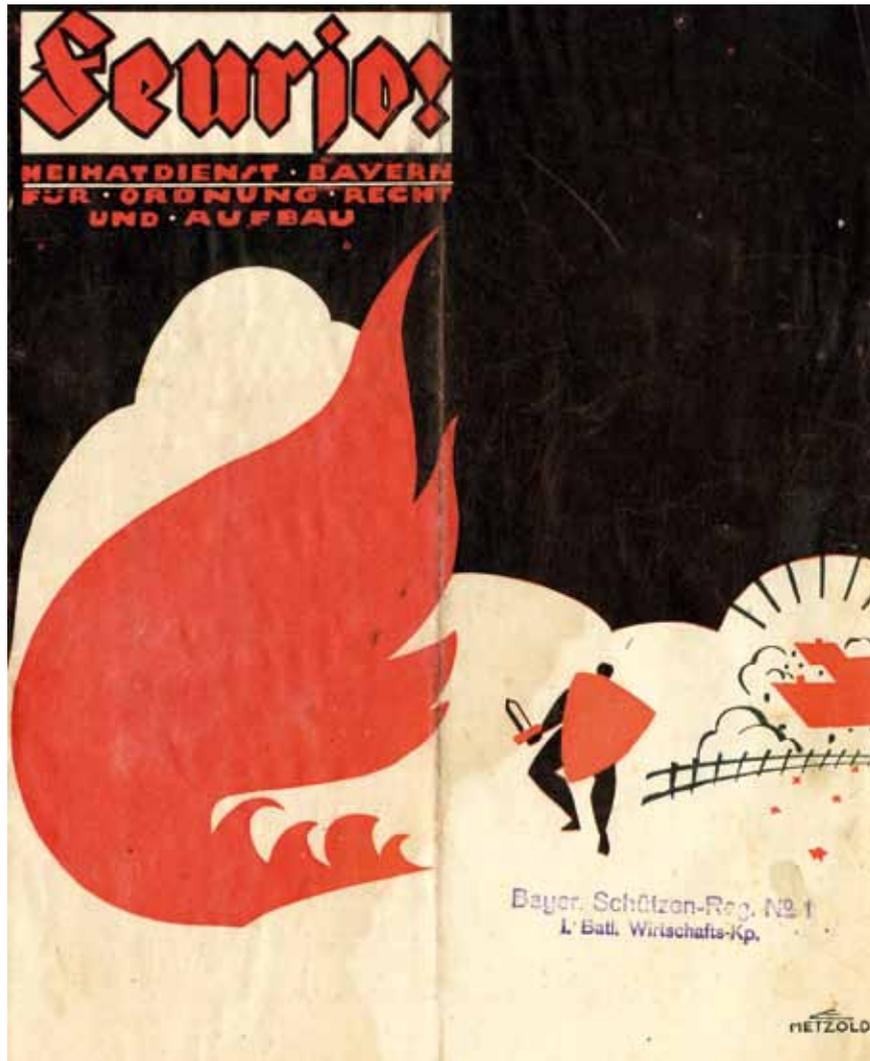


### Mordwaffe beim „Gesellenmord“: Seitengewehr 98/05

Das Seitengewehr 98/05 war das Standard-Seitengewehr der deutschen Infanterie im Weltkrieg. Man darf annehmen, dass auch Jakob Müller, der Haupttäter des Gesellenmordes, mit einer solchen Waffe ausgerüstet war. Die Klinge war aus starkem, hochwertigem Stahl hergestellt. Im Prozess stellte sich heraus, dass Müller die Waffe mit beiden Händen fasste und auf seine Opfer mit solcher Gewalt einstach, dass sich die Klingenspitze verbog, so dass er

zur Fortsetzung der Tat das Seitengewehr eines Kameraden ergriff. Wahrscheinlich hatte Müller im Blutrausch sein Opfer verfehlt und mit der Waffe den Zementboden des Kellers getroffen. Aber auch dann war es nur mit erheblichem Kraftaufwand möglich, eine solche Klinge zu verbiegen.

Seitengewehr 98/05, Stahl, Hersteller: Fichtel & Sachs, 1916, Nußholz, Länge 50 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 1784



### „Feurio!“

Diese Wochenzeitung wurde vom „Heimatdienst Bayern für Ordnung, Recht und Aufbau“ herausgegeben, der im Mai 1919 als antibolschewistische Propagandastelle gegründet worden war. Die Zeitschrift wurde von Fritz Gerlich redigiert, der später zu den entschiedensten Gegnern Hitlers gehörte und 1934 ermordet wurde. Eine Zielgruppe dieser „Aufklärung“ war

die Reichswehr. Diese Ausgabe, die erste überhaupt, trägt den Stempel des bayerischen Schützenregiments Nr. 1, das aus dem Freikorps Epp hervorgegangen war.

Zeitschrift Feurio!, Heft 1, 1919, Umschlagbild von Erich Metzoldt, 25,3 x 20,6 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0381-2018

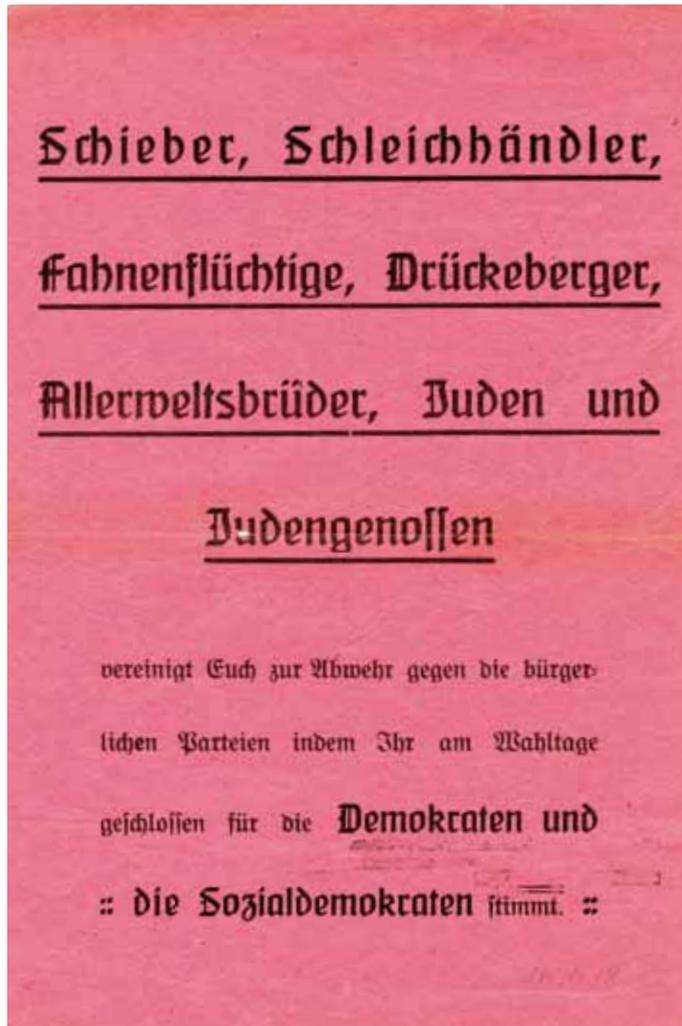


### Erinnerung an die „Rettung Bayern“ Wahlpropaganda 1928

Der Betrachter dieses Wahlplakats der Bayerischen Volkspartei soll sich mit dem schaffend-aufbauenden Bayernvolk identifizieren, dem als Kontrast der zerstörende Revolutionär aus dem Jahr 1918 gegenübergestellt wird. Dieser zeigt asiatische Gesichtszüge und führt eine fetzenartig zerrissene rote Fahne, während die weißblaue des bäuerlichen Bayern makellos erscheint.

Das Plakat wurde von dem bekannten Münchner Plakatkünstler Hermann Keimel (1899-1948) entworfen.

Plakat von Hermann Keimel, Farblithografie, 84 x 60 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0679-1994



### Antisemitismus

Die Revolution und ihre Niederschlagung erzeugten eine mächtige antisemitische Welle. Dieses zynisch-ironische Wahlflugblatt denunziert die Demokraten – gemeint ist wohl die DVP(DDP) – und die SPD als Kriminelle, „Juden und Judengenossen“. Es fordert indirekt dazu auf, diesen Parteien die Stimme zu verweigern und „bürgerlich“ zu wählen.

Flugblatt, wohl 1919, Druck auf Papier, 31 x 21 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0492-1993



### Juden als Feindbild

Mit der Bildunterschrift „Die Führer der Münchner ‚Volkserhebung‘“ publizierte Schrickers „Rotmord“-Buch eine damals populäre Collage mit den Porträts von Protagonisten der Räterepublik. Dass die Dargestellten ausnahmslos Juden waren oder jedenfalls sein sollten – Max Levien stammte wohl aus einer christlichen Familie –, wird durch die rassistischen Stereotype in der Bildgestaltung hervorgehoben.

Damit suggerierten Text und Bild, dass die Räterepublik eben keine Sache des „Volkes“ gewesen, sondern von „Fremden“ gekommen sei, genauer gesagt: von jüdischer Seite.

Buchabbildung nach einer Fotocollage, in: Rudolf Schrickers, Rotmord über München, Berlin 1934. Bayerische Armeebibliothek, Sign. B 11/1, Sch 2

## 10: Das Freikorps Epp und der Aufbau der Reichswehr in Bayern

Das bayerische Freikorps Epp hatte bei der „Befreiung“ Münchens keine entscheidende Rolle gespielt, doch wurde seine Teilnahme in Bayern stark in den Vordergrund gerückt. Dem Freikorps gehörten ungewöhnlich viele Offiziere an. Dieses Personal prägte seit dem Sommer 1919 den Aufbau der Reichswehr in Bayern.

Oberst Franz von Epp, der im Krieg das bayerische Infanterie-Leibregiment geführt hatte, erhielt im Februar 1919 aus Berlin den Auftrag, ein bayerisches Freikorps aufzustellen. Nachdem in Bayern selbst ein Werbeverbot für Freikorps bestand, erfolgte der Aufbau der Truppe auf dem thüringischen Truppenübungsplatz Ohrdruf. Am Angriff auf München beteiligte sie sich mit ca. 700 Mann, war also nicht besonders stark.

Der Aufbau der Reichswehr in Bayern begann erst im Mai 1919. Die Absicht, diesen Teil der Reichswehr als bayerisches Kontingent zu formieren, musste die Regierung Hoffmann aufgeben.

Am 25. August erfolgte in München in Anwesenheit des Reichspräsidenten Ebert und des Reichswehrministers Noske die offizielle Übernahme der bayerischen Armee durch das Reich. Wenn man für das Ende der bayerischen Armee ein Datum sucht, so wäre es dieser Tag im August 1919.





### Schützenbrigade 21

Die Brigade entstand im Juni 1919 aus dem Freikorps Epp. Die Offiziere sind sehr sorgfältig gekleidet. Offenbar steht ihnen ein repräsentativer Auftritt in der Öffentlichkeit bevor. Im Vordergrund, mit der Seite zum Betrachter, steht Oberst Ritter von Epp.

Links von ihm, mit zusammengekniffenen Lippen, erkennt man Hauptmann Ludwig Kübler (1889-1947), der es im Zweiten Weltkrieg zum General der Gebirgstruppe bringen sollte.

Noch höher hinauf stieg Major Wilhelm List (1880-1971) – rechts von Epp, mit Schirmmütze –, der 1940 zum Generalfeldmarschall ernannt wurde.

Fotografie, 1919.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 342.96



### „Auf in die Reichswehr“

Im Mai 1919 schloss sich die bayerische Regierung dem Gesetz zur Bildung einer vorläufigen Reichswehr vom 6. März an. Damit begann auch in Bayern die geordnete Anwerbung von Soldaten. Der Feind, den das Plakat vorstellte, war nicht der Soldat eines feindlichen Heeres, sondern ein mit Revolver und Sprengstoff bewaffneter Anarchistentyp mit asiatischen Ge-

sichtszügen. Die positiven Identifikationssymbole waren nicht reichsdeutsch, sondern rein bayerisch.

Plakat, Entwurf von Siegmund von Sucholski (1875-1935), Lithografie, 88,5 x 61,1 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0050-2009



### Franz von Epp (1868-1947)

Von 1914 bis 1918 hatte Epp das bayerische Infanterie-Leibregiment geführt, also das bayerische Äquivalent zur preußischen Garde. Für seinen Einsatz in der Schlacht von Verdun war er mit dem Ritterkreuz des Militär-Max-Josephs-Ordens ausgezeichnet worden, womit der persönliche Adel verbunden war. Im Frühjahr 1918 kam noch der preußische Orden Pour-le-mérite dazu.

Epp stellte seit dem Februar 1919 das erste bayerische Freikorps auf, mit dem er an der Aktion gegen München teilnahm. Entscheidend war sein Beitrag nicht, aber

es war immerhin die größte und kampfkraftigste bayerische Einheit bei dieser Operation. Infolgedessen wurde Epp zum „Befreier Münchens“ hochgeschrieben. Die Aufnahme des hochdekorierten, grimmig unter dem Stahlhelm hervorblickenden Mannes fand weite Verbreitung. Es zeigt Epp als Generalleutnant nach seinem Ausscheiden aus der Reichswehr.

Druck nach einer Fotografie, nach 1923,  
20 x 13,2 cm.

Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0479-2018



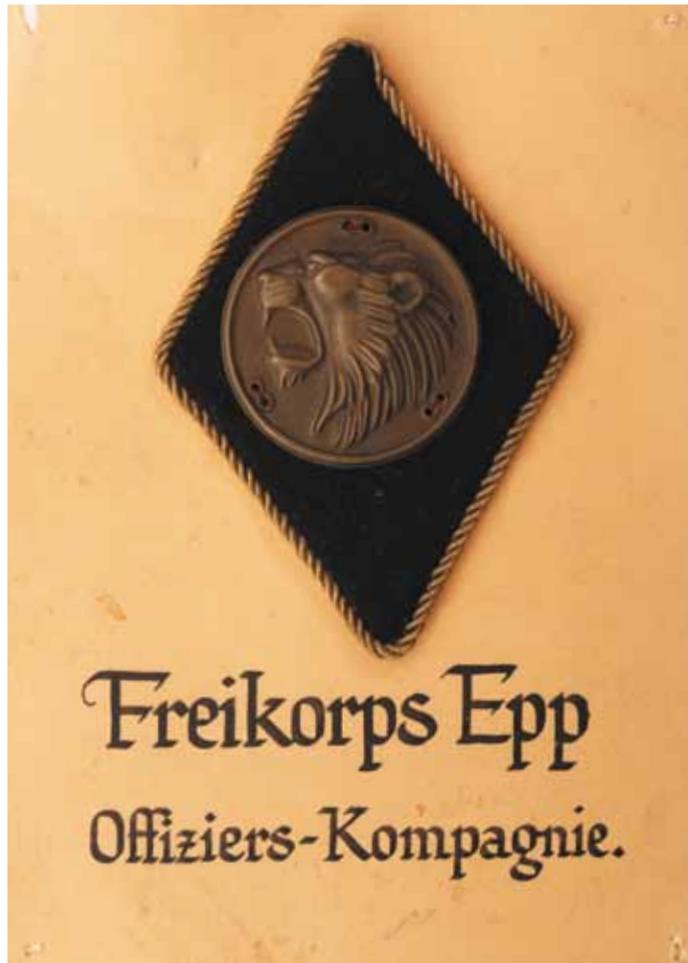
### Stahlhelm des Freikorps Epp, 1919

Während des Einsatzes in München trugen die Angehörigen des Freikorps Epp einen aufgemalten weißen Ring um den Helm, aber auch andere weiße Abzeichen. Der vorliegende Helm mit dem aufwendig gemalten weiß-blauen Wappenschild und der Königskrone sollte offensichtlich als ein Erinnerungsstück an das Freikorps

dienen und auf die monarchische Gesinnung des Verbandes hinweisen.

Stahlhelm, M 16 mit gekröntem Wappenschild, wohl nach 1919. Stahl, Leder.

Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 4629

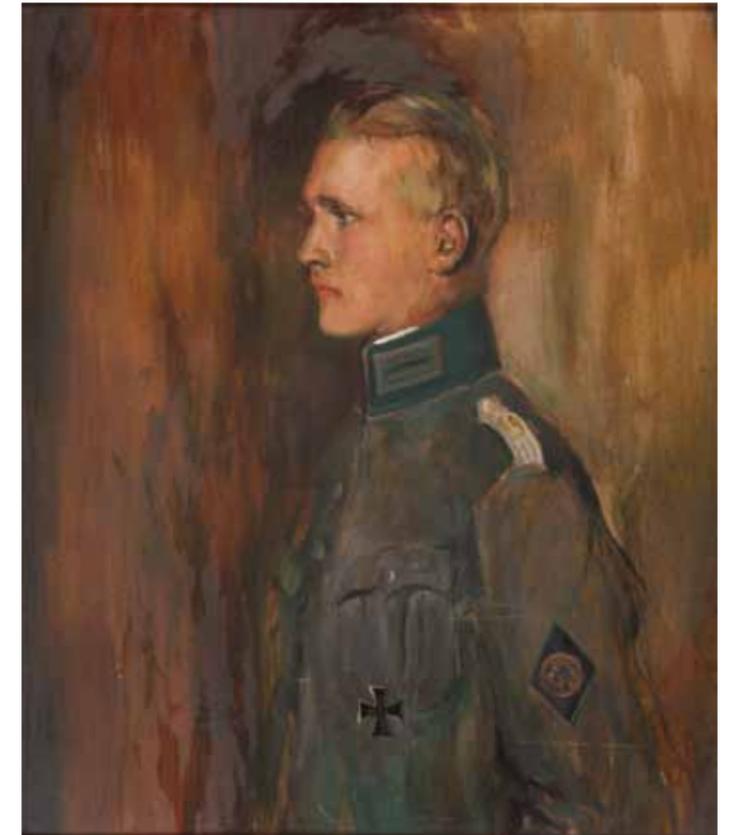


### Ärmelabzeichen des Freikorps „Epp“

Angehörige des Freikorps trugen als gemeinsames Abzeichen am linken Oberarmel eine schwarze Stoffraute, worauf ein rundes Messingschild mit geprägtem Löwenkopf befestigt war. Im Hinblick auf den Überhang von Offizieren war man gezwungen, im Korps eigene Offizierskompanien aufzustellen. Diese wurden durch eine goldene Kordel um die

Stoffraute kenntlich gemacht. Dieser Offiziersüberhang war entstanden, weil man diesen Offizieren die Übernahme in die Reichswehr versprochen hatte.

Ärmelabzeichen des Freikorps Epp, Offizierskompanie, 1919. Wolle, Messing auf Karton befestigt, 8,7 x 5,9 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2105



### Leutnant Peißl als Angehöriger des III. Bataillons / 19. (Bayerisches) Infanterie-Regiment

Der junge Offizier, der während des Krieges im bayerischen 14. Infanterie-Regiment Dienst leistete und in die Reichswehr übernommen wurde, trägt bereits die Uniform des Reichsheeres nach den Bestimmungen von 1920. Sie sahen für Offiziere u.a. wieder die traditionellen Schulterstücke vor. Seit diesem Zeitpunkt brachte man auch die jeweilige Waffenfarbe als Unterlage der Schulterstücke und Vorstöße am Dienstrock zur Geltung, wie es sich in ähnlicher Form bei der Felduniform der alten Armee bewährt hatte. Die Waffenfarbe grün war auch in der Reichswehr der Jägertruppe vorbehalten. Das

Ärmelabzeichen des Freikorps Epp, messingner Löwenkopf auf schwarzer Raute, durfte offiziell auf der Uniform weiter getragen werden. Die grüne Umrandung zeigt an, dass Peißl bereits vor dem 25. April 1919 als Freiwilliger beigetreten ist und somit das von der bayerischen Landesregierung ausgesprochene Werbeverbot für Freikorps missachtet hatte. Er wurde 1925 noch Oberleutnant und schied 1927 aus der Reichswehr aus.

Portrait Leutnant Peißl, Gemälde, Öl auf Malpappe, Bildmaße 77 x 65 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0073-1997



### Öffentlichkeitsarbeit

Die Anführer der zweiten, kommunistischen Räterepublik hatten sich im Armeemuseum einquartiert. Nach deren Vertreibung nahm dort der militärische Stadtkommandant seinen Sitz und Ende Mai schließlich der Stab Epp, also die Führung des Bayerischen Schützenkorps, aus der inzwischen die Schützenbrigade 21 der vorläufigen Reichswehr geworden war.

Epp posiert hier voller Stolz vor den historischen Geschützrohren vor dem Armeemuseum.

Fotopostkarte München 1919, aus dem Fotoalbum des Generalmajors Josef Macher, Fotografie. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0502-1993.185



### Anwerbungen

Obwohl das deutsche Heer unter dem Druck der Siegermächte drastisch verkleinert werden musste, litt es unter Soldatenmangel. Offiziere waren zwar reichlich vorhanden, nicht aber Unteroffiziere und Mannschaften, die angesichts der schlechten Bezahlung schwer zu finden waren. Das Bayerische Schützenkorps warb mit dem Namen seines Kommandeurs – „Epp“. Die Werbezentrale hatte ihren Sitz im Wittelsbacher Palais genommen, wo im April die entscheidende Tagung zur Aus-

rufung der Räterepublik stattgefunden hatte.

Dass der Posten mit Handgranaten bewaffnet ist, charakterisiert die Atmosphäre in München nach dem Einmarsch der Armee.

Fotopostkarte München 1919, aus dem Fotoalbum des Generalmajors Josef Macher, Fotografie. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0502-1993.187



### Eine neue bayerische Armee?

Die Werbezentrale für den südbayerischen Raum befand sich in München. Ihr nachgeordnet waren Werbebüros in größeren Städten und zahlreiche Werbeposten in kleineren Orten. Die Grundierung mit dem weiß-blauen Rautenmuster ließ keinen Zweifel daran, dass die neue Truppe, obwohl ein Teil der Reichswehr, bayerisch sein sollte. Die relative Autonomie der

bayerischen Armee im Reichsheer der Kaiserzeit sollte fortgeführt werden.

Schriftplakat, Lithografie, 46 x 59 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 356-2018.3



### „... auch Du“

Die Bezeichnung des Reichswehr-Gruppen-Kommandos 4 als „bayerisches“ zeigt, dass auch dieses Werbeplakat eher um bayerische als um deutsche Soldaten warb.

Plakat, Lithografie, 107,8 x 75 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0351-2018



### Die bayerische Reichswehr

Diese Informationsschrift mit dem Datum des 8. Mai 1919 wirbt um Freiwillige. Sie trägt die Unterschrift des Generalmajors von Möhl, dem Chef des „Reichswehr-Gruppen-Kommandos Nr. 4. (Bayerisches)“. Mehrfach wendet sich Möhl an die „bayerische Jugend“ und bekräftigt das Zusammenwirken mit der „bayerischen Regierung“. Die neu zu schaffende Truppe wird ausdrücklich als „bayerische Reichswehr“ bezeichnet, und der Soldat

auf der Titelseite schwenkt denn auch die zweifarbige bayerische Fahne. Man hatte also die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die neue Truppe so wie im Kaiserreich als bayerisches Kontingent in das deutsche Heerwesen einzufügen.

Die bayerische Reichswehr-Gruppe IV, o.O., o.J. (1919), Textillustration von Anton Hoffmann, Druckschrift, 19,7 x 13,5 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0384-2018



### „Kommt zur Reichswehr!“

Auch dieses Plakat wirbt mit den bayerischen Farben Weiß und Blau und nicht mit denen des Reichs. Auf der Glocke liest man „Bayern“.

Plakat, Entwurf: G. Mellinger, Kunstanstalt Graphia, München, Farblithographie, 55 x 39,8 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0356-2018.2



### Ernst Schnepfenhorst (1881-1945)

Wie viele Sozialdemokraten seiner Generation hatte der gebürtige Krefelder Schnepfenhorst ursprünglich einen handwerklichen Beruf erlernt. Seine politische Heimat fand er in der Nürnberger SPD. 1912 wurde er in den bayerischen Landtag gewählt.

Im März 1919 trat er als „Minister für militärische Angelegenheiten“ in die Regierung Hoffmann ein. Dieses Amt bekleidete er bis zum August 1919, also bis zum Ende der bayerischen Armee. Ernst Schnepfenhorst war somit der letzte „Kriegsminister“ Bayerns.

Schnepfenhorst blieb weiterhin politisch aktiv und wirkte nach 1933 im Widerstand gegen das NS-Regime. Nach dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wurde er zum wiederholten Mal inhaftiert. Am 24. April 1945 wurde er von Angehörigen der SS ermordet.

Offsetdruck nach Fotografie, Amtliches Handbuch des Bayerischen Landtags, München 1920.



### Das offizielle Ende der bayerischen Armee

Am 25. August 1919 wurde die bayerische Armee in der Münchner Marsfeldkaserne förmlich durch das Reich übernommen. Dazu waren Reichspräsident Friedrich Ebert und Reichswehrminister Gustav Noske nach München gekommen. Links von Noske steht der allgegenwärtige Oberst Franz von Epp, rechts von Ebert Generalmajor Arnold von Möhl.

Wenn es einen Tag gibt, an dem die bayerische Armee offiziell zu existieren auf-

hörte und in einem Reichsheer aufging, so war es dieser Augusttag des Jahres 1919. Es dauerte aber noch Jahre, bis sich die Armee in den wenig geliebten neuen Status wirklich eingelebt hatte

Fotografie 1919.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5539

# 11: Der Frieden von Versailles und die endgültige Formation der Reichswehr

Der Versailler Vertrag wurde in Deutschland in allen politischen Lagern als nationale Katastrophe empfunden. Sein Teil V regelte bis ins Einzelne Umfang und Beschaffenheit des deutschen Militärwesens.

Die Umgestaltung des Deutschen Reichs in einen parlamentarisch-demokratischen Staat war mit der Hoffnung verbunden gewesen, dass die Sieger dies durch einen Friedensvertrag honorieren würden, der für die unterlegene Seite den Umständen nach erträglich sein würde. Als sich herausstellte, dass diese Erwartung getrogen hatte, gab das den rechten und reaktionären Kräften in Deutschland gewaltigen Auftrieb.

Die Sieger hatten den Vertrag formuliert, ohne mit der unterlegenen Seite Verhandlungen geführt zu haben. Das war ein völkerrechtliches Novum. Die Unterschrift, geleistet am 28. Juni 1919, wurde ultimatim erzwungen. Nur durch diese Unterzeichnung eines als unerträglich angesehenen Dokuments glaubte die Reichsregierung, wenigstens die staatliche Einheit Deutschlands erhalten zu können.

Das deutsche Heer wurde auf eine Stärke von 100.000 Mann begrenzt, moderne Waffen wie schwere Geschütze oder Flugzeuge waren ihm verboten. Der Armee war dadurch ein Zustand struktureller Nichtverteidigungsfähigkeit auferlegt.





### Hoffnungen

Die Zeit zwischen dem Waffenstillstand und dem Bekanntwerden der Bestimmungen des Versailler Vertrags im Mai 1919 hat der Historiker Rüdiger Bergien als „Traumzeit“ bezeichnet.

Die Zeichnung „Der Frieden“ von Th. Th. Heine, veröffentlicht auf der Titelseite des Simplizissimus vom 15. April 1919, bringt die Hoffnungen jener Monate zum

Ausdruck: Der Friede erscheint als schöne junge Frau, die sich aus einem Sarkophag erhebt.

Titelseite der Zeitschrift Simplizissimus vom 15. April 1919, Farblithographie. Bayerische Armeebibliothek, Sign. AP 29800 S 612, 24. Jg., H. 3



### Enttäuschung

Am 8. Juli 1919, nach der Unterzeichnung des Vertrags am 28. Juni, erscheint die Zeitschrift erneut mit einer Zeichnung Heines auf der Titelseite: Die Friedensfigur, jetzt dargestellt als Engel mit der Friedenspalme, wird von einem teuflischen Ungeheuer brutal getötet.

Titelseite der Zeitschrift Simplizissimus vom 8. Juli 1919, Farblithographie. Bayerische Armeebibliothek, Sign. AP 29800 S 612, 24. Jg., H. 15



„Was wir verlieren sollen!“

Dieses Plakat zeigte den Deutschen in anschaulicher Form, welche Verluste ihnen der Versailler Vertrag auferlegte.

Plakat, Entwurf: Louis Oppenheim (1879-1936), Berlin 1919, Farblithografie, 72 x 95 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 1694



„Arbeiter ...“

Alle politischen Lager in Deutschland waren über den Versailler Vertrag empört, aber das einte sie nicht. Dieses Plakat interpretiert den Vertrag als Machwerk der Bourgeoisie der Siegermächte, die sich nicht bloß das deutsche Proletariat,

sondern das der ganzen Welt unterwerfen wolle.

Plakat, Entwurf von Georg Walter Rössner (1885-1972), Berlin 1919, Farblithografie, 72,8 x 98,5 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0946-1994



## Abrüstung

Der Versailler Vertrag legte die zulässige Bewaffnung der Reichswehr bis ins kleinste fest. Sie durfte noch 204 leichte Feldkanonen dieses Typs und 84 leichte Feldhaubitzen besitzen.

Alles darüber hinaus vorhandene Material musste zerstört werden. Bis zum 1. November 1921 waren das unter anderem 54.887 Geschütze und Geschützrohre aller Kaliber.

Ob die Unbrauchbarmachung dieses Geschützes damals oder später durchgeführt wurde, wissen wir nicht. Das Rohr wurde um 92,5 cm gekürzt.

Feldkanone 16 mit abgeschnittenem Rohr, Kaliber 7,7 cm, Deutsches Reich 1917.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2112



## Zerstörung von Stahlhelmen

Das Vernichtungsgebot beschränkte sich nicht auf Waffen im eigentlichen Sinn, sondern betraf auch militärische Ausrüstung aller Art, selbst die persönliche Ausrüstung von Soldaten wie Brotbeutel und Stahlhelme.

Buchillustration nach Fotografie, in: Werner Beumelburg, Wilhelm Reetz, Eine ganze Welt gegen uns, Berlin 1934.



## Oberschlesien

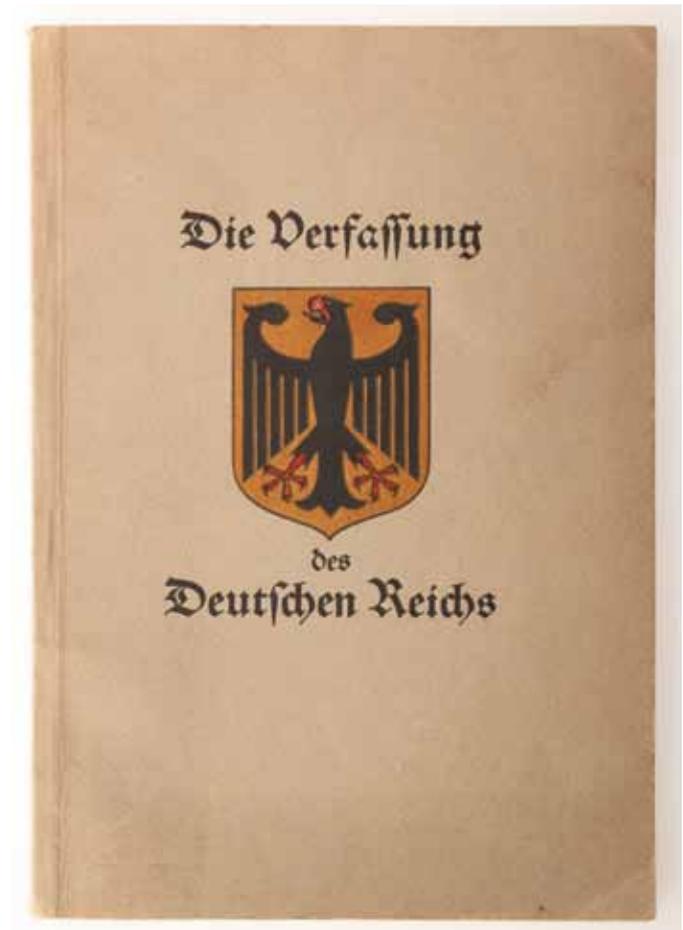
Über den Grenzverlauf zwischen Deutschland und Polen in der preußischen Provinz Oberschlesien kam es nach dem Ersten Weltkrieg zu bewaffneten Auseinandersetzungen.

Am 20. März 1921 fand im Ostteil der Provinz eine Volksabstimmung statt, die trotz des relativ hohen polnischen Bevölkerungsanteils eine Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland ergab. Auch hier hatten aber die Siegermächte das

letzte Wort. Das Gebiet wurde geteilt. Der industriereiche Osten Oberschlesiens kam an Polen.

Das dramatische Wahlplakat soll die Oberschlesier vor der polnischen Übernahme des Industrieviers warnen, die als tödliche Gefahr dargestellt wird.

Plakat 1921, Farblithographie, 103 x 68 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 213



## Eine neue Verfassung für das Deutsche Reich

Die Verfassung der Weimarer Republik wurde vom dem Staatsrechtslehrer Hugo Preuß (1860-1925) erarbeitet, der im November 1919 als Staatssekretär ins Reichsamt des Innern berufen wurde. Am 19. Januar 1919 wählten die Deutschen eine Nationalversammlung, zu deren wichtigsten Aufgaben die Beratung und Verabschiedung der Verfassung für die neue Republik gehörte. Sie wurde am 11. August 1919 vom Reichspräsidenten Friedrich Ebert unterzeichnet und trat am 14. August 1919 in Kraft.

Bayern konnte nicht verhindern, dass die „Reservatrechte“, die das Land im Kaiserreich besessen hatte, nunmehr erloschen. Das Militärwesen wurde jetzt Reichssache. Ein bayerisches Heer, das im Frieden unter bayerischer Führung stand, würde es nicht mehr geben.

Broschüre: Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. Den Schülern und Schülerinnen zur Schulentlassung. Die Änderungen bis zum 1. August 1930 sind berücksichtigt.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0459-2018.

### Oberleutnant der 7. (bayerischen) Kraftfahr-Abteilung

Mit der Verfügung über die „Bekleidung und Ausrüstung des Reichsheeres“ vom 22. Dezember 1920 wurde die Uniformierung endgültig festgelegt. Sie erfuhr nur durch spätere Ergänzungen leichte Veränderungen.

Die drei Kompanien der Kraftfahr-Abteilung mussten offiziell als reine Versorgungsgruppen fungieren, da Deutschland nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages der Besitz von Kampfwagen verboten war. Bei jeder Kompanie waren jedoch, neben vielerlei anderen Fahrzeugen, fünf gepanzerte Mannschaftstransportwagen mit je zwei schweren Maschinengewehren etatisiert.

Die Kraftfahrabteilungen bildeten den Kern der späteren Panzertruppen und wurden dadurch bekannt, dass sie bis 1932 mit Holzattrappen von Panzern und Panzerspähwagen das Verbot dieser Waffe umgingen.

Figurine Oberleutnant der 7. (bayerischen) Kraftfahr-Abteilung.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nrn. 0295-1968 (Stahlhelm); 0667-1985 (Dienstrock); 0335-1968 (Reithose); N 3287 (Lederkoppel); 0042-2017 (Pistolentasche); N 3288 (Reitstiefel)



### Hans von Seeckt (1866-1936)

Seeckt war ein preußischer Generalstabs-offizier, der im Ersten Weltkrieg hohe Führungspositionen an der Ostfront und als deutscher Militärberater im Osmanischen Reich innegehabt hatte. Nach dem Krieg konnte er seine Karriere fortsetzen und stieg 1920 unter Beförderung zum Generalleutnant zum Chef der Heeresleitung auf.

Seeckt erzog die neue Armee zu einer „unpolitischen“ Truppe, deren Angehörigen weder politische Stellungnahmen

noch die Mitgliedschaft in einer Partei erlaubt waren. Aus Seeckts Sicht war das kein Widerspruch zu einer straff konservativen Ausrichtung der Reichswehr. Der undurchsichtige General war verfassungsloyal, aber ohne innere Bindung an die seit 1918 gewandelten politischen Verhältnisse.

Fotografie, um 1925.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 240.351



### Dienstmütze für Mannschaften und Unteroffiziere

Wurde in den Anzugsbestimmungen der vorläufigen Reichswehr die Kokarde noch mit den „deutschen Farben“ schwarz-weiß-rot festgelegt, so zeigt die Mütze nunmehr die Adlerkokarde. Darauf ist ein schwarzer Reichsadler mit rotem Schnabel und Fängen auf goldfarbenen Grund zu sehen. Die Kokarde wies damit die neuen Reichsfarben schwarz-rot-gold auf. Gesiegelte Probe nach der Verfügung über die Bekleidung und Ausrüstung des Reichsheeres vom 22. Dezember 1920. Da es sich bei der Mütze um ein Muster handelt, wurde auf die Landeskokarde verzichtet.

Dienstmütze für Mannschaften und Unteroffiziere der Infanterie M 1920, Wolle, Baumwolle, Leder.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 12917



### Feldmütze für Unteroffiziere und Mannschaften M 1919

Die Mütze lehnte sich zwar an die Einheitsfeldmütze M 1917 der alten Armee an, besaß aber als Neuerung einen feldgrauen Stoffschirm. Durch die Einführung der Schirmmütze, die bis dahin nur den Offizieren und Unteroffizieren vorbehalten war, erfuhr das äußere Erscheinungsbild aller Mannschaftsdienstgrade eine Aufwertung. Anstatt der vorschrittmäßigen Stoffkokarde wurden häufig noch Metallkokarden getragen, wie bei dieser Mütze mit preußischer Kokarde sichtbar.

Feldmütze für Unteroffiziere und Mannschaften M 1919, Wolle, Baumwolle.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0493-1994



### Dienstrock M 1920 für einen Oberfeldwebel

Bei einem „truppendiensttuenden Oberfeldwebel“ handelt es um denjenigen Unteroffizier, der in einer Kompanie für den gesamten inneren Dienstbetrieb verantwortlich war.

Das charakteristische Kennzeichen für diese Dienststellung waren seit 1922 zwei Ringe aus Unteroffizierstresse um beide Unterärmel des Rockes.

Am linken Ärmelaufschlag befindet sich zudem eine Schießauszeichnung aus dun-

kelgrüner, silbern durchzogener Borte. Die in der alten Armee übliche Schützenschnur wurde erst wieder im Juni 1936 eingeführt.

Dienstrock M 1920 für einen truppendiensttuenden Oberfeldwebel im 2. (preußischen) Pionier-Bataillon, 1921, Wolle, Baumwolle.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 12004



### Stahlhelm M 1918 mit bayerischem Wappen

Seit der allgemeinen Einführung der Stahlhelmwappen für das Reichsheer im Juni 1922, deren Aussehen und Größe nun verbindlich festgeschrieben wurde, verschwanden in der bayerischen Reichswehr alle vorab und oft nach eigenem Geschmack gestalteten Wappenschilde am Helm.

Stahlhelm M 1918 mit bayerischem Wappen in der Form ab 1922, Stahl, Leder.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0295-1968



### Probetafel mit Landeskokarden

Mit der Beibehaltung von Landeskennzeichen blieb die Erinnerung an das Kontingentsheer des Kaiserreichs und dessen verschiedene Traditionen gewahrt. Die in der Reichswehr getragenen Landeskokarden entsprachen denen der alten Armee, allerdings nur in der Ausführung für Offiziere. Damit gehörte die frühere und

dienstgradgruppenabhängige Form der Kokarden endgültig der Vergangenheit an.

Probetafel mit Landeskokarden, 1928. Nachprobe des Heeresbekleidungsamtes Berlin vom 28. März 1928, Pappe, Metall.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 145



### Reichwehrsoldaten mit Feldmützen

Während des täglichen Dienstes wurden weiche, bequeme Feldmützen getragen, die problemlos in der Tasche oder im Brotbeutel verstaut werden konnten. Im Gegensatz zu der gesteiften Dienstmütze, die die neue Adlerkokarde und die Landeskokarde zeigte, wurde auf der Feldmütze nur die Landeskokarde getragen. Nach den Bekleidungsbestimmungen von 1920 fielen für Mannschaften die Schulter-

schnüre und Armspiegel weg. An deren Stelle waren farbig paspeliierte Schulterklappen mit der Truppenbezeichnung in der Waffenfarbe getreten. Das Bild zeigt Soldaten des 21. Infanterie-Regiments im Manöver.

Fotografie, nach 1920.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 564.90



### Soldatengruppe des 21. Infanterie-Regiments

Obwohl ein Großteil der abgebildeten Soldaten bereits die Uniformen nach den Anzugsbestimmungen von 1920 tragen, die einen Vier-Taschen-Rock vorschrieben, sind zwei Angehörige noch mit der Feldbluse M 1915 der alten Armee ausgestattet, an denen aber bereits die neuen Effekten angebracht sind. Der Hornist links im Bild trägt sogenannte „Schwalbennester“ an beiden Oberarmen, die Musiker zu allen Anzugsarten tragen mussten. Bei Trup-

pen- oder Felddienstübungen erhielt die gegnerische Partei zur Unterscheidung 1921 zuerst ein blaues Helmband aus Leinen, das sich aber aus optischen Gründen nicht bewährte und 1927 durch ein rotes ersetzt wurde.

Fotografie, 1926.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 564.292

## 12: Eine neue Sicherheitsarchitektur für Bayern

Die bayerische Landespolizei und die Einwohnerwehr Bayern sollten im Landesinnern die Sicherheitslücke schließen, die durch die Heeresverminderung aufgrund des Versailler Vertrags entstanden war.

Die innere Sicherheit des Kaiserreichs beruhte auf einer zahlenmäßig schwachen Polizei, hinter der eine große Armee stand, deren Garnisonen über das ganze Land verteilt waren. Die kleine Reichswehr der Republik war dieser Aufgabe allein nicht mehr gewachsen. Deshalb kam es in ganz Deutschland zum Aufbau kasernierter Polizeiformationen, die in „Hundertschaften“ gegliedert waren. Preußen hatte seine „Schutzpolizei“ in blauen Uniformen, während ihr bayerisches Gegenstück, die „Landespolizei“, im traditionellen Grün der bayerischen Gendarmerie gekleidet war.

Die „Einwohnerwehr Bayern“ verdankte ihre Existenz der Furcht vor neuen kommunistischen Umsturzversuchen. Eine allgemeine Volksbewaffnung sollte diese Gefahr bannen. Bis ins letzte Dorf verteilte man Militärgewehre aus den Beständen, die der Krieg hinterlassen hatte. Auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung zählte die Einwohnerwehr 360.000 Mitglieder. Die Siegermächte stuften sie als verbotene Wehersatzorganisation ein und erzwangen 1921 ihre Auflösung.





### Abzeichen der Einwohnerwehr

Die Mitglieder der Einwohnerwehr Bayern waren nicht uniformiert. Als Kennzeichen trugen sie weißblaue Armbinden, auf denen ein zusätzliches Abzeichen der lokalen Unterorganisation aufgelegt sein konnte.

Armbinde mit Schild der Einwohnerwehr München, Baumwolle, Stahlblech, 8,5 x 18,5 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. E 7211

Abzeichen der Einwohnerwehr, Gau Straubing, Stahlblech, 5,1 x 4,1 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. H 15722



### Bürger in Waffen

Diese Männer gehören zur Einwohnerwehr München. Sie sind mit Gewehren 98 und einem Maschinengewehr 08/15 bewaffnet.

Junge Männer fehlen auf dem Bild. Es waren vor allem die älteren Jahrgänge, die sich in der Einwohnerwehr engagierten.

Fotografie, München 1919. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0787-1993.b.1



### Der „Protector“

Gustav von Kahr, Regierungspräsident von Oberbayern und seit März 1920 Ministerpräsident von Bayern, hielt seine Hand über die Einwohnerwehr, so lange es eben ging. Hier zeigt er sich am 26. September 1920 auf dem Königsplatz in München beim Begrüßungsakt anlässlich des „1. Landesschießens“ der Einwohnerwehr.

Hinter ihm steht Georg Escherich, der „Landeshauptmann“ der Einwohnerwehr Bayern, rechts der damals allgegenwärtige Franz von Epp.

Fotografie, München 1920.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-5595



### Schützenscheibe

Diese „Ehrenscheibe“, gegeben von Franz von Epp zum „1. Landesschießen“ der Einwohnerwehren, zeigt anschaulich die politisch-soziale Vorstellungswelt der Organisation: Ein kerniger, bewaffneter Bauer mit weißblauer Fahne und ein Soldat zu Pferde halten von den Bergen aus Wache über das Bayernland.

Schützenscheibe, Ölfarbe auf Holz, Durchmesser 74 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 865



### Machtdemonstration

Mindestens 40.000 Einwohnerwehr-Männer nahmen am „1. Landesschießen“ der Einwohnerwehr Bayern teil. Dieses selbstbewusste Auftreten entsprach ihrer starken Stellung in Bayern, doch war die Existenz der Organisation international keineswegs abgesichert.

Ihr bewaffnetes Auftrumpfen in München sorgte dafür, dass Frankreich den politi-

schen Druck zur Auflösung der Wehren verstärkte.

Fotopostkarte aus dem Fotoalbum des ehem. Chevaulegers Albert Henle aus Regensburg, Fotografie. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0889-2007.12



### Denkmünze zur Erinnerung an das Landesschießen der Einwohnerwehren Bayern 1920

Das „Landesschießen“ war eine Veranstaltung der bayerischen Einwohnerwehren in München vom 26. September bis zum 2. Oktober 1920.

Die Gestaltung der Denkmünze mit Maria als „Patrona Bavariae“ sollte wohl die tiefe Verwurzelung der Einwohnerwehren in der bäuerlichen katholischen Landbevöl-

kerung demonstrieren und den politischen Charakter der Veranstaltung verdecken.

Denkmünze zum Landesschießen der Einwohnerwehren, Buntmetall, Eisen, Seide. Durchmesser 33 mm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0288-2017

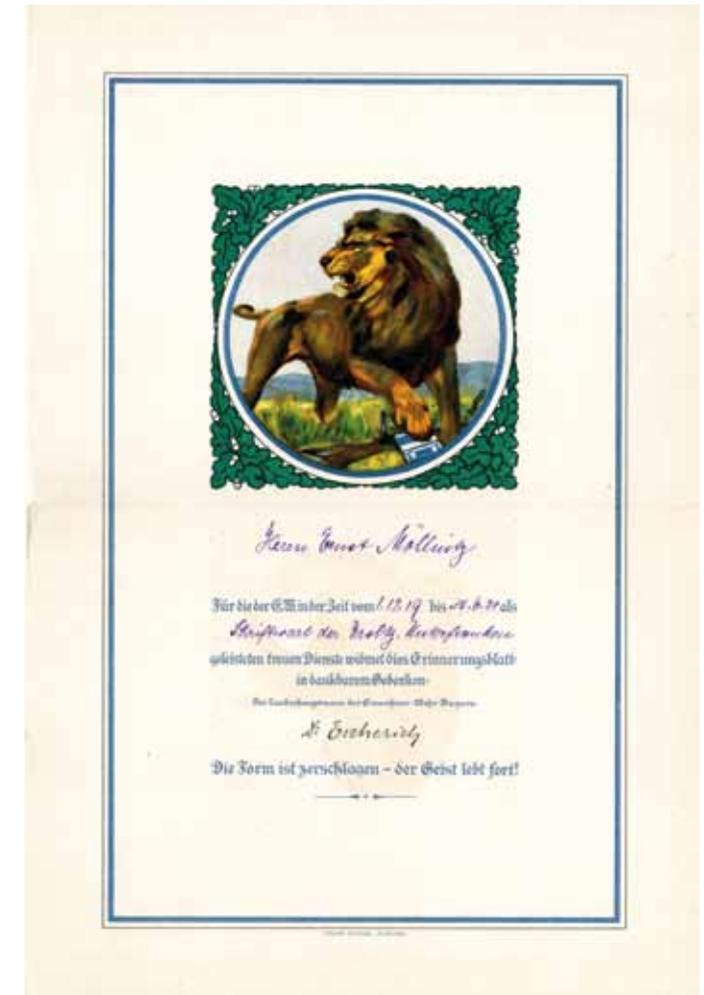


## Bewaffnung

Die Einwohnerwehr Bayern absorbierte erstaunliche Mengen an militärischer Ausrüstung, insbesondere Infanteriewaffen. Hauptwaffe war das Gewehr 98, dessen Produktion in der zweiten Kriegshälfte den Bedarf der Armee bei weitem übertraffen hatte. Die gewaltigen Lagerbestände wurden zur Einwohnerwehr transferiert.

Im März 1920 ordnete die Landesleitung an, alle Gewehre mit dem Zeichen „EWB“ als Eigentum der Organisation zu kennzeichnen.

Gewehr 98, Stahl, Buchenholz, Hersteller: Gewehrfabrik Amberg 1918, Länge 125 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2068



## „Die Form ist zerschlagen, der Geist lebt fort!“

Im Juni 1921 musste die Einwohnerwehr unter dem Druck der Siegermächte aufgelöst werden. Das vom Landeshauptmann Georg Escherich unterschriebene Erinnerungsblatt schmückt sich mit Symbolen der Wehren: dem bayerischen Löwen, der weißblauen Armbinde und einem Gewehr.

Der Empfänger des Blattes, der ehemalige Schriftwart der Kreisleitung Unterfran-

ken, hatte kurz zuvor das 51. Lebensjahr vollendet und befand sich somit in einem für viele Wehrmänner typischen, vorge-rückten Lebensalter.

Schmuckblatt, Chromolithographie, Druck auf Papier, 30 x 20,1 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0270-2017.2



### „Bayern und Reich“

Der „Bund Bayern und Reich“ des Sanitätsrates Dr. Otto Pittinger (1878-1926) war als Auffangorganisation der Einwohnerwehren gedacht.

Im Jahr 1923, auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung, zählte der Bund annähernd 57.000 Mitglieder. Damit war er zwar der größte der „vaterländischen Verbände“ in Bayern, blieb aber weit hinter der früheren Einwohnerwehr zurück, deren Bedeutung er nicht annähernd erlangte.

Durchaus bemerkenswert ist die Symbolsprache der Vereinsfahne: der „preußi-

sche“ Reichsadler der Kaiserzeit wird von weißblauen Streifen umrahmt und ist mit einem mächtigen bayerischen Wappenschild belegt. Und bei genauem Hinsehen findet man auch die Farben Schwarz, Rot und Gold.

Fahne, Baumwolle, mit Ölfarbe bemalt,  
144 x 130 cm.

Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 008484



### Geheime Waffenlager

Anlässlich ihrer Auflösung musste die Einwohnerwehr auch ihre Waffen abgeben, die dann zerstört wurden. Es gelang ihr aber, erhebliche Waffenmengen beiseite zu schaffen.

Dieses Gewehr blieb damals erhalten und wurde 1935 mit einem neuen Visier versehen.

Die linke Detailaufnahme zeigt das ursprüngliche Visier eines Gewehr 98 (Inv.-Nr. N 2068). Rechts ist das neue Visier aus dem Jahr 1935 zu sehen.

Gewehr 98, Stahl, Nußholz, Hersteller: Gewehrfabrik Amberg 1917, Länge 125 cm.  
Leihgabe Privatsammlung Anzenkirchen



### Hauptmann der Landespolizei

In den vorläufigen Anzugsordnungen für die Landespolizei Bayern vom 1. August 1922 und 26. Mai 1923 wurde eine neue Dienstkleidung festgelegt. Sie sollte aus einem stahlgrünen Rock, schwarzen Ärmelaufschlägen und schwarzem Kragen bestehen. Offiziere trugen silbergestickte Doppellitzen auf einer schwarzen Tuchunterlage und Schulterstücke, die sich in der Ausführung am Reichsheer orientierten. Der mit stahlgrünem Tuch überzogene Ledertschako war für alle Dienstgrade gleich.

Figurine eines Hauptmanns der Landespolizei Bayern ab 1923.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. n 0202-1963 (Tschako); 0358-1968 (Dienstrock); MBP 4-10285 (Hose); WR 123 (Stiefel); 0564-2002 (Gürtel)



### Kartusche der Landespolizei Bayern

Im Jahre 1923 hatte der Heraldiker und Kunstmaler Otto Hupp ein neues Staatswappen für den Freistaat Bayern geschaffen, folgte dabei aber bewusst historischen Überlieferungen. Anstelle der monarchischen Krone lag aber jetzt die Volkskrone über dem bayerischen Wappen. Im Zuge der Gleichschaltung aller deutschen Länder ab 1933 wurde das Wappen im Jahre 1936 von den Nationalsozialisten verboten.

Kartusche der Landespolizei Bayern, Landespolizeiabteilung Coburg, ab 1923, Leder, Metall versilbert, 9,5 x 17 x 4 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Polzeisammlung, Inv.-Nr. 3-3353



### Erinnerungskrug der Polizeivorschule

Um die Ausbildung der Polizeibeamten zu verbessern, wurden für die Landespolizei entsprechende Schulen gegründet. Der Unterricht für Polizeianwärter an der ersten sogenannten Polizeivorschule in Eichstätt begann am 1. März 1921. Die zweite Polizeivorschule wurde 1928 in Bamberg errichtet. Auf dem Krug ist das Wappentier der Landespolizei Bayern zu sehen, ein sitzender Panther. Zur Entstehung schrieb der Gründer und langjährige Kommandeur der Landespolizei Hans von Seißer:

„Zu einer Zeit, wo der bayerische Löwe schlief, gab ich der Landespolizei den Panther!“ Damit spielte er auf die politischen Unruhen der frühen 1920er Jahre an.

Bierkrug der Polizeivorschule Bamberg der Landespolizei Bayern, um 1923, Steingut, Zinn. Höhe 15,5 cm. Bayerisches Armeemuseum, Polzeisammlung, Inv.-Nr. 4-12889



### Effekten eines Oberwachmeisters der Landespolizei

Die gezeigten Effekten vermitteln eine Übersicht über die Uniformierung der Mannschaften und Unteroffiziere der Landespolizei Bayern im Zeitraum 1922 bis 1926. Im Gegensatz zu den Offizieren trugen die übrigen Dienstgrade an den vorderen Kragenecken statt der gestickten Doppellitzen ein versilbertes doppeltes Eichenlaub mit einer Eichel in der Mitte. Bemerkenswert sind die Schießauszeichnung, ein grünes geflochtenes Band mit

einer Eichel und das Koppelschloss mit der Krone, das sich von dem der ehemals königlichen bayerischen Armee nicht unterscheidet.

Tafel mit Bild und Effekten des Oberwachmeisters Bauer der Landespolizei Bayern, um 1926, 50 x 22,5 cm. Bayerisches Armeemuseum, Polzeisammlung, Inv.-Nr. 3-3639

## 13: Vom Kapp-Putsch zum Hitler-Putsch



Mit dem Kapp-Putsch in Berlin begann eine Phase extremer politischer Instabilität, die im Jahr 1923 einen dramatischen Höhepunkt erreichte.

Der Kapp-Putsch vom März 1920 war ein konterrevolutionärer Staatsstreich gegen die sich gerade etablierende Demokratie. Der Putsch scheiterte schon nach wenigen Tagen, doch wurde offenkundig, wie stark und unversöhnt die Anhänger der Monarchie noch waren, insbesondere in der Armee.

In Bayern führte der Putsch zur Ernennung Gustav von Kahrs zum Ministerpräsidenten. Kahr baute Bayern zur „Ordnungszelle“ aus, in der rechtsradikale und sogar rechtsterroristische Kräfte einen sicheren Hafen fanden.

1923 überstürzten sich die Ereignisse: Frankreich besetzte aus nichtigem Anlass das Ruhrgebiet und löste damit eine ebenso leidenschaftliche wie letztlich machtlose Empörung in Deutschland aus. Davon profitierte vor allem die nationale Rechte.

Durch die rasch voranschreitende Inflation lösten sich die Geldvermögen der Deutschen in wenigen Monaten in Nichts auf.

In dieser Lage erscholl in Deutschland und insbesondere in Bayern der Ruf nach einem starken Mann, wie ihn Italien in Mussolini bereits gefunden zu haben schien. Viele hielten Adolf Hitler für diesen Retter. Dieser vermeintliche Arbeiterführer von Rechts unterhielt enge Kontakte zu Politik, Polizei und Reichswehr in Bayern. Im letzten Augenblick verweigerten ihm diese mächtigen Partner aber die Gefolgschaft, so dass sein Griff nach der Macht am 9. November 1923 scheiterte.



### Walther von Lüttwitz (1859-1942)

Im März 1920 war General Walther von Lüttwitz der ranghöchste Offizier der Reichswehr und Chef des Reichswehr-Gruppenkommandos 1 in Berlin. Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages hatte den hochkonservativen Offizier zu einem entschiedenen Gegner der Reichsregierung gemacht. Im September 1919 hatte er dem Reichskanzler geschrieben: „Alles sehnt sich nach der starken Hand, die Ordnung schafft.“

Lüttwitz' wichtigstes Machtmittel war die Marinebrigade Ehrhardt, die in der Nähe Berlins stationiert war. Die Aufnahme zeigt Lüttwitz im hellen Mantel im Gespräch mit Generalleutnant Bernhard von Hülsen.

Fotopostkarte Berlin 1920, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 93.b



### Wolfgang Kapp (1858-1922)

Kapp war ein hoher preußischer Verwaltungsbeamter, der im Weltkrieg durch maßlose Annexionsforderungen bekannt geworden war. Durch den Putsch, der seinen Namen trug, sollten die bestehende Reichsregierung entmachtet und ein autoritär-nationales Regime aufgerichtet werden.

Postkarte nach Fotografie, Offsetdruck.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 450



### Fahne der Marinebrigade Ehrhardt

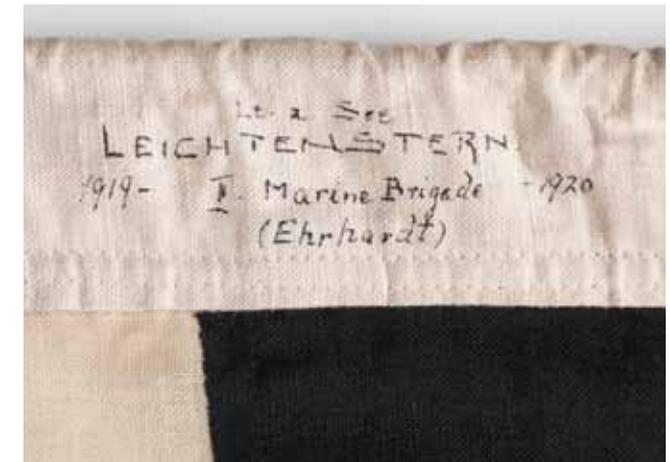
Diese Einheit war im Februar 1919 als „2. Marinebrigade“ in Wilhelmshaven aus freiwilligen Marineangehörigen aufgestellt und kurz darauf in die Garde-Kavallerie-Schützendivision integriert worden. Man findet sie an vielen Brennpunkten der Nachkriegskämpfe: In Mitteldeutschland, beim Einsatz gegen die Räterepublik und im Baltikum. Von einer personellen Kontinuität in der Einheit kann man, wie bei den Freikorps üblich, nur bedingt sprechen, da eine erhebliche Fluktuation herrschte.

Im Februar 1920 war die Auflösung der Brigade für den März verfügt worden. Das gab den Anlass für den überstürzten Beginn des Putsches. Damals umfasste die Brigade ca. 4.000 Mann. Viele Soldaten blieben nur deshalb bei dem Verband, weil die Boykottpolitik der Gewerkschaften ihnen die Rückkehr ins Zivilleben abschnitt, wie der Brief eines Brigadeangehörigen zeigt:

„Sehen Sie, lieber Herr, wir sind alles einfache Leute. Keine Studenten und verkleidete Monarchisten, sondern Arbeiter

und Handwerker. Wir haben Lust zum Dienst. Mancher ist auch gekommen, weil er arbeitslos war. Und nun sagte die Regierung, wir sollen aufgelöst werden. Da kann man sich doch glatt aufhängen. Im Zivil kriegt keiner von uns Arbeit, da heißt es, raus mit dem Noskehund. Und schlimmer als Noskehund ist Baltikumer, da wird man einfach kaltgemacht.“

Bei der hier gezeigten Fahne handelt es sich um die Kriegsflagge des Kaiserreichs. Handschriftlich ist als Besitzer ein Leutnant zur See Leichtenstern und die Einheit



festgehalten, die II. Marinebrigade Ehrhardt. Leichtenstern hatte auf verschiedenen Schiffen der kaiserlichen Marine gedient, zuletzt auf dem Großen Kreuzer Hindenburg. Mit ziemlicher Sicherheit stammt die Flagge aus Marinebeständen. Leichtenstern verließ die Marine 1922 als Oberleutnant.

Reichskriegsflagge, Baumwolle, 124 x 190 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0818-1985



### Putschisten in der Defensive

Die Marinebrigade konnte Berlin widerstandslos besetzen, da Hans von Seeckt, der Chef des Truppenamtes der Reichswehr, sich geweigert hatte, den Putschisten Einheiten der Reichswehr entgegen zu stellen („Truppe schießt nicht auf Truppe“). Da aber die Reichsbehörden nicht bereit waren, den Anordnungen des neuen „Reichskanzlers“ Kapp Folge zu leisten und ein Generalstreik, der größte der deutschen Geschichte, das öffentliche Leben lahmlegte, brach der Putsch

nach wenigen Tagen zusammen. Die Brigade wurde auf den Truppenübungsplatz Munster verlegt und am 20. April 1920 offiziell aufgelöst.

Das Bild zeigt, dass die Putschisten sich gegen den Verdacht wehren mussten, die Monarchie wiederherstellen zu wollen.

Fotopostkarte, Berlin 1929.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 93.e



### „Die Lüge vom monarchistischen Putsch!“

Schon die Überschrift der vorbereiteten Wandanschläge der Putschisten zeigt, wie sehr sie sich in der Defensive befanden und ihrer Sache selbst nicht sicher waren: Statt mit zündenden Worten für attraktive Ziele zu werben, verteidigen sie sich vorbeugend gegen vermeintliche Missdeutungen ihrer Motive.

Wandanschlag, Druck auf Papier, 97,8 x 67,8 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0058-2009



## Ruhrkampf

Einen Rückstand in den deutschen Reparationsleistungen nahm Frankreich, unterstützt von Belgien, im Januar 1923 zum Anlass, das Ruhrgebiet zu besetzen. Dieser Gewaltakt sorgte in der deutschen Öffentlichkeit für eine lange nicht mehr gekannte Einigkeit.

Militärische Gegenwehr war zwecklos, daher versuchte man es mit „passivem Widerstand“. Alle Reparationsleistungen wurden eingestellt, die Beamten und Arbeiter der Deutschen Reichsbahn verweigerten den Besatzern jeden Dienst.

Deutschland war aber in der Zeit der Hochinflation wirtschaftlich nicht in der Lage, diesen Widerstand durchzuhalten. Gustav Stresemann, seit dem August 1923

Kanzler des Reichs, brach den Ruhrkampf am 26. September offiziell ab.

Die französische Republik wird auf diesem Plakat von ihrer weiblichen Symbolfigur, einer Marianne, dargestellt. Sie ist bewaffnet und durch ihre leichte Bekleidung als sittenlos gekennzeichnet. Der dunkle Teint soll ein Hinweis auf den Einsatz französischer Kolonialtruppen sein. Die stachelartig gebildeten Industrieschlote, an denen sie sich verletzt, versinnbildlichen den Ruhrwiderstand.

Plakat, Entwurf: Theo Matejko 1923, Farblithographie, 94,8 x 72 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0832-1990.h



## „Denkt an die dreizehn Kruppschen Arbeiter“

Am 31. März 1923 versuchte französisches Militär, bei Krupp in Essen Fahrzeuge zu beschlagnahmen. Als Arbeiter das verhindern wollten, schossen die Soldaten in die Menge, wobei dreizehn Männer getötet wurden. Dieser kleine Klebezettel ließ sich auch im Besatzungsgebiet unauffällig

überall anbringen, um den Widerstandswillen der Bevölkerung zu stärken.

Klebezettel, 3,1 x 8 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0314-1991



## Inflation

Der Verfall der deutschen Währung beschleunigte sich seit 1922 dramatisch und erreichte 1923 ein apokalyptisches Ausmaß. Diese Postkarte illustriert die Geldentwertung am Beispiel von Briefmarken.

Ernst von Salomon, der wegen des Mordes am Walther Rathenau eine Zuchthausstrafe abbute und die bürgerliche Welt verachtete, erfuhr durch solche Marken von der Inflation und freute sich an der Verzweiflung seiner Aufseher:

„Als der Nennwert der Briefmarken von den Hunderttausenden zu den Millionen, von den Millionen zu den Milliarden stieg,

verband ich das Vergnügen, das ich dabei empfand, mit der Genugtuung, die aufgestorten Beamten zu beobachten, die oftmals schlsselbundrasselnd auf dem Hofe oder auf den Gängen standen und dickgefullte Brieftaschen voller zerfledderter Geldscheine mit einem Ausdruck betrachteten, in dem sich Rausch, Verzweiflung und völliges Unbegreifen seltsam spiegelte.“

Postkarte „Zur Erinnerung an die Markentwertung im Zeichen der Nullen“, Druck mit aufgeklebten Briefmarken, 9 x 14 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 482.c



## Wertloses Geld

Der Wert der neu gedruckten Scheine löste sich in wenigen Tagen völlig auf. Doch erhielten sie bis zuletzt den bekannten Aufdruck: „Wer Banknoten nachmacht oder verfälscht ...“

Am 15. November 1923 begann die Ablösung der Papiermark durch die neue Rentenmark, die mit der späteren Reichsmark

identisch war. Der Wert einer Rentenmark wurde mit 1 Billion Papiermark festgesetzt, die zunächst weiter als Zahlungsmittel im Umlauf blieben.

Reichsbanknote „Eine Milliarde“, 6,5 x 12,5 cm. Leihgabe Wernitz



### „Deutscher Tag“ in Nürnberg, 1./2. September 1923

Unter der Herrschaft des Ministerpräsidenten Gustav von Kahr wurde Bayern zum Asyl für zahlreiche rechtsextreme Personen aus dem nördlichen Deutschland.

Die prominentesten Köpfe waren der Weltkriegsgeneral Erich Ludendorff und Kapitänleutnant Ehrhardt, dessen „Organisation Consul“ Attentate auf prominente Politiker organisierte.

Völkisch-antisemitische Verbände konnten sich ungehindert entfalten. Auf den

„Deutschen Tagen“ präsentierte sich ein breites Spektrum von im weitesten Sinn „vaterländischen“ Kräften. Die jungen Nationalsozialisten drängten bereits in den Vordergrund: Hier paradiert die SA.

Postkarte, Nürnberg 1923, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0654-1982.93



### Hitler beim „Deutschen Tag“ in Bayreuth, 30. September 1923

Die „Deutschen Tage“ des Jahres 1923 befeuerten die Spannung, die sich im November im Hitlerputsch entladen sollte. Hermann Schützinger, ehemaliger bayerischer Offizier, Sozialdemokrat und Chef der sächsischen Landespolizei, beschrieb die Atmosphäre dieser Tage so:

„In ganz Deutschland spricht man schon Wochen vorher davon, wenn irgendwo ein ‚deutscher Tag‘ stattfindet. Hindenburg und Ludendorff kommen, Kapitän

Ehrhardt und seine Getreuen! Donnerwetter, wird das eine Sache werden: Glockengeläut, Böllergebrüll, Girlanden und Blumen, stampfende Bataillone, fliegende Fahnen, blitzende Orden, geschwellte Brüste, gestärkte Hemden, winkende Frauen, kreischende Kinder, fettige Zylinder und ölige Generale!“

Fotografie 1923.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6572



### „Riesenkundgebung auf dem Königsplatz“, 14. Januar 1922

Die Nationalsozialisten drängten von Anfang an mit großer Energie in den öffentlichen Raum. Die weite offene Fläche am Königsplatz in München, eingerahmt von stolzen klassizistischen Bauwerken, eignete sich gut für Großveranstaltungen.

Flugblatt, Druck auf Papier, 24 x 16,5 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. T 404



### „Hitler spricht!“

Das vielleicht wirkungsvollste Propagandamittel der Nationalsozialisten war die Rednergabe Adolf Hitlers.

Die Bierkeller Münchens und der hier abgebildete Saal des Zirkus Krone mit damals 4.000 Sitzplätzen waren geeignete Orte, seine rednerischen Fähigkeiten anzuwenden.

Ein Leutnant der Münchner Infanterieschule, die sich den Putschisten angeschlossen hatte, beschrieb im Dezember 1923 Hitlers Wirkung als Redner so:

„Ich sah ihn wiederholt und hörte ihn reden. Alle schwierigen Fragen wußte er auf einen einfachen Nenner zu bringen und seine Zuhörer für die klaren und folgerichtigen Lösungen zu begeistern. Er ist ein ganz großer Redner. Ich habe solche Beifallsstürme noch nie erlebt.“

Pressefoto „Hitler spricht!“, Fotografie.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6769



### Erste Anläufe

Am 1. Mai 1923 veranstalteten die „vaterländischen Verbände“ einen großen, bewaffneten Aufmarsch auf dem Oberwiesenfeld. Von außen angereiste Teilnehmer hatten in der Münchner Pionierkaserne Unterkunft und Verpflegung erhalten. Der Griff nach der Macht lag schon an diesem Tag in der Luft.

Fotografie 1923.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6545



### „Uniform“ für die SA mit Hakenkreuzbinde

Während in den Jahren 1920 bis 1923 ehemalige Soldaten, die in die nationalsozialistische Sturm-Abteilung (SA) eintraten, ihre Uniformen weitertrugen, legten sich die Mitglieder, die vorher nicht Soldaten gewesen waren, grau-braune Windjacken als Uniformersatz zu. Diese wetterfeste „Sportkleidung“ war nicht zufällig gewählt: Sie sollte die Dynamik der „Bewegung“ symbolisieren.

Als gemeinsames Kennzeichen wurde von allen am linken Arm die „Kampfbinde“, ein rotes Band mit schwarzem Hakenkreuz in einem weißen Kreis, getragen.

Windbluse aus Segeltuch mit Hakenkreuz-Armbinde, Baumwolle.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0512-1990



### Marsch auf Rom

Mussolinis „Marsch auf Rom“ hatte im Oktober 1922 zur Machtergreifung der Faschisten in Italien geführt.

Er war das große Vorbild der „vaterländischen“ Kräfte in Bayern, die das gleiche mit einem Marsch auf Berlin versuchen wollten.

Pressebild, Fotografie 1922.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6065



### „Proklamation an das deutsche Volk!“

Maueranschläge waren ein übliches Mittel zur Information und Beeinflussung der Bevölkerung. Mit diesem Aufruf gaben die Putschisten ihren Griff nach der Macht bekannt, als sei er bereits eine vollzogene Tatsache.

Er trägt noch die Unterschriften des Reichswehrgenerals von Lossow und des Chefs der bayerischen Landespolizei,

Oberst von Seißer. Beide hatten aber in der Nacht vom 8. auf den 9. November kalte Füße bekommen und sich aus dem Unternehmen zurückgezogen, was wesentlich zu seinem Scheitern beitrug.

Wandanschlag, Druck auf Papier, 47 x 30 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0467-1982



### „Stoßtrupp Adolf Hitler“

Diese Formation der NSDAP war im Mai 1923 als Leibwache Adolf Hitlers gegründet worden. Hier besteigen Angehörige der Truppe am Morgen des Putschtages einen LKW vor dem Bürgerbräukeller. Sie sind bewaffnet und wie Infanteristen ausgerüstet, die ins Gefecht gehen.

Nach dem Putsch wurde die Truppe verboten. In ihrer Nachfolge entstand im April 1925 die „Schutzstaffel“ (SS).

Fotografie 1923.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6605

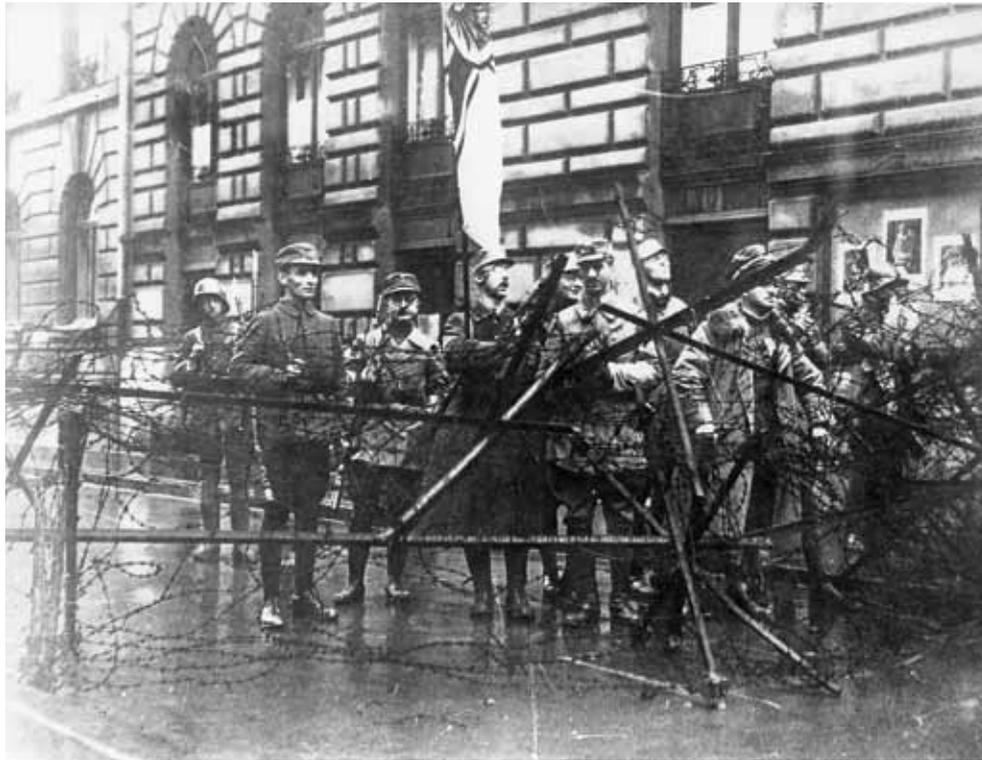


### Ärmelband „Stoßtrupp Adolf Hitler 1923“

Im Mai 1923 als Leibwache Adolf Hitlers gegründet, beteiligte sich der Stoßtrupp Hitler im November 1923 am Putsch in München und wurde daraufhin verboten. In seiner Nachfolge entstand im April 1925 die Schutzstaffel (SS). Am 9. November 1935 verlieh Adolf Hitler allen ehemaligen Angehörigen des Stoßtrupps einen

Ärmelstreifen mit der Aufschrift „Stoßtrupp Adolf Hitler 1923“, der am rechten Ärmel des Dienstrockes wie auch des Uniformmantels getragen werden sollte.

Ärmelband „Stoßtrupp Adolf Hitler 1923“ Wolle, Aluminiumfäden. 3,2 x 44,2 cm.  
Privatbesitz



### Putschisten vor dem Kriegsministerium

Es gelang den Putschisten, das alte bayerische Kriegsministerium im der Ludwigstraße zu besetzen, damals Sitz des bayerischen Wehrkreiskommandos der Reichswehr.

Die Aktion leitete der beurlaubte Reichswehrhauptmann Ernst Röhm, der sich

dort gut auskannte. Der Fahnenträger auf dem Foto ist der damals 23-jährige Heinrich Himmler.

Fotografie München 1923.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6604



### Die Entscheidung

Die Putschisten zogen vom Bürgerbräukeller in der Rosenheimer Straße über den Marienplatz zum besetzten Wehrkreiskommando. Als sie bei der Feldherrnhalle aus der Residenzstraße herausstraten, stießen sie auf bayerische Landespolizei. Es kam zu einem Schusswechsel, bei dem vier Landespolizisten, dreizehn Putschisten und eine unbeteiligte Person getötet wurden. Hitler konnte fliehen.

Die Fotografie scheint den Moment unmittelbar vor der Feuereröffnung festzuhalten. Das Bild ist aber reine Fiktion. Tatsächlich handelt es sich um eine Fotomontage. Hitler, im hellen Mantel, bildet den Mittelpunkt des Arrangements.

Fotomontage, Fotografie.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6609



### Otto von Lossow (1868-1938)

1923 war der gebürtige Oberfranke Lossow Befehlshaber im Wehrkreis VII – Bayern. Als es im September zu einem Konflikt zwischen dem Reich und Bayern kam, stellte sich von Lossow unter Missachtung von Befehlen seines Vorgesetzten Seeckt auf die Seite der bayerischen Staatsregierung und ließ sich zum „Landeskommandanten“ ernennen.

Mit den Zielen des Nationalsozialismus war Lossow grundsätzlich einverstanden,

wie er im März 1924 vor dem Volksgericht beim Prozess gegen die Putschisten aus sagte:

„Wir wollten die Hitler-Bewegung nicht gewaltsam unterdrücken, sondern auf den Boden des Möglichen und Erreichbaren stellen.“

Porträt Otto von Lossow, Fotografie um 1923. Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-2711



### Generalleutnant Adolf Ritter von Ruith (1872-1950)

Der bayerische Generalstaboffizier Ritter von Ruith konnte nach dem Ersten Weltkrieg seine Laufbahn in der Reichswehr fortsetzen. Im Rang eines Obersten übernahm er 1922 das Kommando über das 19. (Bayerische) Infanterie-Regiment in München. Danach stieg er zum Infanterieführer VII auf, dessen Stab für die taktische Führung der Infanterie-Regimenter der 7. Division verantwortlich zeichnete. Zusammen mit den Generalen Danner und Kreß stellte sich Ritter von Ruith im

November 1923 hinter die Heeresleitung in Berlin und damit gegen Hitler und Ludendorff. Am 1. Januar 1927 wurde er zum Kommandeur der 7. (Bayerischen) Division ernannt. Damit verbunden war die Stellung als Befehlshaber im Wehrkreis VII und Landeskommandant von Bayern.

Gemälde von Carlo Horn, 1928, Öl auf Leinwand, Bildmaße 108 x 91 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0055-2017



### Der Prozess

Den Putschisten wurde ein Prozess gemacht, in dem sie gnädige Richter fanden. Auf der Zeichnung von Erich Schilling ruft Gustav von Kahr den Schutzmann zu Hilfe, um den Brandstifter Hitler festzunehmen. In Wirklichkeit aber, so die Aussage der Zeichnung, bildet Kahr selbst die Basis, von der Hitler die Fackel an das Staatsgebäude legen konnte. Damit war

die politische Situation in Bayern treffend charakterisiert. Da der 9. November 1923 auf einen Freitag fiel, wurde er im Volksmund als „Kahrfreitag“ ironisiert.

Titelseite des „Simplizissimus“ vom 17. März 1924, Farblithographie. Bayerische Armeebibliothek, Sign. AP 29800 S 612, 26. Jg., H 51



### Der „Blutorden“ der Hitlerputschisten

Diese Auszeichnung wurde Anfang 1933 von Adolf Hitler gestiftet und sollte nur an Nationalsozialisten der ersten Stunde verliehen werden, die während des Putschversuches am 9. November 1923 in München an einer Kampfhandlung teilgenommen, aufgrund ihrer politischen Einstellung den Beruf verloren bzw. um Entlassung gebeten hatten oder an den Kampfhandlungen nur deshalb nicht teilnehmen konnten, da sie durch die Polizei oder höhere Gewalt daran gehindert wurden.



Offiziell galt der Blutorden als höchste Parteiauszeichnung der NSDAP und war das einzige deutsche Ehrenzeichen, das auf der rechten Brustseite getragen wurde. Träger dieses Exemplars war ein Angehöriger des am Putschversuch beteiligten SA-Regiments München.

Ehrenzeichen vom 9. November 1923 (Blutorden), Silber, Durchmesser 40 mm. Privatbesitz

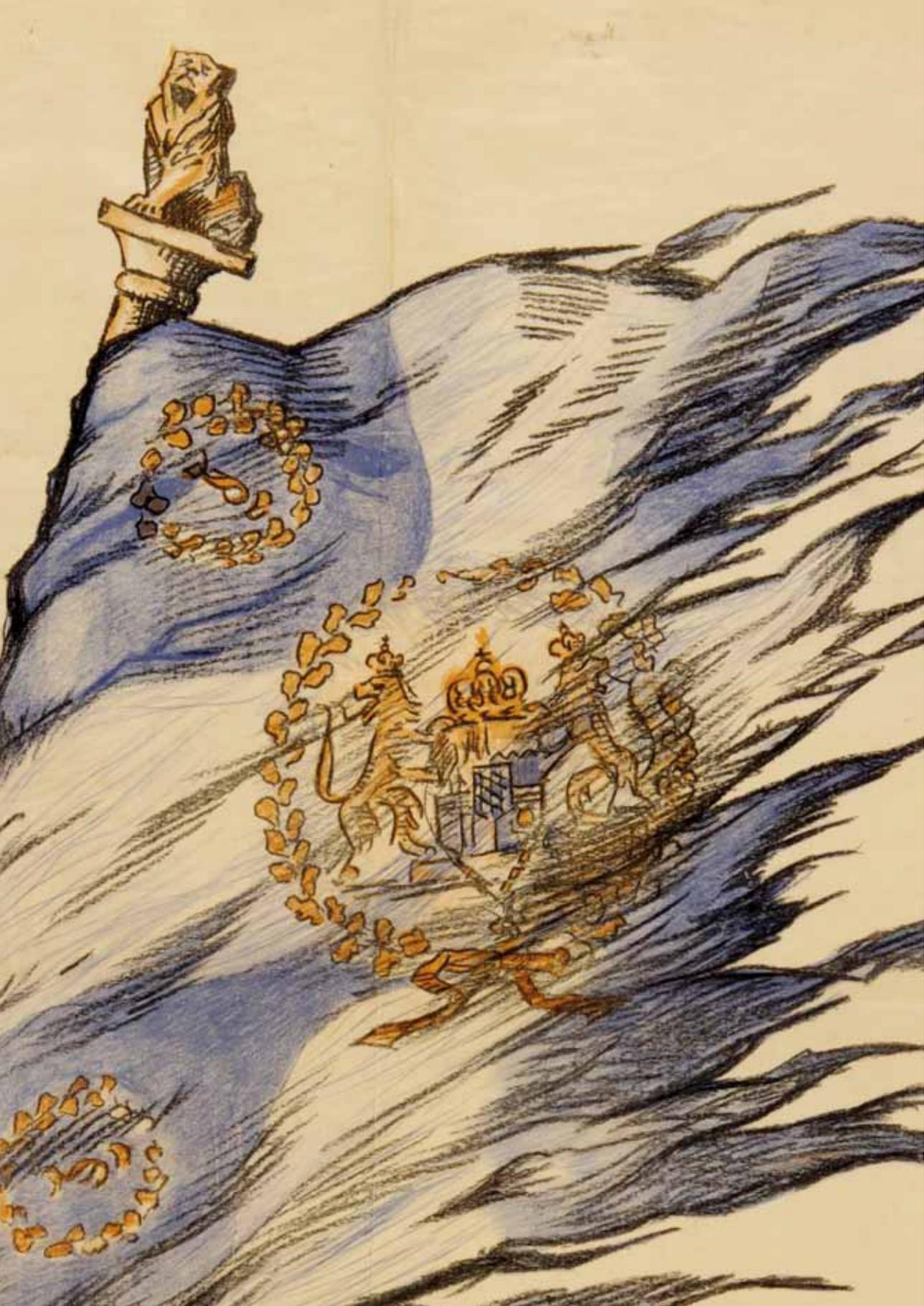
## 14: Tradition nach dem Weltkrieg

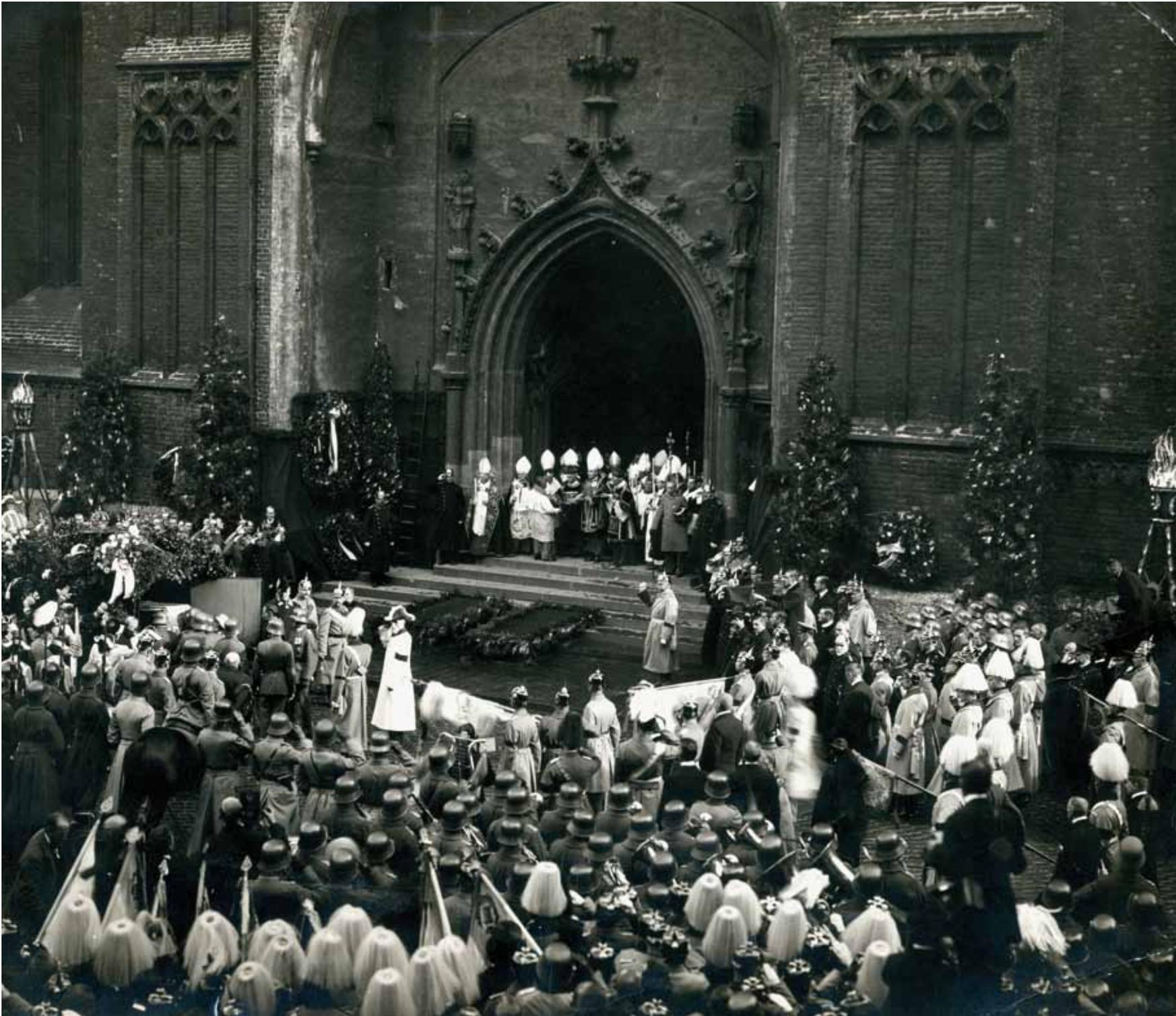
Die „Ordnungszelle Bayern“ bot für eine militärische Traditionspflege, die sich bewusst an der Monarchie orientierte, einen günstigen Nährboden.

Zwischen 1870 und 1914 hatte sich die militärische Erinnerungskultur ganz auf den siegreichen Krieg gegen Frankreich konzentriert. Nun musste man sich mit einer bitteren Niederlage abfinden, und das nach einem Krieg von unvergleichlich größeren Ausmaßen, längerer Dauer und höheren Opfern.

Die Armee, die diesen Krieg geführt hatte, war zwar untergegangen, aber viele ehemalige Angehörige der alten Regimenter lebten noch. Sie und insbesondere die Offiziere organisierten sich in Traditionsverbänden und veranstalteten Veteranentreffen, die weit hin einen militärischen Anstrich hatten. Das waren auch Demonstrationen für eine Rückgewinnung der früheren Stärke des Landes. Das Bayerische Armeemuseum entwickelte sich zu einem Zentrum der militärischen Erinnerungspflege.

In vielen Garnisonsorten der königlich-bayerischen Armee entstanden Denkmäler für die aufgelösten Truppenteile. Sie erinnern bis heute an die „Alte Armee“ und die vielen Toten, die der Krieg gefordert hatte. Man sollte nicht achtlos an ihnen vorübergehen.





### Beisetzung Ludwigs III.

Nach der Revolution in Bayern flüchtete Ludwig III. zunächst nach Österreich, kehrte später aber wieder nach Bayern zurück. Am 21. Oktober 1921 verstarb er während eines Aufenthalts in Ungarn. Seine Beisetzung in München organisierte Gustav von Kahr für eine „Privatperson“, weil ein Staatsbegräbnis nicht opportun erschien. Aber genau diesen Charakter hatte die Beisetzung am 5. November in München. Das Bild zeigt die Überführung Ludwigs und seiner bereits 1919 verstorbenen Frau in die Münchner Frauenkirche. Auf den Stufen des Doms erwartet Michael Kardinal Faulhaber die Särge der Verstorbenen.

Der Historiker Karl Alexander von Müller kommentierte den Charakter der Trauerfeierlichkeiten, die ganz im Geist und Stil der Monarchie abliefen: „Ich weiß nicht, ob viele junge Republiken ein ähnliches Schauspiel erlebt haben.“

Pressefoto von M. Obergassner, München 1921, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0848-1983



Porträt des Prinzen Alfons von Bayern (1862-1933)

Die Wittelsbacher hatten nach dem Ersten Weltkrieg nicht auf den bayerischen Thron verzichtet, unterließen es aber, diesen Anspruch in die Tat umzusetzen. Trotzdem blieb die Vorstellung eines Königtums unter dem Schutz der Entente in Bayern virulent und wurde noch einige Jahre lebhaft diskutiert. Prinz Alfons war der exponierte Vertreter des Hauses Wittelsbach, der die Verbindung zur bayerischen Reichswehr aufrechterhalten sollte

und als Schirmherr für Krieger- und Veteranenvereine sowie Schützenbünde auftrat. Seine Präsenz setzte auf die monarchische Sehnsucht der Bayern und sollte den Boden für eine friedliche Wiedereinführung des Königtums bereiten.

Gemälde von Hermann Eissfeldt, 1921, Öl auf Leinwand, Bildmaß 128 x 98 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0158-2012



Feldgraue Friedensuniform M 1916 des Prinzen Alfons von Bayern

Am 24. September 1909 wurde Prinz Alfons zum Inhaber des 1905 in Straubing errichteten 7. Chevaulegers-Regiments ernannt, das ab diesem Zeitpunkt den Namen „Prinz Alfons“ führte.

Die „Feldgraue Friedensuniform“ war ein Kompromiss: Schon nach einem Kriegsjahr herrschte Einigkeit darüber, dass es kein Zurück zum „Bunten Rock“ der Vorkriegszeit mehr geben könne. „Feldgrau“ wurde zur gemeinsamen Ehren-Farbe der kämpfenden deutschen Heere überhöht. Gleichwohl wollte man auf die Pracht blitzender Metallknöpfe und -tressen und auf

die Unterscheidung der Regimenter durch die traditionellen vielfarbigen Abzeichen nicht verzichten.

Die für das gesamte Heer begonnene Herstellung dieser Uniformen für die Zeit nach dem (siegreichen) Friedensschluss wurde alsbald wegen Materialknappheit gestoppt.

Waffenrock und Schirmmütze zur Feldgrauen Friedensuniform M 1916, getragen von Prinz Alfons von Bayern als General der Kavallerie und Inhaber des 7. Chevaulegers-Regiments, Tuch, Baumwolle, Leder.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. VF 442 (Rock), VF 442.a (Mütze)

### Luitpold-Kanoniere

Prinzregent Luitpold (1821-1912) hatte seine militärische Ausbildung bei der Artillerie erhalten. Seit 1839 war er Inhaber des 1. und seit 1900 auch noch des neu errichteten 7. bayerischen Feldartillerie-Regiments. Das war ein Ehrentitel, mit dem keine militärischen Befugnisse verbunden waren. Er sollte die Verbindung zwischen Armee und Dynastie stärken. Beide Einheiten hatten ihren Friedensstandort in München.

Das Denkmal für die Gefallenen der Regimenter befand sich ursprünglich in der

nördlichen Torhalle der im 2. Weltkrieg zerstörten Max-II-Kaserne. Später wurde es auf den Münchner Nordfriedhof verbracht und gelangte 2004 durch den Kameraden- und Freundeskreis Prinzregent Luitpold Kanoniere e.V. ins Bayerische Armeemuseum.

Denkmal der Luitpold-Kanoniere, Steinmetzarbeit von Heinrich Wadaré, Muschelkalk, 225 x 120 x 20 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0545-2004





### 15er Denkmal

In vielen bayerischen Garnisonsorten entstanden nach dem Krieg Denkmäler für die aufgelösten Truppenteile des alten Heeres. Das Denkmal für das ehemalige K.B. 15. Infanterie-Regiment in Neuburg an der Donau wurde 1927 eingeweiht. Es erinnert nicht nur an das alte Friedensregi-

ment, sondern auch an weitere Neuburger Truppenteile, die erst während des Krieges aufgestellt wurden.

Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0060-1974.128



### Heutiger Zustand des Denkmals

Das 15. Infanterie-Regiment war eines der ältesten der bayerischen Armee. Es wurde 1722 von Kurfürst Max Emanuel in Ingolstadt errichtet.

Hinter dem Denkmal erhebt sich die ehemalige Kaserne des 15. Infanterie-Regiments, in der heute das Landratsamt Neuburg-Schrobenhausen untergebracht ist.

Die Straße ist nach dieser Einheit benannt – „Fünftehnerstraße“. Als das Denkmal errichtet wurde, hieß sie noch „Ludwigstraße“.

Foto: Dieter Storz, 2018



### „Leibertag“

Schon kurz nach dem Krieg veranstalteten die aufgelösten Regimenter Ehemaligentreffen. Das Infanterie-Leib-Regiment war das bayerische Gegenstück zur preußischen Garde. Im Weltkrieg hatte es Franz von Epp geführt, der sich hier in Reichswehruniform mit dem bayerischen

Kronprinzen Rupprecht (rechts) und dem Grafen Theodor von Holstein aus Bayern unterhält.

Fotopostkarte 1921, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0301-2001.d



### „Einsertag“

Der Regimentstag des ehemaligen K.B. 1. Infanterie-Regiments spielte sich in ausgesprochen militärischen Formen ab. Vor der Münchner Residenz nehmen Kronprinz Rupprecht und sein Onkel Leopold die Parade ab, beide in bayerischer Feldmarschallsuniform.

Fotopostkarte 1922, Fotografie.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 1103-1983.3



### Wiedersehen außerhalb der Heimat

Diese Feier fand wohl 1921 statt. Alle auf dem Plakat genannten Einheiten hatten ihren Friedensstandort in der Pfalz oder waren, wie das Reserve-Infanterie-Regiment 8, während des Krieges dort errichtet worden. Die Pfalz war jedoch 1918 von

den Franzosen besetzt worden, so dass man für das Wiedersehen nach Unterfranken auswich.

Plakat von Becker, Farb-Lithografie, 80 x 59,8 cm. Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 3260



### Vereinsfahne

Das K.B. Reserve-Infanterie-Regiment 18 war eine Münchner Einheit. Während des Krieges gingen ca. 13.000 Mann durch das Regiment, von denen 2.281 den Tod fanden, 5.131 verwundet wurden und 897 in Gefangenschaft gerieten. Das Regiment wurde schon im Oktober 1918 aufgelöst, also noch während des Krieges. Es gab nicht mehr genügend „Ersatz“ zur Ergänzung der Verluste. Die Reste des Regiments wurden auf andere Einheiten verteilt.

Die Vorderseite der Fahne zeigt das Münchner Kindl, die Rückseite ist einer bayerischen Infanteriefahne nachempfunden. In den Ecken sind wichtige Einsatzräume des Regiments eingestickt: „Frankreich“, „Galizien“, „Rumänien“, „Karpthen“. Der Verein ehemaliger Regimentsangehöriger wurde 1921 gegründet.

Vereinsfahne, Leinen, Seide, Holz, Messing, 133 x 132 cm (Fahnenblatt). Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0536-1982



### Das Bayerische Armeemuseum als Stützpunkt der Erinnerung

Viele Veranstaltungen ehemaliger Kriegsteilnehmer fanden beim Armeemuseum statt. 1921 trafen sich dort die „Schweren Reiter“, also Angehörige der ehemaligen K.B. 1. und 2. Schweren Reiter-Regimenter.

Fotografie 1921.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. 0060-1974.11



### Hindenburg besucht das Armeemuseum

Das Prestige des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg hatte durch die Niederlage kaum gelitten. Am 21. August 1922 besuchte er München. Vor dem Armeemuseum wurde ihm ein offizieller Empfang bereitet. Dieses Ereignis wurde nicht nur fotografiert, sondern wegen der Bedeutung, die ihm beigemessen wurde, auch in einem Ölgemälde dargestellt. Bei

seinem Besuch im Museum weihte Hindenburg auch den Gipsentwurf des Bleeker-Denkmal für die Gefallenen der bayerischen Armee ein.

Gemälde von Ernst Dorn (1889-1927), Öl auf Leinwand, 55 x 65 cm (Bildmaß).  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. B 5630

## 15: Der „Gefallene Soldat“ im Hofgarten zu München



In der Denkmalsanlage im Hofgarten verbinden sich zwei Projekte, die ursprünglich getrennt waren: Ein Ehrenmal für die Gefallenen der Stadt München und ein Kriegerehrenmal für die ganze bayerische Armee.

Die 1923/24 geschaffene Skulptur aus Rosenheimer Marmor war ursprünglich für die Kuppelhalle des Bayerischen Armeemuseums bestimmt. Sie sollte dort als Erinnerungszeichen für die Toten des Weltkriegs Aufstellung finden. Doch erwies sich dieser Aufstellungsort als ästhetisch ungeeignet, so dass der Künstler, Bernhard Bleeker (1881-1968), sich weigerte, sein Werk abzuliefern.

Gleichzeitig war auf dem Hofgarten ein Ehrenmal für die 13.000 Gefallenen der Stadt München entstanden. Treibende Kraft war hier der Obmannsbezirk München-Stadt des Bayerischen Kriegerbundes. Bleekers Skulptur wurde in dieses Projekt integriert, das damit eine weit über München hinausreichende Bedeutung gewann. Am 14. Dezember 1924 erfolgte die Einweihung der Anlage.

Im Zweiten Weltkrieg wurden das Hofgartendenkmal und auch der „Tote Soldat“ selbst durch Luftangriffe beschädigt, aber ab 1947 wieder instandgesetzt.

In dem offenen Zentralraum der Denkmalsanlage litt der empfindliche Stein jedoch zunehmend unter der Witterung. Deshalb wurde die Skulptur 1972 dem Bayerischen Armeemuseum übergeben und durch eine Kopie aus Bronze ersetzt.



### Der „Gefallene Soldat“

Die Skulptur von Bernhard Bleeker war in dem rundum offenen Denkmal im Hofgarten Wind und Wetter ausgesetzt. Der wenig widerstandsfähige Stein litt zunehmend unter Witterungseinflüssen. Deshalb wurde die Figur 1972 durch eine

Bronzekopie ersetzt und ins Bayerische Armeemuseum verbracht.

Skulptur von Bernhard Bleeker, Rosenheimer Marmor, 286 x 90 x 70 cm.  
Bayerisches Armeemuseum, Inv.-Nr. N 2099



### Drängen in den Vordergrund

Bei der Grundsteinlegung für das Kriegerdenkmal zeigte sich auch die völkische Rechte. Schon an diesem Tag erwartete man den Putsch.

Die Aufnahme zeigt, von links nach rechts: Alfred Rosenberg (1893-1946), Adolf Hitler; Christian Weber (1883-1945); Friedrich Weber (1892-1955). Friedrich Weber führte 1923 den Bund Oberland. Hitler präsent-

tierte sich in der Öffentlichkeit gezielt barhäuptig. Das war damals ungewöhnlich und gehörte zu den Tricks, mit denen er sich Aufmerksamkeit verschaffte.

Fotografie.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6587



### Spiegelung als Suggestion

Für dieses Propagandabild wurde ein Ausschnitt der nebenstehenden Fotografie gespiegelt und Erich Ludendorff in den Vordergrund hineinmontiert: der berühmte General des Weltkriegs, in Eintracht vereint mit dem „unbekannten Gefreiten“ dieses Krieges. Über ihnen strahlt ein sonnenartiges Hakenkreuz. Ludendorff war einer der führenden Köpfe der extremen Rechten. Später überwarf er sich mit Hitler.

Adelig wie auf der Beschriftung – „v. Ludendorff“ – war der General allerdings nicht. Eine Nobilitierung hatte er abgelehnt.

Postkarte, wohl 1920, Fotomontage.  
Bayerische Staatsbibliothek, Sign. Hoff-6580



### Einweihung der Denkmalswände am 12. Dezember 1925

Am Rednerpult spricht der Münchner Oberbürgermeister Karl Scharnagl (1881-1963). Vor ihm hat der greise Prinz Leopold (1846-1930) in Feldmarschallsuniform Platz genommen. Prinz Alfons von Bayern, in der Uniform eines Generals der Kavallerie, steht mit der rechten Seite zur Kamera.

An den Denkmalswänden waren die Namen der 13.000 Münchner Gefallenen verzeichnet.

Fotografie.  
Stadtarchiv München, Bildnr. DE-1992-FS-STB-5554



### Abschreiten der Denkmalswände

Das Denkmal wurde vom Obmannsbezirk München-Stadt des Bayerischen Kriegerbundes errichtet und nicht von der Stadt München, die nur einen finanziellen Zuschuss gab. Der Freistaat stellte den Baugrund zur Verfügung. Vorsitzender des Denkmalsausschusses war Bankdirektor Dr. Adolf Dimpfl, der stellvertretende Vorsitzende des Münchner Bezirks

des Kriegerbundes. Hier sieht man ihn im dunklen Mantel neben dem Prinzen Leopold.

Fotografie.  
Stadtarchiv München,  
Bildnr. DE-1992-FS-STB-5553



Heutiger Zustand des Denkmals

Fotografie, Dieter Storz 2018



Die Bronzekopie des „Toten Soldaten“ im Innern des Denkmals

Fotografie, Dieter Storz 2018

